

Ansgar Burghof

THEORETISCHE ANALYSE DES BEGRIFFS DER PRESSEFREIHEIT
IM HINBLICK AUF DIE VERFASSUNGSRECHTLICHEN
INTERPRETATIONEN DES ARTIKEL 5 GRUNDGESETZ UND DIE
PRAKTISCHE AUSWIRKUNG DIESER INTERPRETATIONEN
AUF DIE JEWEILIGEN SOZIALEN SYSTEME

1978



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555022_0001

PUBLIZISTIK

Theoretische Analyse des Begriffs der
Pressefreiheit im Hinblick auf die
verfassungsrechtlichen Interpretationen
des Artikel 5 Grundgesetz und die praktische
Auswirkung dieser Interpretationen auf die
jeweiligen sozialen Systeme

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westfalen)

vorgelegt von
Ansgar Burghof
aus Bremen
1977



Tag der mündlichen Prüfung: 16 2 78
Dekan: Prof. Dr. Brodeur
Referent: Prof. Dr. Berg
Korreferent: Prof. Dr. Krasnitski

ARTIKEL 5 GRUNDGESETZ

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

GLIEDERUNG

0.	Vorwort.....S.	6
1.	Freiheit als Konstrukt - Zur Methode.....S.	13
2.	Zur Konfrontation Subjekt/Welt...S.	15
3.	Die Möglichkeit der Freiheit- oder: Die bürgerlich-abstrakte Freiheit.....S.	18
3.1.	Modifikation statt Reflexions- fortschritt.....S.	26
3.2.	Zum Verhältnis von privat und öffentlich.....S.	37
4.	Die Systemtheorie als Diskonti- nuität bürgerlichen Denkens.....S.	45
5.	Zum dialektischen Verhältnis von Individuum und Gesellschaft..S.	47
5.1.	Zum Verhältnis von Freiheit und Entfremdung.....S.	54
5.2.	Zur Arbeitsteilung als Grund sozialer Komplexität.....S.	60
6.	Zur Institution als Ausdruck des Nicht-Ich.....S.	66
7.	Zur Eigengesetzlichkeit sozialer Systeme.....S.	69
8.	Zur Legitimation der Gegenwart durch die Vergangenheit.....S.	74
9.	Zu einer Theorie der Eigen- gesetzlichkeit sozialen Wandels..S.	79
10.	Freiheit als Norm- und Wertreduzierung?.....S.	85
11.	Das Subjekt-Objekt-Verhältnis als Grundlage von Grundrechts- konzeptionen.....S.	102
12.	Verschiedene Grundrechts- konzeptionen.....S.	103

12.1.	Zur subjektiv-rechtlichen Argumentation: Artikel 5 GG als Abwehrrecht gegen den Staat.....S.	104
12.2.	Zur subjektiv-rechtlichen Argumentation: Artikel 5 GG mit staatlicher Konfliktregelungskompetenz.....S.	119
12.3.	Zur subjektiv-rechtlichen Argumentation verknüpft mit objektiv-rechtlicher Argumentation.....S.	154
12.4.	Zur sogenannten Vielfaltsthese.....S.	157
12.4.1.	Exkurs: Aspekte des Pressekonzentrationsprozesses: Begriffsklärung und Auflistung beispielhaften Datenmaterials.....S.	168
12.5.	Zur objektiv-rechtlichen Argumentation.....S.	178
13.	In welchem Verhältnis stehen Reflexionsfortschritt des bürgerlich-autonomen Subjekts, die Festschreibung des autonomen Subjekts trotz veränderter gesellschaftlicher Bedingungen, das Grundgesetz und seine Interpretationen - gesehen unter dem Aspekt der Gleichzeitigkeit, Ungleichzeitigkeit und/oder Übergleichzeitigkeit?.....S.	193
13.1.	Gleichzeitigkeit, Ungleichzeitigkeit, Übergleichzeitigkeit - Versuch einer Klärung des Begriffsfeldes.....S.	194
13.2.	Reflexionsfortschritt: Legitimiert die Vergangenheit die Gegenwart?.....S.	200
14.	Versuch einer Einordnung der Grundrechtskonzeptionen in das theoretische Konzept der Zeitigkeiten.....S.	212
14.1.	Zur subjektiv-rechtlichen Grundrechtssichtweise in Bezug auf die Theorie der Zeitigkeiten.....S.	213
14.2.	Zur subjektiv-rechtlichen Sichtweise mit staatlicher Konfliktregelungskompetenz in Bezug auf die Theorie der Zeitigkeiten.....S.	218

14.3.	Zur Verknüpfung von subjektiver und objektiver Sichtweise in Bezug auf die Theorie der Zeitigkeiten.....S.	223
14.4.	Zur objektiv-rechtlichen Sichtweise in Bezug auf die Theorie der Zeitigkeiten.....S.	229
15.	In wie weit schreibt Artikel 5 GG die Tradition des Reflexionsfortschrittes fort?.....S.	232
16.	Zur Verkehrung des Verhältnisses Individuum/Institution.....S.	248
16.1.	Zur Identität von subjektivem und objektivem Recht.....S.	260
17.	Die Negation traditionaler Legitimität im Hinblick auf deren Dysfunktionalität in komplexen sozialen Systemen.....S.	273
17.1.	Die Negation der Dysfunktionalität als Baustein eines kommunikationsphilosophischen Systems.....S.	278
18.	Literatur- und Quellennachweise.....S.	282

0. VORWORT

Pressefreiheit. Nur ein Schlagwort? Oder verbirgt sich hinter diesem Begriff die grundsätzliche Frage nach Sein oder Nichtsein von Freiheit überhaupt. Und somit die Frage nach Existenz und Existenzgefährdung eines demokratischen Gemeinwesens? Der Begriff ist gerade in jüngster Zeit mehr und mehr in die Schlagzeilen gerückt. Die aktuelle medienpolitische Diskussion, was immer das sein mag, dreht sich um nichts anderes als Pressefreiheit. Doch: Heißt die Verwendung des Begriffs bereits, daß der tatsächliche Gehalt dieser Diskussion ins Bewußtsein der Beteiligten gedrungen ist? Und: Sind sich die Teilnehmer der Diskussion darüber im Klaren, wer die Beteiligten überhaupt sind? Klar sollte sein: Beteiligte sind wir alle. All diejenigen, die durch und mit der Presse am gesellschaftlichen Austausch von Wissen, Meinungen und Informationen und somit bewußt oder unbewußt am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligt sind.

Die Diskussion wird geführt, der Begriff Pressefreiheit verwandt. Was Pressefreiheit meint, soll diese Arbeit aufzeigen. Welche Folgen Pressefreiheit nach sich zieht, soll am Beispiel belegt werden.

"Macht und Elend der Presse" - so umschrieb Karl-Hermann Flach¹ die medienpolitische Diskussion.

¹ Vgl. Karl-Hermann Flach, Macht und Elend der Presse. Mainz 1967

Macht und Elend der Presse manifestieren sich im Begriff Pressefreiheit und seinem Wesensgehalt. Beginnt man mit einer theoretischen Analyse des Begriffs Pressefreiheit, so stößt man auf drei verschiedene Ansätze, die versuchen, den Begriff erklärbar zu machen. Dabei handelt es sich um drei Ansätze, die entsprechend ihres Erklärungshorizontes wissenschaftsspezifisch gebunden sind. Ob bei allen Ansätzen eine historische Identität oder Nicht-Identität vorliegt, bleibt der Untersuchung vorbehalten.

Die medienpolitische Diskussion spricht in erster Linie von der Gefährdung der Pressefreiheit durch zunehmende Pressekonzentration. Ein Aspekt, der den Zugriff der Problematik durch einen ökonomischen Ansatz erlaubt oder gar fordert.

Die Grenzen dieses Ansatzes sind in dem rechtlichen Rahmen des Grundgesetzes festgelegt. Ein Faktum der Diskussion, das ausschließlich interessengebundenen Charakter hat, wie sich später herausstellen wird.

Einen grundsätzlicheren Zugriff, wie wir meinen, erfährt die Problematik durch die Verallgemeinerung der spezifisch ökonomischen und juristischen Problemfragmente auf sozialwissenschaftliche, sprich: soziologische und politikwissenschaftliche Konstrukte. Daß alle drei genannten Ansätze in einem wechselseitigen Verhältnis stehen und somit -

wissenschaftstheoretisch gesprochen - die Diskussion um Pressefreiheit eine interdisziplinäre ist, scheint gerade für das Selbstverständnis der Publizistikwissenschaft von Bedeutung zu sein. Denn bereits in der Tatsache, daß Pressekonzentration als ökonomische Realität existiert und daß diese Pressekonzentration nicht nur ökonomische, sondern auch publizistische Folgen hat, kommt die Relevanz aller drei Ansätze zum Ausdruck.

Gehen wir zunächst von der ökonomischen Tatsache der Pressekonzentration und ihren publizistischen Folgen aus (Folgen, die nicht nur pressepolitischer Natur, sondern auch gesellschaftlicher und politischer Art sind), so steht die Diskussion um die Begriffe Information/Pluralismus im Vordergrund. Versteht das Bundesverfassungsgericht eine "freie Presse" als konstituierend für ein demokratisches Gemeinwesen², so wird hier der erste Konflikt der

² "Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt (un des droits les plus précieux de l'homme nach Art. 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789). Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. (BVerfGE 6,85/205). Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt, 'the matrix, the indispensable condition of nearly every other form of freedom'(Cardozo)." - BVerfGE, Band 7, 208, zit.n. Erwin Stein, Leitsätze zur Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit an Hand der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Wolfgang Langenbucher (Hrsg.), Zur Theorie der politischen Kommunikation, München 1974, S. 152

Diskussion deutlich: Denn das Verhältnis von Pressekonzentration und Pluralität kann über Funktion oder Dysfunktion eines sozialen Subsystems mit entscheiden. "Wie auch immer Definitionen und Deklamationen zum Thema Demokratie lauten - ein Kriterium ist ihnen gemeinsam: sie sehen die Diskussion als wesentlich an; ihr qualitativer Stand läßt Schlüsse darüber zu, wie es um die Demokratie innerhalb einer Gesellschaft bestellt ist. Um diskutieren zu können, braucht man Informationen. Fakten sind Voraussetzung dafür, daß man sich eine Meinung bilden kann - kurzum: Anzahl und Wert gelieferter Tatsachen bestimmen das Niveau einer Diskussion und damit - zumindest im Prinzip - , in welchem Umfang dem Anspruch Demokratie genügt wird."³

Seinen rechtlichen sprich: verfassungsrechtlichen Niederschlag der Presse- und Meinungsfreiheit als konstituierendes Element einer Demokratie findet **man** im Artikel 5 des Grundgesetzes (GG) begründet. Diese verfassungsrechtliche Ebene als Legitimationsebene gehört dem Überbaubereich eines sozialen Systems an. Soziale Phänomene innerhalb eines solchen sozialen Systems sind immer durch die ökonomische Basis determiniert. Aufgrund dieser Sichtweise macht die Befassung mit Überbauphänomenen nur einen Teil sozialer Relationen aus. Wir befassen uns mit

³ Reinhard Haarmann, Pressekonzentration: Gefährdung der Demokratie, in: Dieter Grosser (Hrsg), Konzentration ohne Kontrolle, Köln/Opladen 1970, S. 176

der Pressefreiheit als Ausdruck des Verhältnisses Individuum/Institution innerhalb komplexer sozialer Gebilde. Dieses Verhältnis materialisiert sich auf der verfassungsrechtlichen Ebene in verschiedenen Grundrechtsinterpretationen des Artikel 5 GG.

Der wissenschaftliche Zugriff zu dieser von unserem Erkenntnisinteresse geleiteten Problemstellung wird durch die systemtheoretische Begrifflichkeit umgesetzt und transparent gemacht.

Vier verschiedene Grundrechtsinterpretationen werden diskutiert. Ein Anspruch dieser Arbeit soll der Versuch sein, die rechtswissenschaftliche Problemstellung der Verfassungsinterpretationen des Artikel 5 GG in einen sozialwissenschaftlichen, hier: systemtheoretischen Deutungsrahmen zu stellen.

Dies meint den Versuch, Rechts- und Sozialwissenschaft gemeinsam in eine wissenschaftliche Denkanstrengung mit einzubeziehen, ohne das eine oder andere Element auszublenden.

Als Maßstab und gleichzeitig argumentative Klammer von Basis und Überbau versuchen wir, angelehnt an die Begrifflichkeit Ernst Blochs, eine "Theorie der Zeitigkeiten" zu entwickeln. Diese Theorie umfaßt die Begrifflichkeit "gleichzeitig, ungleichzeitig, übergleichzeitig" und ist Kriterium für einen wissenschaftlichen Befund aus der Diskussion um das Problem der Pressefreiheit in sozialwissenschaft-

lich/philosophiegeschichtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht.

Die philosophiegeschichtliche Darstellung versucht zu klären, wie es zu einer normativen Rechtssetzung im Fall der Pressefreiheit überhaupt kommt. Hier also stellt sich die Frage: Wie sind Pressefreiheitsnormen, wie sie sich im Art. 5 GG und dessen verfassungsrechtlichen Interpretationen niederschlagen, gesellschaftlich entwickelt? Die kommunikationspolitische Bedeutung dieser Darstellung - der aktuelle medienpolitische Aspekt - wird im Vergleich der Prämissen der Normensetzung mit den aktuell diskutierten Grundrechtssichtweisen virulent.

Hypothetisch sei in diesem Zusammenhang hier formuliert: Das sozialwissenschaftliche Defizit des Hinterfragens von Normensetzung und die herrschende Grundrechtsinterpretation korrelieren. Dies wiederum verweist auf die Fragestellung, in wieweit normative Setzungen kodifiziert und somit interessengebunden sind.

Die benannte "Theorie der Zeitigkeiten" erlaubt den Versuch, als Ergebnis dieser Arbeit eine Grundrechtssichtweise als den Ausdruck eines konkreten Pressefreiheitsverständnisses auszuweisen. Diese Grundrechtssichtweise nennen wir einen "kommunikationsphilosophischen Baustein".

Dieser Baustein kann als Instrument innerhalb der kommunikationspolitischen Diskussion dazu beitragen,

die Problematik der Pressefreiheit und ihre Folgen für das Subsystem Presse als eine Frage nach der Funktionalität oder Dysfunktionalität sozialer Systeme wissenschaftlich greifbarer zu machen.

Die Arbeit wurde von Professor Dr. Winfried B. Lerg angeregt und betreut. Ihm ist zu danken. In unermüdlicher Diskussion, skeptischer Reflexion und kritischer Distanz hat Dr. Joachim Westerbarkey den Fortgang dieser Denkanstrengung befruchtend begleitet. Ihm ist zu danken. Besonderer Dank gilt meinem Freund Dirk Altemann, der in geistiger Auseinandersetzung und ständig, in oftmals nächtens gefundenen Problemlösungen, diese Arbeit bewußt mitvollzog. Seine parallel entstandene Arbeit ist wissenschaftstheoretisch als Korrelat dieser zu verstehen.

1. FREIHEIT ALS KONSTRUKT - ZUR METHODE

Freiheit als Moment der historischen Entwicklung und Freiheit als Gedankengebäude, Konstrukt.

Ersteres schlägt sich nieder in der historisch nachvollziehbaren Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur. Letzteres abstrahiert von der tatsächlichen historischen Entwicklung. Und doch steht beides in einem dialektischen Zusammenhang.

Eine Theorie der Freiheit kann zwar in sich widerspruchsfrei sein, relevant für wissenschaftliche und gesellschaftliche Praxis wird sie erst, wenn die konkret historischen Vorbedingungen einer solchen Theorie in die wissenschaftliche Anstrengung mit einbezogen werden.

Die Idee der Freiheit als Konstrukt macht einen wesentlichen Teil einer sozialwissenschaftlichen Theorie aus, die nicht nur in ihrer eigenen Wissenschaftsentwicklung, sondern vielmehr in der historischen Entwicklung einer Gesellschaft Einfluß auf eben diese faktische Entwicklung genommen hat. Insofern gehören die Idee der Freiheit als sozialwissenschaftliches, sozialphilosophisches Gedankengebäude und die Idee und Theorie der Demokratie eng zusammen.

Sowohl die Wissenschaft als Element gesellschaftlicher Änderungen als auch die faktisch-historische

Entwicklung der Menschen in und mit ihren sozialen Systemen sind bestimmend für einen Befund, den wir Idee der Freiheit nennen wollen.

Wesentliches Moment des Konstrukts ist der Anspruch der Allgemeinheit. Erkenntnisse unserer Idee der Freiheit müssen verallgemeinerbar sein. Ohne die Einlösung dieses Anspruchs bleibt Wissenschaft als Element gesellschaftlicher Änderung Schall und Rauch. Allgemeinheit findet seine Dimension dabei im Spannungsfeld von Subjekt und Objekt. Die historische Entwicklung fand und findet statt in der Spannung des Prinzips der Allgemeinheit und der politischen Realität.

Kommt in der Methode wissenschaftlicher Erkenntnis das Verhältnis des Allgemeinen zum Besonderen zum Tragen, so findet sich eben diese Dichotomie im faktisch-historischen. Allerdings sind die jeweiligen Bezugspunkte andere. Allgemein konstatierbare Gesetzmäßigkeiten eines sozialen Systems finden ihre reale Entsprechung im Besonderen, im konkreten Einzelfall.

Im Faktisch-historischen werden Allgemeinheit und Besonderheit auf die Dichotomie Subjekt und Objekt bezogen. Bedeutet doch Allgemeinheit Öffentlichkeit, Gesellschaft, Gleichheit und Besonderheit privat, individuell, Freiheit.

Insofern stößt ein Konstrukt "Idee der Freiheit" in die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft.

Das Denken der bürgerlichen Gesellschaft hat Ursache und Folge in den faktisch-historischen Verhältnissen. Ein Denken, das - so faßt es Willms prägnant zusammen - "von Hobbes bis Kant darin gefaßt war, daß der einzelne prinzipiell ein Recht auf alles habe, und das Hegel schließlich in der Dialektik als die unendliche Negativität des Subjekts faßte."⁴

Schon hier werden Grundlagen deutlich, die noch heute, nicht nur im liberal-politischen Denken, sondern auch in der Wissenschaft Träger und Motor des Erkenntnisinteresses sind.

2. ZUR KONFRONTATION SUBJEKT/WELT

Sprachen wir eingangs davon, daß sich Allgemeinheit im Verlauf einer wissenschaftlichen Methode im Spannungsfeld von Subjekt und Objekt realisiert, so müssen wir zur Einkreisung der Idee der Freiheit Subjekt und Objekt in seiner jeweiligen Funktion benennen. Sei Subjekt das menschliche Individuum und Objekt die gesellschaftliche Umwelt, so wird das menschliche Individuum erst zu einem sozialen Wesen, indem es sich mit seiner Umwelt auseinandersetzt. Welt kann nur begriffen werden, Welt kann nur wissenschaftlich erkannt werden, wenn Welt

⁴ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, Zur politiktheoretischen Kritik soziologischer Kategorien, Düsseldorf 1971, S. 24

problematisiert wird. Das aber setzt eine Konfrontation voraus. "Nur in der Konfrontation Subjekt-Welt kann Welt problematisiert werden."⁵

Benennen und verstehen wir das Subjekt in der konkret-historischen Situation als "bürgerliches" Subjekt, so ist es eingespannt in ein funktionales Netz eines sozialen Systems.

Wird das Subjekt zum Subjekt durch Problematisierung der Welt, so erreicht es diesen Zustand nur innerhalb eines Systems. Ein System, über dessen Dimensionen sich die Wissenschaft, vornehmlich die Philosophie, ihre Gedanken gemacht hat.

So wird das Subjekt zum funktionalen Element eines Systems.

Die Problematisierung der Welt sieht Luhmann unter dem Gesichtspunkt der "Komplexität". Für ihn bedeutet diese Komplexität der Inbegriff aller Möglichkeiten, die sich dem Subjekt bieten. Auch diese Komplexität ist - so Luhmann - nur innerhalb von Systemen erfahrbar. Die sich dem Subjekt bietenden Möglichkeiten sind die Auseinandersetzungen mit der Umwelt, ist die Erkenntnis, das Reflektieren, das Abbilden der Umwelt.

Willms sieht die Möglichkeit der Reflexion selbst

⁵ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 25

als bereits vermittelt. "Diese Reflexionserrungs-
schaft ist nun aber selber das Ergebnis eines his-
torischen Prozesses, des Prozesses nämlich, in dem
sich das bürgerliche Subjekt als solches revolutio-
när geltend gemacht hat. Die Tradition dieses Moments
ist die Tradition bürgerlich-abstrakter Freiheit."⁶
Solange die bürgerlich-abstrakte Freiheit in der
Tradition des bürgerlichen Denkens stand, das die
eigene historische Entwicklung als wahr oder falsch
erkennen konnte, steht sie im Lichte der Errungen-
schaft des bürgerlich-revolutionären Bewußtseins.
Willms sieht dies als ein Bewußtsein, "dem bisherige
Geschichte gerade als kontingent, sogar als Ver-
fehlung erscheinen konnte, das sich also negativ
zur Geschichte verhielt."⁷

Tradition in der bürgerlichen Entwicklung hatte in
dieser Form einen gänzlich anderen Stellenwert als
im heutigen Denken. Würden wir das heutige Denken
als bürgerlich bezeichnen, so steht die oben genann-
te Form der Tradition in der Tradition des bürgerlich-
emanzipierten Denkens.

So wird auch die Aussage der hegelschen Dialektik
deutlich, die von der unendlichen Negativität des
Subjekts spricht.

⁶ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution,
a.a.O., S. 26

⁷ ders., a.a.O., S. 27

3. DIE MÖGLICHKEIT DER FREIHEIT - ODER:

DIE BÜRGERLICH-ABSTRAKTE FREIHEIT

Der Versuch einer geistesgeschichtlichen Klärung des Begriffs Freiheit im Bezugsrahmen von Subjekt und Welt

Vorab sei gesagt, daß sich dieser Versuch einer Klärung als theoretische Konstruktion versteht, die aus dem Kontext der historischen Entwicklung herausgelöst wurde, aber in sich eine gedankliche und logische Stringenz haben soll. Das Zurückführen dieser theoretisch-geistesgeschichtlichen Konstruktion in die gesellschaftliche Wirklichkeit von Historie und Gegenwart bleibt einem anderen Kapitel dieser Arbeit vorbehalten, gehört aber - das sei ausdrücklich vermerkt - notwendig zum methodischen Vorgehen.

Geistesgeschichtlich gesehen läßt sich der Begriff Freiheit analog zur Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in seinem Bedeutungszusammenhang und in seiner Erklärbarkeit herleiten.

Angel- und Ausgangspunkt einer solchen Herleitung ist das Verhältnis - oder besser gesagt - die Konfrontation Subjekt/Welt.

Daß dieses Verhältnis ein Kardinalproblem jeglicher sozialwissenschaftlicher Forschung ist, macht die aktuelle Bedeutung der geistesgeschichtlichen Herleitung des Freiheitsbegriffes aus.

Eine kontinuierliche Entwicklung sollte sich ausmachen lassen von der Erkenntnis der Konfrontation Subjekt/Welt bis hin zur Bewältigung oder Auflösung dieser Konfrontation. Auflösung meint hier konkret: wissenschaftliche Befunde einbringen in gesellschaftliches/politisches Handeln. Wir kreisen den Begriff Freiheit ein, indem wir versuchen, durch die theoretische Bewältigung der Konfrontation Subjekt/Welt die geistesgeschichtliche Reflexion in unsere Überlegungen mit einzubeziehen.

"Es bedarf natürlich schon einiger Reflexion auf die ideengeschichtliche Herkunft der Begriffe, Wenn man sich klarmachen soll, daß der 'urverkürzte Demokratiebegriff' einer allgemeinen Beteiligung an der Herrschaft, abgesehen davon, daß er in dieser Form ein bloß abstraktes Postulat ist, auf dem Hintergrund einer Annahme über das Subjekt steht, die dies, das Subjekt, als allgemeines Vernunftsubjekt im Sinne der bürgerlichen Aufklärung eben als das klassische bürgerliche Subjekt voraussetzt."⁸ Die Allgemeinheit als zentrales Kennzeichen dieses bürgerlichen Subjekts wird zum dominierenden Moment des bürgerlichen Denkens und des bürgerlichen Zusammenlebens. Diese Allgemeinheit des Subjekts macht Welterkenntnis im weitesten Sinne möglich.

⁸ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 28f.

Die Komplexität sozialer Strukturen konnte reduziert werden auf die Funktion des Subjekts. Das Subjekt als Ausgangspunkt und Ziel des Denkens wird so auch zum Angelpunkt für Freiheit. Zunächst die Möglichkeit von Freiheit im Denken, aber auch die materielle, tatsächliche Freiheit.

Ausgangspunkt unserer gedanklichen Konstruktion ist also das Subjekt als einzig sinngebendes Handlungssystem innerhalb eines Netzwerkes sozialer Strukturen. Historisch manifestiert sich dieses sinngebende Handlungssystem in dem Verlangen "gegenüber einer vorbürgerlich-feudalen Privilegiengesellschaft nach einer Gesellschaft, in der der einzelne frei sein könnte."⁹

Das Subjekt als sinngebendes Handlungssystem aber heißt: das Denken und Wollen des Subjekts, abstrahiert von seinen sozialen Bezügen, wird zum Maßstab seines Handelns. Die 'Wahrheit' von Aussagen und Handlungen wird subjektiv. Die Verallgemeinerung dieser Wahrheit aber transformiert sie zur objektiven Wahrheit. Hier zeichnet sich ein Verhältnis von subjektiv/objektiv ab, daß sich späterhin als die Dichotomie privat/öffentlich darstellen wird. Offenbar aber ist, daß subjektiv orientiertes Handeln als privat anzusehen ist, während das

⁹ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 29

Öffentlich geltend gemachte Allgemeinheitspostulat als Interesse anzusehen ist. Geistesgeschichtlich sieht Willms hier bereits einen Fortschritt:

"Daß es nicht mehr um Wahrheiten, sondern um Interessen geht, ist ein Fortschritt."¹⁰

Das Subjekt - gesellschaftlich handelnd - bezieht sein Handeln absolut auf sich als Individuum. Es negiert den Bezug seiner selbst zum Netzwerk eines sozialen Gefüges und reflektiert seine Umwelt als Objekt. Das Sichselbstsein des Subjekts aber bedeutet, daß das Bewußtsein lediglich individuell bestimmt ist und gesellschaftliches Bewußtsein negiert wird.

Der Fortschritt des bürgerlichen Denkens liegt darin begründet, daß der gesellschaftliche Bezugsrahmen im Verhältnis zu früherem Denken nicht mehr ins Transzendente verlagert ist, sondern seine Entsprechung in der Denkvorstellung hatte, soziale Strukturen ließen sich reduzieren auf einzelne Subjekte.

Historisch tritt zu diesem Zeitpunkt die Kategorie des Vertrages auf. Gesellschaftliche Beziehungen wurden eingegangen mittels Vertrag zwischen autonomen Subjekten. Autonom in ihrer gesellschaftlichen Ich-Bezogenheit - abstrakt in ihrer Negation gesellschaftlicher Strukturen.

¹⁰ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 31

"D.h., der Mensch wurde sich selbst zum Grund:

Es trat auf das bürgerliche Subjekt, die Figur von der bisher größten weltgeschichtlichen Bedeutung, abstrakt, autonom, und fest entschlossen, sich zu behaupten und zu bereichern."¹¹

Das autonome Subjekt ist Bezugspunkt des bürgerlichen Denkens. Historisch nachvollziehbar in der geistesgeschichtlichen Epoche von Hobbes bis Hegel.

Basis des handelnden Subjekts ist das Subjekt selbst.

Ursprung von Chance und Möglichkeit von Freiheit

liegt somit im bürgerlichen autonomen und abstrakten

Subjekt begründet. Hegel sagt: "Der an und für sich

freie Wille, wie er in seinem abstrakten Begriffe

ist, ist in der Bestimmtheit der Unmittelbarkeit.

Nach dieser ist er seine gegen die Realität negative,

nur sich abstrakt auf sich beziehende Wirklichkeit -

in sich einzelner Wille eines Subjekts."¹²

Die Abstraktheit des Subjekts aber bedeutet nichts

anderes als die Negation sozialer Beziehungen.

Willms spricht von einer "Theorie des Individuums",

die besagt, "daß der Mensch nicht von vornherein

und wesentlich durch Sozialität definiert ist (und)

¹¹ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 44

¹² Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Rechtsphilosophie § 34, in: G.W.F. Hegel, Werke in 20 Bänden, Band 7: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt/M. 1973, S. 92

daß er als Individuum in grundsätzlich autonomer Bestimmung gedacht ist."¹³ Insofern, so Willms, ist das Subjekt "in einer spezifischen Weise frei". Freiheit in diesem Sinne also gedacht als Resultat des autonomen abstrakten Subjekts. Freiheit als abstrakte Freiheit, mit der sich das Subjekt negativ zu sozialer Gebundenheit verhält und sich gegen die Gesellschaft und gegen den Staat stellt. In der faktisch-historischen Epoche des Umbruchs von der feudalen Privilegiengesellschaft zur bürgerlichen Gesellschaft fand die abstrakte Freiheit ihren konkreten sprich politischen Niederschlag: Das spezifisch freie Subjekt wandte sich gegen bestehende Gesellschafts- und Staatsordnungen und war so in der Lage, die bis dahin gedachte Zwangsläufigkeit von historischer Kontinuität - der Kontinuität von Herrschaftsverhältnissen - zu negieren. "Indem das bürgerliche Subjekt sich nur auf sich selbst bezog und diesen abstrakten Freiheitsbegriff zum Legitimierungsgrund aller Wirklichkeit machte, wendete es sich konkret gegen die Vermittlung aus der Herkunftswelt und negierte jede bloße traditionale Legitimität."¹⁴

Die "Theorie des Individuums" nun macht deutlich,

¹³ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 45

¹⁴ ders., a.a.O., S. 46

daß das Subjekt seine Umwelt, die Natur zum Objekt macht, zum, wie Willms sagt, "Gegenstand der von ihm selbst her definierten Interessen des Subjekts. (...) Alle Vernunft und alles Recht liegt auf der Subjektseite; in der bürgerlichen Theorie hat das Subjekt grundsätzlich ein Recht auf alles, und in den Sachen, im Material, liegt nur Vernunft, inso- weit sie Resultat seiner Arbeit sind."¹⁵

Mit dem "Herrschaftsvertrag" schafft sich das bürgerliche Denken die theoretische Kategorie, um die vom Subjekt definierten Interessen politisch-praktisch umzusetzen. Inhalt des Herrschaftsvertrages ist die normative Verantwortung des autonomen Subjekts.

Willms nennt diese Individualität den Kern einer "demokratischen Theorie" des bürgerlich-aufgeklärten Denkens im Sinne eines Denkfortschritts und folgert: "Jeder Vertrag ist reduzierbar auf das autonom vertragschließende Subjekt."¹⁶

Das freiheitlich bestimmte, aber abstrakte und autonome Subjekt ist die Grundlage des bürgerlichen Denkens bis hin zu Hegel. Hegel steht noch in der Tradition dieses Denkens, doch werden bei ihm bereits Reflexionen vermittelt, die die soziale Determiniertheit des Subjekts deutlich werden lassen. Für ihn

¹⁵ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 46

¹⁶ ders., a.a.O., S. 49

ist das autonome Subjekt eine Abstraktion, das reale Subjekt aber konkret, d.h. gesellschaftlich vermittelt.

"Das Subjekt kann von dieser Vermitteltheit abstrahieren und sich so - auch faktisch - der Gesellschaft und ihrer Ordnung entgegenstellen oder den Staat umstürzen."¹⁷

Diese geistesgeschichtliche Entwicklung führt Willms in methodischer Hinsicht auf einen "konsequenten Reflexionsfortschritt" zurück. Dieser Reflexionsfortschritt, so Willms, macht "das Subjekt zu einem Moment in konkreter Vermittlung, d.h. in konkreter Bestimmtheit durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in den jeweils historischen Dimensionen.

Die Verselbständigung dieses von Hegel gedachten Moments der gesellschaftlich-historischen Konkretion ist die Lehre vom Menschen als dem 'Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse', ist der Sozialismus."¹⁸

Weiter oben sprachen wir vom Vertrag als dem theoretischen Konstrukt, das die sozialen Beziehungen in Bezug auf die autonomen, spezifisch freien Subjekte regelt. Eine Vertragstheorie aber wurde erst möglich durch die Voraussetzung, daß jedes dieser Subjekte gleich ist.

An diesem Punkt geistesgeschichtlicher Entwicklung

¹⁷ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 52

¹⁸ ders., a.a.O., S. 53

nun steht die faktisch - historische Entwicklung an einem Scheidewege. Das in der bürgerlich-aufklärerischen Tradition stehende Denken, der Reflexion fortschritt, erkennt das Subjekt als gesellschaftlich vermittelt. Dieser Weg wird von uns weiter verfolgt werden.

Das Verharren im bürgerlichen Denken, der geistesgeschichtliche Stillstand, schreibt theoretische und praktische Handlungsmaximen fort, die "sowohl der theoretischen wie der historischen Situation wie auch dem Bewußtsein über den Stand der Produktivkräfte"¹⁹ entsprachen.

3.1. MODIFIKATION STATT REFLEXIONSFORTSCHRITT

Ein Verharren in solcherart determiniertem Denken führt zur Modifikation entsprechend der jeweils historischen Situation: Statt Subjekte werden Systeme und Institutionen zum Bezugspunkt. Der Widerspruch hier liegt aber in der Beibehaltung des autonomen bürgerlichen Subjekts.

Werden aber Systeme, Institutionen zum sozialen Bezugspunkt, stehen sie zwangsläufig im Gegensatz zum Selbstverständnis des bürgerlichen Subjekts. Denn, so konstatiert Willms, "das bürgerliche Subjekt als revolutionäres war genau ein solches, das

¹⁹ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 65

das 'System' nicht anerkannte, sondern bewußt negierte und faktisch liquidierte."²⁰

Dieser Gegensatz wurde und wird in der geistesgeschichtlichen Entwicklung fortgeschrieben und führt hin zu einem theoretischen Modell sozialer Systeme - eben einer Systemtheorie - die ihre Funktionsfähigkeit aus dem normativen "common sense" der einzelnen Subjekte dieses sozialen Systems bezieht. Kingsley Davis spricht in diesem Zusammenhang von Leitlinien, über die das Subjekt verfügt. "Diese Leitlinie ist sein eigener subjektiver Eindruck von der relativen Bedeutung seiner Ziele. Sie sind schließlich seine eigenen Ziele und nur es allein weiß, für wie wichtig es jedes von ihnen hält. Eine Gesellschaft andererseits besitzt keine solche Leitlinie. Es gibt keine Ziele, die die Gesellschaft als eine Wesenheit ins Auge faßt. Ziele sind per definitionem subjektiv und daher privat."²¹

War die Vorstellung vom autonomen, abstrakten Subjekt entsprechend den historischen gesellschaftlichen Bedingungen ein Reflexionsfortschritt, so führt der Transport dieses Denkens in die Systemtheorie neuerer Sozialwissenschaft als Reduktion gesellschaftlicher Komplexität hin zum Individuum

²⁰ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 66

²¹ Kingsley Davis, Der gesellschaftliche Zusammenhang individueller Ziele, in: K.H.Tjaden, Soziale Systeme, Neuwied/Berlin 1971, S. 140

ohne seinen Sozialitätsbezug. Oder anders ausgedrückt: Hier handelt es sich um die Negation eines Systembewußtseins.

Fragt man aber nach der Funktion eines komplexen sozialen Systems, so muß das Phänomen bestehender sozialer Ordnungen erklärt werden, ohne den Primat individuellen Handelns aufzugeben.

"Das Individuum paßt die Mittel seinen verschiedenen Zielen auf der Grundlage seiner subjektiven Bewertungen an, aber zwischen verschiedenen Mitgliedern einer Gesellschaft muß sich die Zuteilung durch den - auf einer freien rationalen Wahl basierenden - Tausch zwischen den Individuen vollziehen. Ein solcher Tausch wird jedoch von den Sitten und Gesetzen reguliert, die die Mittel begrenzen, die jedes Individuum anwenden kann, um auf Kosten der anderen seine eigenen Ziele zu verfolgen."²²

Parsons definiert ein soziales System entsprechend als "Interaktion menschlicher Individuen". Sitten und Gesetze gelten als Normen, die diese Interaktion bestimmen. Das ideologisch-normative Phänomen, das ein soziales System in Ordnung hält, steht zur Disposition. Inwieweit dieses Phänomen die Verallgemeinerung bestimmter Interessen ist, inwieweit das Handeln privater Individuen öffentlich geworden

²² Kingsley Davis, Der gesellschaftliche Zusammenhang individueller Ziele, In: K.H.Tjaden, a.a.O., S. 150

ist, inwieweit schließlich diese ursprünglich privaten Interessen ökonomisch determiniert sind, sei an dieser Stelle nicht untersucht. Diese interessegebundene Normenstruktur erscheint als die ver-selbständigte Norm eines sozialen Systems.

Interessegebundene Normenstruktur und scheinbare Norm des Gesamtsystems aber korrelieren.

Das bürgerliche Denkschema läßt sich also bis in die Systemtheorie moderner Sozialforschung nachzeichnen: Der Primat individuellen, subjektiven Handelns wird - interessegebunden und verallgemeinert - zur Existenzgrundlage eines sozialen Systems. Existenzgrundlage eines sozialen Systems meint einen geordneten, im Gleichgewicht befindlichen Systemzustand. Gleichgewicht wird zur Funktion, Ungleichgewicht zur Dysfunktion des sozialen Systems. Die Setzung der gesellschaftlichen Normen aber, als verallgemeinerte Interessen des autonomen und abstrakten bürgerlichen Subjekts, ist bereits Herrschaftsausübung.

So gilt für die Systemtheorie, die zwar in der Tradition bürgerlichen Denkens steht, aber nicht in Bezug gesetzt ist zu den historisch-gesellschaftlich existierenden Verhältnissen: Das System ist spezifisch frei.

Dazu schreibt Willms: "Freiheit verlagert sich - und das war von Anfang an die Logik der bürgerlichen

Demokratie - von einem Problem des Subjekts als einzig sinngebendem Handlungssystem zu einem Problem der Institutionalisierung innerhalb umfassender Handlungssysteme."²³

Daß sich Freiheit aber verlagert und zu einem Problem der Institutionalisierung wird, liegt in der Verallgemeinerung individuellen Interesses begründet. Das bedeutet den Verzicht auf das Vernunftsubjekt in der konkret-historischen Situation. Dieser Verzicht aber und die "nicht differenzierbare Unterscheidung gesellschaftlicher von individuellen Systemen führt zur Vernachlässigung der Qualität des Subjekts als des Ortes der Erfahrbarkeit der Welt überhaupt."²⁴

In diesem so sich darstellenden sozialen System spielt der Mensch eine Rolle. Rollenspiel stellt sich dar vor dem Hintergrund sozialen Systemgleichgewichts als ein Problem nicht des Subjekts, sondern der Institutionalisierung. "Gelingt es, die Kategorie 'Rolle' als Nachfolgekategorie einer historischen Gestalt gesellschaftlichen Selbstverständnisses zu bestimmen, so ergibt die Erinnerung des vergangenen Horizonts, der uns als historischer retrospektiv - zwar unter dem Gesichtspunkt unserer gegenwärtigen Fragestellung aber doch objektivierbar

²³ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 29

²⁴ ders., a.a.O., S. 30

zugänglich ist, die ausschlaggebenden Hinweise für den Stellenwert unserer Kategorie im gegenwärtigen Selbstverständnis."²⁵ Der Anspruch des bürgerlichen Subjekts ist "von einem öffentlichen, die Welt verändernden zu einem Privaten von Rollenträgern geworden."²⁶

Institutionalisierung und Reprivatisierung allgemeiner gesetzter Normen macht Herrschaftsausübung aus - nämlich Herrschaftsausübung qua gesellschaftlicher Macht. Dabei hängen Machtausübung und Ordnungsregeln (Recht) für die Funktionalität eines sozialen Systems eng zusammen.

Bislang hatte der Untersuchungsgegenstand Freiheit seinen Bezugspunkt im Spannungsfeld von Subjekt/Welt. Ein weiterer Schritt zur Erfassung des Begriffs Freiheit ist die Durchleuchtung des Verhältnisses von Freiheit und Notwendigkeit. Kant sieht den praktischen Freiheitsbegriff im Verhältnis zur kausalen Notwendigkeit der Natur. "Daher ist Freiheit nur eine Idee der Vernunft, deren objektive Realität an sich zweifelhaft ist, Natur aber ein Verstandesbegriff, der seine Realität an Beispielen der Erfahrungen beweiset und notwendig beweisen muß. Der spekulative Gebrauch der Vernunft, in Ansehung der Natur, führt auf absolute Notwendigkeit irgend einer

²⁵ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 43

²⁶ ders., a.a.O., S. 66f.

obersten Ursache der Welt; der praktische Gebrauch der Vernunft, in Absicht auf die Freiheit, führt auch auf absolute Notwendigkeit, aber nur der Gesetze der Handlungen eines vernünftigen Wesens, als eines solchen. Nun ist es ein wesentliches Prinzip alles Gebrauchs unserer Vernunft, ihre Erkenntnis bis zum Bewußtsein ihrer Notwendigkeit zu treiben (denn ohne diese wäre sie nicht Erkenntnis der Vernunft)."²⁷

Bei Kant findet Freiheit hier ihre Grenzen. Die kausale Notwendigkeit der Natur definiert als Vernunft, steht der Freiheit als dem Reich der Möglichkeit gegenüber. Diese Möglichkeit wird vom Idealismus, als geistiger Gegenströmung zum Materialismus, zum Ordnungsfaktor erhoben, zur Grundlage des Rechts gemacht. Puchta (ein Vertreter des Historismus) umreißt in diesem Zusammenhang die rechtliche Freiheit:

"Nicht die Entscheidung selbst, sondern die Möglichkeit derselben ist die Basis des Rechts. Die moralische Freiheit ist die Freiheit von der Knechtschaft der Sünde, die rechtliche Freiheit ist die Möglichkeit eines Willens überhaupt."²⁸

Rechtliche Freiheit also als die Möglichkeit des

²⁷ Immanuel Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Edition Weischedel, Band VI, S. 92 - zit.n. Johann Josef Hagen, Soziologie und Jurisprudenz, Zur Dialektik von Gesellschaft und Recht, München 1973, S. 67

²⁸ Georg Friedrich Puchta, Cursus der Institutionen, Band I, Leipzig 1841, S. 10 - zit.n. Johann Josef Hagen, a.a.O., S. 183

Wollens und Handelns. Der Widerspruch liegt im Verhältnis von der Möglichkeit zur Wirklichkeit. War das bürgerliche Vernunftsubjekt in der Lage, aufgrund seines Reflexionsfortschritts, mit der Tradition und Kontinuität des historischen Bewußtseins, konkret: mit den Feudalstrukturen, zu brechen, was eben nichts anderes war als die in die Wirklichkeit umgesetzte Möglichkeit subjektiver Freiheit, so wird Freiheit in dem Moment, wo subjektive Freiheit zu Interessen verdichtet und verallgemeinert wird nur noch wirklich für die an die Interessen gebundenen Individuen. Hier kommt es zu einer Diskrepanz von Norm und Faktum, wobei Norm als die Möglichkeit und Faktum als die Wirklichkeit angesehen werden muß.

Es ist anzunehmen, daß das Faktische vor dem Normativen existierte - also ursprünglich, im Verlauf der geistesgeschichtlichen Entwicklung, die Wirklichkeit des Handelns für das bürgerliche, autonome Subjekt entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungsphase, zumindest idealtypisch, existierte. Dazu führt Hagen aus: "Aber diese Vorrangigkeit des Faktischen behauptet sich nicht nur in der historischen Dimension, also vertikal, sondern auch horizontal im Aufbau der geltenden Gesellschaftsordnung, wo Rechtssatz, staatliches Recht und Ent-

scheidungsnormen die breite Basis faktischer Beziehungen überlagern."²⁹

Konsequent gedacht, müßte sich so das Recht zur interessengebundenen Ideologie entwickeln.

Die Durchsetzung dieser Normen, dieses Rechts, geschieht heute, in der modernen Industriegesellschaft, indem sich der Wille des Subjekts, des Individuums entäußert. D.h.: Das Individuum - ehemals historisch aktives Subjekt - wird zum Objekt der herrschenden Normen, die es geistesgeschichtlich selbst einmal postuliert hat, nur eben unter gesellschaftlich anderen Voraussetzungen. Oder anders ausgedrückt: Die geistesgeschichtliche Entwicklung gerade auch des Begriffs Freiheit erscheint so als "eine theoretische Konfrontation bürgerlicher Theorie mit ihrer eigenen Konsequenz."³⁰

Die Konfrontation bürgerlicher Theorie mit der eigenen Konsequenz wirft die Frage auf: wo liegt in der geistesgeschichtlichen Entwicklung diese Konfrontationsstellung begründet? Wo liegt der theoretische Fehlschluß und wie ist dieser Fehlschluß theoretisch zu korrigieren?

Historisch liegt dieser Fehlschluß im Verhältnis

²⁹ Johann Josef Hagen, Soziologie und Jurisprudenz, a.a.O., S. 207

³⁰ Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, a.a.O., S. 38

Idealismus/Materialismus begründet. So wie sich das bürgerlich autonome Subjekt von den Fesseln seiner eigenen Vergangenheit freigemacht hat, so mußte das bürgerlich-autonome Subjekt sich frei machen vom Subjektivismus, der - wie Hegel es nannte - eine emanzipatorische Freiheit im Sinne der Übereinstimmung mit der Wahrheit nicht ermöglichte, emanzipatorische Freiheit aber meint die Realisation des Subjekts in der Gemeinschaft.

Hagen faßt die kantische Freiheit als selbstregulierenden Ordnungsautomatismus auf und vergleicht sie mit dem marxischen Begriff vom Reich der Freiheit, "die dem produktiven Fortschritt der gesellschaftlichen Arbeit aufgegeben ist und worin die Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit in materialistischer Fassung wiederkehrt."³¹

In der Hegelschen Philosophie wird in der Geistesgeschichte zum ersten Mal deutlich, daß die Freiheit ihre Grenzen in den Naturgesetzen finde. Diese Erkenntnis aber ließ Hegel in den Gedanken des jeweils denkenden Individuums aufgehen. Der Marxsche Materialismus erst unternimmt den Versuch, die Erkenntnis nicht nur in den individuellen Gedanken aufgehen zu lassen, sondern sich die Welt praktisch-

³¹ Johann Josef Hagen, Soziologie und Jurisprudenz, a.a.O., S. 68f. (Fußnote Nr. 71).

geistig anzueignen (Vgl. in diesem Zusammenhang die Abbildtheorie). Damit aber wird die Abbildtheorie zu einer Politiktheorie, die uns den Begriff Freiheit in seinem sozialen Beziehungsgefüge zugänglich macht.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den Entwicklungsgang - ausgehend vom bürgerlich autonomen Subjekt:

Vom historisch aktiven Individuum ausgehend verallgemeinert es seine Beziehungen zur Welt. Die Entwicklung dieser Welt aber (fortschreitende Entwicklung der Produktionsverhältnisse) - eben ursächlich in diesem Subjektivismus verwurzelt - läßt das autonome Subjekt zum Subjekt werden, das seine Interessen geltend macht und durchsetzt. Es wird zum Allgemeinen und ist nicht mehr mit dem Besonderen und Einzelnen identisch.

Da das bürgerliche Subjekt entsprechend seinen Interessen soziale Strukturen entwickelte, kommt es zum Widerspruch zwischen nicht-bürgerlichem Individuum und Gesellschaft.

Ganz anders als das Verhältnis Subjekt/Welt (Objekt) zu Beginn des bürgerlichen Denkens ist das nun historisch existent gewordene Subjekt/Objekt-Verhältnis vom Wesen her definiert.

"Der Prozess der sozialen Determination der menschlichen Persönlichkeit bzw. Individualität, ihres

Denkens und Handelns setzt zwangsläufig ein Subjekt und ein Objekt voraus."³²

3.2. ZUM VERHÄLTNIS VON PRIVAT UND ÖFFENTLICH

Bürgerliches Denken in der Marxschen Kritik ist nicht Selbstverwirklichung des Menschen, sondern seine Einschränkung. Das bürgerlich-private Subjekt läßt "jeden Menschen im anderen Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden."³³

Die Sphäre, auf der sich dieses Denken realisiert ist geschichtlich die Privatsphäre der autonomen Subjekte. Privat aber läßt sich abgrenzen gegenüber dem Begriff "öffentlich", so daß sich historisch bereits mit der Konstitution der bürgerlichen Privatsphäre der geistige und politische Kontrapunkt sui generis etabliert hat. Als Konsequenz des bürgerlichen Denkens sozusagen. Als dritte Komponente spielt späterhin der Staat eine Rolle.

Wir verstehen das Private als die Ebene, auf der die autonomen Subjekte miteinander verkehren - die private Sphäre ist die Sphäre des Warenverkehrs. So definiert sich das autonome Subjekt zwangsläufig als "Besitzendes". In seiner Eigenschaft als Be-

³² Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968, S. 114

³³ Karl Marx, Zur Judenfrage, MEW, Band 1, Berlin 1974, S. 365

sitzendes ist es spezifisch frei. Habermas sagt:
"Im Grade ihrer Emanzipation von staatlichen Direktiven und Kontrollen entscheiden sie nach Maßgabe der Rentabilität frei."³⁴

In diesem Zusammenhang nennt Habermas die Sphäre des Marktes die private; die Sphäre der Familie die intime.

Indem im bürgerlichen Denken die politische Emanzipation mit der menschlichen identifiziert wird, sprechen wir vom Reflexionsfortschritt. Denn: die oben erwähnte dritte Komponente, der Staat, repräsentiert durch diejenigen, die Herrschaft ausüben, ist diejenige Sphäre, von der sich das bürgerlich autonome Subjekt emanzipiert, indem es seine eigene, die Ebene des privaten Warenverkehrs schafft. Das autonome Subjekt ist spezifisch frei, sein Status wird repräsentiert durch Besitz, es übt jedoch keine politische Macht aus.

In diesem Sinne verstehen wir die bürgerlich entworfene Gesellschaft als die Sphäre privater Autonomie. Die Konsequenz dieses Entwurfs: Staat und Gesellschaft fallen auseinander. Als Vermittler zwischen Gesellschaft (privat, bürgerlich) und Staat (Staatsgewalt zur Erhaltung dieser privaten, bürgerlichen Sphäre) fungiert die Öffentlichkeit.

³⁴ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1971, S. 63

Denn die Privatsphäre des autonomen Subjekts, der Markt, muß politisch durch den Staat abgesichert werden. "Die soziale Voraussetzung dieser 'entfalteten' bürgerlichen Öffentlichkeit ist ein tendenziell liberalisierter Markt, der den Verkehr in der Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion soweit irgend möglich zu einer Angelegenheit der Privatleute unter sich macht und so die Privatisierung der bürgerlichen Gesellschaft erst vollendet."³⁵

Analog dieses Warenverkehrs auf dem Markt entwickelt sich das Rechtsgeschäft zu einem vertraglich geregelten Tauschgeschäft. Der so freie und autonome Markt autonomer privater Eigentümer entwickelt sich nach dem Gesetz der freien Konkurrenz. Freie Konkurrenz setzt andere Subjekte/Eigentümer voraus, die frei über ihr Eigentum verfügen können, mithin Privatleute sind. So definierte Privatleute, in freie Konkurrenz getreten, bedingen den Begriff der Gewerbefreiheit.

Die Grundannahme einer so gedachten Gesellschaft, das "laissez-faire", stellt sich bei Habermas so dar: "Der Idee zufolge, die die bürgerliche Gesellschaft von sich hat, kann das System der freien Konkurrenz sich selbst regulieren; ja, nur unter

³⁵ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit a.a.O., S. 95

der Voraussetzung, daß keine außerökonomische Instanz in den Tauschverkehr eingreift, verspricht es, im Sinne der Wohlfahrt aller und der Gerechtigkeit nach dem Maßstab individueller Leistungsfähigkeit zu funktionieren."³⁶

Bereits Hegel "entdeckt ja die tiefe Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft, die 'die von Natur gesetzte (...) Ungleichheit (...) nicht nur nicht aufhebt, sondern (...) zu einer Ungleichheit der Geschicklichkeit, des Vermögens und selbst der intellektuellen und moralischen Bildung erhebt.' (Hegel, Rechtsphilosophie § 200, a.a.O., S.353). Denn'durch die Verallgemeinerung des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse und der Weisen die Mittel für diese zu bereiten und herbeizuführen, vermehrt sich die Anhäufung der Reichtümer (...) auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränktheit der besonderen Arbeit und damit die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundene Klasse.' (Hegel, Rechtsphilosophie §§ 243, 245, a.a.O., S. 389f.)."³⁷

Wer als Privatmann in der Sphäre des Privaten öffentlich agiert (durch Eigentum und Bildung dazu bestimmt), ist tatsächlich Angehöriger einer gesellschaftlichen Minorität. Zwar wird grundsätzlich

³⁶ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit a.a.O., S.101

³⁷ ders., a.a.O., S. 145

jedem Menschen die Möglichkeit gesetzlich eingeräumt, in die Sphäre des Privaten durch den Erwerb von Eigentum und Bildung einzutreten, de facto aber bleiben die Privatleute unter sich.

Historisch entstand so eine neue Herrschaftsklasse, indem "das Interesse der bürgerlichen Klasse mit dem allgemeinen Interesse identifiziert und der dritte Stand als Nation etabliert werden konnte."³⁸ Staat und bürgerliche Privatsphäre fielen so zusammen.

Die Widersprüche innerhalb der bürgerlichen Theorie eines Gemeinwesens ließen erkennen, daß das Vernunftsubjekt als zentrale Gestalt dieser Theorie nicht mehr allein Vernunftsubjekt sein konnte, sondern aufgrund der gesellschaftlichen Basis der freien Konkurrenz auf einem freien Markt wieder Herrschaft ausüben mußte.

Die Modifizierung gesellschaftlicher Strukturen geschah über das Recht, die Gesetze. Gesetze hielten an der Allgemeinheit und Allgemeinzugänglichkeit der bürgerlichen Freiheiten fest, machten aber gleichzeitig deutlich, daß ein Interessenkonflikt zwischen den Privatleuten als den Eigentümern und den nicht zur Privatsphäre gehörenden als den Nicht-Besitzenden besteht.

Habermas spricht in diesem Zusammenhang von dem

³⁸ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit a.a.O., S. 109

allgemeinen Interesse der Privateigentümer, das bloß partikular sei. Und mit diesem partikularen Interesse entfällt nach Habermas auch die Basis einer Öffentlichkeit; "sie fällt auf die Stufe eines subjektiven Meinens der vielen zurück."³⁹ In diesem Zusammenhang kann man von der Identität von Rechtsstaat und bürgerlicher Gesellschaft sprechen.

Der oben erwähnte Interessenkonflikt macht es mithin notwendig, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die Konflikte regulieren. Das Festschreiben der Freiheit des Gewerbes und des Handels ist eine Folge solcher Regelungen.⁴⁰ Schon hier sind rechtliche Regelungen Indiz dafür, daß sich das Prinzip der Selbstregulierung eines freien Marktes nicht absolut durchhalten läßt. Interessensengebundene Einschränkung aber ist nicht mehr im ursprünglichen Sinne des Wortes 'liberal'. Die Gleichsetzung von Eigentümern und Menschen geht nicht auf.

³⁹ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, a.a.O., S. 146

⁴⁰ Vgl. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Rechtsphilosophie, § 236, a.a.O., S. 385: "Dieses Interesse (..) bedarf aber, je mehr es blind in den selbstsüchtigen Zweck vertieft (ist), um so mehr einer solchen (Bindung), um zum Allgemeinen zurückgeführt zu werden und um die gefährlichen Zuckungen und die Dauer des Zwischenraums, in welchem sich die Kollisionen auf dem Wege bewußtloser Notwendigkeit ausgleichen sollen, abkürzen und zu mildern."

"Unter diesem Gesichtspunkt kann sich Verfügung über privates Eigentum eben nicht umstandslos in die Freiheit autonomer Menschen umsetzen."⁴¹

Und bei Marx heißt es, daß die bürgerliche Privatautonomie eben "jeden Menschen im anderen Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden"⁴² läßt. Wo der Privatmann aber Schranken setzt zum Schutz seiner eigenen Freiheit, da schränkt er die Freiheit des anderen, des nicht seiner privaten Sphäre Angehörenden, ein.

Partikulare Freiheit aber stellt der "Theorie einer Gesellschaft" die Frage nach gesellschaftlichen Strukturen, die Freiheit für alle schafft.

In der geistesgeschichtlichen konkreten Phase bedeutet dies, die Sphäre des freien Marktes als Kontrollinstanz staatlicher Gewalt auszudehnen, auch auf die Privatleute, um zu gewährleisten, daß Freiheit nicht zu Herrschaft wird. Nämlich zu Herrschaft der Besitzenden und Gebildeten über die Nichtbesitzenden. Will aber der Nichtbesitzende politisch handeln, so bedeutet dies:

"Die Machtzusammenballung in der privaten Sphäre des Warenverkehrs auf der einen Seite, die als

⁴¹ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit a.a.O., S. 152

⁴² Karl Marx, Zur Judenfrage, MEW Band 1, Berlin 1974 S. 365

Staatsorgan etablierte Öffentlichkeit mit ihren institutionalisierten Versprechen allgemeiner Zugänglichkeit auf der anderen Seite, verstärkten die Neigung der ökonomisch Schwächeren nun dem durch Marktposition Überlegenden mit politischen Mitteln entgegenzutreten."⁴³

Bevor aber mit politischen Mitteln den durch Marktposition Überlegenden entgegengetreten werden kann, ist zu prüfen, inwieweit Recht und Gesetz noch dem bürgerlichen Denken verhaftet sind. Es stellt sich also die Frage: Sind Freiheiten, die grundrechtlich verbürgt sind, Freiheiten, die in der Kontinuität bürgerlichen Denkens stehen oder sind dies Freiheiten, die ihre Ausformulierung bereits im post-bürgerlichen Denken erfahren haben?

Vergleichen wir beispielsweise das Grundgesetz der Bundesrepublik mit den Befunden bürgerlichen Denkens, dann stellen sich die Grundrechte als ein Abbild der Sphäre privater, bürgerlicher Autonomie dar. Das aber bedeutet den Transport der Idee einer sich selbst regulierenden Gesellschaft, deren Privatleute sich als autonome Subjekte gegenüberstehen.

War in der konkreten historischen Situation das autonome Subjekt - als Reflexionsfortschritt - das historisch aktive Subjekt, das feudalherrschaftliche

⁴³ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, a.a.O., S. 176

Strukturen überwinden konnte, so festigt eben dieses autonome Subjekt seine Interessen und erhebt sie zu allgemeingültigem Recht. Die Möglichkeit des Zugangs zu diesem Recht hat jeder, sofern er sich Besitz verschaffen und als autonomes Subjekt auftreten kann.

Je komplexer aber die Gesellschaft in ihrer geistesgeschichtlichen und konkret historischen Entwicklung wurde, desto mehr mußte sich der Sinn des normativen Rechts ändern.

4. DIE SYSTEMTHEORIE ALS DISKONTINUITÄT BÜRGERLICHEN DENKENS

In der Entwicklung der Sozialwissenschaften ist dies der Schritt zur Systemtheorie. In Bezug auf das Recht bedeutet dies: Der Wortlaut normativen Rechts blieb, die historische Realität hat sich geändert. Denn: die Interessen des bürgerlichen Subjekts galt und gilt es zu verteidigen.

Es stellt sich also die Frage: Welches geistesgeschichtliche Denken löst den Widerspruch, dem sich das autonome Subjekt in der freien Konkurrenz seiner Warengesellschaft gegenüber sieht und wie entwickeln sich entsprechende Sozialstrukturen? Zeichnet sich auf der einen Seite die Entwicklung einer systemtheoretischen Sozialwissenschaft ab mit der Zielsetzung Gesellschaft als System zu analysieren und wissenschaftliche Befunde als Strategien

zur Aufrechterhaltung der Funktionalität des Systems anzubieten (eine spezifische Darstellung folgt im Verlauf dieser Arbeit), so liegt auf der anderen Seite eine - nennen wir es auch Systemtheorie im strengen Sinne - Theorie, die von der sozialen und ökonomischen Determination des Subjekts als Teil und Grundlage eines sozialen Systems ausgeht.

Diese Dichotomie scheint dann die Verlängerung der Auseinandersetzung von Idealismus/Materialismus bis in die neueste Zeit hinein zu sein. Materialismus aber bedeutet in seiner sozialwissenschaftlichen Grundlage das Begreifen gesellschaftlicher Totalität als ein System. Ein System allerdings, das nicht von den Aktionsmustern zwischenmenschlicher Sozialbeziehungen ausgeht, sondern, wie es Marx in seinen "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" skizziert, von der Tatsache, daß die Gesellschaft nicht nur aus Individuen bestehe, "sondern (sie) drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehen."⁴⁴

Insofern müssen wir Gesellschaft als System begreifen, wobei dieses System seine Konstituierung in der gesellschaftlichen Praxis findet. Eine solche Praxis läßt sich auch in der modernen Gesellschaft in ihrer ganzen Komplexität reduzieren auf das Ver-

⁴⁴ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 176

hältnis von Subjekt und Objekt.

Das Subjekt wird zum gesellschaftlichen Individuum, indem es ändernd in seine Umwelt (Objekt) eingreift. Der Eingriff - wir nennen ihn Produktion - und das Begreifen dieses Prozesses - wir nennen ihn Reproduktion - zielt letztlich darauf ab, gesellschaftliche Praxis zu begreifen als Lebensbedingung und konstitutionelles Element eines sozialen Systems. Die Systemzusammenhänge, bedingt durch Produktion und Reproduktion gilt es qua Sozialwissenschaft zu untersuchen, "die in der schrittweisen Emanzipation der Menschen von natürlichem und geschichtlichem Zwang historisch aufeinander folgen."⁴⁵

Produktion und Reproduktion verweisen uns auf den ökonomischen Kern einer so verstandenen Systemtheorie, wobei - untersuchen wir das System der Bundesrepublik oder Teilsysteme dieses Gemeinwesens - für dieses System die ökonomische Kategorie des Eigentums und der Eigentumsverhältnisse selbst ein konstitutionelles Element der gesellschaftlichen Totalität ist.

5. ZUM DIALEKTISCHEN VERHÄLTNIS VON INDIVIDUUM UND GESELLSCHAFT

In einer gesellschaftlichen, d.h. sozial determinierten Systemtheorie liegt das emanzipatorische Moment in der bewußten Gestaltung (im politischen

⁴⁵ Karl Hermann Tjaden, Ansätze einer gesellschaftswissenschaftlichen Systemtheorie, in: ders., Soziale Systeme, Neuwied/Berlin 1971, S. 441

Umgangsdeutsch sprechen wir u.a. von Mitbestimmung und Mitverantwortung) der Umwelt durch jedes gesellschaftliche Subjekt. Tjaden schreibt: "Gesellschaftliche Praxis ist aufgrund ihres Charakters, durch die Bearbeitung ihres geschichtlich-natürlichen Objekts die Erzeugung ihres gesellschaftlichen Subjekts zu betreiben, auf eine außerhalb des Bewußtseins existierende Wirklichkeit gerichtet, deren bewußte Umgestaltung sich die menschliche Tätigkeit vornimmt."⁴⁶

So formuliert aber bedeutet dieser sozialwissenschaftlich konstatierte Sachverhalt nichts anderes als die Anerkennung des Subjekts als gesellschaftliches Subjekt, denn es wird erst dann zum Subjekt, wenn es in Beziehung zu seiner Umwelt tritt.

Dieses in Beziehung treten aber ist bereits von der Umwelt determiniert. Das unterscheidet das gesellschaftliche Subjekt vom autonomen aber auch abstrakten (abstrakt von der Umwelt) Subjekt, das seinen Reflexionsfortschritt in der Negation der metaphysischen Orientierung menschlichen Lebens erlebte und als Wertmaßstab die Subjektivität des eigenen Ichs zur Basis bürgerlichen Denkens und Handelns machte. Historisch hatte dieser Reflexionsfortschritt seine Bedingungen und seine Berechtigung

⁴⁶ Karl Hermann Tjaden, Ansätze einer gesellschaftswissenschaftlichen Systemtheorie, a.a.O., S. 444

gefunden. In der weiteren Geistesgeschichte mußte das Vernunftsubjekt abgelöst werden vom gesellschaftlichen Subjekt. Allein, und das zeigt uns die Geschichte, handfeste Interessen des bürgerlichen Subjekts ließen Normen und Wertvorstellungen entstehen, die das Erwachen, d.h. Bewußt-Werden des gesellschaftlichen Subjekts verhinderte. Erst Marx mit seiner Maxime: "Das Sein bestimmt das Bewußtsein" formulierte die theoretische Erkenntnis des Individuums komplexer Gesellschaftsordnungen. Nämlich des Individuums, für das in der wissenschaftlichen Befassung die "soziale Determination" zum entscheidenden Prinzip geworden ist.

Greifen wir noch einmal auf das bürgerliche Denken zurück, so sehen wir, daß das bürgerliche Subjekt im bürgerlichen Denken abstrakt war, weil es von seinen sozialen Bezügen abstrahierte. Sein Denken und Wollen war "subjektiv". Wir sprechen von der Subjektivität des Verhältnisses Subjekt/Welt und können bereits hier - im theoretischen Postulat - konstatieren: Die Welt, das Objekt fällt aus dem Verhältnis heraus. Die Subjektivität des bürgerlichen Denkens schließt den Ausschluß des Objekts bereits in sich ein.

Eine Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, der Sphäre der Privatleute, kann so konsequenterweise auf das Miteinbeziehen des Objekts verzichten; der

Versuch, die gesamte gesellschaftliche Realität zu fassen, umfaßt aber den Zusammenhang von Subjekt und Objekt.

Dieser Zusammenhang konstituiert sich in der Praxis. Das Verhältnis von Subjekt und Objekt findet seine begriffliche Entsprechung im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft.

Spricht das bürgerliche Denken von der Abstraktheit des Subjekts und spricht Willms von einer "Theorie des Individuums", so besagt das dialektische Denken des Materialismus, daß die Gesellschaft, das soziale Gefüge der Umwelt, für das Individuum nichts Äußerliches sei. Marx/Engels umreißen diesen Denkansatz in ihrer "Deutschen Ideologie": "Die Bedingungen, unter denen die Individuen, (...) miteinander verkehren, sind zu ihrer Individualität gehörige Bedingungen, nichts Äußerliches für sie, Bedingungen, unter denen diese bestimmten, unter bestimmten Verhältnissen existierenden Individuen allein ihr materielles Leben und was damit zusammenhängt produzieren können, sind also die Bedingungen ihrer Selbstbetätigung und werden von dieser Selbstbetätigung produziert. Die bestimmte Bedingung, unter der sie produzieren, entspricht also (...) ihrer wirklichen Bedingtheit."⁴⁷

⁴⁷ Karl Marx, Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, MEW, Band 3, Berlin 1969, S. 71f.

Insofern sprechen wir von einer Einheit von Individuum und Gesellschaft im Modell einer materialistisch gedachten Gesellschaft. Im materialistischen Denken ist dies der historisch ursprüngliche Zustand. Diese explizierte Einheit von Individuum und Gesellschaft besagt in erster Linie, daß die Gesellschaft als selbständiger Faktor und losgelöst vom Individuum nicht existieren kann. Sondern, daß umgekehrt "alle Erscheinungsformen der Gesellschaft, insbesondere die sozialen Institutionen und Gebilde, Existenzformen des kollektiven Lebens der Menschen darstellen, nicht aber eine von Individuen unabhängige selbständige Realität."⁴⁸ Diese Grundannahme dialektisch-materialistischen Denkens aber postuliert als Grundlage und Ausgangspunkt von Gesellschaft die materielle gesellschaftliche Produktion. In der materiellen Produktion vergegenständlicht sich das menschliche Individuum. Soziale Determination heißt in diesem Zusammenhang: das Individuum eignet sich die Errungenschaften der menschlichen Geschichte im Prozess der Arbeit an. Das wiederum heißt: der Kernpunkt jeglicher Gesellschaftsordnung, jeden sozialen Systems, die Produktion, macht es erforderlich, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu bestimmen, indem das

⁴⁸ Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968, S. 118f.

Verhältnis in Bezug auf die ökonomischen Verhältnisse analysiert wird. Die materielle Produktion prägt die soziale Determination, sie ist sogar konstituierend für sie.

Die Einheit von Individuum und Gesellschaft, von der wir weiter oben sprachen, begreifen wir als eine dialektische Einheit. D.h.: Zwar ist jedes Individuum als Gattung Mensch identisch mit der Gesellschaft, aber als individuelles Subjekt sind ihm die Umwelt und die anderen Individuen äußerlich, d.h.: Individuum und Gesellschaft sind nicht identisch. "Individuum und Gesellschaft sind nicht identisch, insofern dem einzelnen Individuum gegenüber alle anderen Individuen und in diesem Sinne die Gesellschaft tatsächlich etwas Äußerliches, etwas objektives, ein bedingender und bestimmender Faktor und Umstand darstellen."⁴⁹

Die dialektische Durchdringung von Individuum und Gesellschaft macht die Stoßrichtung dieses Denkansatzes deutlich.

Gesellschaft wird als ein System begriffen, dessen innerer Zusammenhang die Totalität des Geschichtsprozesses ist. In diesem System determiniert die materielle Produktion soziale Strukturen.

"Es zeigt sich, daß immer dann, wenn eine bestimmte

⁴⁹ Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, a.a.O., S. 128

Art der materiellen Produktion auftritt, auch bestimmte Formen der sozialen Beziehungen der Menschen, bestimmte Normen und Werte, Überzeugungen, Ideen und Prinzipien, moralische und ästhetische Standpunkte, bestimmte Staatsformen und bestimmte soziale Strukturen vorhanden sind."⁵⁰

Hinsichtlich der Tradierung jeweils existierender verallgemeinerter Erfahrungen im Bereich der materiellen Produktion gilt es zu untersuchen: warum gibt es Gesellschaftssysteme, die in ihren gesellschaftlichen Produktionsbedingungen und in ihrer normativen Verteilung ihrer Grundrechte in der Tradition des Reflexionsfortschritts des bürgerlich autonomen Subjekts stehen?

Oder anders gesagt: In einem so gedachten oder tatsächlich existierenden sozialen System sind Individuum und Gesellschaft getrennt. Das aber heißt: Das Individuum ist als gesellschaftlicher Produzent vom Produkt seiner Arbeit, mittels dessen er sein Sein vergegenständlicht, von eben seinem Produkt gesellschaftlicher Arbeit getrennt, entfremdet. Entfremdet meint: Die dialektische Einheit von Individuum und Gesellschaft existiert nur objektiv. Subjektiv erfahrbar ist die Trennung beider Faktoren. Diese Erfahrung hat seine Ursache in der bürger-

⁵⁰ Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, a.a.O., S. 62

lichen Konstruktion eines sozialen Systems: in der Privatsphäre der Besitzenden, die - als die freie Regulierung eines freien Konkurrenzmarktes ihre Grenzen fand - ihre Idee vom Vernunftsubjekt fallen ließen und als autonome Subjekt Herrschaft ausübten. Herrschaft über diejenigen, denen der Zugang zur Privatsphäre des Warenmarktes de facto verwehrt war. Die Produktionsverhältnisse waren auf die Realisierung der Interessen der Besitzenden angelegt. Von einer Subjekt/Welt-Beziehung konnte keine Rede mehr sein. Das Individuum, objektiv tatsächlich gesellschaftlich determiniert als aktiv handelndes Subjekt, wird zum entfremdeten Individuum. Der Begriff Entfremdung wiederum korreliert mit dem Begriff Freiheit.

5.1. ZUM VERHÄLTNIS VON FREIHEIT UND ENTFREMDUNG

Im bürgerlichen Denken war Freiheit und die normative Festsetzung von Freiheit angelegt als Freiheit des autonomen Subjekts. Durch die geistesgeschichtliche Kontinuität dieses Denkens wurde so verstandene Freiheit zur Freiheit der besitzenden Privatleute.

Freiheit im emanzipatorisch-hegelschen Sinn aber würde bedeuten: Aufhebung der Entfremdung und Freiheit als Postulat aller gesellschaftlich determinierten Individuen als historisch aktive Subjekte.

Die aktuelle Forderung nach den Freiheiten des bürgerlich autonomen Subjekts, die sich in ihrer Formulierung, für sich genommen, kaum von anderen Freiheiten unterscheiden, ihrem Wesen nach aber - die Rechtsinterpretation und Rechtssprechung machen dies deutlich - dem bürgerlichen Denken verhaftet ist, aber weist in der politischen Diskussion den falschen Weg.

Hier haben wir es mit dem Widerspruch zu tun, dessen Lösung in der philosophisch-historischen Tradition einer materialistischen Sozialwissenschaft zu suchen ist.

Die Auflösung dieses Widerspruchs führt dann wieder zu der objektiv bereits vorhandenen dialektischen Einheit von Individuum und Gesellschaft. Das Individuum wird gesehen als eine soziale Erscheinung. Die Entfremdung, als wesentliche Kategorie des Marxschen Denkens, scheint u.E. wichtiges Moment der Entwicklung eines Systems, aber auch der Geschichte zu sein.

Betrachten wir die Entfremdung als Aspekt eines theoretischen Gedankengebäudes, so unterscheidet Marx die

"-Entfremdung vom Produkt der Arbeit (d.h. (...)
auch von der Natur) (...)

-Entfremdung vom Akt des Produzierens, von der
'Arbeit als Lebenstätigkeit' (...)

-Entfremdung vom Gattungswesen des Menschen (...)

-Entfremdung vom Mitmenschen."⁵¹

Die Entfremdung ist in einem so gedachten sozialen System Ausdruck der Durchsetzung partikularer Interessen. Diese Interessen wiederum haben ein Interesse daran, dasjenige soziale System, indem sie ihre Interessen verwirklichen können, in einem Zustand sozialer Stabilität und Funktionalität zu halten. Das o.e. Korrelat zwischen Entfremdung und Freiheit wird u.E. zum Begreifen des Freiheitsbegriffs, wie wir ihn im Grundgesetz kennen, im Rahmen unserer Konstruktion ein geistesgeschichtlicher Ausgangspunkt sein, der dann - wie wir sehen werden - seine Tradition bis in die jüngste geistesgeschichtliche Vergangenheit hinein bewahrt hat. Interessant scheint uns das Verhältnis Entfremdung/Freiheit zum einen, weil sich hierin der Grundsatz des philosophischen Idealismus widerspiegelt - in sofern nämlich, als dieser Idealismus in seiner gedachten Konsequenz Entfremdung zwar erkennt, aber nicht auflöst. Und zum anderen, weil im materialistischen Denken die Teilung der Arbeit und die daraus resultierende Selbstentfremdung den Charakter einer politischen Philosophie angenommen hat: die Erkenntnis des Phänomens birgt zugleich die Auf-

⁵¹ Peter Christian Ludz, 'Alienation' als Konzept der Sozialwissenschaft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, Jahrgang 1975, S. 7

lösung des Problems in sich.

Geistesgeschichtlich setzt die Kritik an der Entfremdung im Besonderen und am Wesen des Individuums im Allgemeinen bei der Kritik der Religion an.

Feuerbach betrachtet die Religion als die Entäußerung des Menschen. Nach ihm objektiviert er sich in Gott. All seine Wünsche und Hoffnungen, all das, was ihm auf dieser Welt fehlt, transponiert er ins Metaphysische. Je mehr der Mensch aber seine eigenen Bedürfnisse befriedigen kann, desto weniger transponiert er sie ins 'Jenseits'. Faktisch also ist die Religion der Widerspruch zwischen dem Wesen des Menschen und seiner real-geschichtlichen Existenz. Oder - anders ausgedrückt: Es gibt keinen Widerspruch menschlich/göttlich, sondern nur den Widerspruch zwischen menschlichem Wesen und menschlichem Individuum. Was sich hier - im Denken Marx' und Feuerbachs - als Kritik der Religion versteht, wird zur Kritik an den real-geschichtlichen Verhältnissen. Denn sie sind es, die sich in der Religion widerspiegeln.

Das Verhältnis zwischen menschlichem Wesen und menschlichem Individuum gilt es, im folgenden zu beleuchten.

Bereits Hegel erkennt die Arbeit als das Wesen des Menschen an. Allerdings - und dort setzt die

Marxsche Kritik an Hegel an, Hegel begreift Arbeit als etwas abstrakt-geistiges, wie sich bei Hegel ja auch die Grundfrage der Philosophie um die Lösung des Konflikts zwischen Idee und Wirklichkeit dreht. Die Philosophie "verwandelt (sie) sich in den Willen, der die Welt nach dem Maßstabe der Idee zu verändern unternimmt. Das Ziel dieser Veränderung ist das Herbeiführen der Übereinstimmung der Wirklichkeit mit sich selbst."⁵²

Dieses Ziel aber ist erst dann erreicht, wenn die Entfremdung aufgehoben ist. Im materialistischen Denken wird davon ausgegangen, daß sich der Mensch im Produkt seiner Arbeit selbst realisiert. Er existiert erst durch seine Arbeit. Der Mensch ist durch seine Arbeit. Er ist insofern, als im Idealfall der Mensch sich durch sein Produkt entäußert, sich verobjektiviert, sich jedoch direkt wieder reproduziert, indem er sein eigenes Produkt zur Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse benutzt. Ein Kreislauf zeigt sich hier, der deutlich macht, daß der Mensch durch seine Arbeit ist und gleichzeitig noch nicht von seinem Produkt und von seiner Arbeit in irgendeiner Form entfernt, entfremdet ist. Denn: die direkte Reproduktion hebt die im Prozess der Arbeit angelegten Entfremdungsprozesse wieder

⁵² Hans Barth, Wahrheit und Ideologie, Erlenbach, Zürich 1961, S. 70

auf. Wird so der Entfremdungs- oder Selbstentfremdungsprozess rückgängig gemacht, liegt der aufgehobene Entfremdungsprozess im individuellen Arbeitsprozess begründet, so können wir davon sprechen, daß das Individuum sich selbst in seinem Arbeitsprozess, in seiner Verobjektivierung im hergestellten Produkt und in der Auflösung dieser Verobjektivierung durch die Reproduktion seiner Produkte, kontrolliert, sich selbst erkennen kann und somit frei ist.

Freiheit also als Korrelat zur Entfremdung.

"Der Mensch besitzt die freie Verfügungsgewalt über das von ihm für seine Zwecke Erschaffene. Das Erzeugnis seiner Tätigkeit gehört ihm. Es steht in seiner Willkür, was er damit machen will. Er ist frei und seine Freiheit offenbart sich eben in der faktischen Herrschaft über das Resultat seiner Arbeit."⁵³

In der gedanklichen Konstruktion zeigt sich ein Idealzustand, der - durch die Komplexität moderner Gesellschaftssysteme - in der Weiterführung seiner Konsequenz zur tatsächlichen und permanenten Entfremdung des Individuums führt. Der oben dargestellte Kreislauf ist dann unterbrochen, das Individuum ist nichtmehr Herr über seine Produkte und somit nicht mehr Herr seiner selbst. Es ist abhängig und unfrei. Darauf wird später noch einzugehen sein.

⁵³ Hans Barth, Wahrheit und Ideologie, a.a.O., S.130

Der Umkehrschluß dieses Gedankengangs würde folgerichtig lauten: Freiheit ist nur möglich durch ein Verhältnis zwischen Individuum und Natur, eben durch ein Arbeitsverhältnis, daß nicht mehr durch Entfremdung gekennzeichnet ist. Was nicht bedeuten kann, auch die Arbeit sei aufgehoben. Solange es Menschen gibt, müssen sie sich mit der Natur auseinandersetzen. Der Mensch wird immer dem Reich der Notwendigkeit, der Notwendigkeit der Arbeit verhaftet bleiben. Was die Entfremdung ausmacht, liegt in der immer komplexer werdenden Struktur der Gesellschaftsformen begründet. Die Arbeit bleibt nicht nur auf den einfachen Kreislauf Subjekt-Arbeitsprozess-Objekt-Aneignung beschränkt, sondern stellt sich dar in einer vielfachen Aufteilung der Arbeitsprozesse, Produkte und Aneignungsprozesse.

5.2. ZUR ARBEITSTEILUNG ALS GRUND SOZIALER KOMPLEXITÄT

Die Teilung der Arbeit sprengt den genannten Kreislauf. "Das Allgemeine und Objektive in der Arbeit liegt aber in der Abstraktion, welche die Spezifizierung der Mittel und Bedürfnisse bewirkt, damit ebenso die Produktion spezifiziert und die Teilung der Arbeiten hervorbringt. Das Arbeiten des Einzelnen wird durch die Teilung einfacher und hier-

durch die Geschicklichkeit in seiner abstrakten Arbeit sowie die Menge seiner Produktionen größer. Zugleich vervollständigt diese Abstraktion der Geschicklichkeit und des Mittels die Abhängigkeit und die Wechselbeziehung der Menschen für die Befriedigung der übrigen Bedürfnisse zur gänzlichen Notwendigkeit."⁵⁴

Je komplexer die Teilung der Arbeit sich vollzieht, destostärker bilden sich eigenständige gesellschaftliche Strukturen heraus, von denen das Individuum - ursprünglich aktiv produzierendes, nicht entfremdetes Subjekt - abhängig wird. Es wird zum Objekt. Der Prozess der Arbeitsteilung wird zur Grundlage und Begründung eines komplexen sozialen Systems. Dazu Barth: "Das gesellschaftliche Gebilde beginnt ein von seinen Teilen weitgehend unabhängiges Eigendasein und mit ihm eine Eigengesetzlichkeit zu entwickeln, welche die Tendenz haben, sich nötigenfalls auch über den Willen der 'Glieder' hinweg durchzusetzen."⁵⁵

Arbeitsteilung bringt also die Bildung von - nennen wir es - Interessengruppen mit sich, deren soziales Gebilde sich verselbständigt. In der Durchsetzung dieser Interessen wird von der Grundlage des "Systems" dem individuellen Menschen - abgesehen.

⁵⁴ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 198, Frankfurt/Main 1970 S. 352

⁵⁵ Hans Barth, Wahrheit und Ideologie, a.a.O., S.127

In der gedanklichen Konstruktion - um den Gedanken der Entfremdung wieder aufzunehmen - bedeutet Freiheit nichts anderes als die Aufhebung der Entfremdung. Entfremdung ist zwar Folge der Arbeitsteilung, braucht es aber zwangsläufig nicht zu sein. Denn der Verkehr der Menschen mit- und untereinander machte eine fein differenzierte Arbeitsteilung notwendig. Folglich gibt es eine Entfremdung in einem arbeitsteilig organisierten sozialen System und trotz dieser arbeitsteiligen Organisation kann eben diese Entfremdung aufgehoben werden.

In diesem Zusammenhang können wir den Bogen zurück zum autonomen bürgerlichen Subjekt schlagen und an seiner Existenz die Darstellung und Kritik der Selbstentfremdung fest machen. In seinem Reflexionsfortschritt war das autonome Subjekt eben dasjenige Subjekt, das im direkten Arbeitsprozess sich die Natur aneignete und sich so - im Gegensatz beispielsweise zum Subjekt des Feudalstaates, das nicht autonom war - autonom selbst verwirklichen konnte. Das selbstverwirklichte, autonome Subjekt war nicht entfremdet. Erst im Verlauf der Arbeitsteilung - entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung - entwickelte sich die Sphäre der Privatleute, die aufgrund ihres Eigentums und ihrer Bildung, ihre Interessen als allgemeine Interessen definierten und verstanden und somit durch die Arbeitsteilung

die Ordnung des Marktes, der nicht nur den Warenverkehr, sondern auch die menschlichen Beziehungen regelte, in ihrem Interesse bestimmten.

Die Folge: das autonome Subjekt machte seine ursprüngliche Freiheit, sein Nichtentfremdetsein, zu einem Privileg derer, die durch Besitz andere autonome Subjekte ihrer Autonomie und Freiheit beraubten.

Durch die Verallgemeinerung dieses Privilegs entwickelt sich eine soziale Ordnung, die ihre so gesetzten Grundsätze verselbständigt und zugleich die Unfreiheit in sich birgt.

So stellt sich uns diese soziale Ordnung dar:

"Jeder ist auf das Arbeitsprodukt des anderen angewiesen. Er verliert die freie Verfügungsgewalt über das, was er erzeugt, weil er sein Gut nicht nur austauschen muß gegen das, was er als Ergänzung für seine Lebenserhaltung braucht, sondern weil er sich der entstehenden rechtlichen Ordnung unterwerfen muß, die den Markt, auf welchem ausgetauscht, beziehungsweise verkauft und gekauft wird, beherrscht. Mit der ausgebildeten Teilung der Arbeit verliert der Mensch seine Selbständigkeit und Freiheit."⁵⁶

Hier sei noch einmal kurz darauf verwiesen, daß Konsequenz und Folge der Arbeitsteilung sich geistesgeschichtlich in der Philosophie des Idealismus

⁵⁶Hans Barth, Wahrheit und Ideologie, a.a.O., S. 133

niederschlägt. Denn: Durch den Prozess der Arbeitsteilung kommt es nach Marx zu einer Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Der Geist, zwar begründet in der Materie, verliert das Bewußtsein über eben diesen Zusammenhang von Materie und Sein. Er schafft sich Ideen, die vom Produkt seiner Arbeit unabhängig sind. So kommt es, wie noch bei Hegel, zu einer Philosophie, die sich einen Weltgeist als Idee denkt, der Ursprung allen Seins ist. Insofern auch setzt Marx seine Kritik an der Hegelschen Philosophie an, als er Hegel auf die Füße stellen will. Oder anders ausgedrückt: Die Philosophie des Idealismus als Ausfluß der Arbeitsteilung und ihres entfremdeten Bewußtseins sucht die Arbeitsteilung zu überwinden, indem der Geist als primär im Denken gesetzt wird. Indem ich die Materie denke oder indem die Materie erst ist, indem ich denke, erkenne ich jedoch, daß das menschliche Dasein erst ist, indem es durch die Materie ist.

Die Arbeitsteilung hat zur Folge, daß das menschliche Bewußtsein sich ein eigenes Objekt schafft. Durch diese Schaffung des Objekts, das tatsächlich nicht ist, wird die Welt verdoppelt. Marx richtet diesen Vorwurf der Verdoppelung der Welt gegen Hegel.

Zurück zur Entfremdung. Sie hat, zunächst als Begriff, nicht nur mit ihrem Korrelat der Freiheit

zu tun, sondern gilt ebenso als ein Moment im Organismus eines sozialen Systems. Deshalb führt uns ja die geistesgeschichtliche Entwicklung des Begriffs Freiheit letztlich dorthin, wo wir uns heute aktuell befinden: im Netzwerk eines sozialen Systems. Selbst Gehlen, wie immer er sonst zu Marx und seinen Ideen gestanden haben mag, bezeichnet die Entfremdung im Marxschen Denken als eine "echte Kategorie, die für die Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und also auch der gegenwärtigen Verhältnisse unentbehrlich ist."⁵⁷

In seinen "Studien zur Anthropologie und Soziologie" faßt Gehlen das, was wir Korrelat nannten, als ein Kausalverhältnis. Er spricht "über die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung".⁵⁸

Daß Gehlen Marx in seiner Konsequenz der Aufhebung der Entfremdung, das Zurückführen des Menschen zu sich selbst, als Idealist ansieht und ihn als einen geistesgeschichtlichen Endpunkt von Fichtes Idee der "verlorenen Freiheit" einordnet, mag hier nicht von Interesse sein und muß einer anderen Diskussion vorbehalten bleiben.

⁵⁷ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied/Berlin 1971, S. 232

⁵⁸ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, ebenda

6. ZUR INSTITUTION ALS AUSDRUCK DES NICHT-ICH

Interessant dagegen ist für unseren Diskussionszusammenhang die Gehlensche "Institutionenlehre", da sie uns einen Einblick in ein systemtheoretisches Denken gibt, daß einzelne Elemente eines sozialen System- oder Handlungszusammenhangs als Element eine Konstanz besitzen, daß ihr Verhältnis zu individuellen Bedürfnissen der Freiheit eben dieses Individuums Grenzen setzt - und zwar zwangsläufig, wie Gehlen meint. An dieser zwangsläufigen Konstanz liegt die Starrheit dieses systemtheoretischen Denkens. Signifikant in Gehlens "Institutionenlehre" ist die Hypothese: Der Mensch ist erst in und durch Institutionen, verstanden als soziale Handlungszusammenhänge. Wobei Gehlen davon ausgeht, daß diese Tatsache des "Menschwerdens" sich als Kontinuität von den archaischen bis hin zu den modernen Gesellschaften fortgepflanzt hat. Er schreibt: "Hier also würden wir die Kontinuität sehen (...): daß der Mensch sich nicht selbst und direkt verstehen kann, sondern nur von einem Nicht-ich aus."⁵⁹ Das hier beschriebene Ausgeliefertsein des Individuums scheint in seiner Beschreibung mit der beobachtbaren Tatsache der Entfremdung (s.o.) in einem Zusammenhang zu stehen. Denn das Ausgeliefertsein des Individuums läßt lediglich ein indi-

⁵⁹ Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Frankfurt/M.-Bonn 1964, S. 120

rektes Verhältnis des Individuums zu sich selbst zu. Dagegen existiert keine Identität des Individuums mit sich selbst. Im Gegenteil: die Identität zwischen Individuum und Institution hat die Funktion der Institutionstabilisierung zur Folge. Dubiel faßt in seiner Darstellung von Gehlens "Institutionenlehre" zusammen:

"Wenn ein Individuum in eine Institution voll integriert sei, habe es kein direktes Verhältnis mehr zu sich selbst. Aber auch durch die Identifikation mit einem Nichtich könne das Ich ein zwar indirektes aber auch dadurch gerade stabiles Verhältnis zu sich selbst gewinnen. Überdies trage es durch jene Identifikation mit einem Nichtich zur Stabilisierung des Sozialzusammenhangs bei, dem es zugehört."⁶⁰

Begreift man diese Identifikation mit einem Nichtich als eben diese Stabilisierung des Sozialzusammenhangs, so stellt sich die Frage: Wie ist dieser Sozialzusammenhang geartet und worauf basiert er? Weiter oben haben wir bereits gesehen, daß sich soziale Systeme reduzieren lassen auf das aktiv handelnde Subjekt. Als indirekte Folgeerscheinung der Bewältigung der Umwelt durch den Menschen entstehen soziale Handlungszusammenhänge, die darauf angelegt sind, Bedürfnisse - kulturelle und biolo-

⁶⁰ Helmut Dubiel, Identität und Institution, Düsseldorf 1973, S. 36

gische - zu befriedigen. Institutionen also als Agenturen im Auftrag des Subjekts. Die totale Entfremdungssituation, wie sie sich bei Gehlen darstellt, hat hier ihre Ursache nicht in der immer komplexer werdenden Gesellschaft, sondern in der Tatsache, daß er das Verhältnis von Subjekt (Ich) und Objekt (Nichtich) verkehrt setzt. Könnten wir davon ausgehen, daß - entsprechend der Komplexität der modernen Industriegesellschaften - bestehende Institutionen sich den Bedürfnissen anpaßen (wobei Bedürfnisinhalte objektiv definiert werden müssen), so hätten wir es mit einem Moment der Aufhebung der Entfremdung zu tun. Oder - wie Gehlen an anderer Stelle formuliert - die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung. Ein Schritt, der dem Gehlens konträr entgegen steht - nämlich: die Identifikation des Nichtich mit dem Ich.

So findet hier die Entfremdung ihre Ursache im Denkansatz Gehlens. Verfolgen wir diesen Ansatz, dann erweist sich, daß dieser Ansatz lediglich eine Beschreibung konstatierbarer Realitäten eines sozialen Systems ist, in dem eine Divergenz zwischen institutionell zugelassenen Bedürfnissen und den objektiven Bedürfnissen und Interessen der Individuen besteht. Realitäten eines Systems also, in dem sich die weiter oben erwähnte Sphäre der Privatleute verselbständigt hat gegenüber den nicht-besitzenden Individuen.

7. ZUR EIGENGESETZLICHKEIT SOZIALER SYSTEME

Betrachten wir Gehlens Ansatz jedoch als Beschreibung, können wir seiner Überlegung folgen, die von der "Eigengesetzlichkeit" von Systemen und Prozessen spricht. Im Diskussionszusammenhang von Entfremdung und Freiheit scheint uns dies ein bemerkenswertes Detail systemtheoretischen Denkens zu sein.

"Einer der wichtigsten (...) sozialen Vorgänge besteht in dem 'Umschlagen' eines durch irgendwelche Handlungen in Gang gesetzter Prozesses zur Eigengesetzlichkeit."⁶¹

Zur Verdeutlichung dieses Phänomens recurriert Gehlen auf Max Weber, für den der Begriff

"Erwerbsstreben gar kein selbständiger psychischer Antrieb und so kein eigentlich psychologischer Begriff, sondern eine dem Verantwortlichen von der Ratio des Betriebes selbst aufgenötigte Einstellung sei."⁶²

Diese "aufgenötigte Einstellung" wiederum verdeutlicht noch einmal den Sachverhalt, den Gehlen mit der Identifizierung des Ich mit dem Nichtich umschreibt. Es wird davon ausgegangen, daß das Individuum im Schnittpunkt von mehreren Institutionen steht. Dieses System der Institutionen hat - entsprechend der eben erwähnten Eigengesetzlichkeit

⁶¹ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 197

⁶² Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie ...
ebenda

systemeigene Zweckmäßigkeiten entwickelt, die das individuelle Verhalten bestimmen. Die Bedürfnisse der Institutionen werden zu den Bedürfnissen der Individuen. Oder - im Rückgriff auf die Rollentheorie: der Mensch spielt seine Rolle, die ihm die Institution aufgegeben hat.

Dabei scheint ihm sein Normverhalten "sachgerecht", d.i. richtig, tatsächlich aber ist es lediglich im wahrsten Sinne des Wortes "sachgerecht", nämlich es wird der Sache der Institution gerecht.

Dazu Gehlen: "Die Sachlichkeit ist also zugleich die Normbestimmtheit, und zu ihrem größten Teil wird sie nicht vom Subjekt her motiviert, sondern von den Faktoren und Prozeßgesetzen der Ordnungsgefüge, in denen wir leben."⁶³

Diese Eigengesetzlichkeit von Ordnungsgefügen, reduziert auf ihre ökonomische Grundlage, spielt im übrigen eine entscheidende Rolle in der Diskussion um die Ideologiehaftekeit sozialer Systeme und wird späterhin im Verlauf dieser Abhandlung sicher einen Schritt zur Lösung der von uns gestellten Aufgabe beitragen können. Denn: Insofern Institutionen eine normbedingte Ideologie ins Ich transponieren, machen sie eine verbindliche Autorität für sich geltend. Wesentlich in der Diskussion

⁶³ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 199

um die "Eigengesetzlichkeit" von Institutionen ist die Feststellung der "Zwecksetzung ohne Zweck" (Gehlen), die die genannte ideologische Eigengesetzlichkeit umreißt. Dabei spielt eine große Rolle die Tatsache der Tradierung eines ursprünglichen Zwecks, obwohl eben dieser Zweck längst verloren ist. Dazu Gehlen: "Bei Untersuchungen über moderne Gesellschaften trifft man bisweilen auf den Fehler, daß Institutionen, die früher einmal als Interessenverbände unter rationalen Zweckgesichtspunkten gegründet wurden, wie z.B. Parteien, heute noch unter demselben ausschließlichen Gesichtspunkt betrachtet werden."⁶⁴ Was sich hier methodisch niederschlägt, nämlich die Analyse von Institutionen ausschließlich unter Berücksichtigung ihrer ursprünglichen Intentionen ohne Rückgriff auf ihre Eigengesetzlichkeit, läßt sich heute beispielsweise auch in der philosophiegeschichtlichen, verfassungsrechtlichen und sozialwissenschaftlichen Diskussion um den Begriff Freiheit im allgemeinen und den Begriff Pressefreiheit im besonderen nachvollziehen. Darauf wird noch im Verfolg einzugehen sein. In diesem Zusammenhang soll es genügen, diese Relevanz dadurch zumindest zu verdeutlichen, indem wir Gehlens Methodenkritik nicht auf den Institutionenbegriff beziehen, sondern sie auf den Freiheits-

⁶⁴ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 228

Begriff bringen. Folglich liest sich eine solche Kritik so: Der Begriff "Freiheit" und seine inhaltliche Ausfüllung, der früher einmal als Reflexionsfortschritt des bürgerlichen Subjekts seinen Niederschlag in der Aufhebung der Entfremdung des Menschen fand und somit rationalen und vernünftigen Gesichtspunkten unterworfen war, wird heute noch unter denselben ausschließlichen Gesichtspunkten betrachtet. Dies meint eine Tradierung der historisch-faktischen Realität ohne Bezug auf die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse.

Insofern Gehlen den Versuch unternimmt, soziale Phänomene zu beschreiben, sieht auch er Prozesse und Systeme, die bestimmten gesetzten Ansprüchen nicht mehr genügen. So wie er z.B. das Problem der Entfremdung erkennt als ein Problem, das sich der Entwicklung und Entfaltung von menschlicher Freiheit entgegenstellt. Allerdings - und dort setzt unsere Kritik am Ausgangspunkt des Gehlenschen Denkansatzes an - die Frage nach der Ursache sozialer Phänomene und den daraus ableitbaren Forderungen zur eventuellen Änderung sozialer Strukturen stellt Gehlen nicht. Er selbst nennt seinen Wissenschaftsansatz "erkenntnispraktisch" und steht, wie er in der Einleitung zu seinen "Studien zur Anthropologie und Soziologie"⁶⁵ schreibt, der wissenschaftlichen

⁶⁵ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 10

Methode Paretos sehr nahe.

Zur Verdeutlichung sei hier kurz Paretos wissenschaftlicher Ansatz nach Gehlen skizziert:

"Die logisch-experimentellen Wissenschaften haben objektiv feststellbare Tatsachen zum Gegenstand und sie suchen Beziehungen zwischen solchen Tatsachen in den uns bekannten Grenzen des Raumes und der Zeit. An einer Stelle sagt Pareto, daß sich die wissenschaftlichen Theorien aus zwei Arten von Sätzen zusammensetzen: deskriptiven Sätzen und solchen, die eine beobachtbare Gleichförmigkeit ausdrücken. (...) Alle logisch-experimentellen Theorien und Sätze sind relativ und zufällig, d.h. irgendeine Aussage über 'absolute' Sachverhalte ist niemals zu verifizieren."⁶⁶ Dieser wissenschaftliche Ansatz erlaubt es Gehlen, auch soziale Tatsachen festzustellen, die wir durch die Frage nach der Ursache der Tatsachen und den möglichen Folgen als ideologisch qualifizieren würden. In Bezug auf die Eigengesetzlichkeit von sozialen Systemen und Institutionen war davon weiter oben bereits die Rede. So beobachtet Gehlen eine, wie er es nennt "Gruppendisziplin" und meint, "daß vielleicht noch keine Kulturepoche ein solches Maß gewaltloser Lenksamkeit der Massen gesehen hat. So geht die funktionalisierte Bereitschaft des Sichunterordnens als Prämisse in die

⁶⁶ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 155

gesamte moderne wirtschaftliche und politische Gesellschaft ein, die Möglichkeit sie zu mißbrauchen liegt nahe und ist gründlich ergriffen worden."⁶⁷

Auch hier verdichtet sich die Ursache des Tatbestandes in der Eigengesetzlichkeit.

An diesem Punkt der Diskussion läßt sich noch einmal feststellen, daß z.B. die Teilung der Arbeit ein Moment der immer komplexer werdenden Gesellschaft ist und somit zu institutionalisierten Handlungs- und Verfahrensweisen gehört und somit ebenso unter den Prozess der Eigengesetzlichkeit fällt.

8. ZUR LEGITIMATION DER GEGENWART DURCH DIE VERGANGENHEIT

Interessant in diesem Zusammenhang ist das Akzeptieren dieses sozialen Phänomens als Grundlage von Überlegungen neuer sozialer Strukturen. Dagegen zogen aus der Forderung nach Aufhebung der Teilung der Arbeit Marx/Engels in der "Deutschen Ideologie" folgende Konsequenz: "Während in der kommunistischen Gesellschaft , wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu

⁶⁷ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 206

tun, morgens zu jagen, abends Viehzucht zu treiben, auch das Essen zu kritisieren, ohne je Jäger, Fischer, oder Hirt oder Kritiker zu werden, wie ich gerade Lust habe. Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eigenen Produktes zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung."⁶⁸ Gehlen aber bezeichnet dieses Phänomen als ein "Wesensmerkmal menschlicher Gesellschaften" und schreibt ihm Allgemeingültigkeit zu.

Auch Dahrendorf konstatiert dies Problem und fordert eine neue Gesellschaft. Unter der Überschrift "Die Zukunft der Freiheit"⁶⁹ stellt er zwei Forderungen, die uns in Zukunft die Freiheit erhalten: zum einen benennt er den "Ausbruch aus den Mauern verfehlter Arbeitsteilung" und zum zweiten postuliert er "Jeder muß die Möglichkeit der Wahl und des Wechsels haben." In diesem Zusammenhang spricht er von der neuen Gesellschaft als der Meliorationsgesellschaft im Unterschied zur Expansionsgesellschaft. "Es ist vielmehr ein Plädoyer für eine moderne Industriegesellschaft und -gesellschaft, in

⁶⁸ Karl Marx, Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, MEW, Band 3, Berlin 1969

⁶⁹ Ralf Dahrendorf, Die Zukunft der Freiheit, in: Die Zeit, Nr. 3 - 10.1.1975 - S. 3

der Menschen nicht mehr in feste kleine Kästchen sortiert, mit exklusiven und definitiven sozialen Identitäten ausgestattet werden, sondern in Umständen leben, die Möglichkeiten der Wahl und des Wechsels, also Freiheit bieten."⁷⁰ Als einen Schritt zur Überwindung dieser starren Arbeitsteilung nennt Dahrendorf die industrielle Mitbestimmung. Die Möglichkeit aber hin zu einer Meliorationsgesellschaft sieht Dahrendorf im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Bürgerlich deshalb, weil Dahrendorf in dieser Gesellschaft zum Wohle des Einzelnen auf die "Kräfte des Marktes vertraut". Eine Kontinuität vom Vertrauen des bürgerlichen autonomen Subjekts auf die Selbstregulation des Marktes und der Gesellschaft durch die freie Konkurrenz bis hin zum wissenschaftlichen Befund Dahrendorfs scheint, wie auch Gehlen meint, zum Wesen menschlicher Gesellschaften zu gehören. Gleichwohl: trotz postulierter Allgemeingültigkeit des Phänomens sucht Dahrendorf nach einem Ausweg. Er sieht die Wandlung des bestehenden Systems durch das Aufstellen von Regeln gewährleistet, denn auch er erkennt das Vertrauen auf die Kräfte des Marktes als idealtypisch an. "Aber die Wirklichkeit hat sich von solchen Idealtypen weit entfernt, und wir brauchen daher Regeln, um sicherzustellen, daß die Ideologie des Marktes

⁷⁰ Ralf Dahrendorf, Die Zukunft der Freiheit, in: Die Zeit, a.a.O., S. 3

der privaten Initiative und der Freiheit des Kapitals nicht mißbraucht wird zur Verteidigung der unkontrollierten Macht weniger - von Macht, die eingesetzt wird, um den Übergang von der Expansion Melioration zu verhindern."⁷¹

Festzustehen scheint: Die Diskussion in der modernen Sozialwissenschaft kann nicht übersehen, daß neue Strukturen und Ordnungen und Funktionen für soziale Systeme gesucht und gefunden werden müssen. Nur: die Frage ist: Wem nützt ein solcher sozialer Wandel? Bringt er ein Mehr an individueller und sozialer Freiheit? Oder perpetuiert er lediglich die bereits konstatierte Eigengesetzlichkeit bestehender Systeme? Der Verdacht liegt nahe, und die soziale Wirklichkeit erhärtet diesen Verdacht, daß solch postulierter sozialer Wandel Dahrendorfscher Prägung dem unterliegt, was Gehlen wie folgt umschreibt; "daß man nämlich Ordnungen, Verfassungen usw. weniger nach ihrer ideologischen Korrektheit als danach beurteilt, inwiefern sie stabilisierende Eigenschaften haben. In einer stabilen Gesellschaft legitimiert die Vergangenheit die Gegenwart."⁷²

Gehen wir in unserer Analyse vom gleichen Phänomen aus, so liegt für uns in dieser Tatsache die Kritik an einem sozialen System. Für Gehlen dagegen ist

⁷¹ Ralf Dahrendorf, Die Zukunft der Freiheit, ebenda

⁷² Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 213

diese Legitimationsgrundlage entsprechend eines Traditionalismus rechters.

Wichtig für die Diskussion wird im Zusammenhang immer mehr die Frage nach der Legitimation. Frage: Legitimiert die Vergangenheit die Gegenwart tatsächlich? Wer legitimiert wessen Macht? Wie ist Macht verteilt?

Wir müssen uns diese Fragen stellen, um letztlich unsere zentrale Frage stellen zu können: Was ist Pressefreiheit und wie ist es um sie bestellt? Die Frage nach der Legitimation ist die Frage nach dem "Recht, Recht zu setzen" (Gehlen). Gehlen beispielsweise sagt: "Es gibt rechtlich (verfassungsrechtlich) privilegierte Machtchancen. So sind die Parteien, obwohl sie zahlenmäßig klein sind, weil sie unter 5 % der Bevölkerung organisieren, und obgleich sie nicht finanzstark sind, dennoch mächtig, weil sie doch eine Art Monopol auf die Politik haben."⁷³ Diese rechtlich privilegierten Machtchancen setzen sich durch in Institutionen (z.B. Parteien) und entwickeln Aktivitäten, die entsprechend der o.g. Eigengesetzlichkeit die Eigenstruktur der Institution im Auge behalten. Die Funktion des Systems bzw. Subsystems ist ausgerichtet auf das System selbst. Die Frage nach dem Individuum, dem menschlichen Subjekt und seinen

⁷³ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 248

Bedürfnissen und Interessen - immerhin die Basis jeglichen Systems - ist verschüttet.

Diese Diskrepanz zwischen vorhandenem Eigennutz des Systems als Konsequenz der Eigengesetzlichkeit sowie der Verallgemeinerung dieser Eigengesetzlichkeit und der Frage nach dem Individuum schlägt sich ebenfalls in der wissenschaftlichen Diskussion nieder. Der Streit zwischen Habermas und Luhmann ist Ausdruck dieser Diskrepanz.

9. ZU EINER THEORIE DER EIGENGESETZLICHKEIT SOZIALEN WANDELS

"Habermas beanstandet, daß in Luhmanns Gesellschaftstheorie der mündige, diskutierende Mensch nicht vorkommt. Damit verzichte Luhmann auf die Praxis eines freien Konsensus mündiger Bürger zu notwendigen sozialen Veränderungen. Er erklärt nur, wie Gesellschaft sich ändert, nicht aber, wie sich ändern soll."⁷⁴

Inwieweit Habermas eine Theorie des "freien Konsensus mündiger Bürger" entwickelt, sei hier nicht ausgewiesen. Seine Bewältigung des Subjekt-Problems jedoch ist ein Moment sozialwissenschaftlicher Diskussion, die wir in Luhmanns Systemtheorie nicht finden. Vielmehr entwickelt Luhmann eine Theorie der Eigengesetzlichkeit des sozialen Wandels, die

⁷⁴ Vgl. Der Spiegel, Nr. 45 - 1.11.1971 - S. 202ff.

auf der "funktionalen Differenzierung" einer System/Subsystem-Hierarchie beruht und in der individuelle Freiheit sich innerhalb sozialer Subsysteme realisiert, die, qua Sozialisation erlernt, durch Verfahren als koordinierende Handlungsinstanz ihre Grenzen findet.

Eben jene Eigengesetzlichkeit, die wir auch in Gehlens Institutionenlehre finden und die als Wesen sozialer Systeme begriffen wird, führt zu eben jener Starrheit systemtheoretischen Denkens, das den Reflexionsfortschritt bürgerlicher Subjekte fortschreibt, ohne die faktisch-historische Entwicklung der modernen Industriegesellschaft mitzuvollziehen.

Während Gehlen jedoch Eigengesetzlichkeit als wesentlich ansieht, ist er nicht in der Lage, Aspekte sozialer Änderungen im Rahmen eines sozialen Wandels in seine Theorie einzubeziehen.

Dahrendorf dagegen beweist eine relative Flexibilität seines Denkens indem er versucht, aus den Mauern verfehlter Arbeitsteilung, wie er es nennt, auszubringen. Er sortiert die Menschen "nicht mehr in feste kleine Kästchen", sondern er eröffnet "die Möglichkeiten der Wahl und des Wechsels". Ein in der Tradition des Reflexionsfortschritts stehendes Denken, das im Gegensatz zu Luhmann steht. Dieser sieht mit der fortschreitenden Komplexität der sozialen Systeme und der damit verbundenen

funktionalen Differenzierung die individuelle Freiheit in festen normreduzierten Einheiten realisiert. Während Luhmann systemorientiert denkt, scheint Dahrendorf den Schritt zurück zum Reflexionsfortschritt zu vollziehen, den historisch das autonome bürgerliche Subjekt vollzog.

Die klassische Konzeption des Verfahrens steht noch auf der historischen Stufe des autonomen Subjekts.

Denn "Kern aller klassischen Verfahrenslehren ist der Bezug auf Wahrheit oder wahre Gerechtigkeit."⁷⁵

Darin sieht Luhmann einen "antibürokratischen Affekt der Verfahrenslehren (...) Sie sind gegen die Verwalter der Macht gerichtet. Das gilt auch für die 'rechtsstaatlichen' Verfahrensvorstellungen der deutschen Tradition, die der Bürokratie wegen ihrer politischen Abhängigkeit Mißtrauen entgegenbringt und deshalb Verfahrensregelungen in eigentümlicher Weise mit subjektiven Rechten gegen den Staat verbindet."⁷⁶

Solche klassische Verfahrensregelung hält die Luhmannsche Systemtheorie in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr für möglich. "Bei hoher Komplexität und Variabilität des Sozialsystems der Gesellschaft kann die Legitimation politischer Macht nicht mehr einer naturartig vorgestellten

⁷⁵ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Neuwied 1969, S. 18

⁷⁶ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, ebenda

Moral überlassen, sondern muß im politischen System selbst erarbeitet werden."⁷⁷

Je höher die Komplexität eines sozialen Systems ist, umso mehr ergibt sich eine Differenzierung in Subsysteme. Höhere Differenzierung erfordert wiederum eine Reduktion der Werte. Diese Generalisierung ist tatsächlich nicht mehr "naturartig", sondern eine "Moral" (Ideologie), die systemnotwendig aus dem "Systemtypus" entwickelt wird.

"Da dieser Typus im allgemeinen komplexer als sein Vorgänger ist, muß sein Wertmuster auf einer höheren Allgemeinheitsebene ausgedrückt werden, um die umfassende Vielfalt von Zielen und Funktionen seiner Untereinheiten zu legitimieren."⁷⁸

Oder anders ausgedrückt heißt dies: Konsens zu bilden, der bei mehr und mehr fortschreitender Verallgemeinerung minimiert wird auf das, was Parsons die "symbolischen 'Repräsentationen' der letzten Wirklichkeiten"⁷⁹ nennt.

Die Legitimation durch Verfahren und durch Gleichheit der Chance, befriedigende Entscheidungen zu erhalten, tritt dann an die Stelle älterer natur-

⁷⁷ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 30

⁷⁸ Talcott Parsons, Gesellschaften als Systeme der Wirklichkeitsbeherrschung, in: Karl Hermann Tjaden, Soziale Systeme, Neuwied 1971, S. 341

⁷⁹ Talcott Parsons, Gesellschaften als Systeme der Wirklichkeitsbeherrschung, a.a.O., S. 336

rechtlicher Begründungen oder tauschförmiger Methoden der Konsensbildung. Verfahren finden eine Art generelle Anerkennung (...) und diese Anerkennung zieht die Hinnahme und Beachtung verbindlicher Entscheidungen nach sich."⁸⁰

Damit sind Verfahren der prozessuale Ausfluß bestehender Wert- und Normensysteme. Hier erhalten sie ihre Legitimitätssphäre. Oder wie weiter oben gesagt wird: Konsequent gedacht, müßte sich so das Recht zur interessen gebundenen Ideologie entwickeln. Die Durchsetzung dieser Normen, dieses Rechts, geschieht heute in der modernen Industriegesellschaft, indem sich der Wille des Subjekts, des Individuums, entäußert. Die Ideologisierung oder besser das Ersetzen des Wahrheitsbegriffs durch Verfahrensrecht liest sich bei Luhmann so: "Inzwischen hat jedoch das neuzeitliche Denken den Wahrheitsbegriff im Zusammenhang mit der Entwicklung der Wissenschaften präzisiert und an sehr strenge, methodische Voraussetzungen gebunden, hat damit den Naturrechtsgedanken zersetzt und hat das Recht positiviert, d.h. auf Entscheidungsverfahren umgegründet."⁸¹

Wenn wir weiter oben feststellen, daß das Wert- und Normensystem aus dem sozialen System selbst abzuleiten ist, so wird uns nun der Luhmannsche Begriff

⁸⁰ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 30

⁸¹ ders., a.a.O., S. 20

der Wahrheitsfindung oder Nichtfindung dem Gedanken-
gebäude der Systemtheorie adäquat. Denn die wissen-
schaftliche Wahrheitsfindung erfolgt "nach Maßgabe
spezifischer Normen (Methoden) und Werte." Es ist
also "gesellschaftlich ausdifferenziert".⁸²

Darüberhinaus muß Wahrheit nicht unbedingt gefunden
werden. Die Notwendigkeit des überhaupt Entscheidens
ist ein höher zu bewertendes Kriterium, denn die
Konsensbildung legitimiert das (Entscheidungs-)Ver-
fahren. "Ein System, das die Entscheidbarkeit aller
aufgeworfenen Probleme garantieren muß, kann nicht
zugleich die Richtigkeit der Entscheidung garan-
tieren."⁸³

Luhmann faßt seine Konsenstheorie dahingehend zu-
sammen: "Der Positivierung des Rechts, d.h. der
These, daß alles Recht durch Entscheidung gesetzt
ist, entspricht es, den Legitimitätsbegriff auf die
Anerkennung von Entscheidungen als verbindlich
festzusetzen."⁸⁴

Luhmann geht im folgenden einen entscheidenden
Schritt weiter, indem nämlich nicht nur die Legiti-
mation durch Verfahren gefordert wird, sondern
darüber hinaus Entscheidungen ohne durch Verfahren
motivierte Überzeugung akzeptiert werden:

⁸² Vgl. Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren,
a.a.O., S. 21

⁸³ ders., ebenda

⁸⁴ ders., a.a.O., S. 31

"Dieser Komplexität moderner Gesellschaften kann nur durch Generalisierung des Anerkennens von Entscheidungen Rechnung getragen werden. Es kommt daher weniger auf motivierte Überzeugungen als vielmehr auf ein motivfreies, von den Eigenarten individueller Persönlichkeiten unabhängiges (und insofern wahrheitsähnliches!) Akzeptieren an, das ohne allzuviel konkrete Information typisch voraussehbar ist."⁸⁵

10. FREIHEIT ALS NORM- UND WERTREDUZIERUNG ?

Um der festgestellten Komplexität moderner Gesellschaften Rechnung zu tragen, wird qua Generalisierung die Werte- und Normenwelt des betreffenden Systems weiter abstrahiert. Es findet eine Reduktion statt, bei der die Parsonschen "letzten Werte" in endgültiger Verallgemeinerung verbindlich bleiben. Verbindlich in dem Sinn, daß sie den Strukturen und Funktionen sozialer Systeme Stabilität verleihen. Durch die Reduktion auf wenige, dafür in der System-Subsystem-Hierarchie allgemeingültigen Werte, muß Luhmann die Kategorie des "Akzeptierens" von Entscheidungen" einführen, da für die Individuen der sozialen Systeme (durch die infolge Komplexität absolut reduzierten Werte auf höchstes Abstraktionsniveau) in den meisten Fällen sozialen Handelns (verbunden mit Entscheidungen) kein Normierungs-

⁸⁵ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 32

oder Wertcharakter erkennbar sein kann. Dies deswegen, weil die praktisch-handelnde Tätigkeit der Menschen, denn nur sie bestimmt die Komplexität eines sozialen Systems, eben ob ihrer Komplexität sofort reduzierbar ist auf die generalisierten "letzten Werte". Oder anders ausgedrückt: Praktisch handelnde Tätigkeit, die das Fällen von Entscheidungen und auch das Akzeptieren einschließt, hinterfragt nicht die Legitimation durch das Wertsystem der Gesellschaft.

Luhmann setzt für ein funktionierendes soziales System die Verinnerlichung dieser Werte voraus. Daher kann er menschliches Handeln (ob als Entscheidendes oder Akzeptierendes) durchaus als "motivfrei" einstufen. Dies betrifft vor allem die routinemäßige oder alltägliche Interaktion der Menschen. So legitimiert sich gesellschaftliches Handeln "sui generis". Diese Luhmannsche Beweiskette legitimiert unsere These, daß Ideologie "sui generis" entstünde. Denn wenn Normen- und Wertsystem als aus dem System generalisierte Ideologie aufsteigen und eine Vermittlung qua Verallgemeinerung stattfindet, so ist die Verinnerlichung eben der Ideologie in gesellschaftlichem Handeln interagierender Menschen widergespiegelt.

Verkompliziert sich die Interaktion - das ist dann der Fall, wenn mehrere Subsysteme daran beteiligt

sind - , dann muß nach Luhmann die Kategorie des Verfahrens eingeführt werden. Beispiel: Vater-Kind-Entscheidungen erledigen sich "motivfrei" durch "akzeptieren", der "Morgengruß" in einer Büroetage geschieht durch "Händeschütteln", wer es nicht akzeptiert, stört bereits das System: er gilt als unhöflich.

Übertrete ich als Verkehrsteilnehmer die Verkehrsregeln, muß ich mit dem System **von** Verwaltungs- und/oder Justizapparat in Beziehung treten. Dies geschieht mittels rechtlich geregelter Verfahren: Anhörungsbogen - richterliche Entscheidung - Buß - geldbescheid - schließlich Verkehrssünderkartei. Gesellschaftliches Handeln verbunden mit zu akzeptierenden Entscheidungen legitimiert sich hier ausschließlich durch Verfahren. Wenn wir in diesem Luhmannschen Konstrukt (denn um ein solches handelt es sich, die gesellschaftliche Praxis sieht anders aus) nach dem Gedanken der Freiheit suchen, so fällt dies schwer, was sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Freiheit angeht.

So gibt es für die Individuen einer Gesellschaft kaum die Möglichkeit, an den Möglichkeiten der Gesellschaft teilzunehmen. Die Individuen sind dem Subsystem, oder den ihnen zur Verfügung stehenden Subsystemen verhaftet und quasi ohne Möglichkeit, in weitere Komplexität, d.h. Verinnerlichung neuer

Systeme, vorzudringen.

Luhmann selbst gibt ein einfaches, aber einleuchtendes Beispiel:

"Reinemachefrauen, die zu früh in den Gerichtssaal einziehen, oder Gasthausbesucher, die statt gedeckter Tische Wahlplakate, Kabinen, Listen und offiziöse Mienen vorfinden, merken sofort, daß sie sich in ein anderes System verirrt haben, das gewisse Verhaltensmöglichkeiten ausschließt und andere eröffnet. Sie stören, definieren die Situation als Störung und unterstellen sich damit den Regeln des gestörten Systems. Systemadäquates Verhalten steht ihnen jedoch nicht zur Verfügung. Sie können weder dasein noch nicht dasein. Kommunikationsversuche zur Entschuldigung werden die Störung nur verlängern. Nicht selten ist systemlose Flucht die einzige Möglichkeit, dem gestörten System die Reverenz zu erweisen."⁸⁶

Dieses Beispiel zeigt dreierlei und mithin das gesamte Luhmannsche Konstrukt: Dem menschlichen Individuum stehen einige Subsysteme als Handlungsmöglichkeit zur Verfügung. In diesen agiert es qua gesellschaftlicher Rollen. Das heißt, je nach Komplexität der zur Verfügung stehenden Systeme wird der den Handlungsspielraum bestimmende Rollenset immer größer. Mit anderen Subsystemen kann das Individuum nur in Beziehung treten mittels dort im

⁸⁶ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 43

anderen System ebenfalls verallgemeinerter Norm-reduzierung: Luhmann wählt das Beispiel der Entschuldigungsfloskel. Diese berührt beide Systeme, ist aber nicht Teil eines von ihnen, sondern reduzierte Verallgemeinerung, Teil eines auf der System-Subsystem-Leiter höherwertigen Systems. "Systemlose Flucht" nennt Luhmann es, wenn nicht einmal die Möglichkeit des "Inbeziehungtretens" gegeben ist. Selbst Chance und Möglichkeit, die wir in unserer bisherigen Diskussion immer als Merkmale der individuellen Freiheit ausgemacht haben, sind in diesem Konstrukt nicht mehr vorhanden.

Dem Menschen steht ein bestimmter Rollenset zur Verfügung, darüberhinaus ist eine weitere Sozialisation nur schwer möglich und für ein solches System auch nicht wünschenswert. Denn eine fortschreitende Sozialisation bedeutet die "Eroberung" neuer Subsysteme und somit die Vermehrung der vermeintlichen Möglichkeiten individueller Freiheit. Individuelle Freiheit besteht im Konstrukt Luhmanns nur innerhalb der Möglichkeiten der zur Verfügung stehenden Subsysteme und hier legitimiert sich das gesellschaftliche Handeln wie wir gesehen haben, "sui generis".

Individuelle Freiheit als Möglichkeit des Eintretens in neue soziale Systeme besteht insofern nicht, als jegliche Interaktion mit verschiedenen Systemen

durch Verfahren legitimiert ist.

Um überhaupt einen Freiheitsgedanken in Luhmanns "Konstrukt der Möglichkeiten" zu entdecken, müssen wir statt des herkömmlichen individuellen Freiheitsbegriffs einen anderen Begriff als Kategorie einführen: Bedürfnis.

Wenn wir dem Freiheitsbegriff dem philosophischen Begriff der "Wahrheit" (die Suche nach Wahrheit setzt die Möglichkeit der individuellen Freiheit dazu voraus) zuordnen, so bilden wir für Luhmanns systemtheoretisches Konstrukt das Begriffspaar: Bedürfnis - wahrheitsähnlich.

Denn: Geistesgeschichtlich gesehen ist die Frage nach der Freiheit immer eine Frage nach den Bedürfnissen gewesen. Oder andersausgedrückt: Die Bedürfnisse der Menschen und die Möglichkeit, diese Bedürfnisse zu befriedigen, machen den Grad der vorhandenen individuellen Freiheit aus, die möglicherweise erreicht werden kann.

Aber bleiben wir zunächst bei Luhmann: Denn zur Beweisführung der begrifflichen Korrelation "Bedürfnis" - "wahrheitsähnlich" benötigen wir einen weiteren Bezugspunkt, den wir im Luhmannschen Begriff der "funktionalen Differenzierung" zu finden glauben. "Als Differenzierung im allgemeinen läßt sich jede Steigerung der Komplexität eines sozialen Systems durch Untersystembildung bezeichnen.

Eine funktionale Differenzierung liegt vor, wenn die Untersysteme nicht als gleiche Einheiten nebeneinander gesetzt, sondern auf spezifische Funktionen bezogen und dann miteinander verbunden werden. Die leistungssteigernden Vorteile funktionaler Differenzierung liegen auf der Hand. Daß sie durch bestimmte Schwierigkeiten und Folgeprobleme bezahlt werden müssen, ist stets auf sehr verschiedene Weise begriffen worden, etwa als Notwendigkeit der Koordination bei jeder Arbeitsteilung, als Steigerungszusammenhang von Differenzierung und Integration, Differenzierung und Autonomie der Teilsysteme, Spezifizierung und Generalisierung oder auch als unvermeidliche Diskrepanz von Struktur und Funktion, die bei stärkerer Differenzierung zunimmt."⁸⁷

Rein phänomenologisch beschreibt Luhmann hier die fortschreitende Arbeitsteilung in der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft. So erhalten wir erneut eine Dichotomie:

funktionale Differenzierung - Arbeitsteilung.

Durch sie sich ständig erweiternde Notwendigkeit der Teilung der Arbeit erhalten wir zunächst autonome Systeme, die sich zur Institution verdichten (Integration) und die ihrerseits "durch Funktionen auf einander bezogene und miteinander verbundene"

⁸⁷ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S.242

Subsysteme bilden (Differenzierung). Tatsächlich bringt die fortschreitende Arbeitsteilung (Untersystembildung) "leistungssteigernde Vorteile".

Allein die technologische Entwicklung der modernen Industriegesellschaft beweist dies.

Ein sehr klares, wenn auch extremes, aber in seiner Konkretheit faßliches Beispiel macht dies deutlich: Jegliche Arbeit am Fließband ist eine weitgehende Arbeitsteilung und somit funktionale Differenzierung eines Systems in weit ausdifferenzierte Subsysteme, die nicht nur nebeneinandergesetzt sind, sondern vielmehr aufeinander bezogen und miteinander verbunden eine funktionale Einheit bilden, sich also erneut zum System integrieren.

Wo eine solche Differenzierung und Integration nicht ohne weiteres möglich ist (infolge zu hoher Komplexität oder bestehender relativer Autonomie der Subsysteme) führt Luhmann das methodische Hilfsmittel des Verfahrens ein. Dies ist die "Koordinationsinstanz". "Der Systemcharakter von Verfahren, ihre relative Autonomie der Informationsbearbeitung, ihre Eigenkomplexität und die unterschiedliche Typisierung verschiedener Verfahrensformen haben den Sinn, für das politische System die Vorteile funktionaler Differenzierung zu gewinnen."⁸⁸ Verfahren als Systeme sind die Klammer der Koordi-

⁸⁸ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 243

nation für das "politische" Gesamtsystem, und wie wir weiter oben gesehen haben, auch dessen Legitimationsprinzip. Darüber hinaus sind sie, weil ja mit Systemcharakter ausgestattet, der fortschreitenden funktionalen Differenzierung ebenfalls unterworfen. Oder anders ausgedrückt: Fortschreitende Komplexität der modernen Industriegesellschaft erhöht zwangsläufig die "Anzahl" der Verfahren, die zur koordinierenden Integration notwendig werden. Durch die erweiterte Systembildung geschieht ein weiteres: wie wir ebenfalls weiter oben gesehen haben, realisiert sich Freiheit innerhalb von Subsystemen. Da es sich hierbei um die individuelle Freiheit von Chance und individueller Möglichkeit handelt, wird sie durch funktionale Differenzierung der Subsysteme in immer kleineren normreduzierten Einheiten stattfinden und somit geringer. Allenfalls bleibt sie gleichgewichtig, denn auch die Erweiterung des Rollenset (infolge erhöhter Komplexität des ursprünglich erlernten sozialen Systems) läßt aus dieser Sicht Chance und Möglichkeit, in andere soziale Systeme vorzudringen, äußerst gering erscheinen.

Erhöhung der Komplexität durch Differenzierung bringt durch Normreduzierung der Subsysteme außerdem eine Reduktion von subjektiven Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten hervor. Hieran orientiert sich

die Frage nach der Freiheit.

"Entsprechend müssen Differenzierung und Integration auf zwei verschiedenen Ebenen gesehen werden: Die Unterscheidung und die wechselseitige Anerkennung der Verfahrenstypen als Bestandteile des politischen Systems werden generell institutionalisiert in Abstraktion von der Interessenlage, die Einleitung und Durchführung eines Verfahrens im Einzelfall bestimmt."⁸⁹

Da es tatsächlich keine nivellierte Gesellschaft mit ausschließlich gleichen oder ähnlichen Bedürfnissen gibt, greift Luhmann zum Kunstgriff der verschiedenen Ebenen. In "Abstraktion von der Interessenlage", also in Anerkennung wider die eigenen Bedürfnisse erkennt das Individuum auch ihm eigentlich sachfremde Verfahren (Rechtssprechung, Verwaltungsakte etc.) qua Institution an.

"Durch diese Trennung verschiedener Ebenen der Differenzierung und Integration wird für das Verhalten im Einzelfall eine gewisse Wahlfreiheit und damit eine begrenzte Mobilität der Verfahrensverknüpfungen geschaffen."⁹⁰

Dadurch, daß Verfahren als quasi-koordinierende "Meta"-Systeme angesehen werden, wird infolge ausdifferenzierter Komplexität die Anwendung verschiedener Verfahrensmöglichkeiten eröffnet, insofern

⁸⁹ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 246

⁹⁰ ders., ebenda

sie qua Sozialisation erlernt werden und zur Verfügung stehen.

Dieser "Meta"-Charakter der Verfahrenssysteme wird besonders deutlich, wenn Luhmann schreibt, daß der Gesetzgeber "miteinem Verfahren nach dem anderen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen sucht."⁹¹

Hier zeigt sich erneut der "wahrheitsähnliche" Charakter von Verfahren, sie werden regelrecht zur Ersatzwahrheit, indem sie als Maßstab der Bedürfnisbefriedigung den Grad der individuellen Freiheit, orientiert an Chance und Möglichkeit, bestimmen.

Noch ist Luhmanns Konstrukt idealtypisch, d.h. funktionsgerecht, ohne Konflikte. Luhmann entwickelt seine Konflikttheorie, die auch eine Theorie des sozialen Wandels ist, aus der, wie wir es nennen möchten, "Überkomplexität" der Gesellschaft, die aus der schon zitierten "begrenzten Mobilität der Verfahrensverknüpfungen" herrührt.

Dank solcher strukturell eingebauter Freiheiten kann die Komplexität des Systems über das hinauswachsen, was an sinnvollen Aktionszusammenhängen vorausgesehen werden kann."⁹²

Freiheit besteht nach Luhmann darin, die "sinnvollen Aktionszusammenhänge", also den erlernten tradierten Rollenset zu verlassen. Dies gilt für ein Individuum oder für ein ganzes Subsystem. Ob ein solches

⁹¹ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 246

⁹² ders., a.a.O., S. 247

Ausscheren aus einem bestehenden Subsystem für ein Individuum zur Disposition steht, hängt von der fortschreitenden Differenzierung ab, die jedenfalls auch parallel- oder partiell entgegengesetzte Systeme hervorbringt.

"Funktionale Differenzierung ermöglicht es einem System, verschiedenartige Prozesse nebeneinander einzurichten, die nicht in einem Verhaltenskontext zusammengefaßt werden können. So kann das System nicht nur die Vorteile der Spezialisierung von Fähigkeiten gewinnen, sondern auch Widerspruchsvolles nebeneinander geschehen lassen, kann unter entgegengesetzten Prämissen zugleich operieren und dadurch die Zahl seiner Handlungsmöglichkeiten, seine Komplexität steigern."⁹³

Die koordinierende Klammer des Verfahrens bestimmt auf der Grundlage der bestehenden Normen und Werte einen bestimmten sozialen Konsensus, der nicht überschritten oder durchbrochen wird. Solange dies geschieht, wird auch die Theorie des sozialen Wandels benötigt, damit das soziale System in der Lage ist, ökonomisch gesehen, seine Leistungen zu verbessern, soziologisch gesehen, seine Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und gesellschaftlich gesehen, seine Komplexität zu steigern.

Luhmanns Konstrukt macht sein Demokratieverständnis deutlich: "Ohne Differenzierung von Verfahren wäre

⁹³ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 247

es nicht möglich, für ein regelmäßiges Auswechseln der Machthaber durch die ihnen Unterworfenen zu sorgen. Demokratie hängt von Differenzen ab. Das gleiche gilt für die Positivierung des Rechts, die darauf angewiesen ist, daß man abänderbare Normen als feststehende behandeln kann. Auch Legitimation kommt in stark differenzierten, sehr komplexen politischen Systemen auf diese widerspruchsvolle Weise zustande."⁹⁴

Im übrigen hängt hier Demokratie lediglich von rechtlich geregelten Verfahren ab, wobei sich "Machthaber" und "Unterworfene" nur durch Differenzen unterscheiden, um gerade durch diese auswechselbar zu sein.

Luhmann kommt mit seiner Auffassung gegen Ende seiner Abhandlung auch noch zum Begriff der Individualität und zur Persönlichkeit. Aber auch hier weicht seine Begrifflichkeit von der bisher von uns verwandten weitgehend ab:

"Soziale Differenzierung führt, das ist allgemein anerkannt, zur Individualisierung der Persönlichkeiten. Der einzelne erlebt sein Handeln als durch so viele und immer wieder wechselnde soziale Systeme beansprucht, daß er eine einigermaßen konsistente, praktisch durchführbare Handlungsabfolge nur noch als Persönlichkeit zusammenbringt. Er braucht ein

⁹⁴ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 247

Integrationsprinzip jenseits sozialer Systeme. Umgekehrt sind die sozialen Systeme jetzt darauf angewiesen, strukturkonformes, erwartbares Handeln sehr verschiedener Individuen sicherzustellen, also sich von der individuellen Motivkonstellation weitgehend unabhängig zu machen. Zwischen soziale und personale Systeme müssen daher generalisierende Transformatoren und Mechanismen wechselseitiger Indifferenz dazwischen geschaltet werden, die einerseits persönliche Motivierungen neutralisieren und andererseits soziale Determination soweit bremsen, daß der einzelne genug Spielraum hat, um eine persönliche Verhaltenslinie zu entwickeln."⁹⁵

Luhmann sieht hier eine Verselbständigung der Individuen von ihren sozialen Rollen und den ihnen zur Verfügung stehenden sozialen Systemen. Durch die Komplexität (infolge Differenzierung) erwächst hier dem Menschen seine individuelle Persönlichkeitsstruktur. Die Verselbständigung ist für ihn der Integrationsmechanismus.

Luhmann konstruiert ein Gleichgewicht zwischen nach Systemzwängen erwartbarem Handeln (Konformität) und einer persönlichen Verhaltenslinie. Diese generalisierenden Transformatoren und Mechanismen beruhen auf der Legitimität der Verfahren.

Legitimität ist für Luhmann nicht die Verbreitung

⁹⁵ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 250

von Überzeugungen (Konformität) schlechthin.

"Es ist aber gerade die Frage, ob hohe Konformität der Meinungen nicht gleichbedeutend ist mit geringer Komplexität der Systeme, mit wenig Alternativen und entsprechend hohen Bestandsrisiken."⁹⁶

Hier hat Luhmann ohne Zweifel recht: eine starke geschlossene Gewerkschaft oder eine gut organisierte demokratische Partei sowie bewußtseinsbildende Massenkommunikation würden eine hohe Konformität der Meinungen erzeugen können und so die Komplexität reduzieren können. Wird diese Möglichkeit in Blick genommen, so stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Komplexitätsreduzierung eines Systems auf der einen und der Komplexitätserhöhung des Individuums auf der anderen Seite. Oder anders gefragt: Ist die Pluralismusthese mit möglichst vielen Alternativen bester Garant zur Festigung bestehender sozialer Strukturen?

Luhmann fragt: "ob es (das System, d.Verf.) seine Bestandsfestigkeit nicht gerade in der Heterogenität und dem Fluktuieren individueller Meinungen verdankt."⁹⁷ Er bejaht diese Frage und beendet sein Konstrukt: "Wenn dem so ist, kommt es darauf an, diejenigen Strukturen und Prozesse zu erkennen, die Variabilität in Stabilität transformieren."⁹⁸ Dies ähnelt in seiner Stabilitätssubstanz der

⁹⁶ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 251

⁹⁷ ders., a.a.O., S. 252

⁹⁸ ders., ebenda

o.e. Gleichgewichtstheorie.

Wir hatten weiter oben mit dem Begriff der Wahrheit operiert und ihm die Adäquanz zur Freiheit (zumindest individueller) zugestanden. Verfahren seien "wahrheitsähnlich", hieß es an gleicher Stelle. Luhmann hält seinem Konstrukt die Wahrheitsfindung entgegen. Nicht sie ist entscheidend und zu betreiben, sondern die Entscheidung zwischen Alternativen durch Verfahren, in die entsprechenden Stabilitätsbahnen gelenkt. Wer an der Wahrheitssuche als philosophischem Kriterium festhält, kann der Luhmannschen Systemtheorie mit ihrer Legitimation durch Verfahren nicht folgen. Luhmann meint: "Daß aus Nichtseiendem nichts Seiendes, aus Unsicherem nichts Sicheres werden könne, daß Wahrheit richtige Vorstellung des Seienden sei - solche Denkvoraussetzungen stehen hinter der klassischen Verfahrenstheorie. (...) Geht man davon aus, lassen Verfahren sich allenfalls als Mittel der Wahrheitsfindung rechtfertigen, aber legitimieren tut nur die Wahrheit selbst, denn sie allein steht fest und kann alle überzeugen."⁹⁹

Die Abkehr Luhmanns von der, wie er es nennt, klassischen Verfahrenstheorie, scheint in einem Pessimismus begründet zu sein, der selbst durch eben die Komplexität des Systems die Frage nach dem Sinn sozialer Systeme nicht mehr stellen kann, es

⁹⁹ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 252

sei denn reflexiv (Bestandserhaltung als Sinn).

Würden wir Luhmann jedoch einen solchen Pessimismus unterstellen, hieße dies, daß er zumindest den Versuch unternähme, diese Frage zu stellen. Luhmann jedoch geht weiter und macht die Befunde seiner Verfahrenstheorie praktikabel.

Seine Verfahren legitimieren praktische politische Entscheidungen. Er sagt: "Ein politisches System kann, wenn es nur selbst hinreichend komplex organisiert ist, in seinen Verfahren also jeweils genug Alternativen erzeugen und reduzieren kann, dafür Vorsorge treffen, daß seine Entscheidungen durchgehend als verbindlich akzeptiert werden; es kann soziale Erwartungen damit effektiv umstrukturieren und in diesem Sinne sich selbst legitimieren. (...) Ein solches System hat hohe Chancen dadurch, daß es eigene Entscheidungsmöglichkeiten ausnutzt, zugleich Erwartungen seiner Umwelt zu ändern. Gelingt ihm das effektiv, legitimiert es sich durch Verfahren.¹⁰⁰ Wie Gehlen verleiht auch Luhmann dem System eine Vorrangstellung, die letztlich eine Verkehrung des oben angesprochenen Subjekt/Objekt-Verhältnisses darstellt.

¹⁰⁰ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 252f.

11. DAS SUBJEKT-OBJEKT-VERHÄLTNIS ALS GRUNDLAGE VON GRUNDRECHTSKONZEPTIONEN

Das Verhältnis Subjekt/Objekt wird im Verlauf seiner geistesgeschichtlichen Entwicklung zum Herrschaftsverhältnis. Die Möglichkeit individueller Entfaltung verlagert sich. Nicht mehr das Subjekt gilt als einzig sinngebendes Handlungssystem, sondern die Institutionalisierung des Handelns wird zum Herrschaftssystem. Die Gegenüberstellung von Subjekt und Objekt entspricht dann dem Verhältnis von Individuum und Institution. Beide begegnen sich auf einer Vertragsebene, die ursprünglich auf der subjektiven Gleichheit der Vertragsschließenden beruhte. Die normative Regelung dieser Vertragsebene zwischen Individuum und Institution bestimmen die Grundrechte. Eben diese Grundrechte sind aus der geistesgeschichtlichen Entwicklung von Subjekt und Objekt hergeleitet. Hier - an der Frage nach der Freiheit des Individuums (Subjekt) und der Frage nach der Funktion von organisierten Interessen, Institutionen (Objekt) und dem Verhältnis der Subjektwelt und Objektwelt zueinander - orientiert sich die staatstheoretische Diskussion um die Verwirklichung normativen Rechts. Es geht um die Legitimation der Institutionen in den die Weltkomplexität reduzierenden systemtheoretischen Verfahrensregeln auf der einen und der Verwirklichung des bürgerlich-autonomen Subjekts im Sinne der Freiheit des Indivi-

duums auf der anderen Seite. Die Verknüpfung von beiden, Subjekt- und Objektwelt, scheint als Verfahren sowohl den Erfordernissen einer hochkomplexen Industriegesellschaft als auch den am Liberalismuskonzept angelegten Maßstäben individualrechtlich geführter Verfassungsrechtsdiskussionen gerecht zu werden.

Gegenstand solcher Verfassungsrechtsdiskussionen sind die Grundrechte. Der Pressefreiheitsgehalt des Artikel 5 Grundgesetz ist ein solches Grundrecht. Dabei kennt man in der verfassungsrechtlichen Literatur verschiedene sogenannte Grundrechtskonzeptionen.

12. VERSCHIEDENE GRUNDRECHTSKONZEPTIONEN

Die Problematik des Themenzusammenhangs "Pressefreiheit" ist. u.E. nur interdisziplinär abzuhandeln. Von daher versteht sich der folgende verfassungs- bzw. staatsrechtliche Teil dieser Arbeit als ein Glied in der theoretischen und empirischen Erfassung einer sozialwissenschaftlichen Analyse. Inwieweit dabei - gerade in der juristischen Diskussion - die Sozialwissenschaften als Hilfswissenschaften zur Erhärtung normativer Aussagen herangezogen werden, soll nicht weiter untersucht werden. Immerhin führt, so Branahl/Hoffmann-Riem¹⁰¹, ein solches "Ausblenden" sozialwissenschaftlicher

¹⁰¹ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, Baden-Baden 1975, S.21

Kriterien innerhalb einer rechtswissenschaftlichen Diskussion zu einer "Horizontverengung". Diese nimmt dann "unzweifelhaft parteiische Züge (..) an, wenn die Sozialwissenschaften nur in einem Ausschnitt zugelassen werden, der die Durchsetzungschance einer bestimmten politischen Richtung oder rechtswissenschaftlichen 'Schule' unwiderruflich erhöht."¹⁰² Dieses Dilemma der Horizontverengung wird deutlich, wenn beispielsweise Grundgesetznormen als Verbotsnormen betrachtet werden. "Verfassungsnormen werden z.B. lediglich als Schranken, nicht aber auch als Gestaltungsaufträge gedeutet."¹⁰³ Ausdruck einer solchen Verfassungsinterpretation ist die subjektiv-rechtliche Auslegung des Grundrechts auf Pressefreiheit.

12.1. ZUR SUBJEKTIV-RECHTLICHEN ARGUMENTATION:

ART. 5 GG ALS ABWEHRRECHT GEGEN DEN STAAT

Die subjektiv-rechtliche Grundlegung des Art. 5 GG findet seine Entsprechung in einer individualrechtlichen Argumentation. Das heißt: Grundrechtsträger bleiben in ihren Freiheitsrechten unantastbar - auch und gerade seitens des Staates.

Weber geht in seiner Abhandlung "Innere Pressefreiheit als Verfassungsproblem"¹⁰⁴ auf eben dieses

¹⁰² Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 21

¹⁰³ diess., ebenda

¹⁰⁴ Werner Weber, Innere Pressefreiheit als Verfassungsproblem - Berliner Abhandlungen zum Presse-recht, Heft 16, Berlin 1973

Abwehrrecht gegen den Staat ein. Er betrachtet beispielsweise die Einführung innerer Pressefreiheit als einen Verstoß gegen den subjektiv-rechtlichen Charakter des Art. 5 GG. Gegen die Befürworter einer inneren Pressefreiheit führt er ins Feld, daß durch sie "die seit jeher unangefochtene originäre Pressefreiheit der Verleger und Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften von nun an durch Gesetz so oder so eingeschränkt werden soll."¹⁰⁵

Weber vertritt hier eindeutig eine subjektiv-rechtliche Argumentation¹⁰⁶ und bezieht diese individual-

¹⁰⁵ Werner Weber, Innere Pressefreiheit als Verfassungsproblem, a.a.O., S. 10

¹⁰⁶ Ähnliche Auffassungen vertritt auch Karl Doehring (Pressefreiheit und innere Struktur von Presseunternehmen in westlichen Demokratien, Berlin 1974, S.11f.): "Durchgehend wird die Pressefreiheit als Ausgrenzung von der Staatsmacht angesehen, als Staatseingriffe abwehrendes Grundrecht, das gegen den Staat gerichtet ist oder gerichtet werden kann, wenn von dort eine Freiheitsbedrohung erfolgen sollte."

Dazu Peter Lerche in Bezug auf Werner Weber: (Verfassungsrechtliche Aspekte der "inneren Pressefreiheit", Berlin 1974, S.17): "Gleichwohl ist für ihn (und eine Reihe weiterer Autoren) der eigentliche Schlüssel zur Beurteilung der Binnenstruktur der Presse die subjektive Pressefreiheit der Verleger. (...) Primär wird indes eine individualrechtliche Betrachtungsweise bevorzugt. Soweit diese dazu dient, manipulative Eingriffe des Staates abzuwehren, die sich lediglich des Rechtsgewandes der Umformung der Presse bedienen, ist sie (...) prinzipiell legitim."

rechtliche Kompetenz auf Verleger und Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften. Insofern läßt sich ein Verstoß gegen Verfassungsnormen nach Weber nur an der Einschränkung der Freiheit des Verlegers festmachen. "Der Beurteilungshorizont reduziert sich auf das Verhältnis des Verlegers zum handelnden Gesetzgeber, d.h. auf die Prüfung einer Beeinträchtigung der Verlegerposition."¹⁰⁷

Branahl/Hoffmann-Riem weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es bei dieser individual-rechtlichen Argumentation auf den Umfang der zu schützenden Freiheit ankommt. Denn: "So macht es einen Unterschied, ob nur eine an der Meinungsäußerungsfreiheit orientierte Pressefreiheit des Verlegers (etwa als Freiheit zur Äußerung seiner individuellen Meinung oder zur Weitergabe der individuell ausgewählten Informationen) oder ob auch sein Direktionsrecht als Arbeitgeber oder auch sein Recht, den Gewerbebetrieb als Eigentümer gemäß den eigenen Vorstellungen organisieren und zu leiten, durch das Pressefreiheits-Grundrecht (...) geschützt sind."¹⁰⁸

Betrifft der Schutz der verlegerischen Individualfreiheit auch sein Direktionsrecht als Arbeitgeber und Eigentümer eines Betriebes, so können beispielsweise Vereinbarungen zwischen Verlegern und Redak-

¹⁰⁷ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 34

¹⁰⁸ diess., a.a.O., S. 34f.

teuren ausschließlich arbeitsrechtlich geregelt werden. So meint Doebling: "Da gesetzliche Spezialregelungen für die Presse, wie bereits bemerkt, nicht vorhanden sind, regeln sich die Beziehungen zwischen Pressearbeitgebern und Pressearbeitnehmern nach den für alle Arbeitsverhältnisse geltenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen."¹⁰⁹ Und unter Berufung auf Niemann: "Die Frage, ob und inwieweit Journalisten als Arbeitnehmer des Verlegers an innerbetriebliche Weisungen gebunden sind, ist in erster Linie nach arbeitsrechtlichen Kriterien zu beantworten. Ein Anspruch auf 'innere Pressefreiheit' kann aber aus dem Arbeitsrecht nicht hergeleitet werden."¹¹⁰

Arbeitsrechtliche Regelungen gelten als "allgemeine Gesetze". Das heißt: "Allgemeine Gesetze gemäß Artikel 5 Abs. 2 Grundgesetz sind nur solche, die sich an alle richten und unter diesen 'allen' möglicherweise auch die im Pressewesen Tätigen treffen."¹¹¹ Nach Auffassung Webers können nur "allgemeine Gesetze" Grundrechte beschränken. Folgerichtig ist jede Regelung innerer Pressefreiheit beispielsweise nicht verfassungsgemäß, da solche Regelungen keine allgemeinen Gesetze sind.

¹⁰⁹ Karl Doebling u.a., Pressefreiheit und innere Struktur von Presseunternehmen in westlichen Demokratien, Berlin 1974, S. 19

¹¹⁰ Rüdiger Niemann, Zur Rechtsnatur der Pressefreiheit, RuG, Heft 10, 1972, S. 300 - zit., n.: Karl Doebling u.a., Pressefreiheit und innere..., a.a.O., S. 19

Arbeitsrechtliche Abmachungen - auch wenn sie in ihrer praktischen Handhabung auf einer institutionalisierten Ebene, d.h. durch Interessenvertreter entsprechender Verbände und Organisationen, geregelt werden - leiten sich aus der individualrechtlichen Interpretationsweise her. Dabei handelt es sich hier um eine Verlagerung der Vertragsebene zwischen Personen (Subjekten) auf die Subsystem-Ebene moderner komplexer Gesellschaftssysteme, denn de facto waren bisher die Vertragspositionen auch tatsächlich subjektiv-rechtlich festgemacht. Erst in neuester Zeit finden institutionalisierte Vereinbarungen zwischen Verlegern und Journalisten ihren mantel-tariflich abgesicherten und damit rechtlich verbindlichen Rahmen.

In Bezug zum bürgerlich-autonomen Subjekt als dem Individuum, auf das sich die subjektiv-rechtliche Grundrechtskonzeption bezieht, steht in dieser individualrechtlichen Betrachtungsweise das Subjekt dem Staat als Institution gegenüber. Beziehen sich Grundrechtsnormen einzig und allein auf dieses Subjekt-Staat-Verhältnis, so, folgern Branahl/Hoffmann-Riem, wird "die Beziehung verschiedener Grundrechtsträger zueinander den Betroffenen selbst (dem Markt'o.ä.) überlassen" ¹¹², und "so wirkt sich der

¹¹² Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 38

Grundrechtsschutz als bloße Verstärkung der Position des in dieser Beziehung ohnehin (wirtschaftlich) Mächtigeren aus."¹¹³

Welche medienpolitischen Schlußfolgerungen aus einer subjektiv-rechtlichen Grundrechtskonzeption abgeleitet werden, soll am Beispiel Webers transparent werden, dessen Argumentationszusammenhang sich auf den Ebenen der gesetzgeberischen Initiative, der tarifvertraglichen Regelung und der innerbetrieblichen Vereinbarung nachvollziehen läßt.

Weber geht aus von der individualrechtlich definierten äußeren Pressefreiheit, die gegen staatliche Eingriffe geschützt sein muß. In dieser Beziehung seien Verleger und Journalisten solidarisch:

"Die 'äußere' Pressefreiheit kommt unbestrittener Maßen ihnen wie jedem anderen zugute."¹¹⁴ Was Bestrebungen in Richtung innerer Pressefreiheit angehe, so siedelt Weber erste Anzeichen mit Beginn der zwanziger Jahre an. Da er den Journalisten "spezifische arbeitsrechtliche Sicherungen" zubilligt sei zwischen Gesetzentwürfen und Regelungen tarifvertraglicher Art zu unterscheiden: "Zu praktischem Erfolg führten nur die Tarifverhandlungen."¹¹⁵

¹¹³ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S.38

¹¹⁴ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 11

¹¹⁵ ders., ebenda

Weber setzt sich mit einem ersten 1926 ausgehandelten Tarifvertrag und den darauf basierenden, heute noch aktuellen Regelungen auseinander:

"Es darf daher vom Verleger auf den Redakteur kein Gewissenszwang ausgeübt werden"¹¹⁶. Im Rahmen der vom Verleger erlassenen Richtlinien ist für die Redaktion "die geistige Bewegungsfreiheit auch bei der Gestaltung des Textteils im einzelnen gewährleistet."¹¹⁷ Darüberhinaus enthält dieser Vertrag Klauseln über den Gewissensschutz und Gesinnungsschutz der Redakteure. "Gesinnungsschutz greift im Wege der materiellen Sicherstellung dann Platz, wenn der Redakteur im Falle der Veräußerung eines Verlages vom Erwerber nicht übernommen wird oder von sich aus den Übergang auf den neuen Erwerber verweigert."¹¹⁸

Diese rein materiellen Sicherungen für eine bestimmte Zeit gelten unverändert. Laut Weber wurden sie auch in den Manteltarifvertrag für Redakteure in der Fassung vom 10. September 1968¹¹⁹ aufgenommen.

¹¹⁶ Zeitungs-Verlag, Nr.3 - 15. Januar 1926 - zit.n. Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 11

¹¹⁷ Zeitungs-Verlag, Nr.3 - 15. Januar 1926 - zit.n. Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S.12

¹¹⁸ Zeitungs-Verlag, Nr.3 - 15. Januar 1926 - zit.n. Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 12f.

¹¹⁹ Vgl. Der Journalist, Heft 10/1968, S. 1

Weber konstatiert, daß die Journalistenverbände, ermeint DJV, dju und DAG, ihre Forderungen mehr und mehr in Bezug auf innere Pressefreiheit vorangetrieben hätten. Er zitiert einen zwischen den eben genannten Verbänden und dem BDZV ausgehandelten Vertrag: "... daß der Verleger die grundsätzliche Haltung der Zeitung schriftlich festzulegen hat, sie soll in dieser Formulierung Inhalt des Arbeitsverhältnisses für alle Redakteure werden."¹²⁰ Zusätzlich erhält der Verleger die Richtlinienkompetenz. Diese wird dann angewendet, "wenn Fragen von grundsätzlicher Bedeutung neu auftreten"¹²¹. Denkbar ist hier die Haltung der Zeitung vor Wahlen oder grundsätzlichen Gesetzeswerken (Notstandsgesetze, § 218, etc.). In diesem gesteckten Rahmen von Grundkompetenz und Richtlinienkompetenz hat der Redakteur die "Detailkompetenz". Diesem Vertragswerk schlossen sich die drei Journalistenverbände nicht an. Vielmehr erarbeitete die dju einen neuen Vertragsvorschlag, "dem sich am 14. Juli 1971 die drei Journalistenverbände im wesentlichen in einem gemeinsamen Vertragsvorschlag anschlossen."¹²² Nach Weber sind hier die Mitwirkungsrechte der Journalisten in bedenklicher Weise ausgeweitet. "Die Grund-

¹²⁰ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 14

¹²¹ ders., ebenda

¹²² ders., ebenda

satzkompetenz des Verlegers ist beibehalten, seine 'Richtlinienkompetenz' wird jedoch nicht erwähnt."¹²³

Dadurch sei "von der Pressefreiheit, auf den Verleger bezogen (...) nicht mehr viel übrig."¹²⁴

Ein weiterer tarifvertraglicher Regelungsversuch wurde am 30. Mai 1972 von einer Kommission den Verhandlungsdelegationen unterbreitet. Sowohl diese im wesentlichen auf einen Kompromiß zugunsten des BDZV herauslaufende Lösung als auch ein Vorschlag des DJV wurden abgelehnt. Seither dauert das Bemühen um tarifvertragliche Regelungen an.

Entgegen seinen Prämissen, jegliche gesetzliche Eingriffe in die Pressefreiheit seien unzulässig, untersucht Weber Gesetzentwürfe zu diesem Problem seit dem ersten Weltkrieg. Dabei unterscheidet er zwischen Journalistengesetzen und Pressegesetzen.

Weber beginnt mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Redakteure, das 1924 vom Reichsverband der deutschen Presse aufgestellt wurde. Im wesentlichen gleicht dieser Entwurf der tarifvertraglichen Regelung von 1926, ist aber in einem Punkt weitergehend, als jegliche bis heute rechtsgültige Regelung: "Bei Zweifeln darüber, ob eine Veröffentlichung sich im Rahmen der festgelegten allgemeinen Richtung hält (...) soll sich der Schriftleiter vorher mit dem Verleger ins Benehmen

¹²³ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 15

¹²⁴ ders., ebenda

setzen. Einigen sie sich nicht, und besteht der Schriftleiter auf der Veröffentlichung, so darf der Verleger den Abdruck nur verweigern, wenn er eine Strafverfolgung oder Schadenshaftung für ihn zur Folge haben kann."¹²⁵

Diese weitergehende Redakteurskompetenz wird im Entwurf eines Journalistengesetzes des DJV von 1953 bereits wieder reduziert. Hier lautet die Entscheidung, daß Zweifelsfälle "im Einvernehmen mit dem Verleger"¹²⁶ zu klären seien.

Ein rechtsgültiges Journalistengesetz gibt es demnach bis heute nicht. Das gleiche gilt für ein Pressegesetz. Weber stellt fest, daß zur Zeit an einem nach seiner Meinung und Argumentation verfassungswidrigen Presserechtsrahmengesetz gearbeitet wird, "wobei die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Verlegern und Redakteuren und die Einräumung spezifischer Mitbestimmungsrechte an die Redakteure den Hauptgegenstand des Interesses bilden."¹²⁷

Als dritter Aspekt zur Sicherung innerer Pressefreiheit, neben tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen werden von Weber Redaktionsstatute genannt. Doch durchweg muß für diese die Aufgliederung "in Grundsatzkompetenz des Verlegers und Detailkompetenz der Redaktion zugrunde gelegt"¹²⁸ werden.

¹²⁵ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 18

¹²⁶ ders., a.a.O., S. 19

¹²⁷ ders., a.a.O., S. 21

¹²⁸ ders., a.a.O., S. 22

Auch Kübler trifft die Unterscheidung zwischen Grundsatzkompetenz und Detailkompetenz. Er geht davon aus, daß "im Rahmen der 'grundsätzliche publizistischen Haltung' und der 'allgemeinen Richtlinien' (.) die inhaltliche Gestaltung des Textteils der Zeitung oder Zeitschrift Sache der Redaktion"¹²⁹ sei, konstatiert, daß "Einzelweisungen des Verlegers (.) grundsätzlich unzulässig"¹³⁰ seien, dennoch erscheint es ihm sinnvoll "dem Verleger die Befugnis einzuräumen, die Veröffentlichung einzelner Nachrichten, Beiträge oder von deren Teilen zu verhindern, wenn sie mit der grundsätzlichen publizistischen Haltung des Blattes unvereinbar wäre oder wenn sie unzumutbare Folgen für das Blatt oder den Verlag zu bewirken droht."¹³¹ Das aber bedeutet eine Einschränkung der Detailkompetenz der Redakteure und eine sogenannte - wie er es nennt - "negative Einzelweisungskompetenz" für den Verleger. Demgegenüber gilt für den Journalisten lediglich die Klausel des "Gesinnungsschutzes", die ihm das formale Recht des Arbeitsplatzwechsels zugesteht. Von den drei Regelungsebenen, die Weber nennt, hält er die gesetzlichen Verfahren für mit der

¹²⁹ Friedrich Kübler, Kommunikation und Verantwortung, Konstanzer Universitätsreden, Konstanz 1973 S. 35

¹³⁰ ders., ebenda

¹³¹ ders., ebenda

Verfassung nicht konform. Tarifvertraglichen Regelungen stimmt er allenfalls unter großen Bedenken zu, während er Redaktionsstatute entsprechend seiner Auffassung von Kompetenzabgrenzung am ehesten befürwortet. Redaktionsstatute haben den Charakter von Vereinbarungen zwischen einzelnen Redaktionen und den jeweiligen Verlegern auf freiwilliger Basis. D.h. sie haben keine Gesetzeskraft, keine tarifvertragliche Absicherung und sind beliebig rücknehmbar.

Weber bezieht in seiner verfassungsrechtlichen Interpretation eindeutige Stellung. Er kommt zu dem Schluß, daß Vorschläge zur Reformierung bestehender Kompetenzabgrenzungen "die stärksten verfassungsrechtlichen Bedenken"¹³² hervorrufen und setzt eben diese Bemühungen um innere Pressefreiheit mit "Journalistenrecht" gleich. In seiner Negativhaltung diesen Bemühungen gegenüber betont er seine parteiische Argumentation, indem er ja gerade die normative Grundrechtskonzeption des Artikel 5 GG als Schranke begreift und nicht als sogenannten Gestaltungsauftrag. So resümiert Weber: "Alle Vorschläge sind mehr oder weniger scharf gegen den Verleger gerichtet und zielen darauf ab, unter allen potentiellen Trägern der Pressefreiheit gerade ihn in diesem Grundrecht

¹³² Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 35

zu beschränken."¹³³ Hier verläßt Weber sogar die eben erwähnte parteiische Argumentationsbasis und spricht von "allen potentiellen Trägern der Pressefreiheit" ohne seine eigene Prämisse zu berücksichtigen, daß sich die bisherigen geltenden Journalisten-Rechte aus dem Arbeitsrecht herleiten. Nicht einmal das Gleichgewicht oder vermeintliche Gleichgewicht einer sozialen Partnerschaft läßt er hier gelten. Im Gegenteil: Er spricht von einer eskalierenden Entwicklung der Reformbeiträge gewerkschaftlicher Journalistenverbände und von einer Verbreiterung "systemüberwindener Vorstellungen"¹³⁴.

Regelungsvorschläge zur inneren Pressefreiheit konsolidieren die eigentliche Pressefreiheit nicht, sondern sind eher dazu angetan "die grundgesetzliche Ordnung (...) aus den Angeln zu heben."¹³⁵

Er beurteilt das Verhältnis zwischen Kapitaleignern und im massenmedialen Bereich Tätigen nach moralischen Kategorien.

"Das natürliche Interesse des Verlegers ist deshalb weit mehr darauf gerichtet, einfallsreiche und eigenverantwortliche Redakteure nach ihrem Talent und ihrer Einsicht frei sich betätigen zu sehen, als abhängige Angestellte zu haben, die er am kurzen

¹³³ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 35

¹³⁴ ders., ebenda

¹³⁵ ders., a.a.O., S. 37

Zügel schreiben läßt."¹³⁶

Weber stellt fest, daß ein solches Verhältnis "spannungsreich" sei, aber, und dies betont er, liege "das in der Natur der Sache". Hier wird festgeschrieben, daß die in unserem sozialen System vorhandenen Herrschaftsstrukturen naturgegeben, also nicht veränderbar sind.

Folgerichtig kommt Weber zu der Erkenntnis, "im Sinne der Freiheit der Presse (...), der Abmessung der Kräfte und Interessen hier freien Lauf"¹³⁷ zu lassen. Darüberhinaus zweifelt Weber an der Wirksamkeit demokratischer Gremien, da sie die Funktionsabläufe und die Mobilität der Arbeit, sowie Schwung und Attraktivität des "Ganzen" behindern würden. Für ihn ist es wiederum nur natürlich, daß auch der einzelne Journalist sich in eine noch größere Abhängigkeit als vom Verleger begeben würde, nämlich "Unterwerfung aller unter den Mehrheitswillen des Kollektivs".¹³⁸

Weber "vergißt" den naheliegenden Umkehrschluß seiner Argumentation, nämlich die Unterwerfung aller unter den Willen eines Einzelnen (Kapitaleigners). Weber befindet darüber, was gesellschaftlicher Pluralismus sei, indem er zunächst demokratisch gewählte Entscheidungsgremien wie folgt definiert:

¹³⁶ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 37

¹³⁷ ders., ebenda

¹³⁸ ders., a.a.O., S. 39

"Die grundsätzliche publizistische Haltung der Zeitung ist dann nicht mehr das, was im Namen des Verlegers als solche nach außen plakatiert wird, sondern was diffus und unübersehbar agierende Redakteure oder gar eine Redaktionsclique, die im Schutze der Vorkehrungen der 'inneren Pressefreiheit' in- zwischen die Zeitung gegen ihren Arbeit-geber unter- wandert hat, in anonymer Willensbildung daraus machen."¹³⁹ Weiter entspricht es - so Weber - plu- ralistischen Gesellschaftsstrukturen, "daß die von einer Partei, einem Interessen- oder Idealverband, einer gesellschaftlichen Gruppe und nicht zuletzt von einem freien Verleger im Sinne seines Engage- ments gegründete und betriebene Zeitung sich auch der Öffentlichkeit gegenüber realiter als Zeitung in der Haltung (...) dieses freien Verlegers mani- festiert. Wenn sie das tut, erfüllt sie die der Presse in einem demokratischen Staatswesen und einer pluralistischen Gesellschaft zukommende öffentliche Funktion."¹⁴⁰

Diese wird dann nach Weber gefährdet, wenn die Re- gulierungen, die vermeintlich der inneren Presse- freiheit dienten und die Konzentrationsbewegungen eindämmen sollten, per Gesetz oder Traifvertrag wirksam würden: "Denn es spricht einiges dafür, daß

¹³⁹ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 40

¹⁴⁰ ders., a.a.O., S. 41

manche Verleger, und gerade die geistig engagierten, ihre Unternehmen abstoßen werden, in denen zu wirken sich nicht mehr lohnt." ¹⁴¹

Ob der Terminus "lohnt" bewußt gewählt ist oder nicht, läßt sich nicht nachweisen, naheliegt, daß er sowohl materiell als auch ideell gemeint ist. Weber faßt die Ergebnisse seines Rechtsgutachtens zusammen: Alle Konzepte zur Sicherung der Pressefreiheit sind nicht dazu geeignet, dieses Ziel zu erreichen, "eher begünstigt es eine gegenteilige Entwicklung, wie es leicht geschehen kann, wenn man anfängt, einer der klassischen grundrechtlichen Freiheiten nicht, wie es ihr vom Ursprunge her gemäß ist, ihren Lauf zu lassen, sondern sie zu manipulieren." ¹⁴²

Er lehnt funktionale und strukturelle Veränderungen ab.

12.2. ZUR SUBJEKTIV-RECHTLICHEN ARGUMENTATION:

ART.5 GG MIT STAATLICHER KONFLIKTREGELUNGSKOMPETENZ

Im Gegensatz zur ausschließlich subjektiv-rechtlichen Betrachtungsweise des Grundrechts auf Pressefreiheit gibt es individualrechtliche Argumentationen, die ebenfalls auf das Individuum als Grundrechtsträger abheben, jedoch in Konfliktfällen eine Regelungskompetenz seitens des Staates zubilligen oder gar

¹⁴¹ Werner Weber, Innere Pressefreiheit..., a.a.O., S. 41

¹⁴² ders., a.a.O., S. 42

fordern. Das bedeutet zunächst, daß mit dieser Einschränkung oder Erweiterung - je nach Sichtweise - der subjektiv-rechtlichen Grundrechtskonzeption nicht ausgeschlossen wird, daß es außer den Verlegern auch andere Grundrechtsträger gibt.

Es geht hier folglich um die Sicherung von Freiheitsgarantien anderer Grundrechtsträger als der Verleger

↳ z.B. der Journalisten seitens des Staates. In einer Würdigung dieser verfassungsrechtlichen Betrachtungsweise sprechen Branahl/Hoffmann-Riem von "Regelungen zur Lösung von Kollisionsfällen".¹⁴³

"Wird dem Gesetzgeber die Kompetenz zugestanden, 'die grundrechtliche Freiheit des einen (...) mit der gleichen rechtlichen Freiheit des anderen (...) kompatibel zu halten' (Böckenförde, NJW 1974, 1538), so wird es für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit einer presserechtlichen Regelung z.B. wichtig, ob der Freiheitsraum der Journalisten abgesichert/ausgeweitet wird. Die Regelung ist nicht schon allein deshalb verfassungswidrig, weil sie von Art. 5 II GG in seinem traditionellen Verständnis nicht erfaßt wird."¹⁴⁴

Als ein Schutzrecht mit entsprechender Konfliktregelungskompetenz begreift Peter Schneider¹⁴⁵

Pressefreiheit. Er beginnt eine Analyse der Presse-

¹⁴³ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 38

¹⁴⁴ diess., ebenda

¹⁴⁵ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, Mainz 1968

freiheit mit der Frage: Wen und was schützt die Pressefreiheit. "Schützt sie lediglich Individuen, welche sich des Instruments der Druckerpresse bedienen, schützt sie auch Institutionen, Presseunternehmen, die Institution der freiheitlichen Presse, schützt sie das Verfahren der offenen und öffentlichen Auseinandersetzung, in welcher öffentliche Meinung gebildet werden kann?"¹⁴⁶

Die Frage nach dem WEN und WAS führt mitten in die rechtliche Problematik des gesamten Themenkomplexes. Schneider ordnet seine Erörterung ein in das Spannungsverhältnis der Prinzipien von Freiheit und Staatsautorität und richtet seinen Ansatz rechtsdogmatisch aus, indem er "den 'Rechtsstoff' in seiner Mannigfaltigkeit auf die systemtragenden Verfassungsprinzipien transparent zu machen sucht."¹⁴⁷ Mit dieser Maßgabe verweist Schneider darauf, Pressefreiheit sei nur in Zusammenhang mit der gesamten freiheitlichen Verfassungsordnung zu sehen. Insofern ordnet er Pressefreiheit den Einzelrechten des Artikels 5 GG zu und diskutiert den Problembereich zunächst individualrechtlich. Er bezieht die sog. "Zwei-Welten-Theorie" in seine Überlegungen mit ein, die einen "antinomischen Gegensatz zwischen der Welt des Privaten und der Welt des Öffentlichen und Politischen"¹⁴⁸ vertritt, reflektiert Ridders

¹⁴⁶ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 5

¹⁴⁷ ders., a.a.O., S. 8

¹⁴⁸ ders., a.a.O., S. 20

Versuch, das Individualrecht der Meinungsfreiheit von der institutionalisierten Pressefreiheit zu trennen und zitiert Georg Jellinek, der das Primat der Einzelperson hervorhebt: "Jeder öffentlich-rechtliche Anspruch entspringt daher unmittelbar aus einer bestimmten Position der Person zum Staate, die, dem Vorbild des antiken Rechts entsprechend, als ein Status bezeichnet werden kann." Die Anerkennung des einzelnen als Person ist die Grundlage aller Rechtsverhältnisse."¹⁴⁹

Mit den Begriffen¹⁵⁰ "status activus" und "status passivus" versucht Schneider, Individuum und Staat als ein dialektisches Verhältnis zu begreifen, wobei er unter status activus die Welt des Öffentlichen subsumiert und ihn mit sozialstaatlichen Teilhaberechten umschreibt und dem status passivus als Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat begreift. Seine Auslegungsmethode - er nennt sie objektiv-systematisch - ist darauf ausgerichtet, "zwischen Abwehrrechten und Mitwirkungsrechten ein Ergänzungsverhältnis anzunehmen."¹⁵¹ Die Möglichkeit des Entstehens von Konflikten räumt Schneider zwar ein,

¹⁴⁹ Georg Jellinek, in: Allgemeine Staatslehre, 3. Auflage 1913, S. 418f. - zit.n. Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 20

¹⁵⁰ Im verfassungsrechtlichen Schrifttum wird in der Status-Lehre unterschieden zwischen
-status activus (Mitwirkungsrechte)
-status positivus (Teilhaberechte)
-status negativus (Abwehrrechte)
-status passivus (Ausgrenzen gegen den Staat).

¹⁵¹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 22

meint aber, "daß die Freiheit vom Staat nicht nur negativ als die Möglichkeit, sich vom Staat abzuwenden und den eigenen, eben eigennützigen privaten Interessen zu leben, sondern auch als eine Voraussetzung, sich dem Staate zuzuwenden und an der 'öffentlichen Sache' mitzuwirken, gedeutet werden muß."¹⁵²

Im weiteren Verlauf seines analytischen Vorgehens unterzieht Schneider zunächst das Individualrecht der Meinungsäußerungsfreiheit einer näheren Betrachtung, um dann das Institut "Freie Presse" zu beleuchten.

Die Freiheit der Meinungsäußerung gilt - so das Bundesverfassungsgericht - als eines der vornehmsten Menschenrechte, dessen Rahmen Schneider so weit spannt, daß sogar die Entfaltung einer freien Wirtschaft aufs engste mit Meinungsäußerungsfreiheit zusammenhängt. "Die allgemeine Meinungsäußerungsfreiheit ist die unabdingbare Voraussetzung freiheitlicher Lebensgestaltung überhaupt und umgreift alle Lebensdimensionen."¹⁵³ Daraus leitet sich für Schneider logisch die Pluralität der Meinungen ab. Die Wirkung und damit die Relevanz der Pressefreiheit nun greift über die Meinungsäußerungsfreiheit hinaus, da eben diese Pressefreiheit - verstanden "als die Freiheit, das Mittel der Druckerpresse oder

¹⁵² Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 22

¹⁵³ ders., a.a.O., S. 24

analoge Vervielfältigungsmittel zu benützen und Druckerzeugnisse usw. zu verbreiten"¹⁵⁴-es nach Schneider ermöglicht, einen öffentlichen Meinungsmarkt herzustellen.

Die Wirkung von Pressefreiheit ist umfassender, die Freiheit selbst als Möglichkeit bleibt hier jedoch im Rahmen des o.g. Individualrechts stecken. Nach Schneider konstituiert sich auf einem Meinungsmarkt ein politisches Forum, das - allgemein zugänglich - "eine Voraussetzung der Ausübung der Aktivbürgerrechte"¹⁵⁵ ist und somit erst aktive Demokratie ermöglicht.

Neben dem Markt als politisches Forum gesellt sich eine weitere Wirkungsform, nämlich die "Kontrolle durch Kritik" (Schneider). Die an sich unverdächtige Kontrolle durch Kritik, zunächst ohne Normierungsrahmen sicherlich von jedermann der Presse zugestanden, verdichtet sich bei Schneider zu einem idealistischen Konstrukt von Demokratie. Demokratie nicht als tatsächliche Herrschaft aller Mitglieder eines Gemeinwesens, sondern "Demokratie als Herrschaft einer von Fall zu Fall sich in offener Auseinandersetzung bildenden öffentlichen Meinung."¹⁵⁶
Konsequenz: Im Rahmen dieser Auseinandersetzung

¹⁵⁴ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 25f.

¹⁵⁵ ders., a.a.O., S. 27

¹⁵⁶ ders., ebenda

sollen beide, das Individuum als Nutznießer der Meinungsäußerungsfreiheit und die Presse als organisierte Meinungsäußerung, "miteinander kommunizieren und gleichberechtigt nebeneinanderstehen."¹⁵⁷

Neben der Schaffung eines politischen Meinungsforums, auf dem organisierte (Presse) und nichtorganisierte (Individuum) Meinung gleichberechtigt nebeneinanderstehen, kommt der Presse nach Schneider auch noch die Vermittlungsrolle zwischen Staat und Individuum zu, wobei er ausdrücklich betont, daß diese seine Auffassung dann nicht sinnvoll sei, wenn man davon ausgehe, daß die Presse "das bloße Instrument bestimmter Machtgruppen sei, mit dessen Hilfe die öffentliche Meinung beliebig manipuliert werden könne, oder wenn man davon ausgeht, daß das 'Volk der Zeitungsleser' eine kritiklose Konsumentenmasse darstelle."¹⁵⁸ In diesem Zusammenhang verweist Schneider auf Habermas, dessen Meinung er nicht teilt, daß "Publizität einst gegen die Arkanpolitik der Monarchen durchgesetzt werden (mußte) (...). Heute wird Publizität umgekehrt mit Hilfe einer Arkanpolitik der Interessenten durchgesetzt"¹⁵⁹ und meint, daß solche Ansichten letztlich zu dem Schluß kommen müßten, Demokratie sei Utopie.

¹⁵⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 28

¹⁵⁸ ders., a.a.O., S. 29

¹⁵⁹ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, a.a.O., S. 220

Insofern als Schneider von einem idealistischen Zustand der Gesellschaft ausgeht, scheint es u.E. für ihn nur logisch, daß Pressefreiheit schlechthin für ein demokratisch-verfaßtes Gemeinwesen konstituierend sei, wobei er nun Pressefreiheit faßt als intraindividuellen 'privaten' Meinungsbildungsprozess" und den transindividuellen 'öffentlichen' Meinungsbildungsprozess. Er wehrt sich gegen eine begriffliche Trennung und meint: "Die 'Interdependenz' zwischen beiden Prozessen ist normativ gefordert und faktisch gegeben. Eine Behinderung des ersten erwirkt eine solche des zweiten und umgekehrt."¹⁶⁰

Aus der vorangegangenen Diskussion leitet Schneider die These ab, daß aufgrund der Interdependenz von intra- und transindividueller Meinungsbildung eine Gleichsetzung der Pressefreiheit mit den Art. 21 GG nicht möglich ist.¹⁶¹

Die von Schneider konstatierte normativ geforderte und faktisch gegebene Interdependenz findet ihren

¹⁶⁰ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 30

¹⁶¹ Art. 21 GG fixiert das Recht, daß politische Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Schneider wehrt sich gegen eine Gleichsetzung von Art. 5 GG und Art. 21 GG, da im Art. 21 GG der intraindividuelle Meinungsbildungsprozess nicht berücksichtigt werde.

Niederschlag und ihre Begründung in der Tradition liberalstaatlichen Denkens. Kennzeichen solchen Denkens ist u.a. die Vielfaltsidee, der Pluralismus der Meinungen, wie er aktuell im Dahrendorfschen Gedankengebäude einer "neuen Freiheit" eine zentrale Stellung einnimmt. Ebenso wie Dahrendorf geht Schneider von der Voraussetzung aus, daß Meinungen und Ideen nie endgültig beweisbar sind und somit auf ihre Wahr- oder Falschheit ständig überprüft werden müssen. Meint Dahrendorf: "zu diesem Zweck müssen wir die Bedingungen einer rationalen kritischen Auseinandersetzung bewahren, in der es möglich ist, abweichender Meinung zu sein"¹⁶², so denkt in gleichen Kategorien Schneider, wenn er - abgeleitet aus den so liberal verstandenen Grundrechten des GG - sagt: Meinungen, auf dem politischen Forum eines Meinungsmarktes geäußert, sind einzig und allein mit der Maßgabe versehen, "in ständiger Bemühung um den consensus omnium, in Achtung vor Gegenmeinungen, im Wissen um die Begrenztheit des eigenen Wahrheits- und Richtigkeitsanspruchs das Richtige zu tun."¹⁶³ Eine wesentliche Feststellung in seinem Bemühen, Meinungsäußerung in aller Komplexität zu erfassen, trifft Schneider, wenn er zwischen theoretischer

¹⁶² Ralf Dahrendorf, Ein neues liberales Credo, in: Die Zeit, Nr. 53/1 vom 27.12.74, S. 3

¹⁶³ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 34

Aussage und praktischer Auswirkung nicht unterscheidet. Er sieht den Sinnzusammenhang beider Elemente und begreift so Meinungsfreiheit unter anderem auch als ein Instrument politischer Willensbildung.

Im Verfolg dieses Gedankengangs wird klar, daß Schneider Meinungsäußerungsfreiheit als Abwehrrecht versteht, "als prinzipielles Interventionsverbot für die Träger staatlicher Zuständigkeit."¹⁶⁴

So ordnet er die Meinungsäußerungsfreiheit als Abwehrrecht als ein Mittel zum politischen Handeln ein: Er deutet es als "ein Mittel der Staatsbürger - im weitesten Sinne des Wortes (...), an dem, was alle angeht, am Gemeinwesen, teilzuhaben und auch mitzuwirken."¹⁶⁵

Pressefreiheit, Art. 5 GG, also als Abwehrrecht mit Interventionsverbot. Für Schneider wird so die Freiheit vom Staat "offenkundig als Bedingung der Freiheit zum Staat."¹⁶⁶ Nur die Freiheit vom Staat ist die Bedingung der Freiheit zum Staat - eine Feststellung, die sich, folgt man Schneiders Argumentation, paradoxerweise als Interventionsgebot eben des Staates entpuppt, wobei versucht wird, mit dieser Rechtsauffassung Erscheinungen der Medienlandschaft zu erfassen, die eigentlich gar nicht in den zuvor gesteckten Rahmen passen. Schneider

¹⁶⁴ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 38

¹⁶⁵ ders., ebenda

¹⁶⁶ ders., a.a.O., S.39

denkt hier zunächst an die Besonderheit der öffentlich-rechtlich konstruierten Rundfunk- und Fernseh- anstalten, aber auch an die zunehmende Konzentration im Bereich der Presse. Unter Berufung auf das sog. Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.2.1961 meint Schneider: "Der eigentliche Sinn der Rundfunk- und Fernsehfreiheit könnte ohne Intervention des Gesetzgebers nicht verwirklicht werden."¹⁶⁷

Hier wird dem Staat ein Sorgerecht, sogar eine Sorgepflicht zugestanden, das erst Pressefreiheit garantieren soll. Staatliche Gesetzgebung soll nach Schneider erst das ermöglichen, was sich im Bereich der privatwirtschaftlich organisierten Presse qua Markt (sprich Forum) im Spiel der Kräfte entwickelt: "nämlich die Bildung einer öffentlichen Meinung im Verfahren der offenen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Meinungsträgern."¹⁶⁸

Der Staat soll verantwortlich handeln, mit dem Ziel, ein Meinungsmonopol zu verhindern. Die verfassungsrechtliche Diskussion versucht hier, eben diese "staatliche Sorgepflicht" mit dem statuspassivus, eben den Abwehrrechten, in Einklang zu bringen. Schneider vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß auch da, "wo die Meinungsäußerungs- freiheit in Gestalt der Rundfunk- und Fernsehfrei-

¹⁶⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 39

¹⁶⁸ ders., a.a.O., S. 40

heit dem status positivus zuzuordnen ist, die Wirkkraft des Abwehrrechts nicht verloren geht."¹⁶⁹ Folglich wird hier weiterhin die Trennung der genannten status bzw. Grundrechte aufrechterhalten. So sieht Schneider auch hier eine Gegenposition zu Habermas, Ridder und Smend, deren Thesen darauf hinauslaufen, daß, so Schneider, von einer " 'Um-funktionierung' der Grundrechte im Sinne einer Auflösung des status negativus in den status activus bzw. in den status positivus "¹⁷⁰ gesprochen wird. Das Habermas'sche Grundrechtsverständnis kann u.E. so verstanden werden, daß in dem Augenblick, wo der status negativus (Abwehrrechte) in die Teilnahme-rechte (status activus) eingeht, der status negativus gesellschaftlichen sprich sozialen Charakter erhält. Fest scheint zu stehen, daß Schneider von einer Trennung beider status, auch im öffentlich-rechtlichen Bereich, ausgeht, während Habermas zunächst eine Bestandsaufnahme der konstatierten Phänomene liefert.

Interessant im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um ein geplantes Presserechtsrahmengesetz ist die Fortsetzung des Gedankengangs von Schneider, wenn er, wie in Bezug auf Rundfunk und Fernsehen bereits getan, die Sorgepflicht des Staates auch auf die

¹⁶⁹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 40

¹⁷⁰ ders., ebenda

von der Pressekonzentration bedrohte Presse bezieht.

"Die zunehmende Konzentration der Presse in den Händen weniger ist Anlaß zu fragen, ob nicht auch im Rahmen des Pressewesens an ein Eingriffsrecht des Staates aus seinem Sorgerecht für die Effektivität der Freiheit zu denken sein wird."¹⁷¹

Effektivität der Freiheit - das ist das gleiche Problem, wie es weiter oben von Schneider bereits angerissen wurde. Naämlich: Wen und was schützt die Pressefreiheit eigentlich?

Das Verfassungsrecht kennt die Begriffe Individualrecht und institutionelle Garantie. Umfaßte die bisherige Diskussion zunächst das Verhältnis des Individualrechts zu möglichen oder geforderten Eingriffen des Staates in eben dieses Individualrecht, so wird dieses Verhältnis nun bei Schneider um die institutionelle Garantie erweitert.

Die so benannten Rechtsbegriffe beruhen offensichtlich auf der Grundannahme, daß sich menschliches Leben innerhalb eines Gemeinwesens immer im Verhältnis des einzelnen, des Individuums zum Gemeinwesen, Staat abspielt oder sich gar erst realisiert. Ebenso spricht aus der genannten Begrifflichkeit, daß immanente Bestandteile eines Gemeinwesens Institutionen sind, die dann zwangsläufig auch eine rechtliche Sicherung, sprich Garantie, erfahren müssen.

¹⁷¹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 42

Institutionen, von Schneider als Sozialgebilde verstanden, unterliegen hier ebenso wie einzelne Freiheitsrechte "als Objekte der verfassungsrechtlichen Garantie (...). Die dergestalt garantierten Institutionen bzw. Institute sind somit dem Zugriff des einfachen Gesetzgebers entzogen."¹⁷²

Das Verhältnis von Institutionen zu den Freiheitsgarantien steht in der weiteren Diskussion für Schneider an zentraler Stelle. Um dieses Verhältnis zu klären, umschreibt er den Begriff Institutsgarantie mit verfassungsrechtlichen Vorschriften, "welche dem Schutz eines Komplexes von Normen des objektiven Rechtes dienen."¹⁷³ Die hier aufgeworfene Frage, was eigentlich unter Institution und institutioneller Garantie zu verstehen sei, verweist u.E. wieder auf die interdisziplinäre Grundproblematik: nämlich auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. So meint auch Schneider, daß bereits in der Definition des Begriffs "Institution" der Streit der Theorien entfacht wird. Carl Schmitt beispielsweise begreift die Institution als Einrichtung. Die Frage, wer das Subjekt dieser Einrichtung sei, führt oft zu der Antwort, der Staat sei das Subjekt einer Einrichtung. Für Carl Schmitt ist der Staat - so Schneider - die Institution der

¹⁷² Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 43

¹⁷³ ders., a.a.O., S. 44

Institutionen zum Schutz für die Rechtsposition von Sozialgebilden, wobei Schneider nicht nur staatliche Sozialgebilde in seine Argumentation mit einbezieht, sondern auch nichtstaatliche als Ausdruck der Gemeinschaftsbezogenheit des Menschen. Erweist darauf hin, "daß diesen die Funktion von 'intermediären Gewalten' und von Einrichtungen, ohne welche der Einzelne seine Kräfte nicht zu entfalten vermöge, zukommen könne."¹⁷⁴ Die Konsequenz dieses Gedankens zeigt sich in der Folgerung, daß institutionelle Garantie nicht mit dem individuellen Freiheitsrecht in Konkurrenz tritt, "sondern als Ergänzung und Festigung des letzteren"¹⁷⁵ fungiert. Um seine verfassungsrechtliche Interpretation zu verdeutlichen, zieht Schneider den Begriff "Umhegung" von Giacometti heran, der institutionelle Garantien als Umhegungen der Freiheit des Individuums begreift, wobei wesentlich ist, daß Giacometti davon ausgeht, daß "zum Wesen der Institution oder des Instituts das Moment der durch den Staat geschaffenen Einrichtung gehört."¹⁷⁶ Schneider folgt dieser These nur bedingt, denn gerade im Bereich der Pressefreiheit will ihm eine "Umhegung" von individueller Freiheit und institutioneller Freiheit

¹⁷⁴ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 45f.

¹⁷⁵ ders., ebenda

¹⁷⁶ ders., a.a.O., S. 47

nicht einleuchten. Für ihn ist grundsätzlich "die allgemeine Meinungsäußerungsfreiheit ohne staatliche Vorkehrungen des Gesetzgebers denkbar."¹⁷⁷ Wobei auch hier für ihn gilt: Bei Rundfunk und Fernsehen liegen die Dinge anders. Würde er hier Giacometti folgen, dann müßte er die von ihm grundsätzlich postulierten Freiheitsrechte für den Bereich der öffentlich-rechtlichen Anstalten leugnen. An dieser Nahtstelle der Diskussion stellt Schneider die Frage, "ob es denn nicht überhaupt so sei, daß im Grunde kein Freiheitsrecht ohne Leistung seitens des Gesetzgebers effektuiert werden könne."¹⁷⁸ Die Frage wird verneint, weil es sonst keine echten Freiheitsrechte mehr gäbe. Im Verfolg gilt dann nur noch das Verhältnis zwischen Institution und Einzelnem bzw. zwischen Institution und einem Sozialgebilde, eben einer anderen Institution. Nach Meinung Schneiders würde eine solche Ausschaltung der Freiheitsrechte den im Grundgesetz verankerten Menschenrechten widersprechen, aus denen sich die Freiheitsrechte herleiten. Diese Ausschließlichkeit verwirft Schneider, wiewohl mit der Einschränkung, daß auch dort, wo man noch zwischen institutioneller Garantie und Freiheitsrecht unterscheidet, "der Begriff der institutionellen Garantie im Sinne eines tradierten Maßes staatlicher Eingriffe Verwendung

¹⁷⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 47

¹⁷⁸ ders., a.a.O., S. 47f.

findet und dazu dient, dem Gesetzgeber grundrechtsbeschränkende Schranken zu setzen."¹⁷⁹

Interessant scheint in diesem Zusammenhang, daß sich mit der Konstruktion Institution und der damit verbundenen institutionellen Garantie für Schneider nicht zwingend eine staatliche Einrichtung verbindet. So betont er in Zusammenhang mit der These, staatlich-institutionelle Einrichtungen würden Meinungsäußerungsfreiheit garantieren (vgl. Rundfunk/Fernsehen), daß es auch denkbar sei, "das Wesen des Institutionellen mit dem Begriff des Geschichtlich-Gewachsenen zusammenzusehen, demgegenüber der Staat sich in Gestalt von Anerkennungsakten zu verhalten hat und demgegenüber er sich eigentlicher Gestaltungsakte zu enthalten hat."¹⁸⁰ Schneider bezeichnet diese Denkweise als "Traditionalisierung" der Grundrechte. Die Gefahr liegt seiner Meinung nach in der Tatsache begründet, daß so der Grundrechtsgehalt auf einen bestimmten "status quo" festgelegt wird. Folglich fallen diejenigen Möglichkeiten aus dem Rahmen, die nicht in Zusammenhang mit dem Ge-

¹⁷⁹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 50 - Vgl. in diesem Zusammenhang Peter Schneider, ebenda, Fußnote 93, wo er unter Verweis auf Herbert Endrös, Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend als Schranken des Rechts der freien Meinungsäußerung gem. Art. 5 Abs. 2 GG, Mainz 1960, S. 25ff. ausführt: "Etwa in der Weise, daß der mit 'Institut' bezeichnete Normenkomplex als Voraussetzung für die Verwirklichung eines Grundrechts gedacht und der Gesetzgeber als über die Bindung an die Grundrechte an diesen Normenkomplex gebunden angesehen wird."

¹⁸⁰ Peter Schneider, a.a.O., S. 49

schichtlich-Gewachsenen stehen.

Als Quintessenz des zur institutionellen Garantie
Gesagten meint Schneider: "Mit der im Grundgesetz
immanenten Grundrechtstheorie ist der Gedanke ohne
weiteres vereinbar, institutionelle bzw. Instituts-
garantien im Sinne der Sicherstellung von bestimmten
Sozialgebilden vor dem Zugriff des einfachen Gesetz-
gebers als 'Umhegung' von Grundrechten zu begreifen."¹⁸¹

Dabei sieht er nicht nur die Sicherung vor staat-
lichen Eingriffen, sondern vielmehr auch die Aufgabe
von Institutionen, zwischen dem Individuum und dem
Staat zu vermitteln. Somit schließt Schneider die
These einer Antinomie zwischen Freiheit und Staat
aus und spricht vielmehr davon, "eine harte Anti-
these zwischen Individuum und Staat zu verhindern."¹⁸²

So schließt er auch hier die Überlegung an, daß sich
institutionelle Garantie nicht nur auf Geschichtlich-
Gewachsenes beziehen darf: "Entscheidend ist die
Funktion, nicht die Tradition."¹⁸³ Vor einer Insti-
tutionalisierung der Freiheitsrechte aber warnt
Schneider. Dies sei mit der Grundrechtstheorie, die
eben zwischen Freiheitsrecht und institutioneller
Garantie unterscheidet, nicht vereinbar. Die Gefahr,
die er sieht, besteht in dem Abrücken von der indi-
viduellen Freiheit. Solcherart Institutionalisierung

¹⁸¹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicher-
heit, a.a.O., S. 51

¹⁸² ders., ebenda

¹⁸³ ders., ebenda

zient ein System von Einrichtungsgarantien nach sich, dem, so Maunz/Dürig, "alle erdenklichen soziologischen Sachverhalte eingeordnet werden können. (...) Wenn dann diese 'Institutionen' auch noch dazu benutzt werden, um andere Grundrechte im Sinne subjektiver Rechte generell an ihnen scheitern zu lassen, (...) dann verleitet sie (die Lehre von den Einrichtungsgarantien, d.Verf.) in ihren jüngsten Erscheinungsformen zu dem fundamentalen Irrtum, als bestünden die Grundrechte im Sinne subjektiver Rechte nach Maßgabe der Einrichtungsgarantien."¹⁸⁴

Schneider teilt die Auffassung von Maunz/Dürig und grenzt diese seine Meinung von den Überlegungen Schelskys und Habermas, die offensichtlich beide in diesem Falle übereinstimmend - die Verwirklichung des Individuums nur in oder durch eine Institution realisiert sehen. Schneider bemerkt, daß bei Schelsky jegliches Individualrecht fragwürdig wird und bei Habermas die gesellschaftliche Organisation erheblich an Bedeutung gewinnt, "daß der Einzelne als Grundrechtsträger faktisch bedeutungslos wird."¹⁸⁵ Hierin sieht er die Gefahr, daß der Staat als Subjekt für das Objekt Mensch sorgend eingreifen muß. Gerade das aber will ja Schneider durch seine An-

¹⁸⁴ Maunz/Dürig, GG Art. 1 Abs. 3, Randnummer 98, zit.n. Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatsicherheit, a.a.O., S. 52

¹⁸⁵ Peter Schneider, a.a.O., S. 54

schauung ausschließen. Trotz seiner Bedenken aber unterstellt er der Habermas'schen und Schelsky'schen These einen "relativen Wahrheitsgehalt". Denn - und hier macht Schneider seine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, das zu Beginn dieser Erörterung als Kernstück dieser Arbeit ausgewiesen wurde, sehr subtil deutlich: "Selbstverständlich ist der Einzelne ohne mannigfache gesellschaftliche Bezüge, ohne den Bezug zu Familie, Beruf, Schule, Amt usw. eine Abstraktion. Zweierlei aber ist es, ob er von diesen Bezügen aus oder diese von ihm aus gedeutet werden, ob Person schlicht mit dem 'Als sein'¹⁸⁶ gleichgesetzt wird oder ob die Gefahren des 'Als ob sein', welche immer da auftauchen, wo sich einer z.B. mit seinem Amt identifiziert wo Person und persona zusammenfallen, in Sicht bleiben; zweierlei, ob etwa sittlich-geistige Kräfte gleichsam als 'Entgelt' für die Hingabe an gesellschaftliche Institutionen gelten oder als das, was der einzelne von 'Hause' aus mitbringt und im gesellschaftlichen Zusammenhang entfaltet."¹⁸⁷ Schneider fordert, daß "statliche Aktivität, gesetzgeberische Leistungen und Freiheitsbetätigung zusammen gesehen werden müssen."¹⁸⁸ Denn Institutionalisierung ist

¹⁸⁶ So Werner Maihofer, Vom Sinn menschlicher Ordnung, Frankfurt/Main 1956, besonders S. 41ff. - zit.n. Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatsicherheit, a.a.O., S. 54

¹⁸⁷ Peter Schneider, a.a.O., S. 54

¹⁸⁸ ders., a.a.O., S. 55

für ihn nichts anderes als entweder Mißtrauen gegenüber dem Individuum oder das Eingeständnis, daß das Individuum in der Gesellschaft, wie sie sich für uns darstellt, ohnmächtig ist.

Diese Vorstellung aber entspricht nach Schneider nicht der Grundrechtstheorie des Grundgesetzes: Grundrechtsträger ist primär der einzelne Mensch. Dabei ergänzen sich status activus, status positivus und status negativus. Und die Individualrechte werden "durch die verfassungsrechtliche Garantie bestimmter Sozialgebilde, Komplexe von formellen und materiellen Rechtsnormen zusätzlich gesichert und umhegt."¹⁸⁹

Das Bundesverfassungsgericht versteht die Meinungsäußerungsfreiheit als ein Individualrecht und die Pressefreiheit " als einen Uⁿterfall der allgemeinen Meinungsäußerungsfreiheit und verbindet somit auch mit diesem Grundrecht den individualrechtlichen Aspekt."¹⁹⁰ Das Verfassungsgericht aber geht - so Schneider - noch über diesen konstatierten Unterfall hinaus. Und eben dieses Weitergehende umschreibt das Verfassungsgericht mit dem Begriff der institutionellen Garantie. Zur näheren Verdeutlichung sei eine Passage aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.2.1961 (Fernsehurteil) zitiert:

¹⁸⁹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 56

¹⁹⁰ ders., a.a.O., S. 57

"Art. 5 GG enthält mehr als nur das individuelle Grundrecht des Bürgers gegen den Staat auf Respektierung einer Freiheitssphäre, innerhalb welcher er seine Meinung ungehindert äußern kann. Durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG ist insbesondere auch die institutionelle Eigenständigkeit der Presse von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Nachricht und der Meinung gewährleistet (BVerfGE 10, 118/121). Dieser Verfassungsgarantie widerspräche es, die Presse oder einen Teil von ihr unmittelbar oder mittelbar von Staats wegen zu reglementieren oder zu steuern. Eine Einflußnahme des Staates wäre mit dieser verfassungsmäßigen Garantie der Pressefreiheit nur vereinbar, wenn sie wegen der Konkurrenz mit der Fülle der vom Staat unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften an dem Bild der freien Presse substantiell nichts ändern würde."¹⁹¹

Gleichzeitig aber mit der Vorstellung der institutionellen Garantie macht das BVerfG deutlich, daß die innerhalb einer Presseinstitution arbeitenden Menschen die gleichen Individualrechte der freien Meinungsäußerung haben wie jeder andere Bürger auch. Insofern - schließt Schneider - haben beispielsweise Journalisten und Leser die gleichen Rechte (de facto)

¹⁹¹ Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.2.61 (Fernsehurteil) - zit.n. Wolfgang Lehr, Klaus Berg (Hrsg), Rundfunk und Presse in Deutschland, Rechtsgrundlagen der Massenmedien -Texte-, Mainz 1971, S. 253f.

nur sind sie jeweils anders begründet.

"Erst der Umweg über die institutionelle Eigenständigkeit der Presse 'erklärt' das subjektiv-öffentliche Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit einer bestimmten - eben durch die Teilnahme am Pressewesen bestimmten - Kategorie von Personen."¹⁹²

Bezeichnet das Bundesverfassungsgericht die Pressefreiheit als einen "Unterfall" des Freiheitsrechts der Meinungsäußerung, so findet sich nach Schneider bei Ridder innerhalb der institutionalisierten Presse das Individualrecht überhaupt nicht mehr. Ridder stellt verstärkt auf die institutionelle Garantie ab und weist der Presse einen wesentlich höheren Stellenwert in der politischen Meinungs- und Willensbildung zu, als z.B. das BVerfG. Insofern sieht Ridder nicht mehr den Sinnzusammenhang von Individualrecht und institutioneller Garantie, sondern gründet seine Argumentation vielmehr auf den Art. 21 GG: Nämlich, daß ähnlich wie bei den Parteien die Presse an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken hat. Die damit verbundene Gefahr der staatlichen Abhängigkeit sieht Ridder zwar, und betont deshalb - so Schneider - "die Abwehrfunktion der Pressefreiheit zugunsten der 'institutionalisierten Presse'".¹⁹³ So verfißt Ridder auch eine

¹⁹² Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 58

¹⁹³ ders., a.a.O., S. 59f.

pluralistische Struktur der Presse. Schneider sieht in der Konzeption Ridders, zwischen einem apolitischen Individualbereich und einem politischen Bereich zu trennen, die Abwertung des einzelnen Staatsbürgers und meint, so träte "der Staatsbürger allerhöchstens als Adressat eines Reflexrechtes oder eines abgeleiteten subjektiv-öffentlichen Rechtes in Erscheinung."¹⁹⁴ Schneiders Auffassung ist es, daß weder Parteien noch andere Institutionen und erst recht nicht die Presse"(...) ohne individuelle Träger originärer subjektiv-öffentlicher Rechte gedacht werden"¹⁹⁵ können. Die Institution Presse darf sich nicht von ihrer individualrechtlichen Grundlage trennen. So ergibt sich nach Schneider letztlich auch keine Trennung zwischen dem Bürger, der innerhalb der Medien arbeitet und dem "Normalbürger". Unter Betonung eben dieses individualrechtlichen Grundtenors der Pressefreiheit definiert Schneider Pressefreiheit in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich: "Die Pressefreiheit ist somit ein 'Unterfall' der allgemeinen Meinungsäußerungsfreiheit, d.h. als ein originäres Recht zu verstehen, das jedermann zur Verfügung steht, die Meinung durch das Mittel der Druckerpresse oder

¹⁹⁴ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 60f.

¹⁹⁵ ders., a.a.O., S. 61

entsprechender Vervielfältigungseinrichtungen zum Ausdruck oder zur Geltung zu bringen."¹⁹⁶

Bewußt hebt Schneider in seiner Definition den Begriff "jedermann" hervor und beschwört, daß jeglicher Prozeß der Meinungsbildung seinen Ausgang vom Individuum aus nimmt und ausschließlich in Bezug auf das Individuum hin zu denken ist und sogar die Änderung des status quo ist nach Schneider nur durch persönliche Initiative denkbar.

Schneider vertritt die These, daß Zeitungsneugründungen beispielsweise schwierig, aber immerhin möglich seien. Das Abstellen einer Diskussion um Pressefreiheit schlichtweg auf die Möglichkeit, und die Verkennung der Funktion ökonomischer Strukturen, erscheint aber angesichts der Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik als nicht realistisch. Deshalb empfiehlt Schneider, zu überdenken, ob nicht eine Zweiteilung der Pressefreiheit in eine aktive Pressefreiheit (s. Möglichkeit) und eine passive Pressefreiheit (die Freiheit des Konsumenten) möglich wäre. Die aktive Pressefreiheit, eben die Möglichkeit für alle, aber die Tatsächlichkeit für einige wenige, wird als Individualrecht durch die institutionelle Garantie umhegt und somit ergänzt. Hier beantwortet Schneider die Frage, was überhaupt institutionell garantiert werden soll. Nämlich:

¹⁹⁶ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 62

"Das Presseunternehmen und das Verfahren der offenen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Meinungsträgern."¹⁹⁷

In diesem Zusammenhang konstatiert Schneider, "daß das Presseunternehmen (...) nicht allein unter 'gewerblichen' Gesichtspunkten als schützenswert erscheint. Andererseits aber darf nicht übersehen werden, daß Presseunternehmen ohne erwerbswirtschaftliche Grundlage nicht gedacht werden können und daß es sich zwar nicht nur, aber auch um 'Gewerbebetriebe' handelt."¹⁹⁸ Zunächst also geht es Schneider darum, daß innerhalb von Pressebetrieben die Unternehmense-tätigkeit geschützt wird. Diese so verstandene institutionelle Garantie - abgeleitet aus Art. 5 GG - schützt Presseunternehmen vor staatlichen Maßnahmen, die den Bestand dieses Unternehmens treffen. Dazu gehört nach Schneider auch das geistige Potential des Unternehmens, die Redaktion. Inwieweit aber Individualrechte geschützt werden, hängt davon ab, ob eben diese Individualrechte unternehmensrelevant sind.

Zusammenfassend sagt Schneider:

"Der Schutz der Pressefreiheit kommt nicht nur Individuen, sondern auch einzelnen Presseunternehmen zu. In diesem Sinne enthält die Pressefreiheit eine

¹⁹⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 64

¹⁹⁸ ders., a.a.O., S. 70

institutionelle Garantie, die strukturell den verfassungsrechtlichen Sicherungen von Sozialgebilden, wie den Universitäten, Parteien, Koalitionen, entspricht und die sich als Konsequenz aus der das GG bestimmenden Doktrin vom Menschen als gemeinschaftsbezogener Person und dem Sozialstaatsprinzip erweist."¹⁹⁹ Schneider betont noch einmal die funktionelle Einheit von technischen, wirtschaftlichen und geistigen Faktoren und leitet dann die Definition ab: "Presseunternehmen im Sinne der Pressefreiheit sind privatrechtlich organisierte Sozialgebilde, deren Existenz und Bestand auf private Initiative zurückzuführen ist."²⁰⁰ Diese Presseunternehmen müssen technisch und wirtschaftlich vor Eingriffen des Staates geschätzt sein. Denn, so Schneider, "Pressefreiheit ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit der Presseunternehmen ist ein hölzernes Eisen,"²⁰¹ Die Personen, die diesem genannten Schutz unterliegen sind "diejenigen natürlichen Personen, Personengesamtheiten und juristische Personen, denen das Unternehmen ganz oder teilweise juristisch zugeordnet ist. (...) Die diesbezüglichen subjektiv-öffentlichen Rechte stehen den genannten Personen

¹⁹⁹ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 75

²⁰⁰ ders., a.a.O., S. 76

²⁰¹ ders., ebenda

und Personengesamtheiten kraft der institutionellen Garantie, nicht aber kraft originärer Rechtsstellung zu."²⁰² Die nach Schneider derart fundierte Pressefreiheit findet ihr Ziel dann in der Aufgabe, einen transindividuellen Meinungsbildungsprozess zu erschließen, eben einen Meinungsmarkt (Forum) zu konstituieren. Hier verweist Schneider wieder auf den individualrechtlichen Aspekt, der bereits verdeutlicht, daß zur Konstituierung eines solchen Marktes eine pluralistische Struktur vorhanden sein muß. Schneider spricht von der "Vielfalt von Einzelmeinungen", die letztlich dieses Forum ausmachen. Und wieder weist er nachdrücklich darauf hin, daß trotz institutioneller Garantie der individualrechtliche Aspekt, eben das Individuum primär als Subjekt der Pressefreiheit zu sehen ist. Um aber der Rolle der Medien gerecht zu werden, begreift Schneider die Garantie für die Presseunternehmen als eine Garantie, durch die individuelle Initiative sichergestellt wird.²⁰³ Weiter argumentiert er, daß "der individualrechtliche Aspekt nur unzureichend in Sicht (bringt), daß mit der Pressefreiheit ein objektives Verfahren der Meinungsbildung gesetzt ist."²⁰⁴ Das etwas verworrene Verhältnis von Indi-

²⁰² Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 76

²⁰³ Vgl. weiter oben: Die individuelle Initiative besteht lediglich in der Möglichkeit, will man diese Prämisse verallgemeinern.

²⁰⁴ Peter Schneider, a.a.O., S. 77

vidualrecht und objektivem Verfahren versucht Schneider am Beispiel der Analogie zwischen Meinungsfreiheit und Wirtschaftsfreiheit zu verdeutlichen. Die sog. freie Wirtschaft beruht für ihn zunächst auf einem Bündel von Individualrechten, die späterhin dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen werden. Somit ist das Verfahren ohne Konkurrenz nicht mehr denkbar. Konkurrenz und Meinungsfreiheit setzt Schneider in seinem Beispiel gleich: "Im einen wie im anderen Falle ist eine spezielle Sicherung des 'objektiven' Verfahrens als zusätzliche Sicherung der individuellen Freiheit zu werten."²⁰⁵ Insofern interpretiert er das Fernsehurteil des BVerfG als ein Urteil, das nicht um Sicherung individualrechtlicher oder Unternehmerpositionen bemüht war, sondern das sicherstellen wollte, daß das Verfahren als solches nicht gestört wird. Schneider setzt also gleich: Das Verfahren der öffentlichen Auseinandersetzung und die institutionelle Eigenständigkeit der Presse. Im Verfolg verwarht sich Schneider gegen Analogieschlüsse von Wirtschaftsordnung und Meinungsordnung: Pressefreiheit schützt keine Meinungsordnung, sondern ein Verfahren.²⁰⁶ Nach dieser Sichtweise definiert er offene und öffentliche Auseinandersetzung. Öffent-

²⁰⁵ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 78

²⁰⁶ Vgl. auch: Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin 1969

lich meint allgemein zugänglich und offen meint, daß die Zahl der Gesprächspartner prinzipiell offen ist. Fazit für Schneider: "Die Öffentlichkeit des Verfahrens umschließt nicht notwendig seine Offenheit. Im Zeichen der Pressefreiheit ist diese Offenheit indessen gefordert."²⁰⁷ Jetzt definiert er den institutionellen Gehalt der Pressefreiheit als Unternehmen- und als Verfahrensschutz.

Je mehr sich Schneider in die Diskussion um das Verfahren vertieft, desto mehr verlagert sich die Problemstellung hin zum Begriff der öffentlichen und offenen Meinung. "Das Verfahren der offenen und öffentlichen Auseinandersetzung stellt eine Bedingung der Möglichkeit, echte öffentliche Meinung zu bilden, dar."²⁰⁸ Unter öffentlicher Meinung versteht Schneider den 'consensus omnium'. Dabei kann consensus Ergebnis der Auseinandersetzung sein aber auch die Bedingung der Möglichkeit des Verfahrens selbst. Diese idealtypische Sicht schließt selbstverständlich die Existenz ideologischer Einflüsse auf Information und consensus vollständig aus.

Insofern hält Schneider eine manipulierte Meinungsbildung zwar nicht für ausgeschlossen aber immerhin für nicht grundsätzlich relevant. Es wird für ihn erst dort zur Gefahr, wo das Verfahren der Ausein-

²⁰⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 80

²⁰⁸ ders., ebenda

andersetzung nicht mehr gewährleistet ist.

Er sieht mit einer Meinungsäußerung verbunden einen Wirkungswillen, der bis hin zum Kampfwillen führen kann. Dann zeigt sich, "daß das Verfahren als solches eben im GG als einer Wertordnung eingebaut ist und nicht dazu benützt werden darf, diese Wertordnung und damit auch das Verfahren zu stören."²⁰⁹

Meinungsäußerung und Handeln stehen offenbar in einem sehr engen Zusammenhang zwischen Meinungsäußerungsfreiheit und Demokratie.

Schneider versucht Pressefreiheit zu fassen, indem er den Argumentationsbogen von Individualrecht und institutioneller Garantie bis hin zum Verfahren der offenen und öffentlichen Auseinandersetzung auf dem Meinungsmarkt schlägt. Somit eröffnet sich für ihn auch die Relevanz der öffentlichen Aufgabe der Presse, die sich in dieser Auseinandersetzung niederschlägt. Schneider erkennt hier den Doppelcharakter der Medien (allerdings mit welcher Gewichtung?) und behauptet, der Begriff Presseunternehmen werde von seinem Zweck aus bestimmt. "Mit seinem Zweck aber ist der Gedanke der öffentlichen Aufgabe notwendig verbunden."²¹⁰ Grundgesetzlich garantierter Schutz des o.g. Verfahrens bedeutet daher gleichzeitig auch Schutz der öffentlichen Aufgabe der Presse.

²⁰⁹ Peter Schneider, a.a.O., S. 82 - Zur Wertordnung meint Schneider (Fußnote 184, S. 82): "Die Wertordnung des GG muß freilich als eine prinzipiell offene gedacht werden. Angesichts der totalen Wahrheit wird das Verfahren der offenen Auseinandersetzung überflüssig, ja schädlich."

²¹⁰ ders., a.a.O., S. 83

Er versucht den Begriff "öffentliche Aufgabe" zu klären und das Verhältnis von Presse als Trägerin dieser Aufgabe zum demokratischen Staat zu bestimmen. An einem Exkurs macht Schneider deutlich, wie sich die Aufgabe der Presse in historisch kurzer Frist verändert hat, wobei er Wert auf die Feststellung legt, daß sich nicht das geltende Recht, sondern die Presse geändert habe. Zu Zeiten der Weimarer Republik und des Nazi-Regimes "diente die Presse erwerbswirtschaftlichen Zwecken oder partikularen politischen Interessen."²¹¹ Heute dagegen dient die Presse, so Schneider, Volk und Staat. "Die öffentliche Aufgabe wird somit von der Einheit von Volk und Staat aus konzipiert und in scharfem Gegensatz zur Vielheit partikulärer und egoistischer Interessen gestellt, die allesamt als Privatinteressen zu qualifizieren sind, weshalb die Presse denn auch damals, als sie im Geflecht der Privatinteressen verwoben war, (...) nicht anders als Privatleute behandelt werden konnte."²¹² Die Pressegesetze der Bundesländer billigen die so verstandene öffentliche Aufgabe ausdrücklich zu.²¹³ Aber Schneider sieht

²¹¹ Peter Schneider, a.a.O., S.85

²¹² ders., ebenda

²¹³ Auch der Bundesgerichtshof stellt dazu fest: "Es ist der inzwischen herrschend gewordenen Meinung zuzustimmen, daß die Presse im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgabe, insbesondere also bei der Behandlung politischer Angelegenheiten, zur Wahrung der Interessen der Öffentlichkeit befugt ist." (BGHZ 31, S.308,312) - zit.n. ders., a.a.O. S.86

auch hier eine immanente Gefahr in der Überbetonung der öffentlichen Aufgabe. Sie könnte zur Gefahr für das Individualrecht dessen werden, der ein Presseunternehmen besitzt. "Es handelt sich um die Gefahr, die Freiheit der Presse um ihrer öffentlichen Aufgabe willen zu sterilisieren, alle Freiheitsrisiken auszuschalten, den sicherlich idealistisch gesehenen Begriff der öffentlichen Aufgabe zur Basis für uniformierende Tendenzen auszugestalten."²¹⁴ Oder - mit Schneideranders formuliert -: "Die Pressefreiheit ist vorab um der Freiheit der Einzelnen zu selbstverantwortlichem Handeln willen geschützt."²¹⁵ Und hier handelt es sich um eben jene Einzelne, die die Möglichkeit haben, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Sie sind es, die die Möglichkeit haben, eine Zeitung zu gründen. Aber eben nur die Möglichkeit. Die Wirklichkeit läßt dieses so verstandene Recht zu einem Recht derjenigen werden, die tatsächlich im Besitz der Presseunternehmen sind und sich somit ihr eigenes selbstverantwortliches Handeln schützen lassen. Schneiders logisches Konstrukt wird zur Farce, wenn von Demokratie die Rede ist, aber tatsächlich nur die Produktionsmittelbesitzer öffentlich ihre Meinung tatsächlich vertreten können. Demokratie als Möglich-

²¹⁴ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 88

²¹⁵ ders., a.a.O., S. 89

keit. Eine Version, über die nachzudenken, sich lohnen sollte. Gerade in Hinblick auf die aktuelle medienpolitische Diskussion.

Pressefreiheit also schützt Presseunternehmen vor staatlichen Eingriffen. So erörtert Schneider auch die Problematik, daß oft dem Staat ein Öffentlichkeitsmonopol zugesprochen wird. Hiergegen wehrt er sich, da s.E. von einem Öffentlichkeitsmonopol nur gesprochen werden kann, wenn eine Identität von Staat und Gemeinwohl vorliegt. Das würde bedeuten, der Staat definiert Gemeinwohl und setzt es mit seinen Mitteln durch. Gilt aber Presse als Trägerin öffentlicher Aufgaben, so kann Presse dann nur gedacht werden als Staatspresse oder als Vollzugsorgan staatlicher Verfügung. Einen solchen Gedankengang bezeichnet Schneider als mit dem Grundgesetz unvereinbar. Als Ausfluß dieser falschen These sieht er die Bezeichnung der Presse als vierte Gewalt.

Öffentliche Aufgabe in Verbindung mit Pressefreiheit zu sehen, setzt also voraus, daß die Identität (begrifflich) von Staat und Öffentlichkeit zu sprengen sei. Schneider meint: "Öffentliche Aufgaben können somit vom Staat wie von der Freiheit aus konzipiert werden."²¹⁶ Für ihn ist die Presse Träger

²¹⁶ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 93

(auch) der Freiheit und nicht alles, was die Presse tut, geht den Staat etwas an. "Gewiß geht der Staat alle an; aber nicht alles, was alle angeht, geht den Staat an."²¹⁷

Nach Schneider erfüllt die Presse ihre öffentliche Aufgabe, in dem sie Öffentlichkeit im Sinne von Allgemeinzugänglichkeit schafft. Und im Gegensatz zum Staat nimmt er für die Presse in Anspruch, daß Pressefreiheit bereits Gemeinwohlbedeutung hat.

"Freiheitsbetätigung und Gemeinwohl (sind) im Ansatz schon zusammen zu sehen."²¹⁸ Unter drei Aspekten sieht Schneider die öffentliche Aufgabe der Presse:

1. Sie schafft Öffentlichkeit und setzt den Meinungsbildungsprozess in Gang. Grundlage hierfür ist die wirtschaftliche (Privat-) Basis eines Presseunternehmens.

2. Sie erfüllt eine öffentliche Aufgabe, da sie meinungsorientierend wirkt.

3. Sie konstituiert nicht nur den Meinungsbildungsprozess, sondern schafft ein politisches Forum, wo sich Meinung bilden kann.

²¹⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 93

²¹⁸ ders., a.a.O., S. 94

12.3. ZUR SUBJEKTIV-RECHTLICHEN ARGUMENTATION
VERKNÜPFT MIT OBJEKTIV-RECHTLICHER ARGUMENTATION

Die subjektiv-rechtliche Argumentation, die dem Staat bestimmte Konfliktregelungskompetenzen einräumt, beschränkt sich auf die institutionelle Garantie, die dann notwendig wird, wenn Institutionen bereits Eigengesetzlichkeit entwickeln und die Individualrechte zu gefährden drohen. Dies heißt, die subjektiv-rechtliche Argumentation wird nicht durchbrochen, staatliche Eingriffe gibt es nur, wenn die bestehenden Strukturen erhalten oder gar wieder hergestellt werden müssen.

Demgegenüber meint die Verknüpfung der subjektiv-rechtlichen Argumentation mit der objektiv-rechtlichen (staatlich-institutionellen) Seite die funktionale Veränderlichkeit bestehender Strukturen im prozeßhaften Sinn dynamischer Systeme. Durch Reformfähigkeit findet sozialer Wandel statt.

Das Spannungsfeld von subjektiv-rechtlicher/objektiv-rechtlicher Grundrechtskonzeptionen kann nach Branahl/Hoffmann-Riem "auf einer Skala danach unterschieden werden, welchen Stellenwert sie der funktionalen Analyse geben: Auf der einen Seite dient diese nur dazu, den weiterhin als zentral anerkannten subjektiv-rechtlichen Aspekt der Pressefreiheit inhaltlich zu prägen. Auf der anderen Seite der Skala wird eine objektiv-rechtliche Deutung der Pressefreiheit bejaht, der gegenüber subjektiv-

rechtliche Verbürgungen lediglich Hilfsfunktionen haben. Soweit die funktionale Betrachtung anerkannt wird, ist wiederum inhaltlich danach zu unterscheiden, welche Funktionen der Presse als bestimmend angesehen werden."²¹⁹

Eine solche Verzahnung der Grundrechtskonzeptionen zielt folgerichtig darauf ab, die Funktion der Pressestrukturen mit ihrer subjektiv-rechtlichen Legitimation abzusichern oder wiederherzustellen. Dabei kommt der objektiv-rechtlichen Seite die Aufgabe zu, die Funktionen der Presse in einem demokratischen Staat zu erfüllen. Das Spiegel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts führt dazu aus: "der Staat ist (...) verpflichtet, in seiner Rechtsordnung überall, wo der Geltungsbereich einer Norm die Presse berührt, dem Postulat ihrer Freiheit Rechnung zu tragen."²²⁰

Wo das Demokratiegebot derart Grundrechtskonzeptionen berührt, ist die grundgesetzliche Schutzfunktion von Pressefreiheit nicht mehr gegen den Staat, sondern gegen andere Strukturen oder Institutionen gerichtet, die tatsächlich oder vermeintlich die Funktionsfähigkeit der Presse beeinträchtigen.

²²¹

Konkret spricht beispielsweise das Blinkfuer-Urteil

²¹⁹ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 45

²²⁰ BVerfGE 20, S. 175f.

²²¹ Vgl. BVerfGE 25, S. 268

von der Aufgabe des Staates, die Unabhängigkeit der Presse vor wirtschaftlichen Machtgruppen zu schützen.

Aber auch Strukturgefährdungen, wie zum Beispiel wirtschaftliche Konzentrationsprozesse, fordern die gesetzgeberische Hilfe des Staates heraus.

In einer verknüpften subjektiv-rechtlich-objektiv-rechtlichen Grundrechtsinterpretation hat der Staat dafür zu sorgen "und gegebenenfalls entsprechende Gesetze zu erlassen, daß die Massenmedien der Aufgabe gerecht werden können. um deretwillen die Medienfreiheit in Art. 5 I 2 GG verankert worden ist. Sofern die bestehenden Strukturen den Erfordernissen genügen, kann er es dabei belassen; sofern dies nicht der Fall ist (...) darf, bzw. muß er aktiv werden."²²²

Das Demokratiegebot als Prinzip objektiv-rechtlicher Argumentation findet seinen aktuellen medienpolitischen Kristallisationspunkt in der Diskussion der sogenannten Vielfaltsthese. Hier ist der Ausgangspunkt die Entsprechung der Pluralismus-Idee mit dem Prinzip des Demokratiegebots. Konkrete Fragestellungen dieser Diskussion in Bezug auf das Problem der Pressekonzentration sind die Thesen von der Vielfalt der Zeitungen und der Vielfalt in den Zeitungen.

²²² Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 50

Genau diese Problematik hat Auswirkungen auf die Kompetenzregelungsversuche zwischen Verlegern und Journalisten und die damit verbundene bereits erwähnte Funktionsfähigkeit der Presse. In Verbindung mit der Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Grundrechtskonzeption argumentieren Branahl/Hoffmann-Riem: "Der individuelle Freiraum der Journalisten soll nicht im Interesse der Individuen, sondern zur Sicherung der 'Funktionsfähigkeit der Presse' erweitert werden. Die auf 'Vielfalt' zielende Konkretisierungstätigkeit des Gesetzgebers setzt in der Konstruktion an der subjektiv-rechtlichen Seite der Pressetätigkeit an, zielt aber auf den objektiv-rechtlichen Gehalt der Grundrechtsnorm, nämlich deren Orientierung am Demokratiegebot. Die 'subjektiv-rechtliche Seite' der Grundrechtsnorm kommt nur als Grenze der funktional-orientierten Konkretisierung in den Blick." ²²³

12.4. ZUR SOGENANNTEN VIELFALTSTHESE

Gerade im Zusammenhang mit der Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Grundrechtskonzeption erhält die Diskussion um die Vielfaltsthese innerhalb des Pluralismuskonzepts ihre Berechtigung vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Konzentrationsprozesse. Hier sollte sich die

²²³ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 51

Funktionsfähigkeit des Subsystems Presse entsprechend des Prinzips des Demokratiegebots festmachen lassen. Denn das Verhältnis von Pressekonzentration und Pluralität kann über Funktion und Dysfunktion eines sozialen Systems und Subsystems mit entscheiden.

"Wie auch immer Definitionen und Deklamationen zum Thema Demokratie lauten - ein Kriterium ist ihnen gemeinsam: Sie sehen die Diskussion als wesentlich an; ihr qualitativer Stand läßt Schlüsse darüber zu, wie es um die Demokratie einer Gesellschaft bestellt ist. Um diskutieren zu können, braucht man Informationen. Fakten sind Voraussetzung dafür, daß man sich eine Meinung bilden kann - kurzum: Anzahl und Wert gelieferter Tatsachen bestimmen das Niveau einer Diskussion und damit - zumindest im Prinzip - in welchem Umfang dem Anspruch Demokratie genügt wird."²²⁴

Das so verstandene Demokratiegebot weist die systemgefährdenden Funktionen und Strukturen der Pressekonzentrationsprozesse aus und unterscheidet sie gleichzeitig von allgemeinen ökonomischen Konzentrationsvorgängen. Denn Konzentrationsvorgänge im Medienbereich erfolgen in der Regel zwar in ihren Abläufen und Konsequenzen zu den allgemein wirtschaftlichen analog, haben aber darüber hinaus die

²²⁴ Reinhard Haarmann, Pressekonzentration: Gefährdung der Demokratie, in: Dieter Grosser (Hrsg), Konzentration ohne Kontrolle, Köln/Opladen 1970, S. 176

Einschränkung des als konstituierend angesehenen Informationsfreiheitsgebots zur Folge und erschweren oder gefährden die Möglichkeit "zu diskutieren". Helmut Arndt resümiert: "Auch insofern geht die Konzentration von Verfügungsmacht im Bereich der Presse weit über das Ausmaß der bloßen Eigentums-konzentration hinaus."²²⁵ Folglich scheint die Weiterführung dieses Gedankens in Richtung Freiheits-gefährdung, wie ihn Norbert Dittrich ausführt, konsequent. Er geht davon aus, daß jegliche Diskus-sion über Ursachen und Regelungsvorschläge im Hin-blick auf Pressekonzentrationsprozesse die Tatsache berücksichtigen müßte, "eine fortschreitende Kon-zentration werde zu einer Gefährdung der Informations und Meinungsfreiheit führen."²²⁶

Folgen wir dieser Diskussion, zunächst ohne die ökonomischen Bedingungen zu beleuchten, so kristal-lisieren sich zwei mögliche "Vielfaltsthese" heraus:

1. Meinungs- und Informationsfreiheit ist nur durch die Vielfalt wirtschaftlich selbständiger Presseorgane möglich.
2. Meinungs- und Informationsfreiheit ist auch dann gewährleistet, wenn die Vielfalt innerhalb eines Presseorgans gesichert ist.

²²⁵ Helmut Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, in: Dieter Grosser (Hrsg), Konzentration ohne Kontrolle, a.a.O., S. 59

²²⁶ Norbert Dittrich, Pressekonzentration und Grund-gesetz, Schriftenreihe des Instituts für Rund-funkrecht an der Universität Köln, Bd.9, München 1971, S.9

Wenn Helmut Arndt in den Bergedorfer Protokollen sagt: "Weniger an Information und eine Nivellierung in Kommentar und Kritik"²²⁷ sei eine praktische Erfahrung der Pressekonzentration, so ist hiermit bereits ein erstes Indiz für die Gefährdung der Vielfalt der Presseorgane festzuhalten.

Dagegen sprechen Vertreter der o.g. 2. These, beispielsweise der SPD-Medienexperte Glotz u.a., davon, daß wirtschaftliche und kommunikative Konzentration nicht notwendigerweise einherzugehen brauchen und somit sei nicht die Vielfalt der Zeitung sondern die Vielfalt in der Zeitung sicherzustellen. Vorstellungen dieser Art sehen dann in den Konzentrationstendenzen nur noch einen rein ökonomisch geprägten Rationalisierungstrend, denn: "Bei der Frage nach der Vielfalt der Informationsmöglichkeiten und der Sicherung eines breitgefächerten Angebotes dürfe der 'gemeinsame Markt der Informationsmittel' nicht außer Betracht gelassen werden, denn insbesondere Hörfunk und Fernsehen stellten ein wirksames publizistisches Gegengewicht gegenüber der Konzentration in der Presse dar."²²⁸ Eine These, die den Wettbewerb innerhalb der Presse auf eine andere Medienebene verlagert, auf der verschiedene Organisationsstrukturen gegeneinander in Wettbewerb treten.

²²⁷ Helmut Arndt, in: Bergedorfer Protokolle, Bd.19, S. 28

²²⁸ Norbert Dittrich, Pressekonzentration und Grundgesetz, a.a.O., S. 11

Hierdurch wird Konzentration im Sinne einer verstärkten Leistungsfähigkeit als "Gegengewicht" zu Hörfunk und Fernsehen geradezu notwendig, so daß die Forderung in ihr Gegenteil verkehrt wird: Presseunternehmen müssen sich zusammenschließen. Für die Vertreter der Vielfaltsthese muß dies die Forderung nach der "Vielfalt in der Zeitung" bedeuten.

Für die Beurteilung der freiheitsgefährdenden Auswirkungen der Konzentration ist daher nicht die faktische Existenz einer auf verlagsinterner Konkurrenz beruhenden Pluralität entscheidend, sondern die latente Gefahr eines Verlustes der publizistischen Vielgestaltigkeit."²²⁹ Ihren juristischen Niederschlag findet diese These im Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die pluralistische Programmgestaltung der Deutschland-Fernsehen GmbH. Hier heißt es, daß eine pluralistische Programmgestaltung, die auf privatrechtlicher Vereinbarung beruht, nicht den Anforderungen des Art. 5 GG genügt, weil das entsprechende Gesellschaftsrecht nicht garantiere, daß sich dieser Zustand der Meinungsvielfalt nicht ändern würde.

Um eben dieser Gefahr für die Vielfalt zu begegnen, sollte sich die Diskussion um Meinungspluralität dahingehend orientieren, daß man von einer - wie

²²⁹ Norbert Dittrich, Pressekonzentration und Grundgesetz, a.a.O., S. 12

Dittrich es ausdrückt - "Priorität externer Vielgestaltigkeit gegenüber einer pluralistischen Binnenstruktur" ausgeht.

Nicht zuletzt deshalb, weil jegliche Priorität der sog. pluralistischen Binnenstruktur darauf hinausläuft, den fortschreitenden Konzentrationsprozeß für unbedenklich zu halten, solange die pluralistische Binnenstruktur wie auch immer gesichert sei. Folglich fordert auch der Bericht der Günther-Kommission²³⁰ die Vielfalt im Pressewesen, indem diese Vielfalt in Zusammenhang mit der im Freiheitsbegriff statuierten Wahlmöglichkeit gebracht wird. Friesenhahn spricht sogar von einem "objektiven Prinzip".

²³⁰ "Günther-Kommission. Benannt nach ihrem Leiter, dem Präsidenten des Bundeskartellamtes, Dr. Eberhard Günther; im Mai 1967 von der Bundesregierung berufen zur 'Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik (Pressekommission)'. Ihren Abschlußbericht legte die Kommission am 14.6.1968 vor. (...) Sie stellte fest, daß die Pressefreiheit bei einem Marktanteil eines Presseunternehmens von 20 Prozent an der Gesamtauflage deutscher Presseerzeugnisse 'gefährdet' sei; nach Auffassung der Kommission ist eine 'unmittelbare Beeinträchtigung' der Pressefreiheit bei einem Marktanteil von 40 Prozent erreicht. Den Vorschlägen der Pressekommission entsprechend hat sich der Deutsche Bundestag Anfang Juli 1969 für eine Gesetzgebung zur Fusionskontrolle ausgesprochen." (Koszyk, Pruys, Wörterbuch zur Publizistik, München 1969, S. 152)

"Daher würde ich die Notwendigkeit eines vielgestaltigen Pressewesens im Sinne einer möglichst großen Zahl selbständiger Meinungsträger und Meinungsvermittler weniger mit dem Informationsbedürfnis des einzelnen Bürgers rechtfertigen, sondern diese Vielgestaltigkeit als ein objektives Prinzip aufstellen."²³¹

Neben der Prämisse, daß Meinungsvielfalt "Wahlmöglichkeit als im Begriff der Freiheit statuiert" und "objektives Prinzip" sei, stehen die Möglichkeiten, die durch die Existenz einer großen Anzahl von Presseorganen erhöht werden, nämlich "die Wahrscheinlichkeit, daß eine weite Meinungsstreuung und eine vielseitige Unterrichtung der Bürger zustande kommt. (...) Darüberhinaus ist zu berücksichtigen, daß sich ein Informations- und Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Bürgern vollzieht und sich durch diese interpersonale Kommunikation die unterschiedlichen Informationen aus den jeweiligen Informationsquellen miteinander mischen."²³²

Weitere Argumente für die sog. externe Pluralität befassen sich mit der Verhinderung übermäßigen wirtschaftlichen, publizistischen und politischen Einflusses. Wesentlich scheint hier der publizistische und politische Einfluß, denn gerade diese beiden Faktoren unterscheiden ja die Pressekonzentra-

²³¹ Ernst Friesenhahn, Die Pressefreiheit im Grundrechtssystem des Grundgesetzes - ein Diskussionsbeitrag, in: K.Ballerstedt, E.Friesenhahn, O.v. Nell-Breuning, Festgabe für Otto Kunze, Berlin 1969, S. 35

tion von der Konzentration im allgemein wirtschaftlichen Bereich.²³³ Abgesehen von den Möglichkeiten wirtschaftlicher Machtbildung, verhindert nicht zuletzt beispielsweise die Abhängigkeit von kleinen Verlagen vom Vertriebshandel großer Verlage die Gründung neuer Zeitungen und Zeitschriften.

Was weiterhin zum publizistischen und letztthin auch zum politischen Einfluß gehört, ist bei fortschreitender Konzentration auf dem Pressesektor die Gefährdung der Unabhängigkeit der Journalisten. Ebenso gefährdet ist die Möglichkeit sog. publizistischer Selbstkontrolle durch Kritik der jeweiligen Konkurrenz. "Nur eine Vielzahl konkurrierender Organe bietet die Gewähr, daß durch abweichende Darstellungen anderer Presseorgane der politische Einfluß eines Presseunternehmens nicht zu einer übermäßigen Abhängigkeit der im politischen Bereich tätigen Personen führt."²³⁴

Im Rahmen der oben bereits erwähnten "Priorität externer Vielgestaltigkeit gegenüber einer pluralistischen Binnenstruktur" lassen sich die Argumente für diese These in weiteren zwei Thesen formulieren.

1. These:

Externe Pluralität als Gewähr eines in seiner Gesamtheit vielgestaltigen Meinungs- und Informations-

²³³ Als wirtschaftliche Folgen gelten Gefährdung der Druck- und Vertriebsfreiheit usw.

²³⁴ Norbert Dittrich, Pressekonzentration und Grundgesetz, a.a.O., S. 16

marktes.

2. These:

Externe Pluralität als Voraussetzung für die Verhinderung übermäßigen wirtschaftlichen, publizistischen und politischen Einflusses.

Ebenso wie weiter oben Vielfalt im Pressebereich gewährleistet werden soll durch die publizistische Konkurrenz öffentlich-rechtlicher Organisationsformen mit dem privatwirtschaftlich organisierten Pressesektor, so stellt auch Kaiser seine Argumentation darauf ab, daß eine Vielfaltsdiskussion, ohne Hörfunk und Fernsehen zu berücksichtigen unmöglich sei.

Kaiser vertritt die These, daß die Vielfalt der Presse nicht Grundlage und Bedingung für die Funktion von Presse in einem demokratischen System sei.

Er räumt zwar ein, daß Vielfalt für Meinungs- und Pressefreiheit "förderlich" sei, sagt dann aber, "die heute noch gegebene, vergleichsweise große Vielfalt im Bereich der deutschen Presse müsse aufrechterhalten werden, um die durch Art. 5 GG verbürgten Freiheiten zu sichern, und darum seien staatliche Maßnahmen zur Erhaltung der bestehenden Pressestruktur geboten. Dabei ist aus mehreren Gründen zweifelhaft, ob eine große Zahl von Presseunternehmen gleichgesetzt werden kann mit

Pressevielfalt."²³⁵ Hier stellt er die Frage, ob aus Artikel 5 GG "ein Staatsauftrag zur Aufrechterhaltung der gegebenen strukturellen Vielfalt in dieser Branche gefolgert werden kann"²³⁶, und hebt auf das Verhältnis von Vielfalt und Wettbewerb ab, aus dem sich für Kaiser die notwendige Konsequenz ergibt, daß sich Vielfalt nicht aus Grundrechtskonzeptionen herleiten läßt, sondern aus den Regeln des Wettbewerbs. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die USA und Großbritannien. Kaiser trennt nicht zwischen publizistischem und ökonomischem Wettbewerb.

"Aus wirtschaftlicher Konzentration kann nicht auf einen ihr entsprechenden Mangel an publizistischem Wettbewerb geschlossen werden, ebenso wie sich aus einer Vielzahl von wirtschaftlichen und redaktionellen Einheiten wegen der zwischen ihnen möglichen Abhängigkeiten (...) noch kein stringenter Beweis für publizistischen Wettbewerb ergibt."²³⁷ Analog seiner Herleitung von Vielfalt aus dem Wettbewerbsprinzip erlangt für ihn die Presse ihre demokratische Funktion "über den Markt", wobei "demokratisch" grundsätzlich staatsfrei zu sein hat -

²³⁵ Joseph H. Kaiser, Presseplanung, Planungsstudien¹ Frankfurt 1972, S. 20

²³⁶ ders., a.a.O., S. 22

²³⁷ ders., a.a.O., S. 62f.

entsprechend einer ausschließlich subjektiv-rechtlichen Grundrechtsinterpretation als Abwehrrecht gegen den Staat.

"Der Markt ist dank des Wettbewerbs unter den Zeitungen Mittler der für die Demokratie konstitutiven Funktion der Presse."²³⁸ Überall dort jedoch, wo die Wettbewerbsregeln des Marktes im Konzentrationsfall versagen, sieht Kaiser die Lösung in "Kooperationen". "Kooperation ist primär eine Selbsthilfesaufgabe der Wirtschaft, auch der Presse. Die sich hier anbahnenden neuen Zielsetzungen und Formen (auch internationaler) Kooperation sind geeignet, Leistung und Wettbewerbsstellung kooperierender Presseunternehmen zu verbessern."²³⁹

Und er geht sogar soweit, festzustellen: "Konzentrationsvorgänge im Pressebereich werden heute nicht mehr nur vorwiegend negativ gesehen."²⁴⁰

So gerät das "Postulat der Pressevielfalt als Surrogat einer wettbewerbsrechtlichen Grundlegung"²⁴¹ zu einer Legitimation für Konzentrationsprozesse und schlägt damit in sein Gegenteil um.

²³⁸ Joseph H. Kaiser, Presseplanung, a.a.O., S. 64

²³⁹ ders., a.a.O., S. 68

²⁴⁰ ders., a.a.O., S. 71

²⁴¹ ders., a.a.O., S. 23

12.4.1. EXKURS: ASPEKTE DES PRESSEKONZENTRATIONS-
PROZESSES: BEGRIFFSKLÄRUNG UND AUFLISTUNG
BEISPIELHAFTEN DATENMATERIALS

"Ungleiche Verteilung ökonomischer Macht und der Prozeß weiterer Zusammenballung dieser Macht kennzeichnen Wirtschaftsordnungen, die auf privatem Eigentum an den Produktionsmitteln und marktwirtschaftlichen Ausleseprozessen beruhen."²⁴² Da davon ausgegangen werden kann, daß Pressekonzentration mit den gleichen Kategorien gemessen werden kann, wie Konzentrationsprozesse in den übrigen wirtschaftlichen Bereichen, trifft dies, zunächst als Hypothese begriffen, auf die Situation in der Bundesrepublik zu. Denn die Wirtschaftsordnung beruht auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln und ist somit marktwirtschaftlich ausgerichtet. Hier ist ein marktwirtschaftliches Dilemma anzusiedeln: "Das intellektuelle Problem (...) bestand in der Frage (...) wie das Aufrechterhalten des Wettbewerbs ohne Preisgabe der durch zunehmende Größe wachsenden Erträge 'intellektuell zu begründen sei'; würde nicht die Art des technologischen Wandels an sich unerbittlich zum Verschwinden des Wettbewerbs durch Konzentration der Produktion in großen Betrieben führen?"²⁴³ Mit

²⁴² Jörg Aufermann, Bernd-Peter Lange, Axel Zerdick, Pressekonzentration in der BRD, in: Aufermann, Bohrmann, Sülzer (Hrsg), Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Band 1, Frankfurt/M. 1973, S. 242

²⁴³ J.M.Blair, Diskussionsbeitrag, Unternehmensgröße und Wettbewerb. BWI Bonn 1970, S. 12

dem Verschwinden des Wettbewerbs könnte eine dysfunktionale Störung eines marktwirtschaftlichen und somit sozialen Systems eintreten. Im Sinne der Gleichgewichtstheorie gilt es, eine solche Störung zu verhindern.

Zur Begriffsklärung: "Der gesamten Konzentrationsdiskussion liegt letztlich ein Wettbewerbsmodell zugrunde. Sobald sich etwas konzentriert, wird Wettbewerb eingeschränkt. Dieses Modell kennt zwei Extrempunkte: Monopol und optimalen Wettbewerb."²⁴⁴ Wobei Monopol nicht mehr im engen Sinn gebraucht wird, daß ein einziger Hersteller den Markt beherrscht, indem "sein Absatz nur von seinen Aktionsparametern und dem Verhalten der Käufer abhängt "²⁴⁵, sondern vielmehr schließt der Monopolbegriff auch die Stellung von marktbeherrschenden oder markteinflussenden Unternehmen ein. Im Spannungsfeld dieser Extrempunkte ist der Konzentrationsbegriff anzusiedeln. Versuchen wir ihn zu definieren, so gilt zunächst allgemein: Die Konzentration ist das Ergebnis von Akkumulation und Zentralisation.

Akkumulation ist die "Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital"²⁴⁶ Dies ergibt, "daß das Wachstum der großen Kapitalien

²⁴⁴ Helmut H. Diederichs, Konzentration in den Massenmedien, München 1973, S. 34

²⁴⁵ Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band II, Tübingen 1967, S.71, zit.n.: Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 34

²⁴⁶ Karl Marx, Das Kapital, Band 1, S. 605, zit.n.: Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 39

gewöhnlich weit schneller vonstatten geht, als das der kleineren."247, was mit einer Konzentrationstendenz verbunden ist. Die "Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleinerer in weniger größere Kapitale"248 nennt Marx 'Zentralisation'.

Oder den gleichen Tatbestand dieser beiden höchst allgemein gehaltenen Konzentrationsarten anders ausgedrückt: "Allgemeine Konzentrationsursachen bestehen insbesondere in dem aus dem Marktmechanismus selbst zwingend abzuleitenden Ausscheiden unrentabler Unternehmen einerseits (absolute Konzentration) und dem ungleichmäßigen Wachstum der verbleibenden Unternehmen andererseits (relative Konzentration); als wichtigste spezifische Konzentrationsursache im Pressesektor kommt die konzentrationsverschärfende Anzeigenabhängigkeit hinzu."249

Zusammengefaßt und noch allgemeiner gilt: "Konzentration als Ballung ökonomischer Größen."250

Nach dieser grundsätzlichen Begriffsklärung wird im folgenden der Versuch unternommen, die spezifischen, in unserem sozialen System auftretenden Konzentra-

247 Gerhard Gleissberg (Hrsg), Konzentration und Meinungsmanipulierung, Frankfurt/Main 1972, S. 20, zit.n.: Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 39

248 Karl Marx, Das Kapital, Band 1, S. 654, zit.n.: Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 40

249 Jörg Aufermann, Bernd-Peter Lange, Axel Zerdick, a.a.O., S. 243

tionsformen darzustellen. Dabei können sowohl die Einzelformen allein oder auch als Mischformen auftreten. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Anlehnung an Helmut Arndt.²⁵¹

Arndt unterscheidet zunächst drei Richtungen der Konzentration: Horizontale, Vertikale und Diagonale Pressekonzentration.

Bei der horizontalen Konzentration werden Betriebe gleicher Produktionsstufen zusammengefaßt. Ursache ist das Bestreben nach rationeller Auslastung vorhandener technischer Anlagen und Arbeitskräfte.

Konkret heißt dies: mehrere Kommunikationsinstitutionen in einer verlegerischen Hand. Beispiele sind an dieser Stelle nicht angebracht, da die unterschiedlichen Konzentrationsformen fast ausschließlich in Mischformen auftreten.

Die vertikale Pressekonzentration beinhaltet eine Vereinigung unterschiedlicher Produktionsstufen. Im Extremfall eine Vereinigung von Betrieben von der Rohstoffquelle bis zum Fertigprodukt. Für den Presse-sektor könnte dies zum Beispiel bedeuten: Papierfabrikation, technische Herstellung, Nachrichten und Bilddienst, Artikel- und Maternkorrespondenz, Anzeigenvermittlung, Verlag, Druckerei und Vertriebsorganisation.

²⁵⁰ zentration, in: Helmut Arndt, Die Konzentration in der Wirtschaft, Band 1, Berlin 1960, S. 7, zit.n. Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 40

²⁵¹ Helmut Arndt, Theoretische Einführung in die Pressekonzentration, in: Dieter Prokop, Massenkommunikationsforschung 1, Frankfurt/Main 1972, S. 266f.

Bei der diagonalen Konzentration handelt es sich um kapitalmäßige Verflechtungen von Unternehmen unterschiedlicher Industriezweige. Hier lassen sich Beispiele nennen: So ist die Bosch GmbH als Elektrokonzern an der Unternehmensgruppe um die Stuttgarter Zeitung und die Westdeutsche Allgemeine Zeitung an einer Reederei beteiligt.

Arndt unterscheidet neben diesen Richtungen der Pressekonzentration die Objekte der Konzentration. Zum einen handelt es sich dabei um die Konzentration von Produktionsmitteln, die zu einer wachsenden durchschnittlichen Betriebsgröße führt. Zum anderen haben wir die Konzentration von Betrieben, wobei in einem Unternehmen zahlreiche Betriebe zusammengefaßt werden. D.h.: Wenn Verlage mit Objekten überregionaler Verbreitung in verschiedenen Orten Druckereien, Redaktions- und Anzeigenbüros unterhalten oder Auslieferungs- und Vertriebsorganisationen. Die dritte Form dieser Konzentration von Objekten ist die Konzentration von Unternehmen. Diese Unternehmenskonzentration findet ihren Ausdruck in Fusionen oder Konzernbildungen.

Arndt nennt Ursachen dieser Erscheinungen. Die technisch bedingte Konzentration führt er auf die enorme technische Entwicklung zurück. Denn bei leistungsfähigeren Maschinen kann nur bei steigender Auflage

rationell gearbeitet werden.

Ursache für die risikobedingte Konzentration ist der Übergang zum Mehrproduktunternehmen. Hier können Verluste eines Verlagsproduktes durch die Gewinne anderer Verlagsobjekte kompensiert werden.

Arndt nennt die unseren Zusammenhang weniger wichtige weitere Ursachen wie steuerlich bedingte Konzentration, marktbedingte Konzentration und machtbedingte Konzentration.

Wenn wir nun die Existenz von Wettbewerb als einem normierten Wert unseres Wirtschaftssystems erkannt haben und auf der anderen Seite sowohl den Begriff der Konzentration in Ansätzen erläutert haben, sowie das tatsächliche Auftreten und die Ursachen des Auftretens darstellten, so gilt es jetzt zu fragen, in welchem Ausmaß Konzentrationserscheinungen unter den Kommunikationsinstitutionen in Erscheinung treten. Kurz, ist Wettbewerb überhaupt noch gegeben, wie lange funktioniert er noch, welche Prognosen kann man stellen? Das empirische Material ist inzwischen recht umfangreich geworden. Wir bedienen uns im folgenden der Aussagen von Diederichs²⁵² und Aufermanns u.a.²⁵³. Es können nur einige exemplarische Daten diskutiert werden.

Zwei Beispiele sollen genügen: die Auflagenkonzentra-

²⁵² Helmut H. Diederichs, Konzentration in den Massenmedien, a.a.O., S. 56ff.

²⁵³ Jörg Aufermann, Bernd-Peter Lange, Axel Zerdick, Pressekonzentration in der BRD, a.a.O., S. 266ff.

tion und die Untersuchung von Einzeitungsgebieten.

"Im Jahre 1954 entfiel noch über ein Viertel (28,5%) der verkauften Gesamtauflage auf Tageszeitungen mit Auflagen unter 60 000 Exemplaren; 1967 brachten es alle Zeitungen dieser Auflagengrößeklassen nur noch auf einen Anteil von 12,1 % der verkauften Gesamtauflage. Sieht man von den Zeitungen mit Auflagen unter 10 000 Exemplaren ab, hat die Auflagengrößeklasse zwischen 20 000 und 40 000 den größten anteilmäßigen Schwund zu verzeichnen. Die Gesamtauflagenanteile der Zeitungen in den Größeklassen zwischen 40 000 und 60 000 und zwischen 60 000 und 100 000 haben sich in dem Zeitraum von 1954 bis 1967 je etwa um die Hälfte verringert. Dem stehen die erheblichen Zuwachsraten in den Auflagengrößeklassen 200 000 bis 250 000 und in der nach oben offenen Klasse über 250 000 gegenüber: Die Anteile der Zeitungen dieser Größenordnung an der Gesamtauflage haben sich jeweils etwa verdoppelt, so daß sie 1967 fast genau die Hälfte aller verkauften Zeitungsexemplare in der BRD stellen."²⁵⁴

Das heißt, daß die Zeitungseinheiten mit einer Auflage über 200 000 im Jahre 1954 nur 23,3 % Marktanteil besaßen, dagegen bereits 1967 auf 49,8 % Markt-

²⁵⁴ Jörg Aufermann, Bernd-Peter Lange, Axel Zerdick, Pressekonzentration in der BRD, a.a.O., S. 268

anteil, also auf mehr als das doppelte gestiegen waren. Dies bedeutet, daß die Gesamtauflage aller Tageszeitungen trotz Verringerung der Zeitungstitel ständig gestiegen ist und weiter steigt und sich bis heute noch weiter zugunsten der Großzeitungen verschoben haben wird. Nimmt man die Zeitungen mit einer Auflage über 50 000 Exemplaren, so erkennt man, daß die dort vertretenden 80 Zeitungen eine Auflagenhöhe von allein 15,3 Mio. Exemplaren erreichten. "Daraus ergibt sich folgender Konzentrationsstand: Auf nur ca. 16 % aller Zeitungstitel entfielen im IV. Quartal 1970 85,4 % der verkauften Gesamtauflage aller Tageszeitungen in der BRD und West-Berlin."²⁵⁵ Rechnet man nur den Rückgang der publizistischen Einheiten, d.h. der noch verbliebenen Vollredaktionen, hinzu, so ergibt sich eine Tendenz, die Diederichs "publizistische Konzentration"²⁵⁶ nennt. "Nicht der technisch-wirtschaftliche Bereich, sondern die sozialen Einheiten der Senderseite von Massenkommunikation sollten in einem nichtökonomischen Konzentrationsbegriff erfaßt werden."²⁵⁷

Nach Aufermann u.a. ist die Zahl der publizistischen Einheiten seit 1954 um mehr als ein Drittel von

²⁵⁵ Jörg Aufermann u.a., a.a.O., S. 269

²⁵⁶ Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 42

²⁵⁷ ders., ebenda

225 auf nur noch 134 im Januar 1973 zurückgegangen. Die Auflagenkonzentration wird von der publizistischen Konzentration bestätigt, denn "vom Rückgang der publizistischen Einheiten sind vor allem solche Vollredaktionen betroffen worden, die Zeitungen mit einer Auflage unter 40 000 Exemplaren herstellten."²⁵⁸ Stellten diese Zeitungen 1954 über 53 % der publizistischen Einheiten, so war ihr Anteil bereits 1967 auf unter 35 % gesunken. Die publizistische Konzentration wird noch gravierender werden, wenn man bedenkt, daß von der Kategorie der publizistischen Einheit allein nicht ausgegangen werden kann. Denn "die Selbständigkeit der Vollredaktionen (wird) durch mehrere Einflußfaktoren beschränkt. Über die generell geltende Abhängigkeit von der werbungstreibenden Wirtschaft hinaus ist der deutlichste Einfluß in den Kapitalinteressen zu sehen, die sich in der Konzernbildung und Verflechtung von Pressekapitalen dokumentieren (beispielsweise umfaßt der Springer-Konzern allein bereits 5 Tageszeitungs-Vollredaktionen)." ²⁵⁹

Dies ist ein Faktor der publizistischen Konzentration, den Diederichs wiederum sehr treffend mit "Monologisierung" bezeichnet. "Die Beschränkung auf wenige Meinungen oder gar nur eine Meinung mag entsprechend als Prozeß der 'Monologisierung' ange-

²⁵⁸ Jörg Aufermann u.a., a.a.O., S.270

²⁵⁹ diess., a.a.O., S. 271

sehen werden."²⁶⁰ Wahrscheinlich wäre es hier auch angebracht, von Meinungskonzentration zu sprechen. Dieser Rückgang der publizistischen Einheiten brachte in regionalen Gebieten die eingangsformulierte Extremsituation marktwirtschaftlicher Theorie mit sich. Statt Wettbewerb das Monopol. Hierbei handelt es sich um regional begrenzte Monopole, sogenannte Einzeitungsgebiete, d.h. eine publizistische Alternative ist nicht mehr vorhanden.

"Ende 1970 hat sich die Zahl der Ein-Zeitungsgebiete bereits auf 189 (=34 % aller Kreise) erhöht, mit der Folge, daß bereits ein gutes Fünftel aller Haushalte in der BRD keine Wahlmöglichkeit mehr unter örtlich konkurrierenden, redaktionell und verlegerisch voneinander unabhängigen Ausgaben von Tageszeitungen hat."²⁶¹

1954 waren es nur 85 Kreise mit einer Zeitungsdichte von lediglich einer publizistischen Einheit. Dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen. Denn der Auflagenführer eines Gebietes mit mehreren Zeitungen erhält unverhältnismäßig mehr Anzeigen als die Konkurrenten. Auch dies läßt sich empirisch belegen, würde hier aber zu weit führen.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß eine Einschränkung des Wettbewerbs auf allen publizistischen Ebenen stattfindet. Alle Mischformen, Unterformen

²⁶⁰ Helmut H. Diederichs, a.a.O., S. 46

²⁶¹ Jörg Aufermann u.a., a.a.O., S. 272

und Ursachen der Konzentration lassen sich reduzieren auf den ökonomisch bedingten Widerspruch zwischen Konkurrenz, also dem Wettbewerbsprinzip und der Tendenz zur Monopolbildung. Um das Kommunikationssystem und damit letztlich das soziale System stabil zu halten, schlagen Wissenschaftler, Publizisten, Journalisten, deren Organisationen, Parteien und Regierung Erhaltungsmaßnahmen vor. Denn das publizistische Gleichgewicht muß erhalten werden, die publizistische Vielfalt ist nach diesen Konzepten anzustreben. So schlagen die einen einen Kontrollmechanismus vor, der einen weiteren Konzentrationsprozeß, der in seinem jetzigen Stadium von fast allen gesellschaftlich relevanten Kräften als schädlich angesehen wird, zumindest stoppt. Die anderen verlangen die Meinungsvielfalt innerhalb ein und derselben publizistischen Einheit.

12.5. ZUR OBJEKTIV-RECHTLICHEN ARGUMENTATION

Folgen wir dem Skalierungsverfahren von Branahl/Hoffmann-Riem, so hat unsere Darstellung ergeben, daß die drei bisher vorgestellten Ansätze mehr oder minder von der subjektiv-rechtlichen Seite ausgehen. Die Skala weist an ihrem Grundpunkt den historischen Zeitpunkt des bürgerlich-autonomen Subjekts aus; daraus folgt, daß der Zeigerausschlag zur objektivierten Seite des Rechts vor allem dazu dient, den

subjektiv-rechtlichen Ausgangspunkt zu legitimieren, wo nötig zu stabilisieren und wiederherzustellen. Hingegen weist allein der objektiv-rechtliche Ansatz auf einen Zeigerausschlag in umgekehrte Richtung. Dies hat seinen Grund in der unterschiedlichen Betrachtung der geistesgeschichtlichen Entwicklung.²⁶² Ist der individualrechtliche Argumentationsbogen in der Erkenntniswelt der Freiheit bürgerlich autonomer Subjekte verhaftet, so beschreibt der umgekehrte Weg einer objektiv-rechtlichen Argumentation die reale Institutionenwelt sozialer Subjekte.

Mithin wird qualitative Verschiebung der Ebene der Freiheit bürgerlich autonomer Subjekte auf die historisch vollziehbare Ebene, der der modernen Industriesysteme verhafteten Institutionenlehre bewerkstelligt. Nicht die Freiheit des bürgerlich autonomen Subjekts soll wiederhergestellt werden, vielmehr geht es um die Verwirklichung sozialer Subjekte in ihrer Institutionenwelt.

Bei einer ausschließlich objektiv-rechtlichen Betrachtungsweise des Art. 5 GG ist eben diese Interpretationsweise eng mit einer staatlichen Ausgestaltungs-kompetenz verknüpft. Ridder versucht in seiner Untersuchung über Meinungsfreiheit²⁶³ die verfassungs-

²⁶² Vgl. Bildmodell Nr. 1 auf Seite 180

²⁶³ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, in: Neumann, Nipperdey, Scheuner, Die Grundrechte II, Handbuch der Theorie und Praxis der Grundrechte, 2.Aufl. Berlin 1968, S. 243ff. Bei Ridders Aufsatz handelt es sich zwar um eine ältere Abhandlung, die jedoch in ihrer objektiv-rechtlichen Betrachtungsweise u.E. noch immer ihre Relevanz hat.

— = 4 Grundrechtsrichtungen:

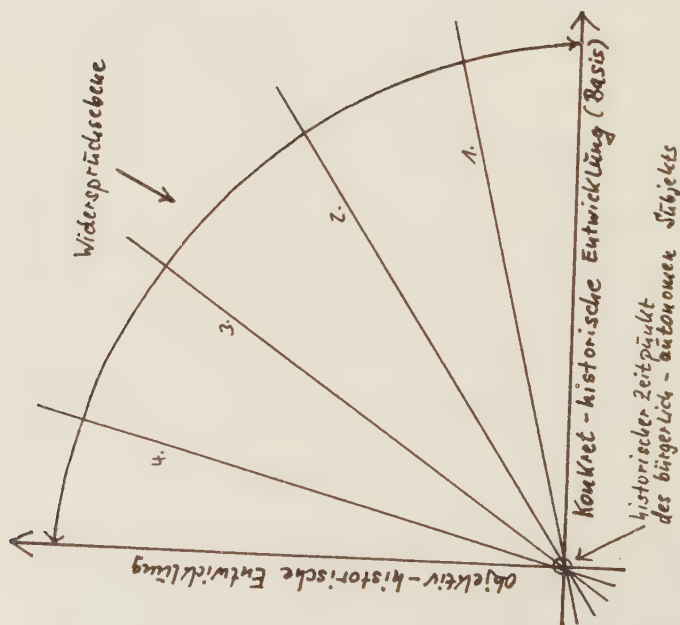
1. ausschließlich subjektiv-rechtlich - als Abwehrrecht gegen den Staat
2. subjektiv-rechtlich mit staatlicher KonfliktregelungsKompetenz
3. subjektiv-rechtlich verknüpft mit Objektiv-rechtlicher Sittungsweise
4. ausschließlich objektiv-rechtlich

» Der Prozess der Vergleichs-
zeitigung im Überbaubereich «

oder:

» Das tendenzielle Verhältnis der Grundrechtsrichtungen zur Konkret-historischen resp. objektiv-historischen Entwicklung der Gesellschaft «

-Bildmodell Nr. 1 -



rechtliche Legitimation einer ausschließlich
objektiv-rechtlichen Betrachtungsweise aus dem Grund-
gesetz herzuleiten.

In einer "historisch-konstruktiven Entwicklung" des
Meinungsfreiheitsbegriffs spricht er von sogenannten
klassischen Freiheitsrechten, die individuell ver-
bürgt sind, und von sogenannten "neuen" Freiheits-
rechten, die sich, analog der historischen Entwick-
lung eines sozialen Systems, auf institutionalisierte
Freiheiten beziehen und somit objektiv-rechtlich
gefaßt werden müssen.

Das bedeutet zugleich die Erkenntnis, das Indivi-
duum nicht als isoliertes Subjekt anzusehen, sondern
als in einem sozialen Zusammenhang eingebettet.

"Um die als Mittelpunkt zu denkende subjektive
Geistesfreiheit legen sich nun in mehreren konzen-
trischen Ringen, deren Eigenart erst im Laufe der
Verfassungsentwicklung deutlicher hervortritt, die
einzelnen verfassungsmäßig verbürgten Freiheits-
rechte. (...) Und schließlich berücksichtigen sie
den Umstand, daß das Individuum nicht in der Iso-
liertheit, sondern in der Gesellschaft von Indivi-
duen gleichen Ranges und gleicher Schutzwürdigkeit
lebt."²⁶⁴

Entsprechend des gesellschaftlich-historischen Ent-

²⁶⁴ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O.,
S. 246

wicklungsprozesses ist nach Ridder dann - bedingt durch die fortschreitende Komplexität der Gesellschaft - das ursprünglich ausschließlich individuelle Freiheitsrecht "ent-individualisiert" worden.

"In einem anderen Kreise liegen die Grundrechte des Individuums, die seine materiellen und wirtschaftlichen Daseinsrequisiten, zum Beispiel das Privateigentum, schützen. Diese sind im Laufe von mehr als 150 Jahren mit der Veränderung der sozialen und ökonomischen Umwelt des Individuums und den sie begleitenden geistesgeschichtlichen Wandlungen sehr stark 'ent-individualisiert' worden. Ihre Wahrung ist nicht nur den anderen Individuen, sondern auch der Gesellschaft von Anfang an nicht gleichgültig gewesen."²⁶⁵

Im Sinnzusammenhang mit dem Begriff Meinungsfreiheit wird nach Ridder die soziale Einbindung dieses Begriffs deutlich durch eine doppelte Schutzfunktion eines Grundrechts, daß nicht nur den "Vorgang der Ent-Äußerung der individuellen Meinung für sich allein, sondern auch den Empfang der Meinung und ihren Weg bis zum individuellen Empfang"²⁶⁶ schützt. Diese beiden "Freiheiten", die der Meinungsäußerung und die des Meinungsempfangs gehören zusammen:

"Das mißverständlich sogenannte Recht der freien

²⁶⁵ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 247

²⁶⁶ ders., a.a.O., S. 249

Meinungsäußerung ist erst mit seiner reziproken Ergänzung durch das Recht des freien individuellen Meinungsempfangs vollständig, weil ein rechtlicher Schutz einer ins Leere 'geäußerten' Meinung sinnlos wäre."²⁶⁷

Entscheidende Begründung für Ridders Betrachtungsweise ist die durch historisches Fortschreiten bedingte Entwicklung eines subjektiven Freiheitsrechts zu einem objektiven Freiheitsrecht. Er spricht von einer "Funktionalisierung" der Grundrechte, denn: Die Meinungsbildung ist institutionalisiert worden. Folglich fällt solcher Meinungsbildung eine andere Funktion zu, als zu einem historisch früheren Zeitpunkt. Diese "neuen" Funktionen liegen so Ridder- außerhalb der individuellen Freiheitsrechte und müssen auch verfassungsrechtlich berücksichtigt werden. Er meint, daß sie in "neue Bahnen anderen Ursprungs hereingewachsen"²⁶⁸ seien.

"Sie liegen in einer Schnittfläche mit heterogenen Gewährleistungen und haben in dieser Berührung eine grundlegende Veränderung ihrer Natur erfahren."²⁶⁹
Vor diesem Hintergrund ist es übrigens für Ridder nur natürlich, in kritischer Würdigung der Ent-

²⁶⁷ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 249

²⁶⁸ ders., a.a.O., S. 250

²⁶⁹ ders., a.a.O., ebenda

wicklung des deutschen Presserechts festzustellen, daß es sich nicht der "Veränderung der politischen Wirklichkeit"²⁷⁰ angepaßt habe. Denn nur durch eine "Funktionalisierung" der Grundrechte, eben durch eine Anpassung an die politische und gesellschaftliche Realität wird notwendigerweise deutlich, daß sich die Pressefreiheit als jetzt objektiv verfaßt von der allgemeinen Meinungsäußerungsfreiheit als subjektiv-rechtlich begriffen, abspaltet.

"Spätestens in dem Augenblick, in dem die Verfassungsurkunde, dem Druck der politischen - soziologischen Entwicklung folgend, selbst anerkennt, daß ihr Staat die Züge des elitären Repräsentativsystems verliert und daß an dessen Stelle die Merkmale des Parteienstaates (...) vorherrschend geworden sind, wie das jetzt durch Artikel 21 GG geschieht, muß sich eine grundrechtliche Pressefreiheit von der allgemeinen Meinungsäußerungsfreiheit abscheiden."²⁷¹ Ridder bezieht sich bei der Herleitung dieser Trennung von objektiv verbürgter Pressefreiheit und subjektiv verbürgter Meinungsäußerungsfreiheit ausdrücklich auf den Artikel 21 GG, der das Parteienprivileg regelt und in dem es heißt, daß die politischen Parteien bei der politischen Willens- und Meinungsbildung mitwirken.

²⁷¹ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 255

Da davon ausgegangen wird, daß die Parteien "mit"-wirken, müssen, so Ridder, folgerichtig alle anderen gesellschaftlichen Institutionen, die am Meinungs- und Willensbildungsprozeß teilnehmen, ebenfalls dem Artikel 21 GG unterliegen. Gerade weil die Bundesrepublik Deutschland ein Parteienstaat ist, erhält die Argumentation Ridders ihre Relevanz. Für ihn wird im Artikel 21 GG die institutionalisierte öffentliche Meinungsfreiheit schlechthin normiert. Also ist er auch auf die "politische Presse"²⁷² anwendbar. "Artikel 21 GG gibt mithin für die Verfassung der Bundesrepublik die Haupt- und Grundnorm der institutionellen öffentlichen Meinungsfreiheit des modernen Parteienstaates ab. Die bedenkenlos in den entsprechenden Versionen auf die politische Presse (...) angewendet werden kann."²⁷³ Dadurch verliert die Pressefreiheit ihren individuellen Grundcharakter und ist der "öffentlichen Aufgabe" verpflichtet. Dieses so gefaßte Grundrecht der Pressefreiheit nennt Ridder ein "neues" Grundrecht der Pressefreiheit und begründet die Institutionalisierung der Pressefreiheit.

"Das neue Grundrecht der Pressefreiheit gehört mit den anderen Teilen der öffentlichen Meinungsfreiheit in eine Reihe von Verfassungsinstitutionen, die nicht

²⁷² Ridder unterscheidet zwischen politischer und anderer Presse. Inwieweit diese Unterscheidung haltbar ist, muß hier offen bleiben.

²⁷³ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 257

(...) in einem gesellschaftsantagonistischen Staat auf einer etwaigen kollektiven Parallele zu den klassischen individuellen Freiheitsrechten des status negativus lägen, sondern parallel den politischen Bürgerrechten des status activus anzusiedeln und zu entwickeln sind."²⁷⁴

Die Folge ist eine Verringerung der "staatsfreien Sphäre" des Individuums. Und für die in Presseinstitutionen Tätigen gilt nach Ridder konsequent, daß sie sich nicht auf ihr Individualrecht der Meinungsäußerung berufen können, sondern dem so abgeleiteten Schutz der Pressefreiheit unterliegen.

"Da z.B. die Freiheit der institutionalisierten Presse (...) in sich ein einheitliches Ganzes ist, das dem Gesetz der öffentlichen Meinungsfreiheit unterliegt, kann sich auch die einzelne Meinungsäußerung eines einzelnen Mitarbeiters in einem einzelnen Presseorgan nicht auf den traditionellen Schutz der individuellen Meinungsäußerungsfreiheit, sondern nur auf den andersartigen, der Funktion der Presse gemäßen Schutz der Pressefreiheit berufen."²⁷⁵

Für Ridder ist sein Argumentationszusammenhang der für die Pressefreiheit ausschließlich geltenden objektiv-rechtlichen Verbürgung ein aus der gesell-

²⁷⁴ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 259

²⁷⁵ ders., ebenda

schaftlichen und politischen Realität ableitbares Erfordernis der verfassungsrechtlichen Diskussion. Wobei er konstatiert, daß das Grundgesetz "die Scheidung der politischen öffentlichen Meinungsfreiheit von der klassischen individuellen Freiheit der Meinungsäußerung, die aus Artikel 21 zwangsläufig folgt, noch nicht im einzelnen durchgeführt"²⁷⁶ hat. So bleibt in Ridders Begründung einer objektiv-rechtlichen Grundrechtskonzeption die Trennung von subjektiv-rechtlicher Verbürgung der Meinungsäußerungsfreiheit des sozialen Subjekts nach Artikel 5 GG und die objektiv-rechtliche Schutzfunktion für die Institution Presse nach Artikel 21 GG..

Für die Presse und ihre Freiheit bedeutet dies eine ausschließliche objektiv-rechtliche Verbürgung, die somit dem "Institut Freie Presse" unterliegt und subjektiv-rechtlich in einer komplexen modernen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gefaßt werden kann.

Ebenso wie Ridder geht Stämmler²⁷⁷ in seiner Analyse der Pressewirklichkeit und Pressefreiheit von einer objektiv-rechtlichen Begründung des Artikel 5 GG aus. Im Unterschied zu Ridder leitet er zwar den institutionellen Charakter nicht aus Artikel 21 GG ab,

²⁷⁶ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 288

²⁷⁷ Dieter Stämmler, Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, Schriften zum öffentlichen Recht, Band 145, Berlin 1971

hebt aber auch den historischen Widerspruch zwischen verfassungsrechtlicher Ausdeutung und politisch-gesellschaftlicher Realität hervor.

Die Wurzeln des Grundrechts der Pressefreiheit sieht er im Liberalismus und seiner individualrechtlichen Begründung der Pressefreiheit.

"Dieses einseitig individualrechtliche Verständnis der Pressefreiheit als Unterfall der allgemeinen Meinungsäußerungsfreiheit entsprach der damaligen Pressewirklichkeit (...). Jeder Bürger war zugleich (potentieller) aktiver Träger des Grundrechts der Pressefreiheit."²⁷⁸

Dabei spricht Stammler auch von einem "Funktionswandel des Grundrechts Pressefreiheit". Dieser Funktionswandel wurde von der positivistischen Verfassungslehre nicht nachvollzogen, "die die bürgerlichen Freiheitsrechte zu einem System subjektiv-öffentlicher Rechte formalisiert, und die dementsprechend auch in der Pressefreiheit nur noch ein subjektives Abwehrrecht gegenüber staatlichen Eingriffen in den Pressebereich sah; der funktionale Aspekt der Pressefreiheit war in Vergessenheit geraten."²⁷⁹

So wird ein verfassungsrechtlicher Bedeutungswandel konstatiert, dem "Veränderungen in Struktur und

²⁷⁸ Dieter Stammler, Die Presse als soziale ..., a.a.O., S. 357f.

²⁷⁹ ders., a.a.O., S. 358

Selbstverständnis der Presse"²⁸⁰ entsprechen und die Pressefreiheit ihren sozialen Bezugspunkt erhält.

Dagegen würde, individualrechtlich argumentiert, die Pressefreiheit "von einem geistigen Freiheitsrecht, das sie ihrem eigentlichen Sinn nach ist, zu einem Unterfall der Eigentums- und Gewerbefreiheit umfunktioniert werden und diene als solcher in praxi lediglich der Sicherung eines vermögensrechtlichen Besitzstandes."²⁸¹

Stammler nimmt auch die Trennung zwischen individualrechtlicher und objektiv-rechtlicher Anschauung vor, sieht aber die institutionelle Verbürgung der Pressefreiheit in ihrer "Verselbständigung" begründet.

Diese Freiheitsrechte beziehen sich "lediglich auf die ihnen zugrundeliegenden, von der Verfassung vorausgesetzten, rechtlich-tatsächlichen Institutionen, im Fall der Pressefreiheit also auf die Institution 'Freie Presse'."²⁸²

Das einzelne Individuum, so Stammler, hat an dieser institutionellen Garantie nur durch ein sogenanntes subjektives Reflexrecht Anteil. Gefahren für die Funktionsfähigkeit der Presse, die beispielsweise im Konzentrationsprozeß wurzeln, müssen durch den

²⁸⁰ Dieter Stammler, Die Presse als soziale..., a.a.O., S. 359

²⁸¹ ders., ebenda

²⁸² ders., a.a.O., S. 360

Staat verhindert oder beseitigt werden. Auch die Ausgestaltung einer Kommunikationsordnung "ist Aufgabe des Gesetzgebers."²⁸³

Als Antwort auf Gefährdungen der Presse entwickelt Stammler Modelle, die in ihrer idealtypischen Konzeption zwar einer objektiv-rechtlichen Grundrechtskonzeption entsprechen können, einer praktischen Realisierung allerdings in diesen Formen entgegenstehen. So vertritt er ein Stiftungsmodell, das die Presse von kommerziellen Abhängigkeiten befreien soll. "Die Umwandlung der Presseunternehmen in Stiftungen würde vielmehr umgekehrt gerade den Schutz der Pressefreiheit bezwecken und wäre (...) auch zur Sicherheit der Pressefreiheit erforderlich."²⁸⁴ Stammler wendet sich gegen staatliche Einwirkung und will in seinem Stiftungsmodell staatliche Einflüsse ausschließen.

Weiter stellt er das Modell einer öffentlich-rechtlichen Presse vor, in dem nicht der Staat und auch nicht die Parteien als Träger oder Mitträger auftreten dürfen, sondern lediglich die sogenannten gesellschaftlich relevanten Kräfte. "Staatsfreiheit kann in der heutigen Parteiendemokratie nicht mehr nur auf den institutionalisierten Staat als Hoheits-

²⁸³ Dieter Stammler, Die Presse als soziale..., a.a.O., S. 360

²⁸⁴ ders., a.a.O., S. 348

träger bezogen sein. Im unmittelbaren Vorfeld des Staates befinden sich heute auch die Parteien, die erst den politischen 'Willen des Staates' formen und die über ihre Parlamentsfraktionen direkten Anteil an der staatlichen Macht besitzen."²⁸⁵

Bei seinen Lösungsalternativen geht Stammler jedoch immer davon aus, daß die Gefährdung der Presse in ihrer privatwirtschaftlichen Organisation und der publizistischen als auch ökonomischen Wettbewerbsstruktur begründet liegt. "Vorgefundene Strukturen erweisen sich bei näherer Betrachtung als relativ, nämlich als Antwort auf bestimmte historische Situationen. Dies gilt auch von der privatwirtschaftlichen Wettbewerbsstruktur unseres heutigen Pressewesens, die keineswegs in der Verfassung selbst verankert ist."²⁸⁶

Letztlich, und bezogen auf die sogenannte Vielfaltsdiskussion und im Hinblick auf die Zukunft der Presse stellt sich Stammlers Position als Befürwortung der Pressekonzentration heraus. "Da dies eine bewußte Begabung der Konzentration impliziert, kann auch die notwendige Pluralität des Pressewesens nicht mehr in herkömmlicher Weise durch eine Vielzahl einzelner voneinander unabhängiger Zeitungen

²⁸⁵ Dieter Stammler, Die Presse als soziale..., a.a.O., S. 350

²⁸⁶ ders., a.a.O., S. 360

gewährleistet werden, sondern muß nun in das ein-
zelne Presseunternehmen selbst hineinverlegt werden.²⁸⁷"

Als Organisationsform dieser Presseunternehmen schlägt er die bereits erwähnten Organisationsformen vor.

Wesentlich erscheint, daß Stammer Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb von Presseinstitutionen für ungeeignet hält, denn es wird "an der Struktur des Pressewesens im Ganzen durch die Mitbestimmung nichts geändert. (...) Sieht man (...) die Hauptsache der gegenwärtigen Presseprobleme in eben dieser erwerbswirtschaftlichen Wettbewerbsstruktur der Presse, so wird durch die Mitbestimmung allein an diesen Ursachen überhaupt nichts geändert."²⁸⁸

HINWEIS

Ein großer Teil der verwendeten verfassungsrechtlichen Literatur ist entstanden aufgrund der Ende der 60er Jahre einsetzenden Diskussion um die Reform des Pressewesens. Dabei handelt es sich zumeist um Auftragsforschungen sei es für die Verbände (BDZV) oder für die Bundesregierung. Der Entstehungszusammenhang des vorliegenden untersuchten verfassungsrechtlichen Schrifttums ist geprägt "durch die gegenwärtige historische Situation, in der Auseinandersetzungen zwischen den Eigentümern der Verlage

²⁸⁷ Dieter Stammer, Die Presse als soziale...,
a.a.O., S. 362

²⁸⁸ ders., a.a.O., S. 342

und den Redaktionen um die innere Struktur der Presseunternehmen aufgebrochen sind und ausgetragen werden."²⁸⁹

13. IN WELCHEM VERHÄLTNIS STEHEN REFLEXIONSFORT-
SCHRITT DES BÜRGERLICH-AUTONOMEN SUBJEKTS, DIE
FESTSCHREIBUNG DES AUTONOMEN SUBJEKTS TROTZ VER-
ÄNDERTER GESELLSCHAFTLICHER BEDINGUNGEN, DAS
GRUNDGESETZ UND SEINE INTERPRETATIONEN -
GESEHEN UNTER DEM ASPEKT DER GLEICHZEITIGKEIT,
UNGLEICHZEITIGKEIT UND/ODER ÜBERGLEICHZEITIGKEIT?

Das zu untersuchende Verhältnis von bürgerlich-autonomem Subjekt und die "Festschreibung" dieses autonomen Subjekts findet seinen inhaltlichen Vollzug im theoretischen Konstrukt von Freiheit im Allgemeinen und dessen Ausdeutung in einer verfassung rechtlichen Interpretation des Artikels 5 GG im Besonderen.

Die vier dargestellten Grundrechtskonzeptionen mit ihrem jeweiligen Zeigerausschlag²⁹⁰ zur subjektiv-rechtlichen oder objektiv-rechtlichen Sichtweise implizieren nicht nur unterschiedliche Interpretationen des grundgesetzlichen Inhalts, sie verweisen darüberhinaus auf bestimmte philosophiegeschichtlich determinierte Herleitungen eines Gesellschafts-

²⁸⁹ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute..., a.a.O., S. 23

²⁹⁰ Vgl. Bildmodell Nr. 1 auf Seite 180

und Menschenbildes. Die einen stehen in der Ideen-
tradition autonomer Subjekte mit freier Konkurrenz
möglicher individueller Entscheidungskompetenz, die
anderen verfechten angesichts konkret-historischer
Entwicklung die Vorstellung einer notwendigen Ver-
änderung des Sinngehalts normativen Rechts. Das
genannte Verhältnis soll die gedankliche, begriff-
liche und auch historische Kontinuität des Begreifens
von Pressefreiheit verdeutlichen. Eben dieses Ver-
hältnis drückt die philosophische Grundlegung des
Verständnisses von Pressefreiheit aus. Substanz
dieser theoretischen Begriffe ist zum einen die
Genese des bürgerlich-autonomen Subjekts in seinem
historischen Bezug, zum anderen die Verfassungsin-
terpretationen des GG in ihren aktuellen Bezügen.
In wieweit bei den verschiedenen Konzeptionen
Gleichzeitigkeit, Ungleichzeitigkeit und/oder Über-
gleichzeitigkeit ihrer Denksysteme mit der sozialen
Wirklichkeit zu konstatieren ist, soll die Analyse
zeigen.

13.1. GLEICHZEITIGKEIT, UNGLEICHZEITIGKEIT, ÜBER- GLEICHZEITIGKEIT - VERSUCH EINER KLÄRUNG DES BEGRIFFSFELDES

Die konkret-historische Entwicklung verläuft auf
verschiedenen miteinander und/oder gegeneinander
oszillierenden Ebenen. Erfahrbar wird diese Ent-

wicklung sowohl an dem keineswegs linear verlaufenden procedere des gesamtgesellschaftlichen Systems als auch im preßhaften Charakter unterschiedlicher Subsysteme.

Dabei widerspiegelt die je konstatierbare Komplexität die jeweilige Widerspruchsadäquanz. Das heißt, daß die Erhöhung der Komplexität sozialer Systeme den Oszillationsverlauf verdichtet.

In der Begrifflichkeit determiniert sich die verdichtete Widerspruchskomplexität in der jeweils gleichzeitig auftretenden Ungleichzeitigkeit, Gleichzeitigkeit und Übergleichzeitigkeit, wobei der Oszillationsverlauf das Ausbleiben des Reflexionsfortschrittes und das Eintreten des realen historischen Verlauf, also den Widerspruch zwischen Wesen und Erscheinung des sozialen Systems, sinnhaft verdeutlicht.

Dieser Widerspruch wird am fixierten historischen Datum des gesamthistorischen Entwicklungsprozesses erfahrbar im Wissen-Handeln-Zusammenhang des konkret-historischen Individuums und seiner aus diesem Zusammenhang resultierenden sozialen Bewußtseinslage. Ernst Bloch hat am Beispiel des "falschen Bewußtseins" des Individuums in der historischen Epoche des deutschen Faschismus die Begrifflichkeit der Gleichzeitigkeit, Ungleichzeitigkeit und Übergleich-

zeitigkeit entwickelt.

Er spricht von bewußtseinsbeeinflussender Propaganda:

"Ohne Rücksicht auf das Bewußtsein, das er antreffen wird, kommt da der Propagandist zu einer Menge, (...) und indem er es versäumt, die Menschen in ihrem falschen Bewußtsein anzusprechen, das sie ja nicht nur aufgrund von Uninformiertheit, nicht nur aufgrund von Zurückgebliebenen, sondern von wirklich ungleichzeitigem Überbau haben, bleiben die Menschen von seinen Worten unberührt."²⁹¹

Der historische Widerspruch manifestiert sich im Verhältnis von ungleichzeitigem Überbau des sozialen Systems mit seinen Ideologien und den entfalteten Produktionsverhältnissen des konkret-historischen Verlaufs.

Methodisch gilt es, den Erkenntnisgegenstand zu fixieren. "Die Differenzierung tritt hier ganz materiell im Gegenstand selber hervor; sie braucht philosophisch (...) nur abgebildet zu werden."²⁹²

Beide Erkenntnisebenen, die die historische Konkret-

²⁹¹ Ernst Bloch, Gespräch über Ungleichzeitigkeit, in: Kursbuch 39, Berlin 1975, S. 2 - Hier nimmt Bloch Bezug auf das propagandistische Vorgehen der KPD, die den ungleichzeitigen Überbau jener Epoche nicht berücksichtigt hat und in ihrer (übergleichzeitigen) Propaganda wirkungslos blieb.

²⁹² Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung, Frankfurt/M. 1972, S. 425

heit des sozialen Systems umfassen, sind - so Bloch -
"keineswegs stets gleichförmig geschaffen (...).

Denn die Produktivkräfte wie auch Produktionsverhältnisse können einen Fortschritt zeigen, dem der Überbau gegebenenfalls nicht nur nicht nachkommt, sondern dem er zuweilen sogar mit besonderem Kulturverlust entgegengesetzt ist."²⁹³

Die ungleichzeitige Entwicklung sozialer Systeme in jeweiligen konkret historischen Epochen erfährt ihren Charakter der Ungleichzeitigkeit durch die Tatsache, daß sie zielgerichtet sich hin zu einer Nicht-Ungleichzeitigkeit (Übergleichzeitigkeit) entwickelt. Im Verfolg des historischen Fortschritts wird Übergleichzeitigkeit zur Gleichzeitigkeit.

So formuliert Bloch: "Und das neue ist niemals ganz neu, das gute neue ist überhaupt niemals ganz neu. Nur jetzt erst ist der Punkt gekommen, mit den reifen ökonomischen, gesellschaftlichen Bedingungen, wo dieses alte neue auch in die Praxis überführt werden kann."²⁹⁴

Bloch spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die Ungleichzeitigkeit auf das Übergleichzeitige "umgestandpunktet" werden muß.

²⁹³ Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung, a.a.O., S.425

²⁹⁴ Experimentum Mundi aus der Schwefelbude - ein Gespräch mit Ernst Bloch von Rainer Traub und Harald Wieser, in: Frankfurter Rundschau, Nr.39 1975, S.III

Dieser Widerspruch zwischen Über- und Ungleichzeitigkeit ist zum Zeitpunkt der Ungleichzeitigkeit "verhinderte gesellschaftliche Zukunft".²⁹⁵

Dieses Prozeßhafte in der möglichen und tatsächlichen gesellschaftlichen Bewegung von Ungleichzeitigkeit (als dem Widerspruch zwischen konkret-historischer Entwicklung und dem gesellschaftlichen Wissen bzw. Bewußtsein in seiner aktuellen Handlungsbezogenheit) über Übergleichzeitigkeit (als dem Wissen um die Ungleichzeitigkeit und als zielgerichtetes Handeln orientiert an dem Handlungsziel, die Ungleichzeitigkeit zu überwinden) hin zur Gleichzeitigkeit (als der gedachten Zielvorstellung von dem Zusammenfallen der objektiven historischen Bewegung und der konkret-historischen Bewegung). Gleichzeitige historische Epochen hat es wohl nie gegeben, gleichwohl ist das Streben nach Gleichzeitigkeit, das ihr-immer-näher-Kommen, in seiner ganzen Widersprüchlichkeit ein Bewegungsgesetz sozialer Systeme.

Dabei sind je alle Momente von Ungleichzeitigkeit, Übergleichzeitigkeit und sich annähernder Gleichzeitigkeit in jeweils einzelnen Subsystemen eines komplexen Systemganzen anzutreffen. Der erkenntnis-

²⁹⁵ Ernst Bloch, Gespräch über Ungleichzeitigkeit, a.a.O., S.4 - Dazu Bloch ebenda: "Der Sozialismus ist ökonomisch längst fällig, er wird nur mit Gewalt, mit Lüge, mit Druck, mit falschem Bewußtsein, mit falscher Ideologie, also künstlich verhindert, durch Verteufelung und möglicherweise durch die hinterhältigen ausgenutzten Schattenseiten, die sich bei Durchführung des Sozialismus gezeigt haben."

theoretische Standort erst läßt ein soziales Phänomen in seiner "Zeitigkeit" erkennen. Nicht von ungefähr spricht Bloch von einem "umstandspunkten" von ungleichzeitigen zu übergleichzeitigen Verhältnissen. Denn: Ungleichzeitige soziale Verhältnisse sind ungleichzeitig im Hinblick auf eine objektive Interessenlage. Von dieser objektiven Interessenlage aus muß der erkenntnistheoretische Standpunkt, das Wissen um seine eigene gesellschaftliche Position ermittelt werden. Dieser Standpunkt wiederum macht zielgerichtetes Handeln mit Blick auf Übergleichzeitigkeit möglich.

Im sozialen Gesamtsystem entstehen infolge der durch Normreduzierung erhöhten Komplexität unterschiedliche parallel, gegensätzlich, widersprüchlich, aber immer gleichzeitig verlaufende Strömungen innerhalb eines Subsystems, zwischen verschiedenen Subsystemen, also im subsystematisch gegliederten, strukturbedingten Unterbau, aber auch im funktionalen Überbausystem. Die moderne Industriegesellschaft als Ganzheit und in ihren Organisationen und Institutionen erfährt ihre Realität sowohl in historischer Ungleichzeitigkeit als auch in entwicklungsprognostisch-zielgerichteter Übergleichzeitigkeit und in konkret-historischer Gleichzeitigkeit zugleich. Diese auf der Oszillationskurve verdichteten Wider-

sprüche lassen sich ebenso auf der Subsystemebene wie in der zu abstrahierenden Systemtotalität festmachen. In unserem Zusammenhang interessiert zunächst die subsystematische Analyse.

13.2. REFLEXIONSFORTSCHRITT: LEGITIMIERT DIE VERGANGENHEIT DIE GEGENWART?

In der konkret-historischen Situation bedürfen gleichzeitige, ungleichzeitige und übergleichzeitige Strömungen im komplexen System der modernen Industriegesellschaft ihre Absicherung in Rechtfertigungs - theorien. Denn Widersprüche konstituieren Legitimationsprobleme. Allein Konstrukte auf widerspruchsfreiem Abstraktionsniveau bedürfen der Legitimation nicht.

Da aber das Real-Gegebene, eben die konkret-historische Situation, keinen abstrakten status-quo Charakter im Sinne einer verlaufslosen Statik besitzt, sondern in die Dynamik der Gesetzmäßigkeit sozialer Systeme und das Verlaufskontinuum historischer Prozesse eingebunden ist, bedarf sie sowohl in ihrem Jetzt-Sein als auch in ihrer Historizität und schließlich mit Blick auf mögliche prognostizierbare Entwicklungen ableitbarer Rechtfertigungen. Die Staathaftigkeit bedarf ihrer Legitimation, das Sozialgebilde seiner Legitimität.

Für das von uns gesetzte theoretisch-philosophisch wie konkret-historische Datum der Genese des bürgerlich autonomen Subjekts lassen sich Rechtsbegriffe formulieren, die sich aus dem Naturrecht herleiten, und die so zur Begründung und Legitimierung der sich entwickelnden sozialen Systeme herangezogen werden. Das Naturrecht²⁹⁶ erhält zu diesem konkret-historischen Datum, so Bloch, "seine politisch wie methodisch scharfe Gestalt."²⁹⁷

296 Um den Begriff Naturrecht in seinem theoretischen und historischen Bezug zu fassen, ohne eine analytische Ableitung nachzeichnen zu wollen, sei hier der Übersichtlichkeit halber eine lexikalische Darstellung dieses Begriffes wiedergegeben: "Naturrecht, was jeweils in einer historischen Epoche ist, entscheidet sich in ihr: das klassische Naturrecht, das Naturrecht des Mittelalters, ist das Recht, das sich aus der gottgewollten Dynamik des Seins ergibt. Das Naturrecht der aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaft setzte sich zur Seinsordnung des Feudalismus in Widerspruch; es gründete sein Naturreich auf die vorgeschichtliche Gegebenheit des wirtschaftenden Menschen. Soweit es auf die Zerstörung des régime féodal gerichtet war, entfaltete es seine revolutionäre Dimension; bedroht durch die Ansprüche des vierten Standes verwandelt es seine Natürlichkeit der Apologie der bürgerlichen Gesellschaft. Im Zusammenhang mit der Ausdifferenzierung der Rechtswissenschaft im 19. Jahrhundert zur Wissenschaft des positiven Rechts, einem Entwicklungsprozeß, der das Recht der Natur durch die Natur des Rechts ablöste, verstärkte sich dieser apologetische Charakter des Naturrechts; es wurde zu einem Mittel des Schutzes für die sich juristisch immanent entfaltende positive Rechtswissenschaft." (Manfred O.Hinz, Naturrecht, in: Lexikon zur Soziologie, Opladen 1973, S. 463f.)

297 Ernst Bloch, Fortgang: Sozialutopien und klassisches Naturrecht, in: ders., Freiheit und Ordnung Frankfurt/Main 1972, S. 276

Naturrecht wird als "natürliches Recht" willkürlicher Rechtssetzung gegenüber gestellt. Das bürgerlich-autonome Subjekt macht seine Interessen geltend in einer historischen Situation, in der bis dahin gültige, legitime und legitimierte Sozialstrukturen sich verändern. Das gesetzte Recht als Legitimation bisheriger Sozialsysteme ist dem Naturrecht unterlegen. Das Naturrecht setzt neue Legitimationen für das bürgerlich-autonome Subjekt.

"Es rechtfertigt, ja fördert gegebenenfalls Widerstand gegen die Satzung, von einem höheren Standort aus als dem des geschriebenen Rechts."²⁹⁸

Dieses so genannte natürliche Recht tritt, so Bloch, hart auf, "indem es im erstarkenden Bürgertum ein revolutionäres, ein tyrannenfeindliches wird."²⁹⁹

Die bürgerlich-revolutionäre Inanspruchnahme des Naturrechts durch das bürgerlich-autonome Subjekt und sein Legitimitätsbezug auf das auf dieses bezogene Recht, nämlich das subjektive Recht der autonomen Subjekte, die miteinander in Beziehung treten, findet seine Basis im ökonomischen Individualismus. Wesentlich wird zum historischen Zeitpunkt des Auftretens des revolutionären bürgerlich-autonomen Subjekts der doppelt gefaßte Inhalt eben

²⁹⁸ Ernst Bloch, Fortgang: Sozialutopien..., a.a.O., S.276

²⁹⁹ ders., ebenda

dieser subjektiv gefaßten Rechte. Der doppelt gefaßte Inhalt bedeutet: "Recht als individuelle Berechtigung und Recht als angebliche Vertretung eines Gesamtinteresses, als objektive Rechtsvorschrift von oben herab, diese beiden Momente haben im gleichlautenden Ausdruck: Recht eine merkwürdige Äquivokation."³⁰⁰ Die konkret-historische Situation zeigt: "Recht wird wesentlich Recht auf etwas, und zwar von den vordem Beherrschten her. Subjektives Recht hört auf, eine bloß erlaubte Ausnahme zu sein, eine bloße Ausnahme aus der Sphäre des Beherrschtseins. Naturrecht machte aus dieser Ausnahme die Regel und Hauptsache: facultas agendi schlägt die bisherige obrigkeitliche norma agendi und setzt eigene demokratische Rechtsnormen."³⁰¹

Die konkret-historische Situation war geprägt durch die notwendig werdende Ökonomisierung des Sozialgefüges mit in Austausch tretenden bürgerlichen Individuen. Wenn in der klassischen Naturrechtskonzeption die Setzung subjektiven Rechts als individuelle Berechtigung seinen Ausdruck findet, dann in der Umbruchsituation struktureller Funktionsverschiebungen. Die in ökonomischem Austausch kommunizierenden bürgerlichen Subjekte verlangten die ihnen

³⁰⁰ Ernst Bloch, Aufgeklärtes Naturrecht anstelle von Sozialutopien, in: ders., a.a.O., S. 285

³⁰¹ ders., a.a.O., S. 286

fehlende Autonomie. Funktionserfordernis dieser Autonomie war eine Strukturwandlung, die aus dem "divinischen Recht" des Tyrannen das Recht der Individuen hervorbringt. Das Recht geht vom feudalistrukturierten Überbau auf das System freier Individuen über.

Das zu erreichende Ziel heißt Autonomie der Bürger. Insofern ist es revolutionär und zugleich ein Funktionserfordernis: ein Funktionserfordernis, welches subjektives Recht autonomer Individuen objektiv werden ließ. Der konkret-historische Verlauf konkretisiert neue Strukturen, um die Funktionserfordernisse, die ökonomisch determiniert sind, zu vergleichzeitigen.

Das bürgerlich-autonome Subjekt nahm also im historischen Verlauf zunächst sein "formales Naturrecht" in Anspruch als Auflehnung gegen bestehende Sozialstrukturen. Sprachen wir von "ökonomischem Individualismus" als Ausgangspunkt des formalen Naturrechts, so muß dieser Ausgangspunkt ebenfalls seine Begründung in diesem Naturrecht erfahren. Dieser Individualismus ist nämlich Ausdruck der ökonomischen Beziehungen autonomer Subjekte aufgrund gleicher Voraussetzungen aller an diesen ökonomischen Beziehungen Beteiligten. Begründungszusammenhang ist die Vertragstheorie, die Max Weber als ein

sogenanntes Naturrechtsaxiom bezeichnet. Dabei unterscheidet er zwei Arten: die reale und die idelle Fassung der Vertragstheorie.

"Alles legitime Recht beruht auf Satzung, und Satzung ihrerseits letztlich immer auf rationaler Vereinbarung. Endweder real, auf einem wirklichen Urvertrag freier Individuen, welcher auch die Art der Entstehung neuen gesetzten Rechts für die Zukunft regelt. Oder in dem ideellen Sinn: daß nur ein solches Recht legitim ist, dessen Inhalt dem Begriff einer vernunftgemäßen, durch freie Vereinbarung gesetzten Ordnung nicht widerstreitet. Die 'Freiheitsrechte' sind der wesentliche Bestandteil eines solchen Naturrechts, und vor allem: die Vertragsfreiheit." ³⁰²

Dieses formale Naturrecht wurde zum materialen, "sobald die Legitimität eines erworbenen Rechts nicht mehr an formaljuristischen, sondern an material ökonomischen Merkmalen der Erwerbsart haftete." ³⁰³. In dieser post-gleichzeitigen historischen Entwicklung wird das Eingehen des formalen Naturrechts (als gegen bisherige Sozialstrukturen gerichtet) in das materiale Naturrecht (als Interessenwahrung des bürgerlich autonomen Subjekts) zum Kristallisations-

³⁰² Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, § 7. Die formalen Qualitäten des revolutionär geschaffenen Rechts. Das Naturrecht und seine Typen, Tübingen 1972, S. 498

³⁰³ ders., a.a.O., S. 409

punkt, in dem sich die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft entfaltet. Die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, "die das bürgerliche Privatrechtssystem, Grundfreiheiten des Staatsbürgers und den kapitalistischen Wirtschaftsprozess als eine Freiheit garantierende und Wohlfahrt maximierende Ordnung erklärt."³⁰⁴

Die rechtliche Grundlage dieser Theorie der bürgerlichen Gesellschaft ist, wie Max Weber formuliert, im "Recht des Rechtes" begründet, dessen Legitimität sich durch keinerlei Oktroierung von positivem Recht beeinflussen läßt. "Die Inhalte solcher Maximen aber pflegt man als 'Naturrecht' zu bezeichnen. (...) 'Naturrecht' ist der Inbegriff der unabhängig von allem positiven Recht und ihm gegenüber prä eminent geltenden Normen, welche ihre Dignität nicht von willkürlicher Satzung zu Lehen tragen, sondern umgekehrt deren Verpflichtungsgewalt erst legitimieren. Normen also, welche nicht kraft ihres Ursprungs von einem legitimen Gesetzgeber, sondern kraft rein immanenter Qualitäten legitim sind: die spezifische und einzig konsequente Form der Legitimität eines Rechts, welches übrigbleiben kann, wenn religiöse Offenbarungen und autoritäre Heiligkeit

³⁰⁴ Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: PVS, Sonderheft 7/1976, Opladen 1976, S. 49

der Tradition und ihrer Träger fortfallen. Das Naturrecht ist daher die spezifische Legitimitätsform der revolutionär geschaffenen Ordnungen."³⁰⁵ In der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft wird das Naturrecht mit seinen Freiheitsrechten zum "privilegierten Naturrecht". So sieht Max Weber die Identität von "Recht" und "Privileg": "In diesem Fall fielen 'subjektives' Recht und 'objektive' Norm praktisch in eins: der individuell Privilegierte kann als sein subjektives Recht die Behandlung nach der für ihn zuständigen objektiven Bestimmung verlangen (...): alles 'Recht' erscheint als 'Privileg' von einzelnen Personen oder Sachen oder individuellen Komplexen solcher."³⁰⁶

Auch Max Weber sieht, daß solcherart "privilegiertes Naturrecht" das Naturrecht der Marktinteressenten war "als der an endgültiger Appropriation der Produktionsmittel Interessierten."³⁰⁷

In der Identität von subjektivem und objektivem Recht erklärt sich in der aktuellen verfassungsrechtlichen Diskussion die traditionale Legitimierung grundrechtlicher Legitimierungspositionen.

³⁰⁵ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, § 7, a.a.O., S. 497

³⁰⁶ ders., Wirtschaft und Gesellschaft, § 2, Die Formen der Begründung subjektiver Rechte, a.a.O., S. 419

³⁰⁷ ders., a.a.O., S. 500

Das bürgerliche Recht als "revolutionär geschaffenes Recht" der autonomen Subjekte findet zum Beispiel seinen Niederschlag in der Argumentation der Verleger heute. Subjektiv-rechtliche Grundlegung und die Verallgemeinerung dieses subjektiven Rechts macht die traditionale Legitimation dieser Betrachtungsweise deutlich und verweist - analog des historischen Verlaufs - auf die oben erwähnte Ungleichzeitigkeit.

Dieses Hinwenden vom partikularen Interesse zum allgemeinen Interesse, die normative Identität von Staat und Gesellschaft und ihre faktische Nicht-Identität macht das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft aus. Die in der Nicht-Identität begründete mögliche oder tatsächliche Desintegration sozialer Subsysteme in Bezug auf das Systemganze macht es notwendig, Teilsysteme - wie Habermas es nennt - auszugrenzen. Für den modernen Staat wird es in seiner Komplexität geradezu zur Notwendigkeit "ein Teilsystem aus seinem Hoheitsbereich auszugrenzen, welches die über Werte und Normen vollzogene Sozialintegration durch eine über Tauschbeziehungen laufende Systemintegration (jedenfalls teilweise) ersetzt."³⁰⁸

³⁰⁸ Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im modernen Staat, a.a.O., S. 47

Wesentliches Subsystem dieser "Ausgrenzung" ist der ökonomische Bereich. Somit ergeben sich für die in diesem ökonomischen Bereich agierenden Subjekte systemadäquate soziale Verhaltens- und Handlungsmuster, die wiederum unmittelbar die Legitimationsprobleme des modernen Staates berühren.

Durch "Ausgrenzung" erfährt das ökonomische Subsystem seine sogenannte "Staatsunabhängigkeit" und das Primat der Privatautonomie der ökonomisch handelnden Subjekte. Um die durch die "Ausgrenzung" erreichte Autonomie von Subsystemen als Integrationsfaktor zu erhalten, müssen die Strukturen des jeweiligen Subsystems rechtlich sanktioniert werden. Seine Legitimationsgrundlage findet diese systemadäquate und -notwendige "Ausgrenzung" in einem zunächst ausschließlich subjektiv-rechtlichen Begründungszusammenhang.

Die historische Entwicklung des modernen Staates zeigt jedoch, daß dieser ausschließlich subjektiv-rechtliche Begründungszusammenhang nicht aufrechterhalten werden kann.

Funktionale Störungen in den je ausgegrenzten Subsystemen erfordern nämlich paradoxerweise ein staatliches Eingreifen in die Autonomie eben dieses Subsystems um seiner Autonomie willen.

Solcherart Dysfunktionen sozialer Subsysteme

gefährden also letztlich die Legitimation des System-
ganzen. Die "Theorie des sozialen Wandels" fordert
deshalb zur Systemerhaltung soziale Reformen.

So wird z.B. eine "sozialstaatliche Programmatik"
auf einmal zur Legitimationsgrundlage des autonomen
Subjekts im ökonomischen Bereich. Dazu Habermas:

"Der moderne Staat hat nun zunächst diese Funktion
erfüllt, indem er ein entstaatlichtes privatwirt -
schaftliches System in seinen Bestandsvoraussetzungen
garantierte."³⁰⁹

In der verfassungsrechtlichen Legitimationsdiskus-
sion setzen genau hier die subjektiv-rechtlichen
Begründungszusammenhänge ein, die eine staatliche
Ausgestaltung- resp. Konfliktregelungskompetenz
vorsehen.

So entwickelt sich nach Habermas "eine General-
zuständigkeit des Staates für Mängel."³¹⁰

Das Dilemma des modernen Staates liegt aber dort,
wo er nicht strukturell in die o.e. Autonomie aus-
gegrenzter Subsysteme eingreifen kann.

"Andererseits darf der Staat dabei legitime Macht
gerade nicht wie üblich einsetzen, um bindende Ent-
scheidungen durchzusetzen, sondern nur, um die

³⁰⁹ Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im moder-
nen Staat, a.a.O., S. 51

³¹⁰ ders., a.a.O., S. 52

Entscheidungen anderer, die in ihrer Privatautonomie nicht angetastet werden dürfen, dennoch zu manipulieren. Indirekte Steuerung ist die Antwort auf dieses Dilemma, und die Grenzen der Wirksamkeit indirekter Steuerung signalisieren das fortbestehende Dilemma."³¹¹

Eine so dargestellte Sichtweise stellt die Frage nach einer "Legitimationstheorie" als einer umfassenden Theorie sozialer System im Allgemeinen und sozialer Subsysteme im Besonderen.

Habermas weist einen methodischen Weg, wenn er sagt: "Das einzige aussichtsreiche Programm, das ich sehe, ist eine Theorie, die die historisch zu beobachtende Aufeinanderfolge von verschiedenen Niveaus der Rechtfertigung strukturell klärt und als einen entwicklungslogischen Zusammenhang rekonstruiert."³¹² Eben diese "verschiedenen Niveaus" der Rechtfertigung markieren in der historischen Entwicklung Fixpunkte der von uns weiter oben benannten "Zeitigkeiten", die in diesen Fällen in Ungleichzeitigkeiten münden.

311

Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im modernsten Staat, a.a.O., S. 52

312

ders., a.a.O., S. 59

14. VERSUCH EINER EINORDNUNG DER GRUNDRECHTS-
KONZEPTIONEN IN DAS THEORETISCHE KONZEPT DER
ZEITIGKEITEN

Habermas' methodischer Weg ist insofern "aussichtsreiches Programm", als daß er in eine faktische Historizität verweist, auf deren Grundlage im Status-quo-Zustand des Jetztseins gesellschaftlicher Systeme, und zwar mit Blickrichtung auf Funktionserfordernisse künftiger system- oder subsystematischer Verläufe, Rechtfertigungstheorien erklärbar werden und zu Rechtfertigungsstrategien gedeihen. Dabei ist aber nicht nur eine historische Aufeinanderfolge von verschiedenen Niveaus der Rechtfertigung zu beobachten, sondern die Erscheinung verschiedener Niveaus der Legitimierung zu gleicher Zeit und in Aufeinanderfolge.

Erst die Erkenntnis der verschiedenen Ebenen der Rechtfertigung in ihrer Aufeinanderfolge läßt einen durchaus "entwicklungslogischen Zusammenhang" kenntlich werden. Die Rekonstruktion der verschiedenen Legitimationsniveaus kanalisiert die Legitimitätsansprüche in die verschiedenen Zeitigkeiten, die, wie wir gesehen haben, nicht nur den Status-quo-Zustand aus seiner philosophisch-historischen Dimension aufsteigen lassen wollen, ohne zumindest zum Teil die faktische Historizität zur Kenntnis zu

nehmen, sondern darüberhinaus mögliche prognostisch denkbare Entwicklungen im Vorgriff legitimieren wollen.

Im vertragshistorisch begriffenen Verfassungsprinzip der Pressefreiheit findet der Legitimationsanspruch auf vier teilweise verwobenen Ebenen des Grundrechtsverständnisses statt. Die Markierung der Fixpunkte vergegenständlicht sowohl ihre "Richtigkeit" im Sinne des objektiven Reflexionsfortschritts als auch ihre bloße Eingebundenheit in möglicherweise aufhebbare Systemzwänge.

14.1. ZUR SUBJEKTIV-RECHTLICHEN GRUNDRECHTSSICHT- WEISE IN BEZUG AUF DIE THEORIE DER ZEITIGKEITEN

Eine dieser Ebenen ist die rein subjektiv-rechtliche Perspektive. Analog der von uns hergeleiteten Argumentationszusammenhänge von Ungleichzeitigkeit, Gleichzeitigkeit und Übergleichzeitigkeit gilt für die hier untersuchte Grundrechtskonzeption: Sie schreibt die Tradition des bürgerlich-autonomen Subjekts fort ohne die faktische Historizität einzu- beziehen. Diese so inhaltlich bestimmte und in der Verfassungsrechtsdiskussion vertretende Interpretation, Pressefreiheit in ihrem Wesen und in ihrer politisch-praktischen Auswirkung fassen zu wollen, findet ihre interessengebundene Entsprechung in

vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten.

Stellvertretend für andere soll an dieser Stelle der Untersuchung das Gutachten Werner Webers "Innere Pressefreiheit als Verfassungsproblem"³¹³ stehen. Weber kommt in seiner Auffassung zur Pressefreiheit zu folgenden "konkreten Ergebnissen": Die Kompetenzen der Verleger (Grundsatz-, Richtlinien- und Detailkompetenz) als privaten Eigentümern von Presseunternehmen und somit als Grundrechtsträgern von Pressefreiheit müssen im Grundsatz erhalten bleiben. Wird diese so umrissene Kompetenz in ihrer Substanz durch staatliche, gesetzgebende Eingriffe gefährdet, "dann verletzt der Gesetzgeber die dem Verleger in einem privatwirtschaftlich strukturierten und privatrechtlich organisierten Pressewesen von Hause aus eignende und verfassungsrechtlich garantierte subjektive Pressefreiheit in ihren 'harten Kern'. Ein solches Gesetz, mag es als Journalistengesetz oder als Pressegesetz ergehen, wäre nicht pressefreiheitsneutral, sondern würde zielgerichtet in verfassungsgeschützte Pressefreiheitspositionen einbrechen. Das verstieße gegen das Grundgesetz und das Gesetz³¹⁴ würde deshalb dem Verdikt der Nichtigkeit verfallen."

³¹³ Werner Weber, Innere Pressefreiheit als Verfassungsproblem, a.a.O.

³¹⁴ ders., a.a.O., S. 80

Dies aber meint, daß ein solches Verständnis die Tradition des bürgerlich autonomen Subjekts fort-schreibt. Pressefreiheit ist tradiertes Recht. Die Verleger sind Grundrechtsträger - ihre Freiheit, die Pressefreiheit, ist durch ein Freiheitsrecht legitimiert, das die privaten Interessen gegen Regelungen des Staates schützt. So gerät Pressefrei-zu einem Freiheitsrecht, an dem überprüft wird, ob und inwieweit Verlegerpositionen beeinträchtigt werden. Wobei als wesentlich herauszuheben ist, daß nicht nur die individuelle Meinungsäußerung des Verlegers betroffen ist, sondern ebenfalls sein Direktionsrecht als Arbeitgeber und Eigentümer gegen-über den im Pressebetrieb Tätigen.

Das Verständnis, die Verleger als Individuen als Träger der Pressefreiheit zu betrachten, wird so-analog der "zeitigen" Merkmale historischer Ent-wicklung und Bewegung - ungleichzeitig und damit historisch-politisch inadäquat.

Die Ungleichzeitigkeit dieser ausschließlich subjek-tiv-rechtlichen Sichtweise ist, so zeigt ein mög-liches Fazit, nicht nur tendentiell, sondern ungleichzeitig in sich selbst.

Diese Sichtweise subsystematischer Problematiken um die Begrifflichkeit, den Inhalt sowie die praxis-notwendige Funktionsbezogenheit des Feldes der

Pressefreiheit im strukturdeterminierten Rahmen sozialer Systeme - dargestellt auf konkreter Abstraktionsebene - stellt lediglich eine Interpretation des Verfassungsanspruchs von den Buchstaben her dar.

Die Interpretation lehnt sich an die Sätze der entsprechenden Artikel in der gegebenen Verfassung an. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die subjektiv-rechtliche Argumentation sowohl eine definitorische Klärung des Begriffsfeldes um Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit nicht vorzunehmen gewillt ist als auch den strukturdeterminierten Rahmen in ihrer Argumentationskette offen läßt.

Die subjektiv-rechtliche Verfassungsinterpretation positioniert auf der Begrifflichkeit und dem Struktur-Status des 19. Jahrhunderts. "Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit gehörten zu den heiß erkämpften Rechten der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts gegen den monarchischen Beamten- und Militärstaat. In ihnen kam der antistaatliche Affekt der Freiheitsrechte besonders deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig spiegelten sie das Dilemma dieser Gesellschaft zwischen 'Eroberung' des Staates und Freiheit vom Staat wieder. Obwohl sich seither das Verhältnis von Staat und Gesellschaft tiefgreifend gewandelt hat, hält die deutsche Verfassung an dem

Modell jener sich gegen den Staat richtenden gesellschaftlichen Freiheitsgarantien im Prinzip fest, und sie übernimmt damit zugleich einen Freiheitsbegriff, der im Kern Freiheit von der Politik bedeutet."³¹⁵

Die Statuierung dieser Position setzt aber eine Strukturkomparabilität sozialer Systembildungen wie der bürgerlichen Gesellschaft autonomer Subjekte und der modernen Industriegesellschaft voraus.

Der "Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit" (Habermas) in seiner sozial-historischen Entwicklungsdimension wird ausgegrenzt zugunsten einer rückgestandpunkteten "liberté" - Interpretation.

"Im Geiste der großen liberalen Vergangenheit wollen die Grundrechte im Prinzip noch immer die Freiheit des einzelnen als eine vorstaatliche Freiheit gegen die möglichen Eingriffe des Staates schützen und die Auseinandersetzungen um Drittwirkung der Grundrechte wie Institutsgarantien zeigen die Grenzen der juristischen Beweisführung."³¹⁶

Im Sinne der zumindest analytisch umstrittenen Institutionalisierung und Organisierung von Staat und Gesellschaft, von System und Subsystem, in systemtheoretischer Begrifflichkeit, enthält die ausschließ

³¹⁵ Franz Ronneberger, Die politischen Funktionen der Massenkommunikation, in: Wolfgang R. Langenbacher (Hrsg), Zur Theorie der politischen Kommunikation München 1974, S. 194

³¹⁶ ders., ebenda

lich subjektiv-rechtliche "Beweisführung" also nicht nur den Keim der Ungleichzeitigkeit, sondern ist ungleichzeitig in sich selbst.

Insofern ist sie nicht konservativ im Sinne der Erhaltung von Gewordenem, sondern re-aktionierend im Sinne einer nicht wiederholbaren Rationalität.

14.2. ZUR SUBJEKTIV-RECHTLICHEN SICHTWEISE MIT STAATLICHER KONFLIKTREGELUNGSKOMPETENZ IN BEZUG AUF DIE THEORIE DER ZEITIGKEITEN

Die zweite Ebene ist ebenfalls eine subjektiv-rechtliche Argumentation, die jedoch-in einer funktionalen Erweiterung des "Freiheitsobjekts"- staatliche Konfliktregelungskompetenz nicht ausschließt.

In den theoretischen Handlungsverlauf eingeordnet läßt sich für diese verfassungsrechtliche Perspektive vorab resümieren: Das bürgerliche Systemganze mit seiner Identität von subjektivem und objektivem Recht wird in der modernen Gesellschaft zum Subsystem. War das bürgerlich autonome Subjekt Subjekt des bürgerlichen Systemganzen, so ist im entsprechenden Subsystem moderner komplexer Gesellschaften eben dieses bürgerlich autonome Subjekt Subjekt dieses Subsystems. Träger der dem System und/oder Subsystem zugeordneten Rechte sind eben diese bürgerlich-autonomen Subjekte. Presse wird begriffen als

ausgegrenztes, autonomes Subsystem. Die Autonomie wird durch den Staat garantiert (institutionelle Garantie). Konfliktsituationen innerhalb dieses Subsystems werden ebenfalls durch den Staat geregelt, ohne die ausgegrenzte Autonomie eben dieses Subsystems anzutasten. Bezogen auf diese historisch-philosophische Einschätzung treten Argumentationen hervor, die zwar auf das Individuum als Grundrechtsträger abheben, jedoch die oben benannte ausgegrenzte Autonomie des Bereichs Presse mit seinen Grundrechtsträgern schützen und in Konfliktfällen dem Staat eine Regelungskompetenz zubilligen.

Als Vertreter dieser Grundrechtssicht von Pressefreiheit kann Peter Schneider gelten. Dabei wird bereits neben dem Element des autonomen Subjekts der Bereich der Presse als Subsystem, als Institution, in die Grundrechtsinterpretation, wenn auch vorerst sehr zaghaft, einbezogen.

Schneider versteht denn auch Pressefreiheit als einen "Unterfall" der allgemeinen Meinungsäußerungsfreiheit, die "jedermann" zur Verfügung steht - im Gegensatz zur ausschließlich subjektiv-rechtlichen Sichtweise, in der Meinungsäußerungsfreiheit, Informationsfreiheit und Pressefreiheit als Ganzes begriffen wird. Schneider sagt aber weiter:

"Der Schutz der Pressefreiheit kommt nicht nur

Individuen, sondern auch einzelnen Presseunternehmen zu. In diesem Sinne enthält die Pressefreiheit eine institutionelle Garantie, die strukturell den verfassungsrechtlichen Sicherungen von Sozialgebilden, wie die Universitäten, Parteien, Koalitionen, entspricht und die sich als Konsequenz aus der das Grundgesetz bestimmenden Doktrin vom Menschen als gemeinschaftsbezogener Person und dem Sozialstaatsprinzip erweist."³¹⁷

Dabei müssen Existenz und Bestand von Presseunternehmen auf private Initiative zurückzuführen sein. Diese Initiative aber muß geschützt werden. Auch diese verfassungsrechtliche Perspektive unterliegt dem sozialen Faktum, daß private Autonomie und die Träger dieser Autonomie (Verleger) innerhalb des ausgegrenzten Subsystems Presse dem bürgerlichen Idealbild von gleichen Subjekten, die in freier Konkurrenz auf dem Markt in Verkehr treten, verhaftet sind. Die "mögliche" Gleichheit hat Privilegien zur Folge, Privilegien der privaten Eigentümer. Eben dieses Subsystem der privaten Eigentümer kann aus der Sicht Schneiders z.B. im Fall von tatsächlicher oder drohender Dysfunktionalität - hervorgerufen durch das Systemganze oder den Staat selbst - staatlicherseits ins Gleichgewicht gebracht werden.

³¹⁷ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 75

Die "Gleichheit" Weniger als Wesen eines sozialen Subsystems aber heißt, auch in dieser Perspektive ungleichzeitig zu werden.

Die hier konstatierte Ungleichzeitigkeit findet ihre zunächst systemtheoretische Begründung in der Ausdifferenzierung komplexer sozialer Systeme.

Nach der Begrifflichkeit Luhmannscher Analyse erfährt das Systemganze der modernen Industriegesellschaft zugleich eine ständige Erhöhung seiner Komplexität und eine Reduzierung dieser Komplexität in ausdifferenzierten Subsystemen. Hierdurch wird die ehemals bürgerlich-autonome Subjektivität in ihrer damaligen Einbindung in das bürgerliche Systemganze zu einer Funktion eines komplexreduzierten Subsystems.

Das bürgerlich-autonome Subjekt war einst bestimmender Faktor für den Grad der Komplexität des bürgerlichen Systemganzen.

Die fortschreitende Komplexität des modernen sozialen Systems reduziert nunmehr bürgerlich-autonome Subjektivität allenfalls zu einer subsystematischen Funktionalität. Die Einbindung der ehemals systembestimmenden Subjekte als Funktionsträger in die Funktionalität eines Subsystems verlagert ihre Autonomie vom Systemganzen auf eben jenes Subsystem. Mit der insofern ausgegrenzten Autonomie werden sie

allerdings in der hier zitierten verfassungsrechtlichen Argumentation im Subsystem als bestimmend bzw. als uneingeschränkt autonom angesehen.

Diese also doch uneingeschränkte Autonomie findet - analog der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft - ihre Legitimität nicht mehr im Systemganzen, sondern im ausgegrenzten autonomen Subsystem. Zur Funktionalität des ausgegrenzten autonomen Subsystems für das Systemganze wird die staatliche Schutzfunktion systemnotwendig.

Die Ausgrenzung legitimiert die Autonomie des Subsystems, und somit wird die Autonomie der Funktions-träger eben dieses Subsystems legitimiert.

Der normative Gehalt dieser Argumentation erreicht lediglich die gleiche historische Dimension, in deren Tradition sie selber steht. Sie transportiert diese Dimension auf eine andere komplexreduzierte Ebene, ungeachtet der erhöhten Komplexität des Systemganzen.

Vom Systemganzen im Erscheinungsbild des modernen Staates verlangt das ungleichzeitig autonom erhaltene und gedachte Subjekt eine Absicherung in Form der Schutzfunktion der "institutionellen Garantie", um in gewollter Ungleichzeitigkeit zu verharren!

14.3. ZUR VERKNÜPFUNG VON SUBJEKTIVER UND OBJEKTIVER SICHTWEISE IN BEZUG AUF DIE THEORIE DER ZEITIGKEITEN

Die dritte Ebene fixiert eine Grundrechtskonzeption, die ihr Hauptwesensmerkmal in der Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Argumentation sieht. Der objektiv-rechtliche Teilbereich hat die Aufgabe, die Funktion der Presse qua staatlicher Regelung abzusichern, ohne daß jedoch das Privileg des autonomen Subjekts anzutasten. Ein wichtiges unterscheidendes Moment liegt darin begründet, daß dieser Schutz der Funktionen der Presse nicht in erster Linie gegen den Staat gerichtet ist, sondern gegen Funktionsstörungen, die durch andere Subsysteme bedingt sind.

Sind aber diese dysfunktionalen Störungen des Subsystems Presse in der Gefährdung durch andere Subsysteme begründet, und billigt man dem Staat auch hier grundsätzliche Konfliktregelungskompetenz zu, dann muß eine gedeankliche Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Sichtweise von Pressefreiheit vorgenommen werden. Stand auf der zweiten Ebene nach wie vor in erster Linie das Interesse des autonomen Subjekts im Vordergrund, das es zu schützen galt, so verlagert sich in diesem Fall bereits die primäre Schutzaktivität auf die Seite des Staates.

Wird z.B. das Subsystem Presse (mit seinen subjektiven Grundrechtsträgern) durch andere soziale Subsysteme in seiner Funktion gefährdet, hat der Staat ein offensives Interesse, im Sinne der Stabilität des Systemganzen, die Funktion des Subsystems Pressefreiheit zu erhalten.

Die Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Argumentation macht jedoch ebenfalls deutlich, daß das Subsystem Presse als ausgegrenztes Subsystem in der systemen Tradition der bürgerlichen Gesellschaft steht, in der das subjektive Recht für das Systemganze verallgemeinert wird und mit dem objektiven Recht zusammenfällt. Oben sprachen wir von der "funktionalen Veränderbarkeit bestehender Strukturen im prozeßhaften Sinn dynamischer Systeme". Ein solches Grundrechtsverständnis ermöglicht "sozialen Wandel" im Sinne des "Demokratiegebotes". Insofern ist die Studie von Branahl/Hoffmann-Riem "Redaktionsstatute in der Bewährung"³¹⁸ diesem Ansatz verpflichtet.

In ihrer Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, loten sie die Möglichkeiten gesetzlicher Regelungen, konkret: für ein Presserechtsrahmengesetz, aus.

³¹⁸ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O.,

Dieses Untersuchungsfeld ist gekennzeichnet durch die Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Argumentation. So hat der Staat vor allem für Regelungen zu sorgen. "Sofern die bestehenden Strukturen den Erfordernissen genügen, kann er es dabei belassen; sofern dies nicht der Fall ist (Beispiel: Gefahr von Meinungsmonopolen) darf bzw. muß er aktiv werden."³¹⁹

Die subjektiv-rechtliche Seite dieses Spannungsverhältnisses kommt hierbei als Grenze "in Sicht", die hier, so fügen wir hinzu, nicht überschritten werden kann. Die Freiheit der Presse als Funktionserfordernis des demokratischen Staates wird geschützt; die Rechte des autonomen Subjekts aber dürfen nicht berührt werden. Auch hier bleibt Pressefreiheit trotz Demokratiegebot Schutzbereich der autonomen Subjekte. Das Zusammenfallen von subjektivem und objektivem Recht - entsprechend der faktisch-historischen Gegebenheit ein soziales Erfordernis eines demokratischen Gemeinwesens - ist auch hier nicht gegeben.

Wir wollen auch hier zu einem ersten Fazit kommen: Wenn in der ausschließlich subjektiv-rechtlichen Argumentationskette lediglich ein vom realen gesell-

³¹⁹ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 50

schaftlichen System abstrahierter Inhalt von Pressefreiheit festgestellt wurde, bezieht die mit dem objektiv-rechtlichen Argumentationsbogen verknüpfte Sichtweise sowohl eine definitorische Klärung als auch den strukturdeterminierten Rahmen in seiner Systemadäquanz, wie wir es oben nannten, in ihre Überlegungen ein.

Was die definitorische Klärung angeht, so wird nicht mehr (und das nicht grundlos) von einer Identität Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit ausgegangen, sondern von einem "Unterfall" gesprochen.

Was die Systemadäquanz angeht, geht die mehr objektiv-rechtliche Sichtweise noch weiter: Das, was wir "möglicherweise aufhebbare Systemzwänge" nannten, erhebt sich in der mehr zur verobjektivierten Sichtweise tendierenden Zeigerausschlag unseres Skalenbildes zu einer "Theorie des sozialen Wandels".

Argumentierten die mehr subjektiv-rechtlich orientierten Auffassungen ohne Kenntnisnahme der konkret-historischen Dimension in ihrem vollen Wirklichkeitsbezug, impliziert die nun untersuchte Argumentation, daß eine "Ausgrenzung" der Erkenntnisse moderner Systemtheorie zugunsten einer rein juristischen Interpretation nicht mehr möglich ist.

"Wie für den Soziologen des gegenwärtigen Zeitalters der soziale Wandel zum Grundthema oder Leitmotiv

seines Denkens geworden ist, wird auch die Wissenschaft von der Politik (und Rechtswissenschaft, d. Verf.) von den überlieferten Vorstellungen und Begriffen nicht mehr erkannt und gefaßt werden können.³²⁰"

Im historischen Verlauf der Komplexitätserhöhung sozialer Systeme und der entsprechenden Komplexitätsreduzierung ausdifferenzierter Subsysteme wird die Legitimitätsbasis für die Inanspruchnahme von Freiheitsrechten deutlich. Die gedachte Verknüpfung subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Grundrechtsdeutung verweist auf den Funktionszusammenhang von System und Subsystem und von Subsystemen untereinander in komplexen Gemeinwesen. Ihre Funktionalität ist nicht nur ausschließlic durch Selbststeuerung der Systeme und Subsysteme gewährleistet, sondern die komplexe Systeminterdependenz entscheidet über Funktion oder Dysfunktion. Diese Interdependenz jedoch unterliegt ebenfalls nicht einer systemimmanenten Eigengesetzlichkeit, sondern bedarf der Regelung durch staatliche Sanktionen. Wesentliches funktionales Systemerfordernis ist dabei die bereits erwähnte Ausgrenzung sozialer Subsysteme. In der Autonomie der ausgegrenzten Subsysteme liegt eine "Sicherungsfunktion" des Systemganzen. In die Autonomie dieser Subsysteme greift der Staat deshalb

³²⁰ Franz Ronneberger, Die politischen Funktionen der Massenkommunikation, a.a.O., S. 194

-aus Systeminteresse- nicht ein. Da aber eben diese autonomen Systeme i.d.R. diejenige Ebene darstellen, auf die das bürgerlich-autonome Subjekt mit seinen sozialen Erfordernissen im Verlauf der historischen Entwicklung transportiert worden ist, bedeutet ein Nichteingreifen in die subsystematische Autonomie das Fortschreiben inadäquater sozialer Bedingungen und Funktionen. Somit begründet sich der Spielraum für staatliche Regelungsmöglichkeiten für den Bereich der Presse aus der Funktionalität des Systemganzen selbst. Systemerfordernis, wie die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft ausweist, ist immanent das Schutzerfordernis des autonomen Subjekts auf seiner Subsystemebene. Eben diese Ebene aber widerstrebt einer geistesgeschichtlichen Entwicklung, die ihr Gebot für ein demokratisches Gemeinwesen in der Identität von subjektivem und objektivem Recht hat.

Die "Theorie des sozialen Wandels" bezieht Teile der verobjektivierten Historizität in ihren Argumentationsbogen ein, erfaßt aber nicht alle Ebenen der konkret-historischen Dimension in ihrer vergleichzeitigenden Qualität.

14.4. ZUR OBJEKTIV-RECHTLICHEN SICHTWEISE IN
BEZUG AUF DIE THEORIE DER ZEITIGKEITEN

Die Ungleichzeitigkeit verfassungsrechtlicher Argumentationen begründet durch ihr Verhaftetsein in einem traditionellen Menschenbild, nämlich des bürgerlich-autonomen Subjekts, legt zugleich einen aktuellen Herrschaftskonflikt bloß, der seine Entsprechung in dem Gegensatz von partikularem und allgemeinem Interesse findet.

So verweist die aktuelle ausschließlich subjektiv-rechtliche Verfassungsinterpretation auf eben das Zusammenfallen von subjektivem und objektivem Recht des bürgerlich-autonomen Subjekts. Verhaftet in der idealtypisch fixierten Gleichzeitigkeit dieses historischen Moments, bleibt das objektive Moment bei der Verallgemeinerung des subjektiven Moments außer Betracht. So findet subjektiv-rechtlich gesehenes Verfassungsrecht seine traditionale Legitimation im Zusammenfallen des bürgerlich subjektiven mit dem objektiven Recht.

Unter der Voraussetzung, daß aber eben dieses subjektive/objektive Recht bereits privilegiertes Recht, d.h. Recht des Partikularen bürgerlichen Privatrechtssystems, ist, wird im historischen Verfolg diese idealtypische geistesgeschichtliche Gleichzeitigkeit parallel der historischen Ent-

wicklung tradiert und gerinnt somit zur Ungleichzeitigkeit. Setzen wir als Prinzip eines teleologischen Geschichtsverlaufes das Bemühen, faktische Gleichzeitigkeit von konkret (objektiv)-historischer Entwicklung (Basis) und dem realen Verlauf (Überbau) zu erreichen bzw. sich ihr zu nähern, so gilt: wissenschaftliche Diskussion hat das verfassungsrechtlich-normative und philosophisch-politische Ziel, die Identität von subjektivem Recht als individuellem Recht und objektivem Recht als verallgemeinertem individuellem Recht zu postulieren. Das aber bedeutet, den gleichen historischen Schritt zu wagen, den das bürgerlich-autonome Subjekt tat, - jedoch unter anderen historisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen!

Das autonome Subjekt wird zum sozialen Subjekt. Die angesprochenen historisch-gesellschaftlichen Bedingungen des modernen Staates liegen in seiner systemen Komplexität begründet. Als soziales Faktum konstatieren wir einen Konflikt zwischen Individuum und Institution. Institutionen als Subsysteme eines Systemganzen sind notwendiger Bestandteil moderner Industriegesellschaften.

Individuelle Entfaltungsmöglichkeit als Selbstverwirklichung(im weitesten Sinne) des Subjektes ist nur möglich innerhalb von Institutionen.

Durch die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Individuum und Institution wird das Individuum in die Struktur und Funktion der Institution einbezogen, das Individuum wird Ausgangspunkt von Struktur und Funktion der Institution.

In der Konfliktsituation zwischen Individuum und Institution steht das Individuum den Institutionen "entfremdet" gegenüber.

Geht das Individuum in die Substanz der Institution ein, entfaltet sich das Individuum in Institutionen, wird es zum objektiven Träger gesellschaftlichen, d.h. verallgemeinerten Rechts.

Im Moment der Verantwortung des modernen Staates für Institutionen als Subsysteme gilt dann nicht das Funktionserfordernis, die Autonomie eben dieser Subsysteme unangetastet zu lassen, sondern sie wirksam zu steuern und zu schützen. Entgegen der Legitimationstheorie des bürgerlichen Staates, Subsysteme zum Schutze des Systemganzen auszugrenzen, muß der Staat die Institutionen aktiv in seine Schutz und Regelungsfunktion einbeziehen.

Rechtlich sanktioniert wird diese staatliche Schutz- und Regelungsfunktion durch objektives Recht als vierter Ebene des Grundrechtsverständnisses.

15. INWIEWEIT SCHREIBT ARTIKEL 5 GRUNDGESETZ DIE
TRADITION DES REFLEXIONSFORTSCHRITTS FORT?

Analog der Einordnung verfassungsrechtlicher Grundrechtskonzeptionen in entsprechende "Zeitigkeiten" historischer und sozialer Bewegung, muß der nun vorliegende Abschnitt unserer Untersuchung unter zwei Aspekten berücksichtigt werden. Zum einen gilt es, den Reflexionsfortschritt als historisch-methodisches Moment zu begreifen, das die Negation vorhandener sozialer Strukturen aufgrund konkret-historischer Bedingungen zum Ausgangspunkt neuer, strukturell oder funktional oder strukturell und funktional veränderter Systembedingungen macht.

Das historische Auftreten des bürgerlich-autonomen Subjekts ist ein solches Moment. Als methodischer Verweis auf historisch andere Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Tradition des Reflexionsfortschrittes ein politisches Erbe, das auch aktuell noch genutzt werden kann und muß.

Zum anderen aber ist der Reflexionsfortschritt als historisches agens des bürgerlich-autonomen Subjekts eingebettet in das soziale Netzwerk der damals historischen Epoche, ein historisches Moment, dessen Tradierung in die Systemkomplexität moderner Industriegesellschaften historisch in-adäquat ist.

Begreifen wir die Tradition des Reflexionsfort-

schrittes als methodischen Verweis der Veränderbarkeit sozialer Strukturen, so ist eben diese Tradition die Möglichkeit, historische Gleichzeitigkeit für das aktuell-historische Bemühen von Über- und Gleichzeitigkeit nutzbar zu machen. So verstanden kann auch - in Anlehnung bereits abgehandelter Abschnitte dieser Arbeit - die Vergangenheit die Gegenwart legitimieren; nämlich in ihrer methodischen Dimension.

Beziehen wir jedoch die historisch-epochale Beziehung des Reflexionsfortschritts in unsere Überlegungen mit ein, so bleibt eine Tradition eben dieses Reflexionsfortschritts notwendig ungleichzeitig.

Bereits erwähnte Ausdeutungen des Artikel 5 Grundgesetz als Grundrechtskonzeptionen müssen nun, soll ihre soziale, historische und politische Relevanz für eine adäquate Medienpolitik transparent werden, nach ihrem historischen Standort befragt werden. Stehen sie entweder in der Tradition des Reflexionsfortschritts als methodisches Moment und somit in der Tradition der Möglichkeit über- bzw. gleichzeitig zu sein oder stehen sie in einer ungleichzeitigen, d.h. letztlich rückwärts gerichteten Tradition des Reflexionsfortschritts?

Die letztgenannte Dimension bedeutet dann ein

re-aktionierendes Moment konkret-historischen politischen Handelns.

Wenn wir zunächst der Interpretation der Verfassung in ihrer subjektivistischen Sichtweise die Tradition des Reflexionsfortschritts zubilligen, dann vor dem Hintergrund ihres Ausblendens der gesellschaftlichen Entwicklung im Sinne sozialen Wandels.

Diese Ausdeutung des Artikels 5 Grundgesetz verabsolutiert die Autonomie der Subjekte als mögliche Gleiche.

"Die Institutionen der Öffentlichkeit schienen in ihren kritischen Funktionen am ehesten gesichert, wenn man sie dem privaten Verkehr der 'ökonomisch Gleichen' überließ."³²¹

Die Erkenntnis der "ökonomisch Gleichen" erfährt ihre Berechtigung, wie wir weiter oben gesehen haben, in der individualistischen materialen Naturrechtskonzeption, in der Überwindung des "gesetzten" positiven Rechts als notwendigen Reflexionsfortschritt

"Dabei handelt es sich (...) um eine Wissenschaft, die die Gesetzmäßigkeiten des Marktsystems erforschen will, weil und insofern sie unter gewissen Wertgesichtspunkten als relevant erscheinen.

Die theoretische Ökonomie begann mit einer zentralen Problemstellung marktsoziologischen Charakters und

³²¹ Hendrik Schmidt, Anmerkungen zu einem Medienkonzept, in: Ulrich Paetzold, Hendrik Schmidt (Hrsg), Solidarität gegen Abhängigkeit - Mediengewerkschaft, Darmstadt/Neuwied 1973, S. 219

hat diese im wesentlichen beibehalten.

Das Marktsystem als Anreiz- und Steuerungssystem und seine akkumulativen, distributiven und allokativen Wirkungen bilden das grundlegende Thema der klassischen Analysen."³²²

Das Marktsystem und seine Gesetzmäßigkeiten impliziert in seiner klassisch-historischen Dimension die Emanzipation ökonomisch determinierter autonomer Bürger als Privatleute.

Diese Konzeption überträgt z.B. Kaiser auf die Systematik der modernen Industriegesellschaft:

"Die von der Pressefreiheit vorausgesetzte privatwirtschaftliche Struktur der Presse impliziert die grundsätzlich autonome Entscheidungskompetenz der Presseunternehmen im Markt, die demgemäß wie die Pressefreiheit den doppelten Schutz als Grundrecht und als ein integrierender Faktor der Demokratie genießt."³²³

Tatsächlich blendet Kaiser den Kausalbezug der entwickelten modernen Systeme in ihrer historischen Entwicklung aus und konstatiert konditionale Gesetzmäßigkeiten, die Albert der "klassischen Nationalökonomie" zuordnet.

³²² Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik - Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied/Berlin 1967, S. 16

³²³ Joseph H. Kaiser, Presseplanung, a.a.O., S. 40

"Die private Struktur der Wirtschaft drückt sich in unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung in einem Komplex von Regeln und Gewährleistungen aus, die im Prinzip unterschiedslos auch für die Presse gelten. Deren private Struktur ist jedoch durch Artikel 5 GG verfassungsrechtlich besonders geschützt wie auch konditioniert."³²⁴ Im Gegensatz zu einer Reihe anderer sozialer Subsysteme im Systemganzen unserer Gesellschaft läßt sich - hier grundsätzlich verstanden als privatwirtschaftliche Presse - im "Institut Presse" eine Gesetzmäßigkeit des empirischen Vorhandenseins autonomer Subjekte im Sinne der angeblich ökonomisch gleichen Privatleute ausmachen. Aus diesem als gesetzmäßig tradierten Konditionalverhältnis wird eine Kausalableitung legitimiert: "Demgemäß ist es die privatwirtschaftliche Struktur der Presse und die hierin grundgelegte Pressefreiheit, aus der das Recht zur Festlegung der allgemeinen publizistischen Haltung des Blattes und das Direktionsrecht des Verlegers sich ergeben."³²⁵

Diese Kausalableitung gerät so zu einer "Recht-
fertigungsideologie, wenn sie den status quo aus
dem historischen Zusammenhang löst und als selb-

³²⁴ Joseph H. Kaiser, Presseplanung, a.a.O., S. 41

³²⁵ ders., a.a.O., S. 44

ständigen Gegenstand der Erfahrung behandelt.

Das Abschneiden der Dimension der Entstehungsschichte und der Entstehungsursachen von Gesellschaft; zuständen schaltet auch die Dimension gesellschaftsverändernder Praxis aus der Gesellschaftstheorie aus: Gesellschaft ist, was sie ist."³²⁶

Diese Art der Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten und die Auslegung von Gesetzen bezieht ihre Legitimation aus der beschriebenen Tradition des Reflexionsfortschritts im Sinne sich am Marktgesetz orientierender Privatleute ökonomisch gleicher autonomer Subjekte.

Ihren Begründungszusammenhang als Rechtfertigungsstrategie beziehen sie aus der empirischen Methode Comtescher Analyse des Jetztseins, des Gegebenen.

"Nicht nur müssen sich unsere positiven Forschungen überall im wesentlichen auf die systematische Beurteilung dessen, was ist, beschränken, in dem sie darauf verzichten, seinen ersten Ursprung und seine letztliche Bestimmung zu entdecken; sondern es ist auch wichtig einzusehen, daß dieses Studium der Phänomene statt irgendwie absolut werden zu können (im Gegenteil), stets auf unsere Organisation und unsere Lage relativ bleiben muß."³²⁷

³²⁶ Bärbel Meurer, Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie, das Beispiel Niklas Luhmann, in: Das Argument 83 - Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien, Berlin 1973, S. 886

³²⁷ Auguste Comte, Rede über den Geist des Positivismus, frz.-dt., Hamburg 1956, S. 29 - zit.n.: Bärbel Meurer, a.a.O., S. 887

Die so angewandte Analyse gesellschaftlicher Systeme und ökonomischer Strukturen findet ihre eigene Grenze in der "Ausgrenzung" der historischen Dimension,"zumal nicht zu erkennen ist, wie in der neoklassischen Ökonomie die historische Wandelbarkeit der Marktsysteme theoretisch bewältigt werden kann."³²⁸

Insofern bleibt die subjektiv-rechtliche Argumentation in der philosophiegeschichtlichen Tradition Hobbescher und Comtescher Gesellschaftsanalyse stecken und verharret in ihrer "neoklassischen Ökonom-ie" der Betrachtung von Marktsystemen in der Tradition des bürgerlich-autonomen Subjekts.

"Eine bestimmte gesellschaftliche Situation wird zum Beweis einer allgemeinen gesellschaftlichen Natur."³²⁹

Der Bezug auf diese allgemeine gesellschaftliche Natur in ihrer historischen Dimension ist ihrem Wesen nach ungleichzeitig.

Es ist z.B. die Ausblendung "der historischen Wandelbarkeit der Marktsysteme", die die ausschließlich subjektiv-rechtliche Sichtweise zu einem Idealtyp fernab ökonomischer Praxis und gesellschaftlicher Realität gerinnen läßt. Ein verinstitutionalisiertes Subsystem (hier: der Pressesektor) und nicht eine begrenzte Anzahl autonomer Subjekte verlangt nun

³²⁸ Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, a.a.O., S. 17

³²⁹ Friedrich Jonas, Geschichte der Soziologie, 4 Bde Band 1, Reinbek 1968/69, S. 166, zit.n.: Bärbel Meurer, a.a.O., S. 886

ebenfalls seine Autonomie - eine Autonomie, die ihre Autonomie als "Ausgrenzung" gegenüber dem Gesamtsystem (hier: der Staat) gewahrt sehen möchte. Dies ist die eine Seite.

Darüberhinaus wird eine Komplexitätsreduzierung vorgenommen. Das betreffende Subsystem (Institut) versubsystematisiert sich in Institutionen. Hier wiederum wird die Forderung nach der Autonomie freier Subjekte im staatsunabhängig ausgegrenzten Institutsganzen erneut erhoben. Und das ist die andere Seite.

Für beide Ebenen verlangt man die Garantie der Bestandserhaltung vom Gesamtsystem.

Diese institutionelle Garantie abstrahiert von der Komplexität des Systemganzen, die den freien (Waren-) Austausch interagierender Subjekte weitgehend unmöglich gemacht hat, ihn allenfalls in einem begrenzten Set bestimmter korrelierender Subsysteme ermöglicht und die eigentliche Interaktion zwischen Systemen mit metasystematischem Charakter sich abwickelt, (metasystematischer Charakter hier allerdings nur insofern als das Gebot der "institutionellen Garantie" ein Metasystem von Gesetzen darstellen kann, das eine "Ausgrenzung" und damit eine relative Autonomie der Subsysteme in Bezug auf die Gesamthierarchie darstellt; im strengen Luhmannschen Begriffszusam-

menhang kann man wohl allenfalls von einem Pseudo-metasytem sprechen).

Diese "Brückenfunktion mit eingebautem Schlagbaum" soll lediglich den tradierten Zustand bürgerlicher Subjekte auf Subsystemebene rekonstruieren, und zwar in doppelter, d.i. ebenfalls tradierter Hinsicht, nämlich ökonomisch freier (am Marktgesetz orientierter) und ideell freier Subjekte.

Diese Betrachtung scheint der Rationalität der funktionalen Theorie zu entsprechen: "Das spezifische Problembewußtsein ist durch das spezifische Systembewußtsein geprägt."³³⁰ Es ist dieses "spezifische Systembewußtsein", welches seine Ausprägung findet in der Schablonisierung funktionaler Systemkorrelate.

"Der Schutz der Pressefreiheit kommt nicht nur Individuen, sondern auch einzelnen Presseunternehmen zu. In diesem Sinne enthält die Pressefreiheit eine institutionelle Garantie."³³¹

Die wirtschaftlich verfaßte Organisationsform bestimmt also, welche Personen (autonome Subjekte) die Schutzfunktion der institutionellen Garantie "umhegt". Die Pressefreiheit und das ihr zugehörnde Kommunikationssystem stellt somit ein wesentliches Mittel zur Entfaltung der sittlich-geistigen Per-

³³⁰ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 7

³³¹ ders., a.a.O., S. 75

sönlichkeit dar, bildet aber zugleich auch eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte der Einzelnen."³³²

Die subjektiv-rechtliche Sichtweise, versehen mit der umhagenden Schutzfunktion der institutionellen Garantie, versucht die tradierte Form des Reflexionsfortschrittes des bürgerlich-autonomen Subjektes tatsächlich in doppelter Hinsicht, also konsequent und komplett, in der konkret-historischen Situation des Jetztseins zu erhalten und geistesgeschichtlich in die bereits erwähnte Historizität zu verungleichzeitigen.

"Wird die Pressefreiheit als Individualrecht begriffen, so wird also damit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, sie außerdem als institutionelle Garantie zu verstehen und den individualrechtlichen mit dem institutionellen Aspekt zu verbinden."³³³

Die institutionelle Garantie wird für die Vertreter der hier zu verhandelnden Sichtweise notwendig, weil sie die Institutionalisierung der sozialen Systeme nicht von vornherein leugnen.

"Presseunternehmen im Sinne der Pressefreiheit sind privatrechtlich organisierte Sozialgebilde, deren

³³² Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 182

³³³ ders., a.a.O., S. 185

Existenz und Bestand auf private Initiative zurückzuführen ist."³³⁴ Innerhalb jener Institutionen jedoch wird die Interpretation wieder ausschließlich subjektiv-rechtlich charakterisiert: "Auf den Schutz des Presseunternehmens können sich diejenigen natürlichen Personen, Personengesamtheiten und juristischen Personen, denen das Unternehmen ganz oder teilweise juristisch zugeordnet ist, berufen."³³⁵ Die Ungleichzeitigkeit dieses Reflexionsfortschritts ist im Wesen ihrer Argumentation die gleiche, wie die der ausschließlich subjektiv-rechtlichen Betrachtung. Hier wird allenfalls die Ebene vom gesamtsystematischen Zusammenhang in die Sphäre mikrosystemer Hierarchisierung transportiert. In ihrer teleologischen Bestimmtheit unterscheidet sich auch die Grundrechtskonzeption, die versucht, die subjektiv-rechtliche Argumentation durch Verknüpfung mit objektiv-rechtlicher Interpretation zu legitimieren, nicht von der weiter oben diskutierten ausschließlich subjektiv-rechtlichen Sichtweise und der subjektiv-rechtlichen, die jedoch eine staatliche Regelungskompetenz zugesteht. Analog der konkret-historischen Entwicklung und Herausbildung von sozialen Systemen und entsprechen-

³³⁴ Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, a.a.O., S. 186

³³⁵ ders., a.a.O., S. 187

den Subsystemen agiert innerhalb sozialer Systeme der sog. Systemmechanismus, um Systemkonsistenz aufrechtzuerhalten und der sich der historisch-sozialen Entwicklung anpaßt und sich entsprechend verändert. Zum Ausdruck kommt hier auf der einen Seite die Verselbständigung sozialer Mechanismen in Systemen und Subsystemen, die sich dann als Herrschaftsverhältnisse darstellen und die sog. Entfremdungssituation zwischen Individuum und Institution dokumentieren.

Auf der anderen Seite bestimmt dieses systemadäquate Herrschaftsverhältnis die sozialen Handlungen der in diesen Systemen agierenden Subjekte. Systemhandeln erfolgt hier zweckgebunden - nämlich zweckgebunden in Hinblick auf die Zweckrationalität des Systemganzen. Auch Arnold Gehlen hat diese determinierte Systemherrschaft gemeint, wenn er sagt: "Die Sachlichkeit ist also zugleich die Normbestimmtheit und zu ihrem größten Teil wird sie nicht vom Subjekt her motiviert, sondern von den Faktoren und Prozeßgesetzen der Ordnungsgefüge, in denen wir leben."³³⁶

Diese zweckrational ausgerichtete Systemherrschaft findet ihre Legitimation in entsprechenden Grundrechtsausdeutungen. Je mehr das Systemganze sich

³³⁶ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 199

in seiner historischen Entwicklung ausdifferenziert, je komplexer es also wird, desto mehr verändert sich das am Zweck des Systems ausgerichtete Ordnungsgefüge. Ausdruck dieses Prozesses ist die Einsicht, daß potentielle und tatsächliche Konflikte innerhalb sozialer Systeme nicht durch die Eigengesetzlichkeit sozialer Subsysteme geregelt werden können, sondern - da Systembedrohungen intersubsystematisch erfolgen - daß das Aufrechterhalten sozialer Subsystemmechanismen durch die Legitimation gesamtsystemer Kompetenzen ermöglicht wird.

Insoweit begreift eine Grundrechtsdeutung, die subjektiv-rechtliche und objektiv-rechtliche Argumentation verknüpft, ihre Legitimationsfunktion als ein Element der Theorie des sozialen Wandels.

Die oben bereits erwähnte "Ausgrenzung" von Subsystemen als systemfunktionales Moment mit ihrer Autonomie sucht nun ihre Legitimation in Regelungen durch das Systemganze. Es wird also versucht, daß potentiell und/oder tatsächlich gestörte Verhältnis von bürgerlich-autonomen Subjekt und Systemganzen aufzuheben; denn bürgerlich autonomes Subjekt und die normative Inanspruchnahme des Systemganzen durch das bürgerlich-autonome Subjekt führte in seiner konkret-historischen Entwicklung zu Herrschaftskonflikten.

Zunächst spiegelte sich dieser Herrschaftskonflikt

als Herrschaft ausgegrenzter Systeme z.B.: die Institutionalisierung des Marktes als der Verkehr ökonomisch Gleicher und später als verselbständigte Systemmechanismen, Systemverhältnisse wider.

Die Unfähigkeit der Subsysteme, über ihre sozialen Mechanismen Konflikte zu regulieren führt zu dem Paradoxon, daß die ursprünglich als Gefahr angesehene staatliche Macht angerufen wird, um die sozialen Möglichkeiten des bürgerlich-autonomen Subjekts zu erhalten. Insofern steht die hier erörterte Grundrechtskonzeption in der Tradition des bürgerlich-autonomen Subjekts, allerdings - und dies sei als qualitativer Fortschritt im Sinne der Theorie des sozialen Wandels vermerkt - mit der Erkenntnis, daß die Tradition des bürgerlich-autonomen Subjekts unter historisch veränderten Bedingungen aufrecht-erhalten bleibt. Dabei wird im übrigen der wissenschaftstheoretisch funktionale oder funktionalistische Charakter dieser Art von Grundrechtskonzeption virulent. In Bezug auf ein so orientiertes sozialwissenschaftliches Forschungskonzept sagt Aufermann, daß es die Problematik - hier: der Medienentwicklung notwendig verkürzt, "wenn die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse unkritisch als Bestimmungsgrund der 'Bedürfnisse' vorausgesetzt werden und von daher normativ unreflektierte Aus-

sagen über technische Medienentwicklung und publizistische Produktgestaltung abgeleitet werden."³³⁷

In seiner Wertung dieses Konzeptes, daß es nämlich "zu einer technokratischen, status-quo-fixierten Perspektive"³³⁸ führe, entspricht es eben in dieser status-quo-Perspektive dem o.e. Grundrechtsmoment, wobei der qualitative Fortschritt im Sinne der angesprochenen Erkenntnis eines sozialen Wandels nicht zu übersehen ist.

Weiter oben sprachen wir deshalb auch von einem Grundrechtsverständnis, das dem sozialen Wandel im Sinne des Demokratiegebotes verpflichtet ist. Für diese Grundrechtsinterpretation kommt die subjektiv-rechtliche Seite immerhin als Grenze in "Sicht". Im konkret-historischen Kontext heißt dies: das bürgerlich-autonome Subjekt erkennt die Grenzen seiner Autonomie und kann sie notwendigerweise nicht überschreiten. Dabei ist der Punkt auszumachen, in dem die Tradition des bürgerlich-autonomen Subjekts in seiner konstatierten Ungleichzeitigkeit nicht mehr ausschließlich juristisch legitimiert werden kann.

Branahl/Hoffmann-Riem stellen folgerichtig eine "Horizontverengung" fest, wenn man überzeugt sei,

³³⁷ Jörg Aufermann, Aufgaben, Konzepte und Analyseprobleme der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, in: Publizistik 2/1976, S. 166

³³⁸ ders., ebenda

eine normative Wissenschaft zu betreiben aber glaube, "die normative Sozialwissenschaft ausblenden zu müssen"³³⁹ und allenfalls die "empirische Sozialforschung" zulasse. Die historische Dimension gehöre unzweifelhaft zum Erkenntnisgegenstand, nämlich "durch die gegenwärtige historische Situation, in der Auseinandersetzungen zwischen den Eigentümern der Verlage und den Redaktionen um die innere Struktur der Presseunternehmen aufgebrochen und ausgetragen werden."³⁴⁰ Der Funktionszusammenhang von Systemen und Subsystemen wird also - in einer sozialwissenschaftlichen Erweiterung eines lediglich verfassungsrechtlich ausgerichteten Horizonts - mitin das Legitimationsbemühen einbezogen.

Das Schutzerfordernis des autonomen Subjekts auf seiner Subsystemebene wird dabei zum Funktionserfordernis des Systemganzen und steht so in der Tradition des bürgerlich-autonomen Subjekts und seines Reflexionsfortschritts als historisch in-adäquat und ungleichzeitig, da nicht das Moment der historischen Entwicklung in Betracht gezogen wird.

Als methodisches Moment steht die Tradition des Reflexionsfortschritts hier nicht zur Disposition.

Dieses Moment ist zwar "in Sicht", kann aber, als

³³⁹ Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, a.a.O., S. 21

³⁴⁰ diess., a.a.O., S. 23

Grenze erkannt, nicht erreicht oder gar überschritten werden.

16. ZUR VERKEHRUNG DES VERHÄLTNISSES INDIVIDUUM/ INSTITUTION

Es ist die Intention dieses Abschnitts, die Theorie des Reflexionsfortschritts in seiner methodologischen, d.i. zielgerichteter systembezogener gesellschaftlicher Relevanz als eine "Theorie des Fortschritts"³⁴¹ herauszuarbeiten.

Mit Sklairscher Begrifflichkeit gehen wir einig, wenn nicht-schöpferischer Fortschritt die Ungleichzeitigkeit gesellschaftlichen Wandels sigmatisiert und schöpferischer Fortschritt die Kontingenz der Übergleichzeitigkeit in Gleichzeitigkeit überführen soll.

Die Verkehrung des Verhältnisses von Individuum und Institution ist in ihrer Konkretheit linear-historisch dimensioniert. Es ist eine Faktizität, daß F-unktionen, die das Individuum in seiner Eigenschaft als bürgerliches autonomes Subjekt, idealtypisch argumentiert, wahrgenommen hat, durch Institutionen in ihrer Eigenschaft als soziale (Sub-) Systeme ersetzt worden sind. Erst der Transport der Funktionen von der einen auf die andere Ebene macht die Analyse problematisch. Wer soziale Systeme als In-

³⁴¹ Vgl. Leslie Sklair, Die Soziologie des Fortschritts, München 1972, S. 348ff.

stitutionen dazu benutzt, individuelle Autonomie, wenn auch als "ausgegrenzte" zu rekonstruieren, versteht die Verkehrung des Verhältnisses Individuum/ Institution im Sinne des nicht-schöpferischen Fortschritts zur Erlangung einer historisch vergangenen Gleichzeitigkeit als re-aktionierender Ungleichzeitigkeit. Wer das Umkehrverhältnis von Individuum und Institution in seiner schöpferischen Dimension des Fortschritts definiert, ermittelt die konkret-historische Faktizität. Die Existenz von System-/Subsystem Hierarchien wird als immanent notwendige Erscheinung der modernen Industriegesellschaft und Folge des konkret historischen Prozesses in der Begrifflichkeit systemtheoretischer Wissenschaft als objektiv vorhanden analysiert. Es gilt aber auch, und hier verlassen wir die durchaus richtige Gesellschaftsanalyse der Systemtheorie: die dort konstatierte Eigengesetzlichkeit der sozialen Systeme darf nicht als Zementierung ihrer selbst und Funktionsnotwendigkeit des Gesamtsystems geschlußfolgert werden. Die Konsequenz der Analyse heißt also nicht fest-schreibende Zementierung der Eigengesetzlichkeit sozialer Systeme, sondern vielmehr Hinwendung zur Wiedererlangung individueller Handlungs- und Entscheidungsabläufe.

Dies bedeutet eine Auslösung der Systeme als

Funktions- und Stabilisierungselemente von Überbaustrukturen, zu deren eigentlicher Zweckrationalität im Sinne basisbezogener individueller Realisation.

Nicht das bloße Umkehrverhältnis Individuum/Institution ist das Ziel unserer Gesellschaftsanalyse, sondern die dialektische Kausalbeziehung Individuum durch Institution (vice versa) schafft die Bedingungen für eine historisch gleichzeitige Handlungstheorie. Die Individuen dürfen nicht nur zu bloßen Funktionsvariablen kleiner bis mittlerer Systeminterdependenzen mittels eines mehr oder minder großen Rollenset "verinstitutionalisiert" werden, vielmehr bedarf es ihrer Entkleidung vom sozialisierten Rollenset zu freier Entscheidungskompetenz. In diesem Sinne läßt sich die bereits angesprochene Entfremdungssituation zwischen Individuum und Institution begrifflich umreißen als "bürgerlicher Individualismus" oder, wie Gehlen es nennt, als "Phänomen des Subjektivismus". Wobei der Zusammenhang der Gehlenschen Denkanstrengung ein anderer ist, als der hier dargestellte und auch die Konsequenz Gehlens, historisch auf archaische Gesellschaften zurückzugreifen, um das heutige Verhältnis Individuum/Institution zu klären, erscheint eher historisch ungleichzeitig denn aktuell wissenschaftlich nutzbar. In seiner Analyse subjektiven Ver-

haltens innerhalb von Institutionen meint Gehlen:
"Unser Verhalten innerhalb einer Institution, die
in eine selbstzweckartige Eigengesetzlichkeit
umgeschlagen ist, fordert von uns, vom direkten
und unmittelbaren Nutzerfolg für die eigene Person
abzusehen."³⁴²

Dies e "selbstzweckartige Eigengesetzlichkeit" er-
hebt sich über das Individuum und wird somit zum
bestimmenden Faktor subjektiven Handelns innerhalb
von Institutionen.

"Der moderne Mensch lebt im Schnittpunkt sehr zahl-
reicher Institutionen, die dem einzelnen gegenüber
die beschriebene Selbstzweckautorität geltend machen
und diese einzelnen in ihrem Verhalten gegeneinander
und zu bestimmten Situationen festlegen."³⁴³

Bereits zeigt sich deutlich der Tatbestand, den
wir die Umkehrung des Verhältnisses von Individuum
und Institution genannt haben. Analog der Entwick-
lung von sozialen Systemen und entsprechenden Sub-
systemen und Institutionen findet sich das bürger-
lich-autonome Subjekt noch in die Lage versetzt -
zumindest im theoretisch-diskursiven Idealfall -
als frei agierendes, bestimmendes Individuum, nor-
mativ Recht setzend, als bestimmend für die bürger-

³⁴² Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und
Soziologie, a.a.O., S. 204

³⁴³ ders., a.a.O., S. 205

liche Gesellschaft aufzutreten und zu handeln. Institutionen, wie der Markt (s.o.), unterstanden dem agens der bürgerlich-autonomen Subjekte. Das Verallgemeinern solcherart normativ bestimmter Institutionen für ein Systemganzes zwang zunächst nicht - bürgerlich - autonome Subjekte unter den institutionellen Systemzwang und späterhin (infolge fortschreitender Komplexitätsreduzierung) entwickelte sich die o.e. Eigengesetzlichkeit und Autonomie ausgegrenzter sozialer Systeme mit ihren Herrschaftsverhältnissen.

Gehlen spricht von "gewaltloser Lenksamkeit der Massen"³⁴⁴, die es noch in keiner Kulturepoche gegeben habe. "So geht die funktionalisierte Bereitschaft des Sichunterordnens als Prämisse in die gesamte moderne wirtschaftliche und politische Gesellschaft ein, die Möglichkeit sie zu mißbrauchen, liegt nahe und ist gründlich ergriffen worden."³⁴⁵ Die hier erkannte Herrschaftsfunktion ausdifferenzierter Sozialsysteme wird zum Kristallisationspunkt potentieller und tatsächlicher Konflikte innerhalb von Subsystemen und verinstitutionalisierten Subsystemen. Hier aber setzt auch die Diskussion um

³⁴⁴ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 206 - Dieser 1949 konstatierte Tatbestand (mit Blickrichtung auf die jüngste Vergangenheit) hat auch heute u.E. noch seine Berechtigung.

³⁴⁵ ders., a.a.O., S.206

Möglichkeiten der Lösungen von sozialen Konflikten an. Ein Tatbestand, der auch und gerade für das soziale Subsystem Presse von Bedeutung ist. So verweist beispielsweise Dahrendorf³⁴⁶ auf die Regelbarkeit von Konflikten im funktionalen Sinne zweckrationalen Systeminteresses. Er geht davon aus, daß Konflikte vermieden bzw. ausgeräumt werden können, wenn Übereinstimmung (Konsens) über die Unvermeidbarkeit oder Existenzberechtigung eben dieser Konflikte besteht.

Wesentliches Moment für die Dahrendorfschen Überlegungen sind Kanalisierung und Bewußtmachung von Konflikten. Auf die Substanz, die Konfliktursachen, geht er dabei nicht ein.

Gehlen bezieht in die Sicht möglicher Konfliktlösungen im Verhältnis Individuum/Institution mit ein, daß die objektive Verselbständigung sozialer Mechanismen innerhalb sozialer Systeme zurückgenommen werden kann in das Subjekt. Er spricht dabei von "Resubjektivierung".

"Der Begriff Resubjektivierung betont hier die Seite der Wiedenumsetzung vorgefundener Objektivationen in subjektive Erlebnisse: Allen kulturellen Objektivationen (Werkzeugen, Bildwerken, Schriftgütern, 'Sozialformen' usw.) ist ein Vorgang der Wiederver-

³⁴⁶ Vgl. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961

lebendigung zugeordnet, der Hereinnahme des 'entfremdeten', der jeweils eine besondere Qualität hat und der sich zwanglos in unserem Falle wiedererkennen läßt."³⁴⁷ Dabei bedeutet eine solche Konfliktlösungsmöglichkeit das Kapitulieren vor dem o.e. Sachzwängen, den Herrschaftsverhältnissen innerhalb sozialer Systeme, verursacht durch die Eigengesetzlichkeit dieser Systeme. Die "Hereinnahme des Entfremdeten" in das Subjekt meint die Unterwerfung des Subjekts unter die Zweckrationalität des Systems. Mit anderen Worten: Die Zweckrationalität des Systems wird im Subjekt realisiert. Verweisen wir auf unsere Erkenntnis von Basis und Überbau eines sozialen Systems, so sieht Gehlen in der Hereinnahme des Systemüberbaus in das Subjekt die Frage nach der Identität von Individuum und Institution gelöst. Analog der Beziehung des bürgerlich-autonomen Subjekts zum Systemganzen bedeutet die normative Bindung des Individuums an Systemzwänge.

In Bezug auf "Kontrolle" als Problemlösung meint Krysmanski: "Kontrolle erfolgt durch die Verallgemeinerung aller Konflikte zu Systemkonflikten, d.h. zu Konflikten im gesellschaftlichen Bewußtsein, d.h. zu prinzipiell äquivalenten Konflikten zwischen prinzipiell äquivalenten Gegnern. Kontrolle ist

³⁴⁷ Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, a.a.O., S. 216

hier also bereits, jenseits aller traditionellen Ideologie, soweit, daß sie als ein abstrakter Zusammenhang auftreten kann."³⁴⁸

Und im Kontext historischer Entwicklung meint diese Verallgemeinerung nichts anderes, als daß die partikularen Interessen des bürgerlich-autonomen Subjekts als Interesse des Systemganzen determiniert werden. Die Verallgemeinerung und Verselbständigung sozialer Systeme und ihrer sozialen Mechanismen beschrieben Marx und Engels in der "Deutschen Ideologie" als eine "sachliche Gewalt": "Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eigenen Produktes zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist eins der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung und eben aus diesem Widerspruch des besondern und gemeinschaftlichen Interesse nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an."³⁴⁹

Im Verlauf der historischen Ausdifferenzierung komplexer Systeme als Ausdruck der Verallgemeinerung des partikularen Interesses des bürgerlich-autonomen

³⁴⁸ Hans Jürgen Krysmanski, Soziologie des Konflikts, Materialien und Modelle, Reinbek 1971, S. 181

³⁴⁹ Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, MEW, Band 3, Berlin 1969, S. 33

Subjekts entsteht die Arbeitsteilung als Ausdruck dieses Interessenkonflikts: "Ferner ist mit der Teilung der Arbeit zugleich der Widerspruch zwischen dem Interesse des einzelnen Individuums oder der einzelnen Familie und dem gemeinschaftlichen Interesse aller Individuen, die miteinander verkehren, gegeben; und zwar existiert dieses gemeinschaftliche Interesse nicht nur in der Vorstellung als 'Allgemeines', sondern zuerst in der Wirklichkeit als gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, unter denen die Arbeit geteilt ist."³⁵⁰

Die Arbeitsteilung - so Marx/Engels - ist also Ausdruck der Entfremdung des Individuums von den Institutionen.

Verfolgen wir kurz die angerissenen Diskussionspunkte so meint Gehlen mit seinem Begriff der "Resubjektivierung" die normative Gültigkeit der Arbeitsteilung für das Subjekt durch die Hereinnahme der sozialen Entfremdungssituation in eben dieses Subjekt.

Nicht aber die Festschreibung, sondern die Aufhebung der Entfremdungssituation zwischen Individuum und Gesellschaft muß sozialwissenschaftliches und soziales Handeln bestimmen.

So stellt sich das Verhältnis von Individuum und

³⁵⁰ Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 32f.

Gesellschaft als ein dialektisches dar:

"Die gesellschaftlichen Verhältnisse liegen daher nicht in den Individuen, sondern bestehen zwischen ihnen."³⁵¹

Nicht die funktionale Addition von Individuen ergibt die Gesellschaft, sondern die Beziehungen und Verhältnisse der Individuen untereinander bestimmen sie. Wobei bereits vorgefundene soziale Verhältnisse und Strukturen immer in das Subjekt mit einbezogen werden. Insofern greift Gehlens Konfliktlösungs-möglichkeit lediglich eine Seite eines dialektisch gefassten Verhältnisses heraus, ohne die Grundlage der Verhältnisse der Individuen untereinander auch zu berücksichtigen.

Denn: "Gesellschaft und ihre Institutionen erwachsen aus den Beziehungen der Menschen untereinander.

Diese Beziehungen sind notwendig und müssen von den Menschen unabhängig von ihrem Willen eingegangen werden. Anders ließe menschliche Existenz sich nicht reproduzieren."³⁵²

Das Subjekt kann sich nur in Institutionen verwirklichen. In Institutionen als Ausdruck seines Verhältnisses zu anderen und als Ausdruck der Verhältnisse

³⁵¹ Wulf D. Hund, Ware Nachricht und Informations-fetisch, Zur Theorie der gesellschaftlichen Kommunikation, Darmstadt/Neuwied 1976, S. 248

³⁵² ders., ebenda

aller Individuen innerhalb eines Systems. Durch die Hereinnahme des Subjekts in die Institutionen wird das Subjekt, das ehemals autonome Subjekt, zum "sozialen Subjekt". "Die Entwicklung der gesellschaftlichen Individuen ist nichts anderes als die Entwicklung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen ist nichts anderes als Ausdruck ihrer Individualität (...). Seine besondere Individualität gewinnt der einzelne eben durch die gesellschaftlichen Verhältnisse."³⁵³

Das so gefaßte Verhältnis von Individuum (Subjekt) und Institution (Objekt) macht nicht nur das dialektische Subjekt/Objekt-Verhältnis aus, sondern daraus herleitend auch die entsprechend im verfassungsrechtlichen Überbau fixierte Legitimation der einzelnen Faktoren dieses Verhältnisses. Führen wir uns noch einmal die oben diskutierten Grundrechtskonzeptionen vor Augen, so orientieren sich alle dargestellten Sichtweisen an dem Verhältnis Subjekt/Objekt.

-Die ausschließlich subjektiv-rechtliche Argumentation klammert das Objekt aus diesem Verhältnis aus. Die dadurch bedingte Historizität und Zeitigkeit ist oben bereits dargelegt.

-Die subjektiv-rechtliche Interpretation mit dem Zugeständnis staatlicher Regelungskompetenz verweist zumindest partiell auf die Objektseite des Subjekt/Objekt-Verhältnisses.

-Die Verknüpfung von subjektiv-rechtlicher und objektiv-rechtlicher Sichtweise sieht das Subjekt/Objekt-Verhältnis als ein funktionales Verhältnis an: Funktional im Sinne von systemrationaler Funktionalität.

-Bestimmen wir nun aber das Verhältnis von Individuum (Subjekt) und Institution (Objekt) als ein dialektisches, so wird auch die rechtliche Legitimation dialektisch gefaßt sein. Wenn wir sagen, das Individuum erfährt seine Individualität in und durch Institutionen (hier nun im weitesten Sinne verstanden als gesellschaftliche Verhältnisse), so kann dies übertragen auf die verfassungsrechtliche Legitimationsebene nur bedeuten: Das Individuum (legitimiert durch subjektiv-rechtliche Argumentation) erfährt seine Individualität in und durch Institutionen (legitimiert durch die objektiv-rechtliche Argumentation). Das aber heißt: Subjektiv-rechtliche Argumentation kann erst dann in ihrer sozialen Dimension wirksam werden, wenn sie in die objektiv-rechtliche Argumentation eingeht. Denn: Die Institutionen (Objekte), verstanden als die gesellschaftlichen Verhältnisse, sind Ausdruck der Individuali-

tät. Also folgt: Die objektiv-rechtliche ist die Legitimationsgrundlage der Individualität. In ihr wird auch die subjektiv-rechtliche Legitimation wirksam.

In der historischen Perspektive steht dieser Schritt in der methodischen Tradition des Reflexionsfortschritts: Subjektiv-rechtliche und objektiv-rechtliche Argumentation fallen zusammen³⁵⁴. Eine solche verfassungsrechtliche Sichtweise nun verweist für das soziale Subsystem Presse auf Legitimation- und Organisationsebenen, die in der historischen Perspektive den Schritt von der Ungleichzeitigkeit über die Übergleichzeitigkeit zur Gleichzeitigkeit markieren. In der historischen Kontinuität bedeutet dies eine Ausformulierung publizistischer Zielvorstellungen.

16.1. ZUR IDENTITÄT VON SUBJEKTIVEM UND OBJEKTIVEM RECHT

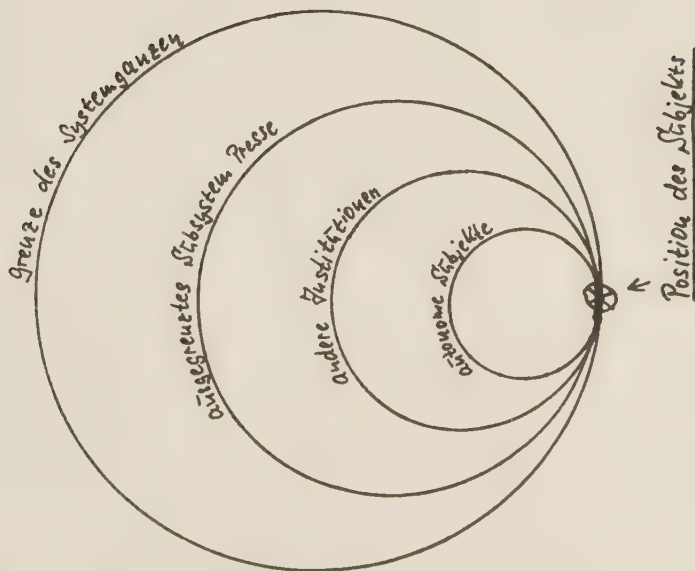
Hier nun gilt es, (in theoretisch weitergefaßtem Rahmen) diejenige Grundrechtskonzeption zu klären, die sich in ihrem Argumentationszusammenhang von den bisher erörterten drei Grundrechtskonzeptionen abhebt und eine grundrechtlich andere Sichtweise als

³⁵⁴ Vgl. Bildmodell Nr. 2 auf S. 261

» Das Verhältnis von Subjekt
und Institutionen

oder:

» Das Zusammenfallen von
subjektivem und objektivem
Recht als Ausdruck der
Verwirklichung des Subjekts
in Institutionen



bisher geltend macht. Die objektiv-rechtliche Grundrechtskonzeption weist hin auf eine mögliche Lösung von subsystemen Konflikten, die - bezogen auf die Institution Presse - einer erfolgreichen Presse- und Medienpolitik im Wege stehen bzw. ihre erfolgreiche und folgerichtige Grundlegung unmöglich machen.

Um über das wissenschaftliche Ziel dieses Untersuchungsabschnittes befinden zu können, seien in folgender Tabelle thesenartig die Befunde der bisher untersuchten Grundrechtskonzeptionen aufgelistet, um anhand einer so dargestellten Forschungsstringenz die Ausformulierung und Begründung der objektiv-rechtlichen Grundrechtskonzeption abzugrenzen und deutlicher werden zu lassen.

CHARAKTERISIERUNG DER GRUNDRECHTS- KONZEPTION	CHARAKTERISIERUNG DER STELLUNG DER GRUND- RECHTSKONZEPTION IN GESellschaftSWISSEN- SCHAFTLICH BEGRÜNDETER SYSTEMTHEORIE	KONKRETE BESTIMMUNG DER GRUNDRECHTSKONZEPTION FÜR DAS SUBSYSTEM PRESSE	IN WELCHER TRADI- TION STEHT DIE GRUND- RECHTSKONZEPTION ?	WELCHER ZEITIGKEIT UNTERLIEGEN SIE?
Grundrechtsträger bleiben in ihrem Freiheitsrecht un- anastbar-auch seitens des Staates. Einführung von in- nerer Pressefreiheit verstößt gegen die Grundrechtskonzeption.	In idealtypischer Weise wird von einer Identität von Subsystem und System- ganzen ausgegangen. Das Subjekt bestimmt norma- tiv das Systemganze.	Der Schutz der Pressefreiheit kommt nicht nur Individuen, sondern auch Presseunternehmen zu. Pressefreiheit enthält ei- ne institutionelle Garantie. Aber: Subjekte in freier Kon- stanz und Bestand von Presse- unternehmen müssen auf private Initiative zurückzuführen sein.	Die Tradition des bür- gerlich-autonomen Sub- jekts wird fortgeschrie- ben. Pressefreiheit ist traditionelles Recht.	Ungleich- zeitigkeit
Individuum bleibt Grundrechtsträger. In Konfliktfällen wird dem Staat eine Regelungskompetenz zugebilligt. Es gibt mehrere Grundrechts- träger.	Presse wird begriffen als ausgegrenztes autonomes Subsystem. Die Autonomie wird durch den Staat le- gitimiert und garantiert. Konfliktsituationen wer- den durch den Staat gere- gelt, ohne die ausgegrenz- te Autonomie anzutasten.	Die konkret-historische Dimen- sion wird in die Sichtweise mit einbezogen. Die Ausgren- zung sozialer Systeme machte eine rein juristische Argumen- tation nicht mehr möglich. Der Funktionszusammenhang von Sys- tem und Subsystem wird virulent. Subsysteme und Individuen sind autonom. In die Autonomie des Subsystems Presse greift der Staat nicht ein.	Private Autonomie und die Träger der Autono- mie (Verleger) entspricht dem Bild, daß gleiche Subjekte in freier Kon- stanz auf dem Markt in Verkehr treten. Mögliche Gleichheit hat Privile- gien zur Folge.	Ungleich- zeitigkeit
Die subjektiv-recht- liche Argumentation wird nicht durchbro- chen. Institutionen entwickeln eine Ei- genständigkeit, die als Konfliktpo- tential anerkannt wird. Es wird ausge- gangen von der funk- tionalen Veränderbar- keit bestehender Struk- turen im prozeduralen Sinn dynamischer Sy- steme.	Pressefreiheit wird zum Funktionsfordernis des Systemganzen. Die Rechte des autonomen Subjekts dürfen nicht berührt wer- den.	Die konkret-historische Dimen- sion wird in die Sichtweise mit einbezogen. Die Ausgren- zung sozialer Systeme machte eine rein juristische Argumen- tation nicht mehr möglich. Der Funktionszusammenhang von Sys- tem und Subsystem wird virulent. Subsysteme und Individuen sind autonom. In die Autonomie des Subsystems Presse greift der Staat nicht ein.	Steht in der Tradition des bürgerlich-autono- men Subjekts, in der das subjektive Recht für das Systemganze verallgemeinert wird und Recht zusammenfällt.	Ungleich- zeitigkeit

Wenn Ridder die Pressefreiheit in ihrer Haupt- und Grundnorm als garantierte "institutionelle öffentliche Meinungsfreiheit" herausstellt, so findet seine Sichtweise ihre Legitimation in Artikel 21 Grundgesetz, der das Parteienprivileg regelt.(s.o.). Das Verlagern der Legitimationsebene auf Artikel 21 GG in diesem "eigenwilligen" (so Branahl/Hoffmann-Riem) Ansatz Ridders stellt den Versuch dar, ein Subsystem Presse mit entsprechendem freiheitsverbürgendem Recht, eben der Pressefreiheit, analog der konstatierten gesellschaftlich-historischen Entwicklungsstufe zu legitimieren und Organisationsstrukturen möglich zu machen, die in unserem Sinne als gleichzeitig, auf publizistische Zielvorstellungen hin orientieren. Wenn Ridder formuliert: "Die politische Presse wirkt bei der politischen Meinungs- und Willensbildung des Volkes mit. Die Gründung von politischen Zeitungen ist frei. Die innere Ordnung des Pressewesens muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Die Zeitungen müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben."³⁵⁵ - dann bedeutet dies die Hervorhebung der "öffentlichen Aufgabe" als ein Sozialgebot und die darin eingebundenen subjektiven Freiheitsrechte - so die politische

³⁵⁵ Helmut K.J. Ridder, Meinungsfreiheit, a.a.O., S. 257 - Ridder formuliert hier Art. 21 GG um.

Meinungs- und Willensbildung - als ein subjektives Recht, das sich nur in der Eingebundenheit innerhalb der "öffentlichen Aufgabe" realisieren kann, und die Freiheitsrechte der im Subsystem Presse Tätigen, die diesen Meinungs- und Willensbildungsprozeß ermöglichen und ihre grundrechtliche Legitimation im Institut "öffentliche Aufgabe" finden.

So wird der Begriff "öffentliche Aufgabe" zum Synonym für die Legitimation einer objektiv-rechtlichen Grundrechtsargumentation. Zwar greift die so verstandene Interpretation Ridders auch, wenn er sie auf die Legitimationsebene des Artikels 21 GG transportiert. Nur: Da das konstatierte Zusammenfallen von subjektivem und objektivem Recht als soziales Grundrechtserfordernis (ableitbar aus den konkret-gesellschaftlichen Verhältnissen in Basis und Überbau des Systemganzen der Bundesrepublik Deutschland) zur sozialen und rechtlichen der Grundrechtsinterpretation wird, ist die so begründete ausschließlich objektiv-rechtliche Argumentation nicht nur für Artikel 21 GG sondern auch gerade für den Grundrechtsgehalt von Artikel 5 GG gültig. Insofern erfährt eine publizistische Zielvorstellung in Bezug auf die konkrete organisatorische Ausgestaltung der Institution Presse ihre Legitimation in der ausschließlich objektiv-rechtlichen Sichtweise.

Dabei gehen wir davon aus, daß die institutionellen Freiheitsrechte (objektive Rechte) und die individuellen Freiheitsrechte, bzw. die Meinungsäußerungsfreiheit zusammenfallen. Im Unterschied beispielsweise zu Stammler verstehen wir auch das individuelle Freiheitsrecht der Meinungsäußerung als institutionalisiertes Freiheitsrecht, da sich das Individuum nur in und durch Institutionen verwirklichen kann. Von daher betrachten wir die subjektiven Freiheitsrechte nicht als sogenannte "Reflexrechte". Denn gerade die Reflexrechte, die sich als Relikt des bürgerlich-autonomen Subjekts darstellen, verweisen auf das institutionelle Recht als ein tendentiell privilegiertes Recht.

Stammler übernimmt, obwohl Vertreter einer ausschließlich objektiv-rechtlichen Grundrechtsinterpretation, in seiner Argumentation dieses "subjektive Reflexrecht": "Allein die Rechte der freien Meinungsäußerung und der freien Information des Artikels 5 I, 1 haben heute noch die Funktion individueller Freiheitsrechte, die dem einzelnen in seiner Menschenwürde und um der Entfaltung seiner Persönlichkeit willen gewährleistet sind. Die anderen Freiheitsrechte, nämlich die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit, haben sich gegenüber der Meinungsäußerungsfreiheit verselbstständigt und beziehen sich lediglich auf

die ihnen zugrundeliegenden, von der Verfassung vorausgesetzten, rechtlich-tatsächlichen Institutionen, im Fall der Pressefreiheit also auf die Institution 'Freie Presse'. Der Einzelne hat dieser institutionellen Garantie nur über ein subjektives 'Reflexrecht' Anteil, das ihm jedoch eine echte, einklagbare Rechtsstellung verleiht."³⁵⁶

Dagegen versetzt uns das Zusammenfallen von subjektivem und objektivem Recht in die Lage, auf eine r objektiv-rechtlichen Legitimationsbasis Organisationsstrukturen zu denken und auszuformulieren, die das Subsystem Presse als einen institutionellen Faktor begreifen, der innerhalb gesellschaftlicher Kommunikation als ein Faktor agiert, der der Gleichzeitigkeit verpflichtet ist. Unter der Voraussetzung der Gleichzeitigkeit gilt es hier, konkrete Utopien zu entwerfen. Wobei der Vorwurf des irrationalen, des utopischen, mit dem Hinweis auf mangelnde Phantasie zurückgewiesen werden muß.³⁵⁷

Im Gegenteil, so Lerg: "Dabei ist die kontrollierte Optimierung der Phantasie eine höchst realistische Angelegenheit (...) man ist auffallend schnell mit

³⁵⁶ Dieter Stammler, Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, a.a.O., S. 360

³⁵⁷ Vgl. Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen, Leistung und Wirkungsgrad der Medien in der Zukunft, in: Uwe Magnus (Hrsg), Massenmedien in der Prognose, Berlin 1975, S. 111

dem Utopieverdacht zur Stelle, sobald eine Zielvorstellung sich nicht haargenau über den Leisten der Planbarkeit schlagen läßt."³⁵⁸

Den Schritt hin zu einer solchen konkreten Utopie wagt Stämmeler beispielsweise nicht. Wenn er zwar richtig die privatwirtschaftliche Bedingtheit medialer Strukturen als historisch in-adäquat negiert, so verweist er in seinen Zielvorstellungen lediglich auf die "gemeinnützige Stiftung" und die "pluralistisch struktuierte öffentlich-rechtliche Anstalt" als Organisationsmöglichkeiten für Presseunternehmen der Zukunft. So will er die "öffentliche Aufgabe" der Presse gesichert sehen: "Die Presseunternehmen der Zukunft sind aus diesem privaten, kommerziellen Bindungen herauszulösen und auf eine gemeinnützige, an der 'öffentlichen Aufgabe' der Presse orientierte Basis zu stellen."³⁵⁹

Zum einen macht er die ökonomischen Sachzwänge der Konzentration (als ökonomischer Bedingung und der konkret historischen Situation heute) zur Grundlage publizistischer Zielvorstellungen und argumentiert somit innerhalb seines so formulierten Ansatzes methodisch ungleichzeitig.

"Da dies eine bewußte Bejahung der Konzentration

³⁵⁸ Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen, a.a.O., S. 111

³⁵⁹ Dieter Stämmeler, Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, a.a.O., S. 362

impliziert, kann auch die notwendige Pluralität des Pressewesens nicht mehr in herkömmlicher Weise durch eine Vielzahl einzelner, voneinander unabhängiger Zeitungen gewährleistet werden, sondern muß nun in das einzelne Presseunternehmen selbst hineinverlegt werden."³⁶⁰

Zu solcherart Prognosen meint Lerg: "Derlei Pläne sind jedoch keine Prognosen, sondern es handelt sich dabei um bloße Reproduktionen der Gegenwart, um perspektivische Fortschreibungen der Geschichte entlang einer Trendentwicklung."³⁶¹

So stellt Lerg bestimmte Mindestanforderungen an eine Medienausstattung, die der einzelne (Subjekt) für eine vermittelte Kommunikation benötigt. Er nennt:³⁶²

1. das freiheitliche Kriterium der Verfügbarkeit.
2. das demokratische Kriterium der Zugänglichkeit.
3. das soziale Kriterium der Mehrspurigkeit.

In unserem Zusammenhang von Bedeutung ist die Tatsache, daß in kommunikationswissenschaftlichen und kommunikationspolitischen Erörterungen das "soziale Kriterium der Mehrspurigkeit" bisher vernachlässigt wurde. Dazu Lerg: "Die kommunikationspolitischen Diskussionen der Gegenwart, die sich bezeichnenderweise

³⁶⁰ Dieter Stammler, Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, a.a.O., S. 362

³⁶¹ Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen a.a.O., S. 111

³⁶² ders., a.a.O., S. 114f.

als 'medienpolitische' ausgeben, lassen erkennen, daß allenfalls die beiden ersten Kriterien der publizistischen Grundausrüstung eines künftigen Systems erörtert werden, meist in einem durch die beiden Stichworte 'Meinungsvielfalt' und 'Meinungsmonopol' abgesteckten Argumentationsrahmen (...) . Das soziale Kriterium dagegen spielt kommunikationspolitisch so gut wie keine Rolle."³⁶³

Lerg weist dieser "Mehrspurigkeit" konstitutiven Charakter für die publizistischen Freiheitsrechte zu. "Die Mehrspurigkeit wird in einer künftigen Wissensgesellschaft für die Garantie der publizistischen Freiheitsrechte konstitutiv sein, und zwar sowohl des persönlichen als auch des institutionellen Freiheitsrechts."³⁶⁴

In der Analyse kommunikativer Strukturen benennt er diese "Mehrspurigkeit" als Erfordernis demokratischer Gesellschaften "denn demokratische Gesellschaften sind immer plurale Systeme."³⁶⁵ Vor dem Hintergrund eines plural verfaßten Gesellschaftssystems wird das "soziale Kriterium" zur Grundlage einer verfassungsrechtlichen Sichtweise, die zwar den institutionellen Charakter der Presse anerkennt, aber - aufgrund pluraler Verfaßtheit - die Trennung von

³⁶³ Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen, a.a.O., S. 115

³⁶⁴ ders., a.a.O., S. 116

³⁶⁵ ders., a.a.O., S. 115

subjektivem und objektivem Freiheitsrecht beibehält und in Hineinnehen des subjektiven in das objektive Recht nicht in den Blick nimmt.

"Während das publizistische Individualgrundrecht jedermann garantiert, Wissen in jeder unvermittelten oder vermittelten Form aufzunehmen und abzugeben, gesteht das institutionelle Recht den organisierten Vermittlungseinrichtungen - den Medien - das Recht zu, ungehindert Wissen zu beschaffen, zu bearbeiten und es ungehindert aufzuzeichnen und zu verbreiten. Bei dieser öffentlichen Aufgabe der Publizistik, - genauer der Medienorganisationen - werden berechtig- te soziale Interessen wahrgenommen."³⁶⁶

So transportiert Lerg die Gegenwart in die Zukunft, oder wie er selbst ausführt, "es handelt sich dabei um bloße Reproduktionen der Gegenwart."³⁶⁷

Denn: Auf der Basis vorhandener kommunikativer Strukturbedingungen und deren Legitimationserfor- dernis in der verfassungsrechtlichen Sichtweise einer Verknüpfung von subjektivem und objektivem Recht lassen sich Prognosen schwerlich formulieren. Wenn Lerg sagt: "Hier kann eine Kommunikationsprog- nose ansetzen, denn hier liegt das geschichtliche Dilemma."³⁶⁸ so liegt hier in der Tat das "geschicht- liche Dilemma" - nur, und dies sei als Voraussetzung

³⁶⁶Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen, a.a.O., S. 116

³⁶⁷ders., a.a.O., S. 111

³⁶⁸ders., a.a.O., S. 116

publizistischer Zielvorstellungen postuliert, die Mehrspurigkeit eines Kommunikationssystems darf nicht als ein funktional begriffenes System von Kommunikationskanälen gesehen werden, deren Determination sich in einer Kosten/Nutzen-Analyse zukünftiger Medien erschöpft.

So hat eine zukünftige kommunikative Struktur auch die verfassungsrechtliche Legitimationsgrundlage zu überdenken. Lerg konstatiert: "Was endlich die Auslegung der Verfassungsgrundsätze anging, so folgte die Rechtswissenschaft beinahe geschlossen der Einladung der Medienwirtschaft, ihr gutachtlich die Freiheit zu jeder privaten Einflußnahme zu bestätigen. Die wirtschaftlichen Implikationen des institutionellen Freiheitsrechts der Publizistik werden künftig mit Sicherheit auf alte Fragen neue Antworten von uns verlangen, die in interdisziplinärer Zusammenarbeit dazu führen, daß alternative kommunikationswirtschaftliche Modelle entwickelt werden."³⁶⁹

Und eben diese "neuen Antworten" auf "alte Fragen", sind es, die uns die konstitutive Basis bestehender Kommunikationsstrukturen in den Blick nehmen lassen. Dies erfordert die Fragestellung nach der Funktionalität oder Dysfunktionalität beispielsweise des Subsystems P resse in komplexen sozialen Systemen.

³⁶⁹ Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen, a.a.O., S. 117

Klar ist, daß das System Presse als ausgegrenztes einen relativ höheren Grad an Autonomie sich "konserviert" hat als andere Systeme und Subsysteme. Dies war, wie wir gesehen haben, nur durch die Ebenenverschiebung möglich.

17. DIE NEGATION TRADITIONALER LEGITIMITÄT IM
HINBLICK AUF DEREN DYSFUNKTIONALITÄT IN KOMPLEXEN
SOZIALEN SYSTEMEN

Das Funktionserfordernis des sozialen Wandels wurde bislang durch den Argumen^ttationsbogen der "grundrechtlichen Sonderstellung" des Subsystems Presse weitgehend mit Erfolg verhindert. Luhmann, unter Berufung auf Spencer, Simmel und Durkheim³⁷⁰, sieht die Notwendigkeit "funktionaler Differenzierung" "Als Differenzierung im allgemeinen läßt sich jede Steigerung der Komplexität eines Systems durch Untersystembildung bezeichnen. Eine funktionale Differenzierung liegt vor, wenn die Untersysteme nicht als gleiche Einheiten nebeneinandergesetzt, sondern auf spezifische Funktionen bezogen und dann miteinander verbunden werden."³⁷¹

³⁷⁰ Vgl. Herbert Spencer, The Principals of Sociology, 2 Bde., zit.n. den Ausgaben Bd.1, London 1885 Bd.2, London 1893, Georg Simmel, Über soziale Differenzierung, Leipzig 1890, Emile Durkheim, De la division du travail social, Paris 1893, - zit.n.: Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, a.a.O., S. 242

³⁷¹ Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, ebenda

Dies bedeutet zunächst eine Autonomie-Reduzierung für das Gesamtsystem (auch wenn die Differenzierung letztlich zu einer Autonomiesteigerung gegenüber dem Gesamtsystem führt).

Diese systemtheoretische Komponente der Differenzierung als notwendige Bedingung zur Möglichkeit des sozialen Wandels soll für das System Presse keine Gültigkeit haben. Wenn Binkowski zum Beispiel abhebt auf die "Kompetenzabgrenzung" zwischen Verlag und Redaktion, so handelt es sich hier unzweifelhaft um eine Systemdifferenzierung als Verfahrenssystem, welches "leistungssteigernde Vorteile" (Luhmann) für das Gesamt (Sub)-System Presse hervorbrächte.

Hingegen formuliert Binkowski als Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV): "Soziale Systeme kommen nur dadurch zustande, daß ein intersubjektives Zielsystem für alle Beteiligten Geltung besitzt, daß objektive, außerhalb der Person liegende Normen eine gemeinschaftliche Verhaltensordnung bilden. Diesem Sachverhalt liegt das Solidaritätsprinzip zugrunde, d.h. die innere Verbundenheit der Personen als 'Gemeinhaftung', die ein gegenseitiges Geben und Nehmen in personaler Verantwortung darstellt."³⁷²

³⁷² Johannes Binkowski, Kompetenz und Entscheidung- Zum Problem der Kompetenzabgrenzung zwischen Verlegern und Redakteuren, in: Publizistik, Konstanz 1975, Heft 4, S. 899

Binkowski hält den Begriff "Kompetenzabgrenzung" nicht für diskussionswürdig und möchte ihn durch den Begriff "Entscheidungsebenen" ersetzt wissen. Eine solche Sichtweise impliziert ein hierarchisiertes Subsystem mit erstarrten Funktionen und Strukturen, welches in seiner Autonomie verharren möge, ohne sich dem Funktionserfordernis des sozialen Wandels zu stellen.

Diese durch die subjektiv-rechtliche Grundrechtsinterpretation gestützte Sichtweise verrät ein hohes Maß an Ignoranz der konkret-historischen Situation.

Die funktionalen und systemtheoretischen Erkenntnisse basieren auf einer dynamischen Systementwicklung (natürlich immer mit Blick auf deren Zweckrationalität). Die Notwendigkeit solcher Theoriebildung hat erkannt, wie Bierstedt es ausdrückt: "daß gewisse Änderungen sowohl in Gruppen wie auch in Gesellschaften tatsächlich vorkommen, die sich vernünftigerweise als Evolutionäre analysieren lassen."³⁷³

Der Begriff der Evolution umfaßt die Dynamik der konkret-historischen Dimension. Sklair folgt der Auffassung von MacIver und Page³⁷⁴: "Evolution definieren sie als kontinuierliche Folge in Richtung

³⁷³ R. Bierstedt, The Social Order, New York 1963, S. 557f., zit.n. Leslie Sklair, Die Soziologie des Fortschritts, a.a.O., S. 317

³⁷⁴ R. MacIver, C. Page, Society, London 1955, S.522f zit.n. Leslie Sklair, ebenda

auf sozialen Wandel." ³⁷⁵ Die von uns diskutierten Grundrechtskonzeptionen genügen den Erfordernissen der dynamischen Systementwicklung nicht oder nur unzureichend. Ihr status-quo-Denken orientiert sich an Systemdefinitionen eines Statik-Konstrukts wie Hall und Fagen mit, aus der Physik entlehnten Beispielen plastisch deutlich gemacht haben:

"Die Länge der Feder, die Entfernung der Masse von der Decke, die Federspannung und die Größe der Masse stehen alle in Beziehung miteinander. Das so bestimmte System ist statisch; das heißt, die Attribute verändern sich nicht in der Zeit. Ist jedoch eine anfängliche Verschiebung aus ihrer Ruhelage gegeben, so besitzt die Masse eine bestimmte Geschwindigkeit, die von der Größe der Masse und der Federspannung abhängig ist; ihre Lage verändert sich in der Zeit, und das System ist in diesem Fall dynamisch." ³⁷⁶

Die verharrende Statik stellt das Subsystem Presse außerhalb der evolutionären Entwicklung, die institutionell verläuft. Die "institutionelle Entwicklung mag in jeder Richtung verlaufen, progressiv oder regressiv, oder in gar keiner eindeutigen Richtung." ³⁷⁷

³⁷⁵ Leslie Sklair, Die Soziologie des Fortschritts, ebenda

³⁷⁶ A.D.Hall, R.E.Fagen, Definition des Systems, in: Karl Hermann Tjaden, Soziale Systeme, a.a.O., S. 96f.

³⁷⁷ C.Panuntio, Major Social Institutions, New York 1948, S. 401, zit.n. Leslie Sklair, Die Soziologie des Fortschritts, a.a.O., S. 317

Der Versuch, das Subsystem Presse, und das ist die ... Funktion dieser Argumentationsbögen, in einer Statik zu belassen, die sowohl Funktionen als auch Strukturen nicht verändert, wird für das Gesamtsystem im Sinne der Gleichgewichtstheorie in jeder Hinsicht dysfunktional.

Dies hat für das Subsystem Presse weitreichende ökonomische, soziale und technologische Konsequenzen. Denn das Gesamtsystem verlangt im Sinne seiner Funktionalität: "1. Sicherung der Organisationsprinzipien des Wirtschaftssystems, d.h. Setzung und Sicherung allgemeiner Rechtsverhältnisse; 2. Herstellung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen. 3. Regulierung des Konflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital (Vermeidung sozialer Krisen); 4. Regulierung des Wirtschaftsablaufs (Vermeidung konjunktureller Krisen) und Sicherung des Wirtschaftswachstums; 5. Erhaltung der Massenloyalität (u.a. durch Verteilungs- und sozialpolitische Maßnahmen)."³⁷⁸

Die Ungleichzeitigkeit des Subsystems Presse muß deshalb zumindest scheinbar oder gar immanent aufgehoben werden.

Wenn wir trotzdem eine Dysfunktionalität dieses Subsystem Presse für das Systemganze feststellen, so stellt sich auch die Legitimität des jeweiligen

³⁷⁸ Heidrun Abromeit, Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im gegenwärtigen Kapitalismus, in: PVS, 1/1976, S. 16

Subsystems in Frage.

Entsprechend der weiter oben bereits festgestellten Ungleichzeitigkeit sozialer Subsysteme, die wir - analog der historischen Entwicklung als historisch in-adäquat bezeichneten, ist die Grundlage dieser Ungleichzeitigkeit in der ökonomischen Basis eines medialen Subsystems Presse zu suchen.

An dieser Stelle hat die "Negation der Dysfunktionalität" als ein Moment konkreter Medienpolitik anzusetzen. Aufgrund der genannten Ungleichzeitigkeit setzt eine so zu formulierende Medienpolitik an dem aus der ökonomischen Grundlage resultierenden Widerspruch zwischen ökonomischer Zielsetzung eines bestimmten Mediums und seiner "öffentlichen Aufgabe".

17.1. DIE NEGATION DER DYSFUNKTIONALITÄT ALS BAUSTEIN EINES KOMMUNIKATIONSPHILOSOPHISCHEN SYSTEMS

Inwieweit in diesem Zusammenhang ein Strukturwandel medialer Subsysteme stattfindet, benennt Aufermann, wenn er sagt: "Ein solcher Strukturwandel wird erst dann akut, wenn das Kapitalverhältnis als zentrales Produktionsverhältnis kapitalistischer Gesellschaften durchschlagend illegitimiert worden ist, d.h. wenn die objektive Inadäquanz der Produktionsverhältnisse (gemessen am Entwicklungsstand der Produktivkräfte) in das subjektive Korrelat (gemessen am Bewußtseinsstand der Bevölkerung) der Sinnwidrig-

keit massenhaft 'übersetzt' worden ist."³⁷⁹

Dies aber meint, positiv geformt, nichts anderes als das Zusammenfallen von subjektivem und objektivem Recht auf der rechtlichen Legitimationsebene.

Dieses Zusammenfallen aber kann nur in konkrete Zielvorstellungen einmünden, wenn die ökonomischen Strukturen medialer Subsysteme als soziale Determinante von Systemen und Subsystemen gesehen werden.

"In den Institutionen und Formen sozialer Kommunikation kristallisieren sich die materiellen und ideologischen Verhältnisse einer je historisch bestimmten Gesellschaft; d.h. diese Verhältnisse werden von den kommunikativen Agenturen, insbesondere den sog. Massenmedien, reflektiert und publizistisch vermittelt."³⁸⁰

Unser Hinführen zu einem "Baustein eines kommunikationsphilosophischen Systems" bedeutet daher das Bestimmen der Ungleichzeitigkeit medialer Subsysteme, indem wir "die Beziehung stiftenden und bewußtseinsprägenden Produktionsverhältnisse, die für die historisch bestimmten Gesellschaftsformationen

³⁷⁹ Jörg Aufermann, Politische Medienfunktionen in funktionalistischer Sicht, in: PVS, Sonderheft 6/1975, Politik und Ökonomie - Autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems, Opladen 1975, S. 446

³⁸⁰ ders., a.a.O., S. 446

kennzeichnend sind",³⁸¹ auf diese medialen Subsysteme beziehen. "Denn innerhalb dieser Produktionsverhältnisse bauen sich die gesellschaftlichen Kommunikationsbeziehungen auf, und zentraler (publizistischer) Inhalt dieser Kommunikationsbeziehungen sind die Bedingungen und Konsequenzen der Veränderung bzw. Stabilisierung der jeweiligen sozialökonomischen Struktur."³⁸² Ausgehend von dieser Analyse der Ungleichzeitigkeit sozialer Subsysteme, ist - im Sinne Lergs als Nicht-Fortschreibung der Geschichte entlang einer (hier falschen) Trendentwicklung - hier der Ansatzpunkt, ein geschichtliches Dilemma zu überwinden.

Der Ansatzpunkt dafür also muß die ökonomisch und somit auch verfassungsrechtlich legitimierte Basis medialer Subsysteme als ungleichzeitig benennen. "Kommunikationspolitik, die demokratische Alternativen anstrebt, muß die Verfügungsgewalt über die Transportmittel öffentlicher Kommunikation aus dem Zusammenhang mit privaten Kapitalinteressen lösen und sie im Interesse derer transformieren, deren politische Macht nicht aus der Verfügung über Produktionsmittel resultiert."³⁸³

³⁸¹ Jörg Aufermann, Politische..., a.a.O., S. 447

³⁸² ders., ebenda

³⁸³ Hendrik Schmidt, Anmerkungen zu einem Medienkonzept, in: Ulrich Paetzold, Hendrik Schmidt (Hrsg) Solidarität gegen Abhängigkeit, Mediengewerkschaft, Darmstadt/Neuwied 1973, S. 223

Das Hineinnehmen des subjektiven Rechts in das objektive Recht bedeutet so die Neubestimmung des medialen Subsystems im Sinne einer "Negation der Dysfunktionalität" für das Systemganze.

Dies ist die Grundlage aller weiteren, auch kommunikationspolitischen, Überlegungen. An diesen Grundlagen sind auch Kriterien der Inhaltsanalyse zu messen.³⁸⁴ Pressefreiheit und ihre Bedingungen sind so in die Interdependenz eines kommunikationsphilosophischen Systems eingebettet.

³⁸⁴ Die Inhaltsanalyse in der Arbeit von Dirk Altemann, "Der Begriff der Pressefreiheit und sein Verständnis und seine praktisch-politische Auswirkung in der modernen Industriegesellschaft am Beispiel des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger in Bezug auf die verfassungsrechtliche Interpretation des Artikel 5 Grundgesetz", die Einstellungen des BDZV zum Problemfeld Pressefreiheit mißt, bezieht sich auf die kommunikationsphilosophischen Prämissen dieser Arbeit.

18. LITERATUR- UND QUELLENNACHWEISE

1. Karl-Hermann Flach, Macht und Elend der Presse, Mainz 1967
2. Reinhard Haarmann, Pressekonzentration: Gefährdung der Demokratie, in: Dieter Grosser, (Hrsg.) Konzentration ohne Kontrolle, Köln-Opladen 1970
3. BVerfGE 6,85/205
BVerfGE 7,208
4. Erwin Stein, Leitsätze zur Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit an Hand der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Wolfgang R. Langenbucher(Hrsg.) Zur Theorie der politischen Kommunikation, München 1974
5. Bernard Willms, Funktion, Rolle, Institution, Zur politiktheoretischen Kritik soziologischer Kategorien, Düsseldorf 1971
6. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Rechtsphilosophie, §34, zitiert nach: Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Werke in 20 Bänden, Band 7, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt 1973
7. Kingsley Davis, Der gesellschaftliche Zusammenhang individueller Ziele, in: K.J. Tjaden, Soziale Systeme, Neuwied/Berlin 1971
8. Immanuel Kant, Grundlegung der Metaphysik der Sitten, Edition Weischedel, Band 6
9. Johann Josef Hagen, Soziologie und Jurisprudenz - Zur Dialektik von Gesellschaft und Recht, München 1973
10. Georg Friedrich Puchta, Cursus der Institutionen, Band I, Leipzig 1841
11. Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968
12. Karl Marx/Friedrich Engels, - MEW, Band 1, Berlin 1974
13. Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit - Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1971

14. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953
15. K.H. Tjaden, Ansätze einer gesellschaftswissenschaftlichen Systemtheorie, in: ders. Soziale Systeme, Neuwied/Berlin 1971
16. Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, MEW Band 3, Berlin 1969
17. Peter Christian Ludz, 'Alienation' als Konzept der Sozialwissenschaft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1/1975
18. Hans Barth, Wahrheit und Ideologie, Erlenbach/Zürich 1961
19. Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied/Berlin 1971
20. Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Frankfurt-Main/Bonn 1964
21. Helmut Dubiel, Identität und Institution, Düsseldorf 1973
22. Ralf Dahrendorf, Die Zukunft der Freiheit, in: Die Zeit, Nr.3, vom 10.1.1975
23. Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Neuwied 1969
24. Peter Lerche, Verfassungsrechtliche Aspekte der 'inneren Pressefreiheit', Berliner Abhandlungen zum Presserecht, Heft 19, Berlin 1974
25. Talcott Parsons, Gesellschaften als Systeme der Wirklichkeitsbeherrschung, in: K.H.Tjaden, Soziale Systeme, Berlin/Neuwied 1971
26. Udo Branahl/Wolfgang Hoffmann-Riem, Redaktionsstatute in der Bewährung, Baden-Baden 1975
27. Werner Weber, Innere Pressefreiheit als Verfassungsproblem, Berliner Abhandlungen zum Presserecht, Heft 16, Berlin 1973

28. Karl Doehring e.a., Pressefreiheit und innere Struktur von Presseunternehmen in westlichen Demokratien, Berliner Abhandlungen zum Presserecht, Heft 18, Berlin 1974
29. Rüdiger Niemann, Zur Rechtsnatur der Pressefreiheit, RuG, Heft 10, 1972
30. Friedrich Kübler, Kommunikation und Verantwortung, Konstanzer Universitätsreden, Konstanz 1973
31. Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, Mainz 1968
32. Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre, 3. Auflage, Berlin 1913
33. Ralf Dahrendorf, Ein neues liberales Credo, in: Die Zeit, Nr.53/1 vom 27.12.1974
34. Zaccaria Giacometti, Das Staatsrecht der Schweizer Kantone, Zürich 1941
35. Herbert Endrös, Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend als Schranken des Rechts der freien Meinungsäußerung gem. Art. 5, Abs. 2GG, Mainz 1960
36. Theodor Maunz/Günter Dürig, GG Art. 1, Abs. 3, Randnummer 98, München 1971
37. Werner Maihofer, Vom Sinn menschlicher Ordnung, Frankfurt 1956
38. Wolfgang Lehr/Klaus Berg, (Hrsg.), Rundfunk und Presse in Deutschland, Rechtsgrundlagen der Massenmedien, Mainz 1971
39. BVerfGE, 10, 118/121
40. BVerfGE, 20, 175
41. BVerfGE, 25, 268
42. Helmut Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, in: Dieter Grosser, (Hrsg.) Konzentration ohne Kontrolle, Köln/Opladen 1970
43. Norbert Dittrich, Pressekonzentration und Grundgesetz, Schriftenreihe des Instituts für Rundfunkrecht an der Universität Köln, Band 9, München 1971

44. Kurt Koszyk/Karl Hugo Pruys, Wörterbuch zur Publizistik, München 1969
45. Ernst Friesenhahn, Die Pressefreiheit im Grundrechtssystem des Grundgesetzes - ein Diskussionsbeitrag, in: K.Ballerstedt, E.Friesenhahn, O.v.Nell-Breuning, (Hrsg.), Festgabe für Otto Kunze, Berlin 1969
46. Joseph H. Kaiser, Presseplanung, Planungsstudien 1, Frankfurt 1972
47. Jörg Aufermann, Bernd-Peter Lange, Axel Zerdick, Pressekonzentration in der BRD, in: Jörg Aufermann, Hans Bohrmann, Rolf Sülzen, (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Band 1, Frankfurt 1973
48. J.M. Blair, Diskussionsbeitrag, Unternehmensgröße und Wettbewerb, BWI, Bonn 1970
49. Helmut H. Diederichs, Konzentration in den Massenmedien, München 1973
50. Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band II, Tübingen 1967
51. Gerhard Gleissberg, (Hrsg.), Konzentration und Meinungsmanipulierung, Frankfurt 1973
52. Helmut Arndt/G. Ollenburg, Begriffe und Arten der Konzentration in: Helmut Arndt, Die Konzentration in der Wirtschaft, Band 1 Berlin 1960
53. Helmut Arndt, Theoretische Einführung in die Pressekonzentration, in: Dieter Prokopp (Hrsg.), Massenkommunikationsforschung 1, Frankfurt 1972
54. Helmut K.J.Ridder, Meinungsfreiheit, in: Franz L. Neumann, Hans-Carl Nipperdey, Ullrich Scheuner, Die Grundrechte II, Handbuch der Theorie und Praxis der Grundrechte, 2. Auflage, Berlin 1968
55. Dieter Stammler, Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, Schriften zum öffentlichen Recht, Band 145, Berlin 1971
56. Ernst Bloch, Gespräch über Ungleichzeitigkeit, in: Kursbuch 39, Berlin 1975

57. Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung, Frankfurt 1972
58. Experimentum Mundi aus der Schwefelbude - Ein Gespräch mit Ernst Bloch von Rainer Traub und Harald Wieser, in: Frankfurter Rundschau Nr. 39, 1975, Seite III
59. Manfred O. Hinz, Naturrecht, in: Lexikon zur Soziologie, Opladen 1973
60. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, § 7, Die formalen Qualitäten des revolutionär geschaffenen Rechts. Das Naturrecht und seine Typen, Tübingen 1972
61. Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: PSV, Sonderheft 7/1976 Opladen 1976
62. Franz Ronneberger, Die politischen Funktionen der Massenkommunikation, in: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), Zur Theorie der politischen Kommunikation, München 1974
63. Hendrik Schmidt, Anmerkungen zu einem Medienkonzept, in: Ulrich Paetzold/Hendrik Schmidt (Hrsg.), Solidarität gegen Abhängigkeit/Mediengewerkschaft, Darmstadt/Neuwied 1973
64. Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik - Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied/Berlin 1967
65. Bärbel Meurer, Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie, Das Beispiel Niklas Luhmann in: Das Argument 83 - Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien, Berlin 1973
66. Auguste Comte, Rede über den Geist des Positivismus, französisch-deutsch, Hamburg 1956
67. Friedrich Jonas, Geschichte der Soziologie, Band 1, Reinbeck 1968/69
68. Jörg Aufermann, Aufgaben, Konzepte und Analysenprobleme der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, in: Publizistik Heft 2, 1976

69. Leslie Sklair, Die Soziologie des Fortschritts, München 1972
70. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961
71. Hans-Jürgen Krysmanski, Soziologie des Konflikts, Materialien und Modelle, Rienbeck 1971
72. Wulf D. Hund, Ware Nachricht und Informationfetisch, Zur Theorie der gesellschaftlichen Kommunikation, Darmstadt/Neuwied 1976
73. Winfried B. Lerg, Publizistische Zielvorstellungen, Leistungen und Wirkungsgrad der Medien in der Zukunft, in: Uwe Magnus (Hrsg.), Massenmedien in der Prognose, Berlin 1975
74. Herbert Spencer, The principals of Sociology, 2 Bände, zitiert nach den Ausgaben Band 1, London 1885, Band 2, London 1893
75. Georg Simmel, Über soziale Differenzierung, Leipzig 1890
76. Emil Durkheim, De la Division du travail social, Paris 1893
77. Johannes Binkowski, Kompetenz und Entscheidung-Zum Problem der Kompetenzabgrenzung zwischen Verleger und Redakteuren, in: Publizistik Heft 4, 1975
78. R. Bierstedt, The social Order, New York 1963
79. R. Mac Iver/C. Page, Society, London 1955
80. A.D. Hall/R.E. Fagen, Definition des Systems, in: K.J. Tjaden, Soziale Systeme, Neuwied/Berlin 1971
81. C. Panunzio, Major Social Institutions, New York 1948
82. Jörg Aufermann, Politische Medienfunktionen in funktionalistischer Sicht, in: PVS Sonderheft 6/75, Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems, Opladen 1975

Lebens- und Bildungsgang

Am 29. April 1948 wurde ich als Sohn des Polizeibeamten Aloys Burghof und seiner Frau Maria Margaretha, geb. Gackstätter in Bremen geboren.

Seit Juni 1973 bin ich mit der Lehrerin Marie-Theres Burghof geb. Meese verheiratet.

Mein Bekenntnis ist römisch-katholisch.

Von April 1954 bis April 1960 besuchte ich die "Katholische Gemeindeschule St. Johannis" in Bremen. Anschließend, von April 1960 bis April 1961 das "Gymnasium an der Hamburger Straße" in Bremen. Im April 1961 wechselte ich bis zum April 1965 zur "Mittelschule an der Hemelinger Straße" ebenfalls in Bremen. Von April 1965 bis Juni 1968 besuchte ich das "Staatliche Quirinus-Gymnasium" in Neuss. Im April 1965 erlangte ich die "Mittlere Reife" und im Juni 1968 das Abitur.

Von Oktober 1968 bis April 1970 absolvierte ich meinen Wehrdienst in Wentorf bei Hamburg und in Delmenhorst bei Bremen.

Im Sommersemester 1970 nahm ich mein Studium der Publizistik, Soziologie, Politikwissenschaft und Ethnologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster auf. Am 20. Mai 1974 erlangte ich den Grad eines Magister Artium mit der Arbeit: "Gesellschaftliches Wissen als Inhalt von Massenmedien und sein theoretischer und methodischer Bezugsrahmen." Im Anschluß daran begann ich ein Promotionsstudium in Münster. Voraussichtlicher Abschluß: Sommersemester 1977.

Münster, d. 14. Juni 1977

Ansgar Burghof
(Ansgar Burghof)

